

Verlag: Springer-Verlag AG, Postfach 10 08 04, 4300 Essen  
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn 202 20  
104-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 84) 10 10 10 / Vertriebsservice  
Hamburg (0 40) 247-1 - Preislisten an allen deutschen Vertriebsstellen

Belgien 28,00 Bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p.  
Italien 1500 L., Jugoslawien 600,00 Din., Luxemburg 23,00 Fr., Niederlande 2,20 fl.  
Norwegen 6,50 Nkr., Österreich 14,00 S., Portugal 150 Esc., Schweden 8,00 Skr.,  
Schweiz 2,60 Sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas., Türkei 850 TL.

### Heute in der WELT

#### Report Städtebauförderung

Wohnneigentum bleibt der klassische Schnittpunkt von privater Vermögensbildung und individuellem Lebenskomfort. Die Qualität des Wohnens mißt sich heute nicht mehr an umbauten Kubikmetern, sondern zunehmend an anderen Motiven: der lebenswerten Stadt mit familienfreundlichem Umfeld. Der liebevoll modernisierte Altbau verdrängt das „Haus von der Stange“. Anlässlich des „Volkshausstättentages '86“, der heute und morgen in Konstanz stattfindet, beleuchtet dieser umfangreiche WELT-Report Probleme der Städtebauförderung und Vermögensbildung. **Seiten I-XIV**

### POLITIK

**Innerdeutsch: Vom neuen Treffen Reagan-Gorbatschow erwartet der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen (Foto), positive Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Beziehungen. Das Umwelt- und das Wissenschaftsakademie könnten bald unterzeichnet werden. Ein WELT-Interview. (S. 5)**



**Vatikan**  
Der Vatikan hat sich für einen Dialog mit der DDR ausgesprochen. Papst Johannes Paul II. hat in einem Brief an den DDR-Präsidenten Erich Honecker die Bedeutung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten betont. (S. 1)

**Moskau: Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Honecker reist heute zu einem „Freundschaftsbesuch“ nach Moskau. Er folgt einer Einladung des ZK der KPdSU und des Obersten Sowjets. Themen und auch die „Dauer- des Aufenthalts“ wurden nicht bekannt.**

**Kampagne: Die Post hat nach den Worten von Minister Christian Schwarz-Schilling keine Privatisierungspläne. Er verurteilt eine Kampagne der Deutschen Postgewerkschaft: Sie wisse, daß die Bundespost als Einheitsunternehmen erhalten bleiben solle. Die Gewerkschaft verunsichere die Kunden. (S. 2 und 12)**

**Test: Die USA haben auf dem Testgelände in der Wüste von Nevada in 600 Meter Tiefe den zehnten nuklearen Versuch in diesem Jahr unternommen. Der Sprengsatz entsprach der Explosion von etwa 50 000 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs TNT.**

**Raketen: In Würzburg und in der Nähe von Trier sind Hawk-Luftabwehraketen beim Transport von ihren Fahrzeugen gefallen und beschädigt worden. Nach Angaben der US-Streitkräfte waren sie nicht atomar bestückt.**

**Abgestürzt: Eine MiG-21 sowjetischer Bauart, die bei Einsätzen in Angola verwendet wird, ist nahe der Grenze zum zentralen Gebiet abgestürzt. Der kubanische Pilot konnte sich mit dem Fallschirm retten. Er wurde festgenommen.**

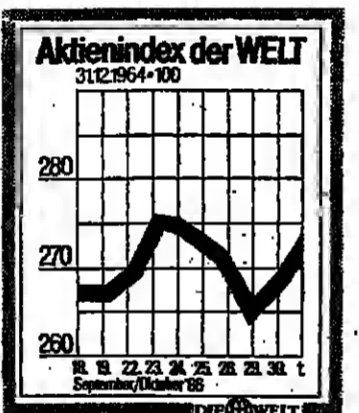
**Terror: Der Chef der rechtstraditionalen französischen Nationalen Front, Le Pen, hat bei einem Treffen in Athen der sozialistischen griechischen Regierung vorgeworfen, die Rechte aus dem Land „herauszuerstieren“ zu wollen.**

### WIRTSCHAFT

**Stahlwerke: Zur „Sicherung“ des deutschen Stahlmarktbesatzes fordert IG Bergbau-Chief Meyer zusätzliche Subventionen der öffentlichen Hand für den Export in die EG und ein Importverbot für südafrikanische Kohle. Die morgige Energieabgabe dürfe nicht „zu einer Währungsblase“ in der Kernenergie werden.“ (S. 13)**

**Börse: Kräftig verbessert zeigten sich gestern die deutschen Aktienmärkte. Am Rentenmarkt war die Tendenz freundlich. WELT-Aktienindex 273,97 (269,85). BHF-Rentenindex 106,976 (106,813). BHF-Performance-Index 107,150 (106,958). Dollarmittelkurs 2,0275**

(2.0207) Mark. Goldpreis je Feinunze 425,00 (423,20) Dollar.



### KULTUR

**Kunsthistoriker: Das Motto „Bewahren - erklären - gebrauchen“ verweist auf die Zielsetzung, die auf dem 20. Deutschen Kunsthistorikertag in Berlin gesteckt ist: Es geht darum, das historische Erbe zu bewahren, alte Funktionen zu erklären und für Baudenkmäler neue Gebrauchsmöglichkeiten zu finden. (S. 22)**

**Fragen: „Wovon werden wir morgen geistig leben?“ Dies war die Frage im Salzburger Humanismus-Gespräch. Kardinal König meldete sich mit der Forderung an zu sein gegenüber den Fragen der Zukunft. Er will den Menschen im Mittelpunkt von Glauben und Wissenschaft sehen. (S. 23)**

### SPORT

**Fußball: Die Mitgliederzahl im Deutschen Fußball-Bund (DFB) ist mit rund 50 000 Neuanmeldungen während der vergangenen zwölf Monate auf 4,7 Millionen gestiegen. Besonders erfreut registrierten die DFB-Verantwortlichen 32 000 Neuzugänge im Bereich des Jugendspors.**

**Sportpolitik: Schweden hat vor der V. Europäischen Sportministerkonferenz Boykottmaßnahmen der Regierungen gegen Südafrikas Sport gefordert. Bundesinnenminister Zimmermann erklärte, die Bundesregierung respektiere die Autonomie der Sportorganisationen. (S. 10)**

### AUS ALLER WELT

**Wies'n: Es ist nicht allein ein Ort ungetrübter Freude zwischen Bierzeit und Geisterbahn. Eine erste klinische Oktoberfeststudie „mit richtungweisenden Ergebnissen“ belegt es. Zu den gefährlichen Gerätschaften zählt der Maßkrug (Foto). (S. 24)**

**Nothilfe: Sechs Kinder zwischen zehn und 15 Jahren, die im mörderischen Afghanistan-Krieg verletzt wurden, finden medizinische Hilfe in der Diakoniker-Kinderklinik in Düsseldorf. Eine Aktion der „Afghanistan-Nothilfe“. (S. 24)**

**Leserbriefe und Personalien Seite 6**  
**Umwelt - Forschung - Technik Seite 8**  
**Fernsehen Seite 22**  
**Wetter: Meist trocken Seite 24**

## Reagan erntet Lob und Kritik für Arrangement mit Moskau

### Kissinger: Ich hätte vom Island-Treffen abgeraten / Shultz: Gutes Ergebnis

**FRITZ WIRTH, Washington**  
Der Vor-Gipfel von Reykjavik zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow soll den Weg zu Abkommen zwischen beiden Ländern im Bereich der Rüstungskontrolle ebnen und nach Lösungsmöglichkeiten anderer Weltkonflikte suchen, doch er soll kein Gipfel-Vorgang auf das geplante Washingtoner Treffen sein. Das ist die Marschroute, mit der Ronald Reagan am übernächsten Wochenende nach Island fährt. Man wartet deshalb im Weißen Haus vor zu hohen Erwartungen, die an das Treffen geknüpft werden könnten.

Außenminister George Shultz verteidigte gestern das Vor-Gipfeltreffen von Island gegen eine wachsende Schar von Kritikern, die von Henry Kissinger angeführt wird. Kissinger ist vor allem besorgt darüber, daß das Treffen zu eilig arrangiert worden sei und daß die Gespräche sich wegen der mangelnden Vorbereitung festhalten und dem Abrüstungsdialog zwischen den Großmächten schaden könnten. „Ich hätte dem Präsidenten als Berater nicht empfohlen, nach Island zu gehen“, sagte er.

Shultz wies dieses Argument zurück: „Wir haben in den letzten drei Monaten intensiv an Gipfelvorbereitungen gearbeitet. Es geht im übrigen bei diesem Treffen nicht darum, wer gewinnt und verliert, sondern darum, Probleme in der Welt zu lösen. Wir haben den Vorschlag Gorbatschows zum Vorbereitungstreffen in Island unter dem Aspekt geprüft, wie weit er unseren Interessen dient und kamen

gemacht, daß wir den Gebrauch ihrer UNO-Mission in New York nicht als eine Plattform für Spionage dulden werden. Zugleich aber ist es wichtig, unsere Fähigkeit beibehalten zu haben, mit ihnen die Probleme dieser Welt zu diskutieren und zu Lösungen zu kommen.“

Der republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses und mögliche Präsidentschaftskandidat Jack Kemp nannte das Arrangement „einen schrecklichen Präzedenzfall“. Dagegen ernteten Reagan und Shultz Lob für ihre Vereinbarungen mit den Sowjets von den demokratischen Senatoren Kennedy, Moynihan und Bradley.

Ohwohl das Islandtreffen vorwiegend als eine Begegnung unter vier Augen zwischen Reagan und Gorbatschow geplant ist, wird der amerikanische Präsident mit einem großen Beraterstab nach Island fahren, dem auch Staatssekretär Perle aus dem Verteidigungsministerium angehört. Der bisher allen Abrüstungsvereinbarungen mit den Sowjets sehr skeptisch gegenüberstand.

### SEITEN 2, 3 UND 5: Weitere Beiträge

zu dem Ergebnis, daß es eine gute Idee sei, angesichts des ausdrücklichen Wunsches beider Regierungen, daß der Washingtoner Gipfel ein „produktives Treffen“ werden soll.“

Er verteidigte im übrigen das Arrangement mit den Sowjets, das zur Freilassung des amerikanischen Journalisten Daniloff führte und vom rechten Flügel der Republikaner scharf kritisiert worden ist, als ein gutes Ergebnis. „Wir haben nicht nur Daniloff freibekommen, sondern haben ihnen außerdem eindeutig klar-

## Kohl fordert Details über NH-Verkauf

### DGB beschuldigt Minister Schneider / Treffen im Kanzleramt bringt keine Annäherung

**GÜNTHER BADING, Bonn**  
Der DGB ist nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl durch den Verkauf der Neuen Heimat nicht aus der wirtschaftlichen und politischen Verantwortung für den Niedergang des Unternehmens und für die Verwendung von mehr als zehn Milliarden Mark an Steuergeldern entlassen worden. Im Gespräch mit dem Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB verlangte der Kanzler eine „lückenlose Aufklärung“ und die Erklärung von Widersprüchen im Zusammenhang mit dem Neuen-Heimat-Skandal, die der DGB bisher schuldig geblieben sei.

Bundesarbeitsminister Blüm kritisierte Äußerungen aus dem DGB, angeblich hätten politische Einflüsse die Konsolidierung der Neuen Heimat erschwert. Er liege an der „Grenze der Selbstachtung“, noch zu einem solchen Gespräch mit der DGB-Führung zusammenzukommen, „wenn ihr jetzt so tut, als ob wir die Schuldigen wären“.

Blüm wies nach Angaben von Regierungssprecher Ost bei dem Treffen darauf hin, daß niemand ein Interesse an einer Schwächung der Gewerkschaften habe. Der „Nacht-und-Nebel-Verkauf“ der Neuen Heimat habe aber auch beim Thema Mitbestimmung Schaden angerichtet. Der

Verkauf der Neuen Heimat habe aber auch beim Thema Mitbestimmung Schaden angerichtet. Der

### SEITE 4: Interview mit Schiesser Die Lage in Hessen und NRW

DGB-Vorsitzende Breit verteidigte nach dem zweieinhalbstündigen Gespräch im Bundeskanzleramt die Verkaufsfaktion der Neuen Heimat. Er wiederholte dabei auch den Vorwurf, daß „politisch motivierte Einflüsse“ die Sanierung des Gewerkschaftskonzerns erschwert hätten. Diese Einflüsse - als Beispiel nannte er die von Bundesminister Schneider im Sommer geäußerte Einschätzung, daß die Neue Heimat vor dem Konkurs stehe - seien „nicht nur aus der Bundesregierung, sondern auch aus den Ländern“ gekommen. Erklärungen wie die Schneiders kosteten ein

sanierungsbedürftiges Unternehmen „Mark und Pfennig“.

Beim Gespräch mit dem Bauminister im Februar dieses Jahres hatte die Neue Heimat aus Eigentum und Verbindlichkeiten ein Guthaben von fünf Milliarden Mark angegeben. Beim Verkauf des Konzerns war jetzt von einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Schulden und Besitz die Rede. Breit versuchte in der Pressekonferenz den Differenzbetrag damit zu erklären, daß die Grundstücks- und Immobilienpreise schwankten. „Vor allem, wenn wir uns den Zeitpunkt des Verkaufs nicht frei wählen können“. Der Wert des Neuen-Heimat-Besitzes sei durch die politische Stimmungsmache gesunken. Neben der Misere des Gewerkschaftskonzerns wurde im Kanzleramt ausführlich über die Entwicklung des Arbeitsmarktes gesprochen, wobei die DGB-Spitze ihre Forderung nach staatlichen Konjunkturprogrammen wiederholte. Weitere Themen waren die Energiepolitik und die Sicherung der Montanmitbestimmung.

## „DDR“ schiebt Drogenhändler ab

### Syrer wegen „guter Führung“ aus der Haft entlassen / Antrag auf Asyl gestellt

**WERNER KAHL, Bonn**  
Die „DDR“-Behörden haben einen syrischen Drogenschmuggler vorzeitig aus der Haft entlassen und nach West-Berlin abgeschoben. Dort stellte er Antrag auf Asyl. Wie die WELT gestern erfuhr, ermittelt die Ausländerbehörde bereits mehrere Wochen in dieser Angelegenheit, daß ein wegen krimineller Delikte abgeurteilter Ausländer aus „DDR“-Haft unter Asylbewerber im Westen eingereicht wurde.

Nach Verbüßung von vier Jahren Haft war der 30-jährige Ouni Mustafa H. wegen „guter Führung“ aus dem Gefängnis entlassen worden. Die „DDR“-Justiz schickte den aus Damaskus stammenden Häftling nicht nach Syrien zurück.

Angehörige des Staatssicherheitsdienstes schleusten ihn statt dessen über einen Berliner Grenzübergang, an den sich der Syrer angeblich nicht mehr erinnern kann, in den Westteil der Stadt.

Bei der Asylansuchung legte der Abgeschobene lediglich einen „Ent-

lassungsschein“ mit dem gestempelten Staatswappen der „DDR“ vor. Der Text: „H. Ouni Mustafa, geb. 1956 in Damaskus, wurde nach Berlin (West) entlassen. Er befand sich seit 11. Oktober 1982 im Strafvollzug.“ Daneben der Vermerk: „gültig in Verbindung mit dem Reisepaß Nr.: 814 237.“ Der Entlassungsschein enthält keine Angaben über die ausstellende Behörde und den Registrierungsstellen. Gleiche Formulare benutzt das Ministerium für Staatssicherheit bei „DDR“-Bewohnern, die wegen krimineller Delikte ebenfalls vom Geheimdienst über einen Berliner Grenzübergang abgeschoben werden. Ihre Zahl hat sich nach Feststellungen in Bonn in den vergangenen Jahren verdreifacht.

Der Syrer Ouni H. ließ seinen Asylantrag so protokollieren: „Ich bin nach Deutschland und beantrage Asyl, weil ich Angst habe, in meine Heimat zurückzukehren, weil ich schon seit Jahren außerhalb meines Landes bin. Weil ich von einem meiner Freunde gehört habe, daß meine

Lage mich zum Gefängnis bringen könnte und da ich gerade aus dem Gefängnis entlassen worden bin, möchte ich nicht, daß das noch einmal passiert.“

Nach Angaben des Antragstellers hatte er Damaskus nach Ableistung des Wehrdienstes 1981 verlassen. Mehrere Reisen hatten ihn über den „DDR“-Flughafen Schönefeld nach Ost- und West-Berlin geführt.

Damals hatte er nicht Asyl beantragt. Bei der erneuten Einreise über Schönefeld nach Ost-Berlin war er 1982 als angeblicher Chef einer syrischen Drogenhändler-Gruppe verhaftet und abgeurteilt worden.

Gestern trat die neue Transitregelung der „DDR“ in Kraft. Auswirkungen der Bestimmung, wonach Transitreisende vom 1. Oktober an nur noch mit gültigen Anschulvisum in den Westen ausreisen dürfen, werden nicht vor Ende nächster Woche erwartet. Der Berliner Senat registrierte für September eine neue Rekordzahl von 6400 Asylbewerbern.

## Ohne Onkel im Westen läuft nichts

### Dreimal so viel wie im vergangenen Jahr

Selbst junge Leute erhalten immer häufiger Genehmigungen - vorausgesetzt, daß ihr Dienst bei der „Fahne“ (Nationale Volksarmee) länger als fünf Jahre zurückliegt. Staatsbedienstete wie Lehrer und Mitarbeiter von Behörden, auch die Reinsachbearbeiter des Bürgermeisters, müssen zwei Anträge stellen. Erst beim Arbeitgeber, dann mit dessen Einverständnis bei der Vopo.

Doch ohne Onkel oder Cousine, und die darf nicht nur angeheiratet sein, geht nichts. Wer diesen Nachweis und einen Anlaß, neuerdings weiß es nicht unbedingt zum Beispiel ein runder Geburtstag sein, nicht bringen kann, hiebt von der Westreise aus gesperrt. Ebenso die große Zahl von „DDR“-Bewohnern, denen Westkontakte generell verboten sind. Die Praxis der Genehmigungen, „die ein Recht, das selbstverständlich sein sollte, zum Privileg verkommen

läßt“, ist erst kürzlich vom Leiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, Pfarrer Hans-Jochen Tschiche, kritisiert worden.

Der kürzliche mehrstündige Sitzstreik von 3000 Arbeitern eines Kombats im Erzgebirge, die eine teilweise Bezahlung in Westgeld forderten, war Ausdruck einer allgemeinen Empörung. Denn immer mehr in der „DDR“ hergestellte Waren, aber auch Dienstleistungen (Handwerker) sind nur noch für Westgeld zu bekommen. Ein großer Teil der Bürger aber besitzt das nicht.

Dabei wird die Zahl der „Intershops“, in denen nur für „Kacheln“ (Westmark) oder die sogenannten Forum-Schecks eingekauft werden kann, laufend erhöht. Rund 1,2 bis 1,5 Milliarden DM West sollen im vergangenen Jahr in den „Intershops“ umgesetzt worden sein.

Deren Mitarbeiter erhalten allerdings einen Teil ihres Lohnes in Westgeld - 40 Mark monatlich ...

### DER KOMMENTAR

## Alte Heimatgefühle

PETER GILLIES

Der Eigentümer von Europas größten Wohnungskonzern ist brandneu, von seinem Sanierungskonzept kann man dies nicht sagen. Der Berliner Großbäcker Schiesser erklärte, die Rettung der Neuen Heimat sei nur mit drei Partnern zu schaffen: mit den Banken, mit der öffentlichen Hand und - an dritter Stelle - mit Eigenkapital. Just diese Reihenfolge erinnert an den Altbauer DGB, der auch sein Eigenkapital (sprich: die Streikkasse) schon wollte und beherzt in die Steuerkasse zu greifen gedachte.

Der neue Konzernherr bekennt sich zum Grundsatz der Wirtschaftlichkeit. Es ist in der Tat das Überlebensprinzip des wankenden Bauriesen. Aber die sogenannte Gemeinwirtschaftlichkeit und die starre Kostennormen widersprechen der Rentabilität. Um sie herzustellen, bedarf es nicht nur massiver Wohnungs- und Grundstücksverkäufe, sondern auch gewaltiger Modernisierungsinvestitionen in den Bestand. Das erforderliche Kapital ist weit und breit nicht zu sehen. Sogar die Gläubigerbanken, an denen das Überleben hängt, haben sich noch nicht

definitiv erklärt. So beginnt die neue Ära mit vielen Aufklärungsbedürftigkeiten und Risiken. Der alte wie der neue Eigentümer sind gefordert, Klarheit zu schaffen. Die Bemerkung von Frau Wulf-Mathies, der Verkauf sei die einzige Alternative zum Konkurs gewesen, verschleierte die Tatsachen. In Wahrheit lautete die Alternative zum Konkurs: Milliardenentscheid des Deutschen Gewerkschaftshundes.

Peter Glotz (SPD) beklagt weiterhin, das hürterliche Lager unter den Neuen-Heimat-Skandal, um die Gewerkschaften zu „demütigen“. Er vertauscht Ursache und Wirkung. Das Unvermögen und die Heuchelei der „Gewerkschafts-Unternehmer“ sind die Wurzel der Kritik am DGB. So stammt die „Demütigung“, falls es eine sein sollte, aus gewerkschaftlicher Eigenproduktion.

Künftig soll es, so verkündete Schiesser, wieder Freude machen, Mieter der Neuen Heimat zu sein. Wohl, ein ehrgeiziges, wenn auch noch diffuses Konzept. Es dauert wohl noch geraume Zeit, bevor bei diesen Mietern wieder Freude aufkommt.

## Widerstand gegen Gorbatschow

### DW, Moskau

Die Kampagne von Parteichef Gorbatschow zur wirtschaftlichen und moralischen Erneuerung trifft nach Angaben der Partei auf den Widerstand eigenständiger Bürokraten, „Gamer und unehrlcher Kommunisten“, die nur auf den Erhalt ihrer Privilegien bedacht seien. In einer von der Parteizeitung „Pravda“ veröffentlichten Resolution des Zentralkomitees heißt es weiter, die auf dem Parteitag im Februar beschlossenen Maßnahmen würden nicht mit der angemessenen Dynamik umgesetzt.

## Chirac droht mit Vergeltung

### DW, Paris

Der französische Premierminister Jacques Chirac hat Terroristen und jene, die sie unterstützen, gewarnt: Länder, die nachweislich Terroristen helfen, müßten mit „schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen“ rechnen. Chirac räumte allerdings ein, gegenwärtig könne Frankreich kein Land der Komplizenschaft bei Attentaten beschuldigen. Der Regierungschef begrüßte die Gelassenheit der französischen Bevölkerung nach der jüngsten Welle von Attentaten.

## Auch die „DDR“ geht auf China zu

### DW, Berlin

Unmittelbar nach dem Besuch des polnischen Staats- und Parteichefs Jazulski in der Volksrepublik China hat Ost-Berlin unterstrichen, daß die bevorstehende Visite von SED-Chef Erich Honecker in Peking eine neue Seite in den Beziehungen zwischen der „DDR“ und China „aufschlagen wird“. Die Nachrichtenagentur ADN zitierte diese Worte in einer Meldung über ein „Staatstelegramm“, das Honecker an die Peking-Führung schickte.

## China regelt das Arbeitsrecht neu

### AP, Peking

Die chinesische Regierung hat gestern das bisher geltende Anrecht auf einen unkündbaren Arbeitsplatz für Mitarbeiter abgeschafft, die von Oktober an in staatlichen Betrieben eingestellt werden. Gleichzeitig soll der Aufgabenbereich der chinesischen Gewerkschaften erweitert und eine staatliche Arbeitslosen- und Rentenversicherung eingeführt werden. Kündigungen sind nach der neuen Regelung nur nach mehrmaliger Ermahnung des Beschäftigten möglich.

## Sondersitzung zu Brokdorf

### dpa, Kiel

Der Schleswig-Holsteinische Landtag tritt morgen zu einer Sondersitzung zum Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe zusammen. Das seit Jahren heftig umstrittene Kernkraftwerk wird in wenigen Tagen von der Landesregierung in Kiel die Genehmigung zur Aufnahme des Betriebes erhalten. Der Reaktor soll etwa Mitte Oktober ans Netz gehen. Zuvor hatte die Bundesregierung und die Reaktorsicherheitskommission grünes Licht gegeben.

## Autorentreffen am WELT-Stand

### sta, Frankfurt

Am WELT-Stand auf der Frankfurter Buchmesse fanden sich gestern unter anderen Hans-Peter Schwarz, Boris Chasanow, Hugo Loetscher und Gabriel Laub ein. Die Adenauer-Biographie von Schwarz steht im politischen Bereich im Vordergrund der Messesprache. Der Politikwissenschaftler über Adenauer: „Dieser zukunftsweisende Mann ist das politische Schicksal von uns allen geworden, die wir in der zweiten Jahrhunderthälfte leben.“

## Warschau verweigert das Gespräch mit „Solidarität“

### Regierungssprecher Urban: Kein Dialog mit Walesa

### DW, Warschau

Die verbotene polnische Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ will wieder zurück in die Legalität. Das hat ihr Vorsitzender, der Arbeiterführer und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa in Danzig mitgeteilt. In diesem Zusammenhang kündigte er die Bildung eines „Provisorischen Rates“ der Gewerkschaft an, der faktisch die bisherige Untergrundführung TKK ablösen soll. Damit kommt die „Solidarität“ einer Forderung der Regierung entgegen, die eine Auflösung der Untergrundführung verlangte hatte.

Gegen diese Abschaffung haben sich zwar mehrere andere „Solidaritäts“-Führer ausgesprochen, doch steht für Lech Walesa fest, daß es nicht zwei Führungsgremien innerhalb der Gewerkschaft geben kann. Die sieben Mitglieder des neuen „Provisorischen Rates“ wurden alle in den vergangenen Jahren wegen „versuchten Staatsstrechs“ verhaftet und erst im Rahmen der Amnestie für politische Gefangene vom 15. September wieder freigelassen.

Ganz will die Solidarität ihre Untergrundtätigkeit aber noch nicht aufgeben. So sollen auch weiterhin zahlreiche Aktionen in den Betrieben des Landes veranstaltet werden und die 500 regelmäßig erscheinenden Publikationen der Gewerkschaft werden ebenfalls noch aus dem Untergrund heraus veröffentlicht. Walesa stellte in Danzig fest, daß „die Rückkehr zum gewerkschaftlichen Pluralismus“ in Polen das erklärte Ziel der Solidarität bleibe. Dies sei eine unerlässliche Voraussetzung, um die Untergrundstrukturen aufzulösen.

Gleichzeitig bekräftigte der polnische Arbeiterführer den guten Willen und die Bereitschaft seiner Organisation zum Dialog mit der Regierung. Unterdessen erklärte der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban auf einer Pressekonferenz in der Hauptstadt Warschau, die politische Führung seines Landes sei nicht bereit, in Gespräche mit der „Solidarität“ einzutreten. „Walesa ist ein Privatmann, und es ist nicht einzusehen, warum die Regierung mit ihm verhandeln soll“.

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sonderinteressen

Von Bernd Conrad

Die Deutschen verbinden mit dem Reagan-Gorbatschow-Gipfel besondere Wünsche und Hoffnungen. Und dank des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Ronald Reagan und Helmut Kohl bestehen gute Chancen, daß diese Wünsche berücksichtigt werden.

Diese Anregungen werden sich vor allem auf das dringende Interesse Bonn an Fortschritten bei der Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen größerer und kürzerer Reichweite sowie an einer Einigung über das weltweite Verbot chemischer Waffen konzentrieren.

Weniger Verständnis hätte Reagan vermutlich für den Wunsch aufgebracht, parallele Verhandlungen für Kurzstreckenraketen zur einer Art Vorbedingung für ein Zwischenabkommen zu machen.

Seltam mutet es an, daß ausgerechnet aus den Reihen der SPD - die bisher alles getan hat, um Reagan vor den Kopf zu stoßen - die Forderung kommt, Kohl solle "die deutschen Sonderinteressen gegenüber Reagan" mit dem Blick auf Reykjavik "selbstbewußt und energisch vertreten".

Wenn von sozialdemokratischer Seite gar verlangt wird, Reagan solle Gorbatschow zu größerem Entgegenkommen in deutsch-deutschen Fragen drängen, dann sieht man, daß hier mehr an den Bundestagswahlkampf als an die sonst immer beschworene Entspannung gedacht wird.

DGB beim Kanzler

Von Günther Bading

Bei der Aussprache mit dem Bundeskanzler sei zum Skandalthema Neue Heimat "nur kurz berichtet worden", erklärte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit im Anschluß vor der Bonner Presse.

Es scheint typisch für das Verhalten der DGB-Spitze, Unannehmliches derzeit zu verdrängen. Und es ist verständlich, wenn Ernst Breit sich gegen Angriffe, etwa gegen die Forderung nach seinem Rücktritt, mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit gewerkschaftlicher Gremien zur Wehr setzt.

Nicht hinnehmen kann man es allerdings, wenn die DGB-Oberen jetzt den Schwarzen Peter über den Tisch zurückzuschieben suchen. Breits Vorwurf, "politisch motivierte Einflußnahme" habe die Konsolidierung der Neuen Heimat erschwert, verläßt den Bereich des anständigen Umgangs miteinander.

Sollte der DGB seine geplante Flugblattaktion vom Wochenende an unter dem Motto "Schuld ist Bonn" wirklich veranstalten, dann allerdings zwingt er die Bundesregierung zur Klärung der Schuldfrage.

Linke und Generale

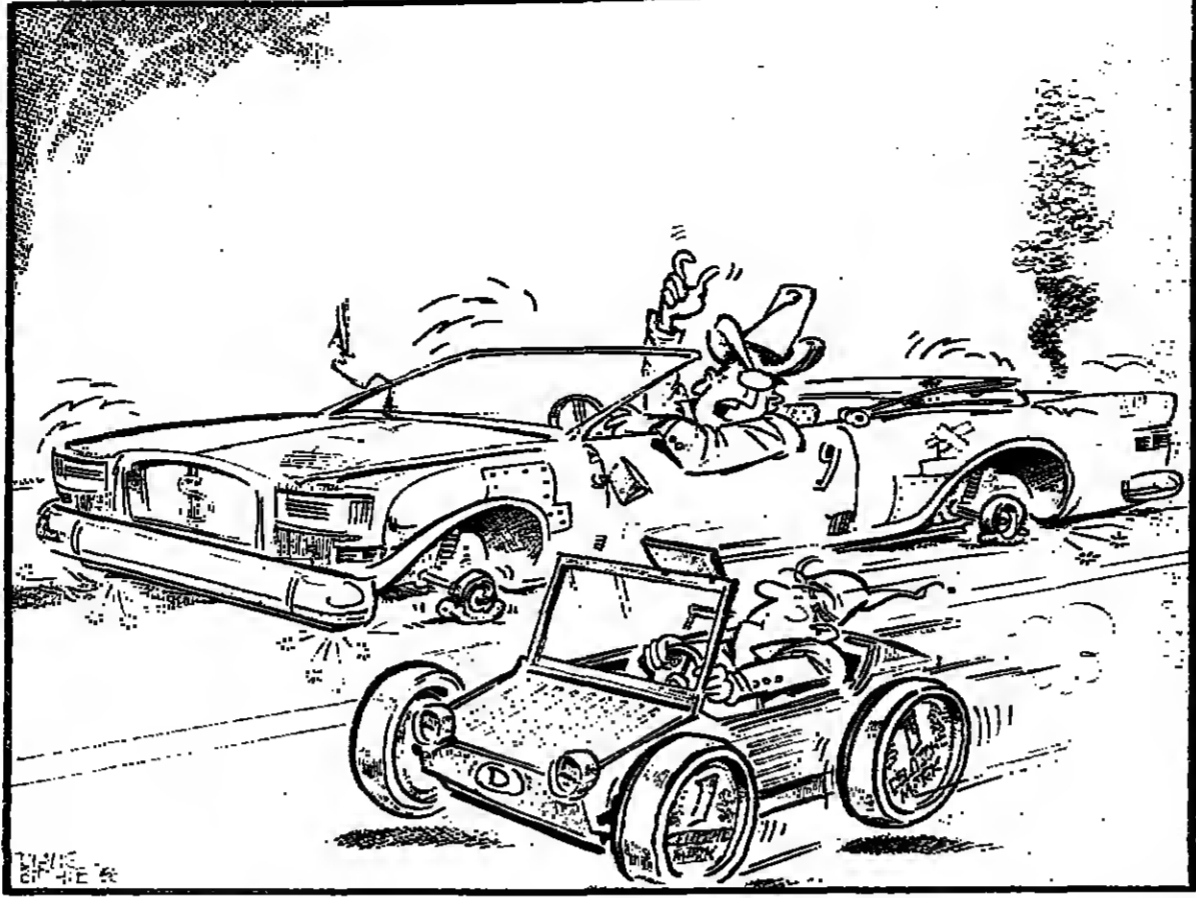
Von Günter Friedländer

Lateinamerikas Linke beklagt sich ständig darüber, daß die Generale und Obersten des Subkontinents sich in die Politik einmischen, statt sich ausschließlich und gehorsam ihren beruflichen Pflichten zu widmen.

Nun, der Aufschrei blieb aus, denn die Mehrheit des ecuadorianischen Parlaments wird von Linksparteien gestellt. Sie fügten Spott zum Schaden und begnadigten den Generalleutnant mit der kuriosen Begründung, daß er ja "nur ein politisch motiviertes Vergehen" begangen habe.

Während der weiter inhaftierte Vargas nun mit einem Hungerstreik seine Freiheit zu gewinnen sucht, ging Ecuadors Parlament zum nächsten Punkt seiner Tagesordnung über, das Land unregierbar zu machen.

Man kann nur hoffen, daß Ecuadors Parlament und der seit August 1984 regierende, aus freien Wahlen hervorgegangene Präsident Febres Cordero Frieden schließen.



„Hey - gib mir sofort ein paar von deinen Reifen ab!“

CLAUS BOHLE

Gorbatschow in Bedrängnis

Von Carl Gustaf Ström

Ist der Vor-Gipfel von Reykjavik ein Erfolg für Reagan - oder ein propagandistischer Punktstich für Gorbatschow? Ist der Austausch des sowjetischen UNO-Beamten Sacharow gegen den seit Jahren in der Verbannung festgehaltenen Bürgerrechtler Jun Orlov - eine überaus bedeutende Persönlichkeit, deren "Tauschwert" viele Spione à la Gennadi Sacharow aufwiegt - ein Sieg oder eine Niederlage für jene sowjetischen Kräfte, die den Versuch unternahmen, den US-Journalisten Daniloff als Geisel und Tauschobjekt einzusetzen?

Der Zwang zu einer solchen Atempause wird für Gorbatschow um so drängender, als die wirtschaftliche Entwicklung immer mehr in eine Sackgasse führt. Das unerlässliche Modernisierungsprogramm, das ohne westliche Kooperation, Kredite und Technologie sowie ohne eine fühbare Entlastung im Rüstungsbereich nicht zu verwirklichen ist, stößt aber jetzt auf zusätzliche Probleme: Durch den niedrigen Dollarkurs sind die Erlöse aus den sowjetischen Erdöl- und Gasexporten, die sechzig Prozent der Deviseneinnahmen ausmachen, drastisch zurückgegangen.

Vielleicht hängt die weltpolitische Aktivität Gorbatschows, ähnlich wie bei seinem Vorgänger Chruschtschow, dem er in mancher Hinsicht immer ähnlicher wird, mit der immer deutlicher werdenden

Erkenntnis zusammen, daß die "Perestrojka" (die vom Parteichef proklamierte "Umgestaltung" der sowjetischen Gesellschaft, von der er sagte, sie müsse "revolutionär" sein) ungeheuer schwer zu bewerkstelligen ist.

Schon wird gegen den Parteichef - auch hier ist die Parallele zu Chruschtschow geradezu beängstigend - der Vorwurf laut, er untergrabe mit seinen radikalen Reformvorschlügen die Grundlagen des Systems. Bei seiner Rede in Krasnodar richtete Gorbatschow vor einigen Tagen einen ganz erstaunlichen Appell an die Sowjetmenschen, wobei er als Kronzeugen nicht Marx, Engels oder Lenin, sondern den großen christlich-orthodoxen Dostojewski zitierte: Seine Frau Raissa und er, Gorbatschow, hätten Dostojewski gelesen, erklärte Gorbatschow, und dabei festgestellt, daß auch Dostojewski für die "Vereinigung" aller russischen Menschen gewesen sei.

Wenn Gorbatschow wirklich bereit zu einer Neugestaltung des Ost-West-Verhältnisses ist, würden vorläufige Konzessionen des Westens seine innere Position gegenüber Kritikern und Gegnern innerhalb des sowjetischen Apparats nur schwächen.

Diese Entwicklung hat in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft besorgte Diskussionen über die Anziehungskraft des Raums auf Unternehmer ausgelöst. So schrieb kürzlich zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer zu Bochum von der falschen landespolitischen Weichenstellung bei der Energiepolitik und ihren fatalen Auswirkungen.



Eine große Gegenleistung: Juri Orlov

Ausstieg à la SPD, indem man hier verbietet und dort kauft

Mittleres Ruhrgebiet: Jedes siebte Unternehmen sieht seine Wettbewerbsposition gefährdet / Von Heinz Heck

Die größte Baustelle Nordrhein-Westfalens steht in Niedersachsen. Gemeint ist das Kernkraftwerk Lingen. Die Vorstände der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) Elektromark und Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) hatten sich seit 1975 lange erfolglos um einen Standort für ein Kernkraftwerk in Hamm bemüht.

Der Grund liegt auf der Hand: Der hohe Anteil billiger Braunkohle an der Stromerzeugung in der Grundlast hatte einst dem RWE einen satigen Wettbewerbsvorteil verschafft.

Auch so läßt sich der Ausstieg proben. Die Düsseldorfer Landesregierung verwehrt Baugenehmigungen, wohl wissend, daß die Elektrizitätswerke schon aus Gründen der Kostensenkung dringend auf den Strom aus Kernkraftwerken zur Deckung des sogenannten Grundlastbedarfs (für die Stromversorgung rund um die Uhr) angewiesen sind.

Die Entwicklung hat in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft besorgte Diskussionen über die Anziehungskraft des Raums auf Unternehmer ausgelöst. So schrieb kürzlich zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer zu Bochum von der falschen landespolitischen Weichenstellung bei der Energiepolitik und ihren fatalen Auswirkungen.

IM GESPRÄCH Franz Kamphaus

Wo die Kirche verkommt

Von Gernot Facius

Mitglieder des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend marschierten an der Spitze von Demonstrationen gegen die NATO-Politik. Aus der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) kamen Solidaritätsbekundungen für Hausbesetzer. Die Katholische Junge Gemeinde (KJG) forderte ihre Mitglieder im Mai 1985 auf, jegliche Art von Kriegsdienst zu verweigern.



Die Kirche bei den Jugendlichen glaubwürdig vertreten: Kamphaus

Kirche, befanden die Bischöfe, verkomme bei diesen jungen Katholiken zu einem "Instrument für sozialkritisches Engagement". Das gestörte Verhältnis soll jetzt der Limburger Bischof Franz Kamphaus (54) in Ordnung bringen.

Daß sich die Vollversammlung der Bischöfe für Kamphaus entschieden und nicht wie zeitweilig spekuliert wurde, für den Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba, der während eines als "beinhart" geschilderten Gesprächs mit dem BDKJ im Dezember 1985 den Verbänden "sektiererische politische Enge" attestierte, ist eine Richtungsentscheidung.

Der Bauernsohn aus dem westfälischen Lüdinghausen, 1959 zum Priester geweiht, seit 1982 Bischof der hessischen Diözese, ist ein Mann der Synode von Würzburg. Das verschafft ihm von vornherein Sympathien bei der Jugend. Negative Erscheinungen

in seiner Kirche nennt er beim Namen. Er forderte von seinen Mitarbeitern stets "deutliche Zeichen des Verzichts, wenn wir unser Sendung treu bleiben wollen".

Die Politisierung der Verbände ist das eine, das Alleinlassen der Jugend das andere, weit wichtigere Problem. Den Kaplan, der sich der Jugendarbeit widmet, gibt es kaum noch. Die neuentstandenen kirchlichen Jugendämter haben dieses Vakuum nicht auffüllen können.

Auch das ist kirchliche Wirklichkeit. Kamphaus wird an seiner Fähigkeit gemessen werden, diese Realität seinen Mitarbeitern in der Bischofskonferenz zu vermitteln.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The New York Times

Maßnahmen, um die Gefahr von Feindseligkeiten in Europa zu begrenzen, sind vereinbart, und eine Reduzierung der Mittelstreckenwaffen in Europa soll angeht bevorstehen.

neuer Kernkraftwerke jedw. Menge Bedarf an beruhigenden Zusicherungen gibt. Auch in Brokdorf freilich ist das vielbeschworene "Restrisiko" auf noch so bereite Weisheit nicht auszuschalten.

OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Als habe sich alles gegen ihn verschören, wird Johannes Rau in immer neuer Verlegenheit gestürzt. Diesmal widerfährt ihm Ungemach von einem hunten Aktionsbündnis, das über einen Volksentscheid die Stilllegung der Kernkraftwerke in Nordrhein-Westfalen erreichen will.

Hannoversche Allgemeine

Selbst während der zurückliegenden Jahre der Rezession geriet der Buchhandel nie ganz in den Schatten. Jetzt bewegt er sich mit fünf Prozent Umsatzplus deutlich auf der Sonnenseite der Konjunktur.

Aachener Nachrichten

In Bonn pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß General Altborg ... aus Enttäuschung nach Brüssel zieht. Enttäuscht ist er vom Regiment seines Oberbefehlshabers, Minister Wörner, der den Stäben auf der Hardhöhe aus Gründen politischer Opportunität eine realistische Planung nicht gestattet.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Die vier Milliarden Mark teure Anlage, jahrelang Symbol des Widerstands gegen den "Atomstau" und Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen, darf aus Netz gehen. Im Grunde belegen Wallmanns und Barschels Garantienklärungen nur, daß es mittlerweile beim Anschalten

Handwritten note in Arabic script.

# Ein Tag, an dem die Worte ihre Bedeutung verloren

Ein Gipfel, der keiner ist, ein Handel, der keiner ist, ein Spion, der keiner ist - dieser 30. September 1986, Abschluss der Affäre Daniloff, könnte als Tag west-östlicher Sprachverwirrung in die Geschichte eingehen.

Von FRITZ WIRTH

Ein Tag in Washington. Die Meteorologen sagen, es sei der beste 30. September seit 30 Jahren: 63 Grad Fahrenheit, fast 34 Grad Celsius. Die Historiker werden von diesem Tag vielleicht einmal sagen, es sei der Tag gewesen, an dem eine spätsommerliche Frostperiode zwischen Washington und Moskau zu Ende ging. Leute, die keinen so weiten Horizont haben, werden sagen: Es war der Tag, an dem eine unaufgeregte Welt noch unübersichtlicher wurde. Sie verstehen diese Welt nicht mehr, weil sie die Sprache der Politiker nicht mehr verstehen, die diese unaufgeregte Welt regieren.

Die Schwierigkeiten, diesen Tag und seine Ereignisse zu begreifen, begannen am Morgen um fünf vor zehn im Magistratesgericht von Brooklyn in New York, als der Spion Gennadij Sacharow vor dem Richter Joseph McLaughlin erschien. Nach zwei Minuten verwirrender juristischer Manöver vergewisserte sich der Richter firsorglich bei Sacharow, ob er verstehe, was hier vor sich gehe. Sacharow bejahte. Zwei Minuten später war er ein freier Mann. Mit fünfjähriger Bewährungsfrist nach Moskau entlassen.

Eine Minute danach erscheint Außenminister Shultz im stickigen, überfüllten Pressesaal des Weißen Hauses, um das Ergebnis seiner insgesamt 24stündigen Verhandlungen mit seinem sowjetischen Kollegen Scharwardnase zu enthüllen. „Daniloff ist out“, sagte er, und Gennadij Sacharow werde noch an diesem Nachmittag in die Sowjetunion zurückfliegen. Ob er dies einen Tauschhandel nenne, fragen ihn die Journalisten. Shultz mit Buddha-Miene: „Es gibt keinen Handel und Austausch zwischen Daniloff und Sacharow. Es gibt ein Arrangement.“

## Die Erfindung des „Vorgipfel-Gipfels“

Wenige Minuten später unterbricht Präsident Reagan die Vorstellung seines Außenministers und verkündet, daß er sich am übernächsten Samstag in Island mit Generalsekretär Gorbatschow treffen werde. Ob dies ein Gipfel sei, wollen die Journalisten wissen. „Nein, dies ist ein Vorbereitungstreffen“, korrigiert Reagan. Spätestens hier wird deutlich, daß die vertrauten Sprach-Schablonen an diesem 30. September plötzlich nicht mehr passen: Bisher war jede Begegnung der beiden wichtigsten Staatsmänner dieser Welt ein Gipfel. Seit heute jedoch gibt es „Vorgipfel-Gipfel“. Preise für diese neue Wortschöpfung dürfen an Henry Kissinger vergeben werden. Der Wanderer zwischen Welten und Gipfeln prägte das

Wort am späten Nachmittag mit sorgenzerfülltem Gesicht.

Er hat deutliche Schwierigkeiten, mit diesem neuen Phänomen der Weltpolitik fertig zu werden. „Ich bin über diesen Vorgipfel-Gipfel in Island aufs äußerste besorgt und beunruhigt. Dieses Treffen ist zu eilig und zu schlecht vorbereitet arrangiert worden. Die Fragen, die auf diesem Vorgipfel diskutiert werden, sind zu komplex, um auf einem so kurzfristig angesetzten Treffen behandelt zu werden. Ich sehe die Möglichkeit, daß sich die Gespräche festfahren und am Ende den wirklichen Gipfel gefährden.“ Und dann mit einer entschuldigenden Verbeugung in Richtung Weißes Haus: „Ich kritisiere ungern diese Administration, die ich stets unterstützt habe.“

## Fliegender Wechsel auf dem Flughafen Dulles

Am Nachmittag verlagert sich die Szene dieser komplizierten Entwürfung einer Affäre auf den Flughafen Dulles bei Washington. Um vier Uhr gehört Gennadij Sacharow die Bühne. Er erscheint lächelnd, kühl und in Siegerpose. „Sind Sie ein Spion?“ fragen Journalisten. „Ich habe mir in den USA nichts zuschulden kommen lassen“, erwidert Sacharow. „Sind Sie ein Spion?“ beharren die Journalisten. „Nein“, sagt Sacharow, „sie haben mir eine Falle gestellt.“ Er spielt seine Rolle, bis der Vorhang fällt. Um 18.21 Uhr hebt die „Aeroflot“ von der Startbahn ab, mit einem Spion an Bord, für den das Wort Arrangement an diesem Tag eine neue Bedeutung bekam.

Um 16.43 Uhr landet auf dem gleichen Flughafen die „PanAm“ aus Frankfurt mit Nicholas Daniloff an Bord. Er zeigt sich zum ersten Mal seit er in sowjetischer Gefangenschaft zu einer öffentlichen Figur wurde, in festlicher Kleidung: dunkler Anzug, rot-weiß gestreiftes Hemd, bunte Krawatte, ein Strauß gelber Rosen im Arm. Seine Worte sind nachdenklicher, besonnener als jene, die er im ersten Triumphgefühl wiedererwonnener Freiheit gebrauchte.

Er spricht von der „emotionalen Tortur“ seiner Haft und seiner 30stündigen Verhöre, und er spricht von seinem Land, in das er zurückkehrte, weil in diesem Land das Schicksal jedes Einzelnen eine so große Rolle spielt. „Das ist der Grund, warum dies eine Nation so großer Individualisten ist.“

Bevor Daniloff am Montag die Sowjetunion verließ, hatte er das Grab seines Ur-Ur-Großvaters Alexander Frolow besucht, der in Moskau begraben wurde. Er war 1825 zu 30 Jahren Exil in Sibirien wegen seiner Teilnahme am erfolglosen Aufstand gegen Zar Nikolaus I. verurteilt worden. „Ich hoffe, daß ich irgendwann nach Moskau zurückkehren kann, um weitere Blumen auf sein Grab zu legen“, sagte Daniloff. Er hatte in Moskau ein Buch über seine russischen Vorfahren begonnen und drei Tage vor seiner Verhaftung die ersten vier Kapitel bei seinem Verleger abgeliefert. Er will in den nächsten Monaten dieses Buch beenden. Die Verleger drängen kurze Zeit nach Daniloffs Ankunft

in Washington gibt Tass ihre Version der Ereignisse des 30. September bekannt. Gennadij Sacharow, so schreibt die Agentur, sei heute „befreit“ worden, während Nicholas Daniloff aus der Sowjetunion „hinausgeworfen“ wurde.

Derweil haben zahlreiche amerikanische Journalisten begonnen, die Ereignisse dieses Tages auf ihren „High Noon“-Gehalt hin zu reduzieren. „Who blinked first“, ist zur Standardfrage des 30. September geworden. Sie wollen den Sieger dieser Affäre wissen und herausfinden, wer in diesem diplomatischen Poker zuerst die Nerven verlor und nachgab.

Ronald Reagan hat zunächst keine Probleme, ihnen zu helfen: „They blinked.“ Später aber korrigiert er sich: „Kein Kommentar. Ich hätte das nicht sagen sollen.“ Eduard Scharwardnase ist vorsichtiger. Er will nicht frisch vernarbte Wunden aufreißen und entgegen: „Es spielt hier keine Rolle, wer nachgegeben hat. Wichtig ist, daß wir eine Lösung fanden.“

Armand Hammer, der Wanderer und Händler zwischen Ost und West, der sich selbst auch in die Lösung dieses Konflikts eingeschaltet hatte, beweist mit seiner Antwort, warum er zu einem so perfekten Seitstänzer zwischen den Ideologien wurde: „They both blinked“, und er fügt dann eilig hinzu: „Sie haben zugleich aber auch beide gewonnen“, was zeigt, daß auch die Logik an diesem heißen, schwülen späten September tag Schaden nahm. „Gorbatschow bekam, was er wollte, und Reagan bekam, was er wollte, und das Ergebnis ist gut für die ganze Welt.“ Hammer ist ein Meister der schlichten Formeln geblieben.

## Der rechte Flügel spricht von einem „Freikauf“

Derweil regt sich Zorn auf dem rechten Flügel der Republikaner. Senator Wallop nennt den „Vorgipfel-Gipfel“ von Island „das Lösegeld, das wir für den Freikauf der Geisel Daniloff zahlen mußten“. Im Repräsentantenhaus dagegen geben liberale Demokraten aus Mikrofon und preisen Ronald Reagan für sein Verhandlungsgeschick.

Das Beklemmende an diesem verwirrenden Tag: Die wohl wichtigste Figur dieses 30. September bleibt eine Nebenfigur dieser Affäre. Es ist Jurij Orlow, gefoltert, verurteilt und seit Jahren lebendig begraben in Sibirien. Weil er in seinem Land nur ein wenig freier, unabhängiger und besser leben wollte. Es war viel von Freiheit die Rede an diesem 30. September in Washington. In zehn Tagen wird Jurij Orlow zum ersten Mal in seinem 62jährigen Leben ein freier Mann sein.

Er ist der stille und wahrscheinlich einzige Sieger an diesem seltsamen 30. September, an dem ein Gipfel kein Gipfel, ein Handel kein Handel und ein Spion kein Spion mehr war. Es waren 93 Grad Fahrenheit. Es muß bessere Gründe geben, die Unfähigkeit zu erklären, in dieser unaufgeregten Welt die Dinge beim Namen zu nennen.



Vigdís Finnbogadóttir ist Präsidentin von 240 000 Isländern, von denen die Hälfte in der Hauptstadt Reykjavik lebt. FOTOS: OPA

# Am Polarkreis soll das Eis schmelzen

Island, die Insel im hohen Norden, wird für zwei Tage zum Zentrum der Weltpolitik. Der Wetterbericht prophezeit Regen und Gorbatschow Kälte, Sturm und Finsternis.

Von REINER GATERMANN

Die Nachricht verbreitete sich wie ein Sturm über die baumlose und schafreiche Insel. Bald waren die Telefonleitungen zu Präsidentin Vigdís Finnbogadóttir und Ministerpräsident Steingrímur Hermannsson blockiert. Landeleute wollten ihnen mitteilen, wie überrascht, stolz und glücklich man über die Wahl war. Überrascht war auch die isländische Regierung. Sie war erst wenige Stunden, bevor das „Vorbereitungsgespräch“ zwischen Reagan und Gorbatschow bekannt gegeben worden war, von der Standortwahl informiert worden.

Die meisten der 240 000 Isländer, das zeigte die ersten Reaktionen, sind hocherfreut - und besorgt. Für zwei Tage, am 11. und 12. Oktober, wird ihre Insel im Nordatlantik, unmittelbar unterhalb des Polarkreises, im Rückpunkt der Weltöffentlichkeit stehen. In ihrer Hauptstadt Reykjavik wird Weltpolitik gemacht werden, wenn sich dort in einer Woche US-Präsident Ronald Reagan und KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres treffen werden. Die Isländer wissen nur noch gar nicht so recht, warum ihnen diese Ehre zuteil wird. Immerhin standen neben Reykjavik noch Genf, Wien und Hiroshima zur Auswahl. Sie waren jedenfalls von sowjetischer Seite vorgeschlagen worden. Aber der Mann aus dem Weißen Haus gab der kleinen, wilden und einsamen Insel im großen Ozean, fast genau in der Mitte zwischen Moskau und Washington gelegen, den Vorzug.

Wahrscheinlich hatten bei der Standortwahl auch die Außenminister der beiden Supermächte ihre Finger mit im Spiel. Rein zufällig

machten sie im Herbst 1985 innerhalb einer Woche bei Flügen zwischen ihren beiden Hauptstädten in Reykjavik Zwischenstopps, allerdings ohne sich zu treffen.

Ansonsten trat Island bisher nur zweimal bei großen internationalen Ereignissen als Gastgeber in den Vordergrund: Beim ersten Mal, als 1972 der Amerikaner Fischer und der Russe Spasik herauszufinden versuchten, wer der beste Schachspieler der Welt ist. Und 1973 wählten US-Präsident Nixon und sein französischer Kollege Pompidou die Insel als Treffpunkt.

In den Stolz mischt sich die Sorge der isländischen Organisatoren: „Wie sollen wir das bewältigen?“ Denn da kommen nicht nur zwei Supermacht-Delegationen mit je 200 Mann und mit allem, was da an Sicherheit erforderlich ist. Da werden aber auch innerhalb weniger Stunden rund 1000 Journalisten aus allen Himmelsrichtungen über die nordatlantische Vulkaninsel, einst Trainingslager amerikanischer Astronauten, hereinfliegen. Dabei hat die Hauptstadt, wenn sie alles mobilisiert, bestenfalls 1000 Betten aufzubieten.

## Eine glückliche Mischung aus Tradition und Neuzeit

Gleichmaßen unüberwindbar scheint das Problem der internationalen Ätherverbindungen zu sein. „Wir werden für unsere anreisenden Kollegen unser Bestes tun“, versichern die Techniker beim isländischen Rundfunk. Die Zweifel in ihrer Stimme sind jedoch nicht zu überhören. Gestern wußten sie jedenfalls noch nicht, über wieviel Kapazität sie überhaupt verfügen können.

Man läßt sich aber nicht irren machen. Die Isländer sind eine glückliche Mischung aus Kulturbewußtsein und Tradition einerseits sowie Aufgeschlossenheit der Umwelt und dem Neuen gegenüber andererseits. Kein Land in der Welt produziert pro Kopf

der Bevölkerung mehr Bücher als Island, sowohl was die Zahl der Titel als auch die verkaufte Auflage anbetrifft. Musik und Theater, alt wie neu, sind gleichermaßen fest verwurzelt und gefragt. Ähnlich ist es in der Politik, in der einerseits die jahrhundertealte Thing-Tradition weiterlebt, andererseits aber seit 1983 die erste reine Frauenpartei der demokratischen Welt im Parlament vertreten ist.

Schließlich war Island im Juni 1980 das erste Land, das mit überwältigender Mehrheit einer Frau, der Theaterdirektorin von Reykjavik, das höchste Staatsamt anvertraute. 1980 hatte Vigdís Finnbogadóttir noch gegen männliche Konkurrenz anzutreten (darunter ein international bekannter Fußballer und späterer Finanzminister), vier Jahre später brauchte sie sich nicht einmal einer Neuwahl zu stellen, weil es keinen Gegenkandidaten gab. Bei der ersten Abstimmung, die sie sehr knapp gewann, war nicht so sehr die Tatsache hinderlich, daß sie eine Frau war, allerdings eine sehr gut aussehende und charismatische, die im Abendkleid wie in Jeans gleichermaßen attraktiv war und ist. Bedenken wurden vielmehr dagegen geäußert, daß sie nicht verheiratet war, dennoch eine Tochter hatte, allerdings ein Adoptivkind.

Die Sowjets stört es bei diesem Gipfeltreffen nicht, daß Island Mitglied der NATO ist, eine starke amerikanische Garnison beherbergt und auf der Basis Keflavik neben Kampfflugzeugen auch fliegende Radarstationen stationiert sind. Rund 3100 Soldaten der US-Luftwaffe und -Marine sind dort ständig stationiert. Hinzu kommen 2500 Familienangehörige. Das Kernstück der Basis bildet die riesige Start- und Landebahn, die es auch den größten US-Transportern erlaubt, Island anzufliegen.

Diplomatisch sind die Sowjets auf der Insel genauso überrepräsentiert wie in der UNO. Ungefähr 80 Personen beschäftigen sie hier, etwa viermal soviel wie die Amerikaner. Inoffi-

ziell monieren die Isländer dies auch hin und wieder, von konkreten Schritten sahen sie bisher jedoch ab. Andererseits sind auch die Zeiten vorbei, daß sie vor den Zäunen Keflaviks gegen die Anwesenheit der Amerikaner protestierten, einmal war auch die heutige Präsidentin dabei.

Allerdings ist die US-Basis jetzt eine Insel auf der Insel. Nur einmal pro Woche dürfen die Soldaten die zahlreichen Kneipen und Discos, „Hollywood“ ist eine der größten Europas, in der eine Fahrstunde entfernten Hauptstadt besuchen, und ihre Fernsehender wurden verkabelt, damit die Isländer sie nicht empfangen können und allzu leicht der Amerikanisierung verfallen.

## Die USA ersetzen eine isländische Armee

Die Anwesenheit der Amerikaner erspart den Isländern jedoch die Aufstellung eigener Streitkräfte. Woher sollten sie die Soldaten auch nehmen, bei einer offiziellen Arbeitslosenquote von 0,8 Prozent?

Ein anderes Schamäuel mit den USA liegt allerdings noch gar nicht so lange zurück. Vor ein paar Monaten drohten die Amerikaner mit einem Einfuhrverbot für isländischen Fisch. Ein Export, der für die Insel lebensnotwendig ist. Grund war die Weigerung der hartnäckigen Insulaner, den Wallfischfang aus „wissenschaftlichen Gründen“ aufzugeben. Inzwischen wurde auch dieser Konflikt beigelegt, ohne größere isländische Zugeständnisse.

Reagan und Gorbatschow haben sich - sieht man es meteorologisch - allerdings den denkbar ungünstigsten Termin und Standort ausgesucht. Laut Wetterbericht erwarten sie auf Island Temperaturen um null Grad, tiefe Wolken, Regen und starker Wind. Das bedeutet zu dieser Jahreszeit auch viel Dunkelheit.

DER KOALA-KOMMENTAR:

# „Für Geschäftsreisen nach Australien seid Ihr leider unschlagbar, Qantas!“



- „16 x pro Woche mit 747-Jumbos direkt von Europa nach insgesamt sieben australischen Destinationen.“
- „Davon allein 3 x direkt von Frankfurt nach Melbourne und Sydney.“
- „Zwischenstops in Bangkok und Singapur für nützliche Geschäftskontakte, für den, der es nicht so eilig hat.“
- „Rund-um-die-Uhr-Service an Bord in First, Business und Economy Class mit ausgesuchten Speisen und Getränken, Film- und Musiksendungen über elektronische Kopfhörer und vielen Extras, für die Eure Langstrecken-Dienste in aller Welt gerühmt werden.“
- „Da eilige Geschäftsleute nur auf den Flugplan und nie nach Koalas gucken, ziehe ich den Hut vor ihnen und wünsche ihnen einen guten Qantas-Flug - hin und zurück!“

Generalagent der Ansett

Düsseldorf 02 11/32 60 76, Frankfurt 069/23 00 41, Hamburg 0 40/33 01 55, München 0 89/29 20 71, Wien 02 22/5 87 77 71, Zürich 01/2 11 44 11, Btx \*21577\*



### Werbung in „Saar III“ möglich

UR, Bonn

Mit dem jetzt vorgelegten Referententwurf für ein saarländisches Mediengesetz wird ein rundfunkpolitischer Konsens aller Bundesländer unmöglich gemacht. Die CDU-Opposition fürchtet, daß die Landesregierung einer Einigung der Ministerpräsidenten auf einen Medienstaatsvertrag erhebliche Stolpersteine in den Weg gelegt hat. Werbung im dritten Programm des Saarländischen Rundfunks wird nach den Vorstellungen der SPD grundsätzlich möglich sein. Die Zulassung von Werbung in Hessen III ist seit Monaten ein wichtiger Grund für das Scheitern der Ministerpräsidenten-Gespräche über den Staatsvertrag.

CDU-Fraktionschef Schwarz glaubt, daß durch ein dem Entwurf

Anzeige

**QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:**

**QUICK steht für Qualität!**

**QUICK**

entsprechendes Gesetz „die Veranstaltung privaten Rundfunks im Saarland unmöglich gemacht“ würde. Der Anteil von Werbung soll bei den Privaten auf 20 Prozent begrenzt bleiben, der SR bekommt durch Werbung im dritten Programm weitere Einnahmequellen.

Der SPD-Entwurf beinhaltet, so Schwarz, eine „Anti-SZ-Klausel“. Zeitungsverlage mit „marktbeherrschender Stellung“ (wie die „Saarbrücker Zeitung“) dürfen nach dem Entwurf nicht Alleinanbieter werden, sondern lediglich einen Anteil von 25 Prozent bei einer Anbietergemeinschaft einnehmen.

DIE WELT (USPS 605-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 37,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Hessen kauft für 300 Millionen, wofür Schiesser eine Mark bezahlte

Land übernimmt NH-Regionalgesellschaft Südwest / Kabinettsbeschluss nach „Umfall“ der Grünen

D.GURATZSCH, Wiesbaden

Die rot-grüne Landesregierung von Hessen hat in einer Kabinettsitzung am Dienstag beschlossen, die Regionalgesellschaft Südwest der Neuen Heimat für ein Finanzvolumen von 300 Millionen Mark in eigene Regie zu übernehmen. In dieser Summe sind nach den Worten des Sprechers im Finanzministerium, Peter Ochs, sowohl der noch festzusetzende Kaufpreis als auch eine für nötig befundene Kapitalerhöhung enthalten. Zur Beschaffung der Mittel solle in der nächsten Plenarsitzung des Landtags Anfang November ein Nachtragsantrag 1986 eingebracht werden. Er könnte spätestens im Dezember verabschiedet werden.

### Unklarheiten bis zuletzt

Über die Einzelheiten des Geschäftes hatte es bis zur letzten Minute Unklarheiten gegeben. So hatte Finanzminister Hans Krollmann (SPD) noch in der vergangenen Woche vor dem Landtag erklärt, die Südwest-Gesellschaft befände sich bereits in den Händen der Gewerkschaftsholding BGAG und sei von dieser zum Kaufpreis von 300 Millionen Mark von der Neuen Heimat Hamburg erworben worden. Das Land Hessen werde sie seinerseits von der BGAG erwerben. Erst nachträglich war bekannt geworden, daß sich im 300-Millionen-Mark-Paket auch die beiden Regionalgesellschaften von Nord-

rhein-Westfalen befänden hätten, die der Regierung Rau zum Kauf angeboten worden sind.

Nach neuesten Berichten ist allerdings auch diese Darstellung falsch. Danach sind sowohl die hessische als auch die beiden nordrhein-westfälischen Gesellschaften mit dem Verkauf der Neuen Heimat für den symbolischen Preis von einer Mark in das Eigentum des Brotfabrikanten Horst Schiesser übergegangen (WELT vom 1. 10.). Indessen soll vorgesehen sein, daß die DGB-Holding diese Gesellschaften „bis zu einer gewissen Frist“ für den Preis von 300 Millionen Mark von Schiesser zurückkauft.

Diese Version hat der Leiter der Abteilung Landesvermögen im hessischen Finanzministerium, Hans-Detlef von Uckro, gestern gegenüber der WELT ausdrücklich bestätigt. Das Land Hessen habe „nach wie vor“ die Absicht, die Regionalgesellschaft Südwest von der Gewerkschaftsholding und nicht von Schiesser zu erwerben. Die Option der BGAG zum Rückkauf dieser Gesellschaft aus den Händen Schiessers sei bis zum 31. Dezember befristet.

Zum Kaufpreis meinte von Uckro, die mehrfach in der Öffentlichkeit genannten 300 Millionen würden nur für die Südwest-Gesellschaft berechnet. Die beiden nordrhein-westfälischen Regionalgesellschaften hätten einen „symbolischen Preis von einer Mark“. Diese Angabe steht in krassem Widerspruch zu den Preisvorstel-

lungen für diese beiden Gesellschaften, die in den Kaufverhandlungen zwischen der NH und der Landesregierung Nordrhein-Westfalens genannt worden waren. Danach hätten die Gewerkschaftsvertreter von der Regierung Rau 2,8 Milliarden Mark für die 43 000 NH-Wohnungen in diesem Bundesland verlangt. Rau seinerseits war bereit, „höchstens“ 2,1 Milliarden zu zahlen.

### „Solide Geschäftspolitik“

Nach den Worten von Uckro habe die Regionalgesellschaft Südwest eine „recht vernünftige, solide Geschäftspolitik“ betrieben, so daß sich ein höherer Handelswert für ihre Wohnungen rechtfertige als für die der anderen Regionalgesellschaften. Für eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit gebe es keine Voraussetzungen. Insgesamt gehörten zum Bestand 29 885 Wohnungen im Eigenbesitz und 18 073 Wohnungen in der Verwaltung der Gesellschaft.

Der Kabinettsbeschluss zur Übernahme der Neuen Heimat Südwest in das Eigentum des Landes Hessen war erst durch den „Umfall“ der Grünen ermöglicht worden, die noch in der vergangenen Woche erklärt hatten, die Übernahmebedingungen müßten gründlich geprüft werden. Gleichzeitig hatten sie Vorbehalte gegen den Kaufpreis und eine erneute Kapitalbeteiligung der Gewerkschaftsholding angemeldet.

## Abwartende Haltung in Düsseldorf

„Keine Hilfe für Neue Heimat, solange Kaufverträge unbekannt sind“ / CDU beantragt Sondersitzung

HELMUT BREUER, Düsseldorf

„Ein verantwortliches staatliches Handeln ist zur Zeit nicht möglich.“ Auf diese bereits vor einer Woche getroffene lakonische Feststellung des nordrhein-westfälischen Städtebauministers Christoph Zöpel (SPD) wurde gestern jedermann verwiesen, der von der Düsseldorf-Landesregierung eine Stellungnahme zu den jüngsten Entwicklungen im Fall des Wohnungsbaunternehmens Neue Heimat erwartete. Am Vorabend hatten schließlich die Genossen der Gewerkschaft erneut sowohl den zuständigen Fachminister Zöpel als auch das gesamte Kabinett des SPD-Kanzlerkandidaten Rau mit der Feststellung dupliert, entgegen der öffentlichen Erklärungen des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit seien auch die 43 000 Sozialwohnungen der Neuen Heimat an Rhein und Ruhr längst an den Berliner Brotfabrikanten Schiesser verkauft worden.

### Vorsprung der Journalisten

Die Journalisten, die mit dieser Nachricht das verdutzte Kabinett Rau informierten, hatten auch gestern wieder einen Informationsvorsprung vor der ratlos wirkenden nordrhein-westfälischen Landesregierung. Sie wußten nämlich nach

der Pressekonferenz Schiessers in Hamburg, daß die BGAG inzwischen von Schiesser für 300 Millionen Mark die NH-Wohnungen in Hessen und NRW habe zurückkaufen müssen. „Der Bäcker hat für eine Mark also 263 000 Wohnungen bekommen und davon 73 000 an die früheren Eigentümer zurückverkauft – für 300 Millionen! Das kann ich selbst meiner Frau nicht mehr klarmachen, geschweige denn den Wählern“, sagte ein ratloser SPD-Abgeordneter im Düsseldorf-Landtag, der offenkundig jeden Durchblick in das wohl ungewöhnlichste Geschäft der Nachkriegszeit verloren hatte.

In dieser auch von den Düsseldorf-Regierungsexperten kaum noch überschaubaren Situation, wer nun juristisch, wirtschaftlich oder tatsächlich zur Zeit rechtmäßiger Eigentümer der NH-Wohnungen an Rhein und Ruhr ist, wurde gestern nur deutlich, daß die Regierung Rau im Gegensatz zur hessischen Landesregierung zu keiner Hilfe oder Vermittlung zugunsten der Neuen Heimat mehr bereit ist, „solange der Inhalt der Kaufverträge in Düsseldorf unbekannt ist“, wies Zöpel Pressesprecher Gerd Seilmann gestern sagte. Sein Chef hatte am Morgen aufgrund der

Zeitungsmeldungen ein frostiges Fernschreiben an den BGAG-Vorsitzenden Lappas geschickt, in dem eine „unverzügliche und kurzfristige Klärung“ der jüngsten Informationen gefordert wurde.

### „Nichts hinzuzufügen“

Danach war Zöpel zu einer Wahlkampfreise nach Ostwestfalen aufgebrochen. Und die Staatskanzlei Rau ließ lediglich verlauten, der Ministerpräsident habe seiner letzten öffentlichen Erklärung zu diesem Thema nichts hinzuzufügen. Dabei hatte Rau vor einigen Tagen lediglich erklärt, er fühle sich vom Deutschen Gewerkschaftsbund „düpiert“.

Inzwischen hat die CDU-Landtagsfraktion eine Sondersitzung des Landtags in Düsseldorf beantragt, das sich in der kommenden Woche mit dem Fall der Neuen Heimat beschäftigen muß. Die FDP-Fraktion forderte neben einer Regierungserklärung auch, wegen der Verstöße der NH-Eigentümer gegen das Betriebsverfassungsgesetz die Verantwortlichen „persönlich zur Rechenschaft“ zu ziehen. Schließlich müsse jeder Unternehmer, der sich so wie der DGB verhalte, mit hohen Bußgeldern rechnen.

## Ja, das hört sich alles ein bißchen komisch an

Der Neue-Heimat-Käufer Horst Schiesser besitzt offenbar noch keinerlei Rückversicherung des Stillhaltens der Neue-Heimat-Gläubigerbanken. Er „vermutet“ lediglich deren Bereitschaft, ihn in seinem Sanierungsvorhaben zu unterstützen. Dies geht aus dem Gespräch hervor, das Ralph Lorenz gestern mit dem Berliner Brotfabrikanten in Hamburg führte.

Sie kaufen für eine Mark die Neue Heimat und verkaufen für dreihundert Millionen Mark die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen und Hessen. Das klingt alles wie im Märchen und so, als würde sich die Neue Heimat am Schopf aus dem Sumpf ziehen!

Schiesser: Ja, das hört sich alles ein bißchen komisch an. Das ist eben das Rechenwerk eines Konzerns, in dem innerhalb der Konzerngruppe sehr viele Verrechnungen stattfinden. Und sie können gar nicht eine

Angabe machen. Insofern habe ich meine Kapazität für neue Aufgaben zur Verfügung – eine davon ist eben die Neue Heimat.

Herr Havenstein, ihr Manager, sagt, die Gemeinnützigkeit sei der Geist des Vertrages zwischen Ihnen und der Gewerkschaftsholding BGAG. Was geschieht eigentlich, wenn sie weiterverkaufen?

Schiesser: Wir haben uns ja dazu verpflichtet, daß die Gemeinnützigkeit in keiner Weise unterbrochen wird. Die Präambel sagt das ja aus. Ja sicher, Sie haben sich verpflichtet. Aber ist der Käufer, der von Ihnen Wohnungen abnimmt genauso verpflichtet? Das ist der springende Punkt.

Schiesser: Selbstverständlich, das ist doch gesetzlich alles vorgeschrieben.

Gibt es in diesem Vertrag mit der Gewerkschaftsholding auflösende Klauseln?

Schiesser: Es gibt keine auflösende Klauseln.

Es soll aber in der Aufsichtsratsitzung der zu diesem Zeitpunkt noch gewerkschaftsgezeigten Neuen Heimat einen Vorgang gegeben haben, der zu solch einer wie auch immer garteten Klausel geführt haben soll!

Schiesser: Ich weiß von keiner Klausel.

Platz der Vertrag zwischen Ihnen und der Gewerkschaftsholding, wenn die Gemeinnützigkeit aberkannt werden sollte.

Schiesser: Nein.

Der Hamburger Bausenator Wagner meldet Bedenken an gegen den zwischen Ihnen und der Gewerkschaftsholding getroffenen Vertrag. Können Sie sich vorstellen, welcher Art diese Bedenken sind?

Schiesser: Nein. Welche Unterstützung erwarten Sie vom Bonner Wohnungsbauministerium?

Schiesser: Zunächst mal konstruktive Mitarbeit. Das ist das Wesentliche. Und daß natürlich diese Abwehrhaltung der Politiker aufhört.

Haben Sie die Gläubigerbanken hinter sich?

Schiesser: Ich hoffe ja. Und ich vermute auch, daß die hinter uns stehen.

Sie haben gehört, daß die Düsseldorf Bank Trinkaus & Burkhardt einen Neue-Heimat-Kredit über 20 Millionen Mark gekündigt hat?

Schiesser: Das haben wir noch nicht gehört.



Horst Schiesser FOTO: S. HEINIKOW

einzelne Gesellschaft herausnehmen, sondern müssen den Konzern als Ganzes sehen.

Trotzdem klingt das, mit Verlaub gesagt, recht merkwürdig!

Schiesser: Es kommen natürlich unmögliche Werte pro Gebäude raus, das kann man kaufmännisch gar nicht so darstellen. Das ist ein Rechenwerk!

Aber nochmals zurück zu den Wohnungen in Nordrhein-Westfalen und Hessen: Was geschieht mit diesen?

Schiesser: Das habe ich ja eben schon beantwortet: Diese Wohnungen sind mit uns verkauft worden, sind aber auch schon wieder an die BGAG verkauft.

Sie gestatten die despektierliche Frage: Weshalb will ein Bäckermeister ausgerechnet mit 260 000 Wohnungen seine Brötchen verdienen?

Schiesser: Ein Geschäft, das man kann, muß ja nicht unbedingt dem erlernten Beruf entsprechen. Im übrigen habe ich meinen Berufsberuf 30 Jahre lang ausgeübt, abgeschlossen und an eine andere Führung

## Streit um den Kampf gegen Drogen

E.N. Bonn

Gemeinsam mit den Grünen und den Kommunisten haben sich die Sozialisten im Europäischen Parlament für eine „Legalisierung der Drogen im Hinblick auf die Ausmerzung des Schwarzhandels“ eingesetzt. Die liberale niederländische Drogenpolitik soll auch für die Bundesrepublik Deutschland rechtsverbindlich werden.

Auf diesen Umstand machte der Obmann der EVP-Fraktion im Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments zum Drogenproblem in der Europäischen Gemeinschaft, der Abgeordnete Einar Brok, gestern in Bonn bei der Vorlage eines Berichts dieses Ausschusses aufmerksam. In dem von Grünen, Kommunisten und Sozialisten abgegebenen Minderheitsvotum zum Bericht heißt es: „Anstelle Drogen schlechthin zu bekämpfen, sollte die Priorität darin bestehen, eine Normalisierung im gesellschaftlichen Umgang mit Drogen anzustreben.“ Erbsatzkulturen für den landwirtschaftlichen Anbau von Drogenpflanzen sind nach Auffassung der Unterzeichner des Minderheitsvotums nur dann zu unterstützen, wenn sie „ethisch zu verantworten“ sind. Nach Ansicht von Brok zielt dieser Text „in letzter Konsequenz auf den Weg der völligen Freigabe aller Drogen einschließlich von Heroin und Kokain“.

Im Mehrheitsbericht des EG-Parlaments zum Drogenproblem wird unter anderem gefordert, daß die Europäische Gemeinschaft den Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs (DMP-DAC) mit einer neuen „Haushaltslinie“ finanzieren soll.

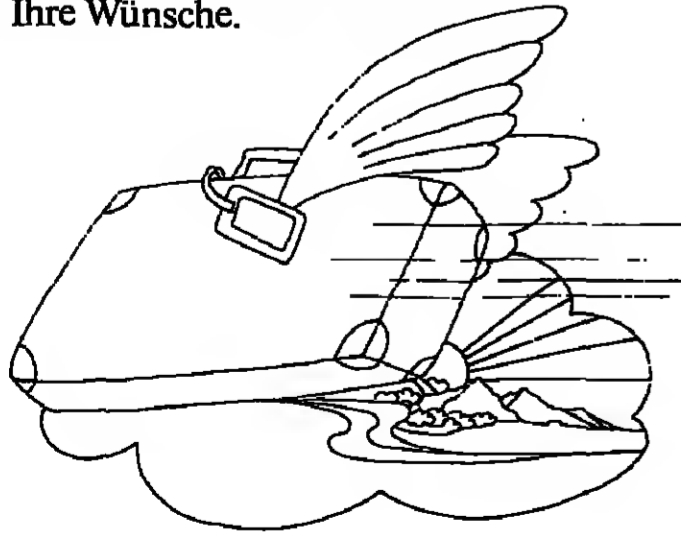
## „Rau nutzt nicht die goldene Brücke“

breu, Düsseldorf

Die „Aktion Volksbegären zur Stilllegung aller Atomanlagen“ will beim Verfassungsgerichtshof in Münster gegen die Ablehnung ihres Antrags durch die nordrhein-westfälische Landesregierung klagen. In einer ersten Stellungnahme bedauerten die Antragsteller, daß der SPD-Kanzlerkandidat Rau „die goldene Brücke nicht betreten will, die ihm weit über 100 000 Bürger gebaut haben“. Die Jungsozialisten wollen sich allerdings an einer Klage nicht beteiligen. Die durch Rechtsanwalt Schily vertretenen nordrhein-westfälischen Grünen hatten das Volksbegehren beantragt, weil nach dem Bundesatomgesetz die Länder in diesen Fragen keine Kompetenz haben. Die zum Ärger der SPD auch von den Jungsozialisten unterstützten Antragsteller hatten mit der These operiert, ihre Initiative biete Rau die Möglichkeit, seine Forderungen nach Umstieg in der Kernenergiepolitik dort zu verwirklichen, wo seine Partei die Mehrheit stelle. Innenminister Schnoor betonte in Düsseldorf, das Kabinett habe ausschließlich aus rechtlichen Gründen das Volksbegehren abgewiesen.

## Verreisen Sie demnächst?

Dann übermitteln Sie uns bitte mit diesem Reise-Service-Coupon spätestens 10 Tage vor Reisebeginn Ihre Wünsche.



Dazu noch einige Hinweise:

Vor allem in den Mittelmeerländern ist die Postzustellung an manchen Orten unregelmäßig. Wir haben darauf keinen Einfluß. Unsere Empfehlung: Lassen Sie sich die WELT nach dort nicht nachsenden, sondern kaufen Sie sie an einer örtlichen Zeitungsverkaufsstelle.

Immer mehr WELT-Leser spenden ihr Abonnement für die Dauer ihrer Abwesenheit einem Krankenhaus, Heim oder Sanatorium. Wir danken Ihnen dafür bei einer Spende von mindestens 14 Tagen mit einem kleinen Geschenk.

Wir wünschen Ihnen eine gute Reise.

**DIE WELT**  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Reise-Service-Coupon

**Reisespende**  
Für die Dauer meines Urlaubs möchte ich mein WELT-Abonnement einem Krankenhaus, Heim oder Sanatorium zukommen lassen. Zum Dank dafür erhalte ich einen Band mit Zeichnungen des WELT-Karikaturisten Klaus Böhle.

**Reise Gutscheine**  
Für die Dauer meines Urlaubs schicken Sie mir bitte anstelle meines WELT-Abonnements Gutscheine, die ich an jeder inländischen WELT-Verkaufsstelle für WELT-Exemplare einlösen kann.

Meine Kunden-Nr. \_\_\_\_\_

Verreist vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

Meine Heimatanschrift  
Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Bitte spätestens 10 Tage vor Reisebeginn diesen Coupon oder die Ihnen mit dem Reise-Service-Heft zugeschnittene Postkarte einsenden an:  
DIE WELT Vertriebsabteilung  
Postfach 30 58 30 / Postfach 10 08 64  
2000 Hamburg 36 / 4300 Essen 1

**Reisenachsendung**  
Für die Dauer meines Urlaubs schicken Sie bitte die WELT täglich per Post an meine Urlaubsanschrift gegen Berechnung der Versand- und Bearbeitungsgebühren (pro Tag im Inland DM 0,30; im europäischen Ausland DM 0,90; Luftpostversand auf Anfrage).

An meine Heimatanschrift soll während dieser Zeit nicht geliefert werden.

Das Abonnement an meine Heimatanschrift soll während dieser Zeit weitergeliefert werden. Die anteiligen Abonnementsgebühren für die Reisenachsendung werden mir gesondert berechnet.

Meine Reiseanschrift  
Name: \_\_\_\_\_  
Hotel/Pension: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Land: \_\_\_\_\_

# Windelen: Neues Ost-West-Treffen kommt auch den Deutschen zugute

## „Bundesrepublik beteiligt sich finanziell an Werra-Entsalzung“ / WELT-Gespräch

Das neue Ost-West-Treffen kommt auch den deutsch-deutschen Beziehungen zugute. Das erklärte der Minister für innersächsische Beziehungen, Heinrich Windelen, der WELT. Zwei Abkommen sind bereits unterschrieben. Mit Windelen sprach Diethart Goss.

**Was bringt das neue Treffen Reagan/Gorbatschow für die Menschen im geteilten Deutschland?**  
Windelen: Die innersächsischen Beziehungen sind natürlich eingebettet in die Ost-West-Beziehungen. Jede Verbesserung in diesem Bereich kommt uns zugute.

**Wichtige neue Abkommen stehen kurz vor der Unterzeichnung. Was bringt der Umweltvertrag?**

Windelen: Es ist ein Rahmenabkommen, das mit Einzelmaßnahmen ausgefüllt werden muß. Es geht um Informations- und Erfahrungsaustausch sowie um grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Denn Umweltbelastungen machen vor Stacheldraht und Mauer nicht Halt.

**Wird durch das Abkommen sichergestellt, daß Einrichtungen wie das Umweltbundesamt in West-Berlin und die entsprechende Behörde in der DDR ihren Fachwissen austauschen?**

Windelen: Das ist eine bindende Voraussetzung für den Abschluß des Abkommens. Schwierigkeiten in dieser Frage hatten bisher eine Unterzeichnung verzögert. Nach dem Abschluß des Abkommens über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Moskau sollten diese Probleme überwunden sein. Wir werden auf die

Einbringung des Sachverständigen des Umweltbundesamtes in Berlin-West nicht verzichten.

**Können akute Umweltbelastungen, für die Ost-Berlin verantwortlich ist, bald verringert werden?**

Windelen: Selbstverständlich. Das ist der Sinn eines solchen Abkommens. Wir wollen, daß es bei den Umweltbelastungen auf breiter Basis zur Entlastung von Mensch und Natur kommt. Dabei setzen wir große Erwartungen auf dieses Abkommen.

**Umweltschutz ist sehr teuer. Wird die Bundesrepublik Deutschland der „DDR“ bei technischer und finanzieller Bewältigung ihrer großen Umweltprobleme behilflich sein?**

Windelen: Sie sagen mit Recht, daß Umweltschutz teuer ist, sehr erhebliche Aufwendungen erfordert. Wir haben große Mühe, diese Beträge für Schutzmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland aufzubringen. Daher sind wir nicht in der Lage, auch noch Umweltschutzmaßnahmen für die DDR zu finanzieren. Dennoch wird es Möglichkeiten der Kooperation geben, besonders dort, wo von DDR-Umweltbelastungen Bürger der Bundesrepublik und Berliner unmittelbar betroffen sind.

**Gibt das auch für die Werra-Entsalzung?**

Windelen: Darüber wird seit längerer Zeit verhandelt. Der Bund und die betroffenen Bundesländer sind bereit, finanzielle Beiträge für die Werra-Entsalzung zu leisten, obschon die Verursacher ausschließlich in der DDR ansässig sind.

**Kommt auch das Abkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit bald unter Dach und Fach?**

Windelen: Auch hier sind die Verhandlungen über den Vertragstext weitgehend abgeschlossen. Und auch hier geht es um die volle, rechtliche und tatsächliche Einbeziehung Berlins.

**Was folgt, wenn diese beiden Abkommen unterschrieben sind?**

Windelen: Mit Ausnahme des Rechts-Hilfsabkommens sind dann die wesentlichen Folgeabkommen des Gausingervertrages unter Dach und Fach. Wichtig wären noch Vereinbarungen über Reaktorsicherheit und Strahlenschutz mit dem notwendigen Informationsaustausch. Außerdem wünschen wir Verbesserungen im Reise- und Besucherverkehr. Denn damit wird das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen weiter gestärkt. Es geht außerdem um die Öffnung weiterer Übergänge an der innersächsischen Grenze und die Ausweitung des Jugendreiseverkehrs. Auch der völlig unzureichende Sportaustausch muß verbessert werden.

**Hat die Bundesregierung der „DDR“ politische und finanzielle Zusagen als Gegenleistung zur der Asylantenregelung gemacht?**

Windelen: Nein, die gibt es nicht und kann es auch nicht geben. Es wäre unvertretbar, wenn wir die Zurücknahme von Schikanen auch noch honorieren würden. Aber natürlich erhöht die Beseitigung von Störfaktoren die Regelung gemeinsam interessierender Fragen.

# „Der Krenl hat mir nichts mitgeteilt“

A. CHRISTENSEN, Moskau

Irina Orlow wollte es zunächst nicht glauben, daß ihr nach Sibirien verbannter Ehemann, der Wissenschaftler und Bürgerrechtler Juri Orlow, in Kiew freigesessen werde und mit ihr ins Ausland reisen könne. Sie war sich erst sicher, nachdem sie gestern eine kurze Notiz in der sowjetischen Parteizeitung „Prawda“ gelesen hatte. US-Außenminister George Shultz hatte am Abend zuvor in Washington mitgeteilt, daß der 62jährige Orlow im Zusammenhang mit der Daniloff-Affäre von den sowjetischen Behörden freigelassen und am 7. Oktober in die USA ausreisen werde.

„Ich hatte nicht einmal Sekt in der Wohnung. Ich weiß nicht, wo ich hinfahren werde, wie ich reisen werde und wer das Flugticket bezahlen wird“, sagte Frau Orlow - immer noch aufgeregt - gestern in einem Telefongespräch. „Alles, was ich weiß, habe ich von amerikanischer Seite erfahren, die sowjetische Regierung hat mir nichts mitgeteilt.“ Sie lebt in einem Appartement in einem großen Wohnkomplex für Mitglieder der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften am Rande Moskaus.

Bis zu seiner Festnahme 1977 hatte Orlow die „Helsinki-Gruppe“ sowjetischer Bürgerrechtler geleitet. Der Russe erhielt jetzt auch den erstmals verliehenen Carter-Menil-Menschenrechtspreis. Das wurde in den USA am selben Tag bekanntgegeben, an dem seine Übersiedlung in den Westen angekündigt wurde. Orlow teilt sich den mit 100 000 Dollar (rund 200 000 Mark) dotierten Preis mit einer Menschenrechtsorganisation. (dpa/UPF)



Vor der Leidenszeit: Juri Orlow und seine Frau 1976 in ihrer Moskauer Wohnung. FOTO: PAL JÖRGENSEN

# In all den Jahren ließ Orlow sich nicht beugen

## Neun Jahre Haft und Verbannung / Dissidenten auf Vorrat?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien  
Mit dem 62jährigen Juri Orlow kommt der nach Andrej Sacharow prominenteste sowjetische Bürgerrechtler und Dissident nach vielen Jahren der Haft und Verbannung endlich frei. Orlow, ein anerkannter Physiker von Beruf, wurde 1978 als Begründer der Moskauer „Helsinki-Gruppe“ zu sieben Jahren Straflager und fünf Jahren Verbannung verurteilt. Zuletzt lebte er als Zwangsverbannter unter primitiven Umständen in Jakutien. Der schwerkranke Akademiker mußte hier Dienst als Nachtwächter versehen. Seine Straftat wäre im Dezember 1988 abgelaufen. Es gab bereits Befürchtungen, Orlow werde wegen seiner angeschlagenen Gesundheit den Tag der Freiheit womöglich nicht mehr erleben.

Orlow ist seiner Nationalität nach Russe und Sohn eines „proletarischen“ Vaters. Als junger Mann trat in die KPdSU ein und war am Ende des Zweiten Weltkriegs Soldat an der ukrainischen Front. Nach dem Kriege studierte er Physik. Er wurde sogar als Berater für die sowjetischen Abrüstungsverhandlungen mit den USA 1955 herangezogen und von der Akademie der Wissenschaften der Sowjetrepublik Armenien als korrespondierendes Mitglied aufgenommen. Die Akademie schloß ihn allerdings sofort aus, als er sich als Dissident und Regimekritiker erwies.

Als Orlow 1956 während der „Entstalinisierung“ eine liberale Linie innerhalb der KPdSU forderte und in diesem Sinne auf einer Parteiverammlung auftrat, wurde er sofort aus der Partei ausgeschlossen. Weltweit bekannt aber wurde er nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte durch die europäischen Staaten, die in der finnischen Hauptstadt erfolgte. Denn im Jahr darauf gründete Orlow die Moskauer Helsinki-Gruppe, die sich zum Ziel setzte, die Einhaltung vor allem der KSZE-Menschenrechtsbestimmungen in der Sowjetunion zu überwachen. Der Moskauer Gruppe folgten andere Gruppen in mehreren Städten der Sowjetunion. Bereits damals wurde Orlow von sowjetischen Sicherheitsleuten mit den Worten gewarnt: „Falls Ihre illegale Gruppe fortfährt, die friedliebenden Absichten der Sowjetunion in Zweifel zu ziehen, werden gerichtliche Schritte gegen sie eingeleitet.“

Damit war klar, daß die sowjetischen Behörden die Helsinki-Organisation nicht nur als „illegal“ betrachteten - trotz der unter der KSZE-Schlussakte gesetzten Unterschrift der Sowjetregierung - sondern darüber hinaus auch jede Kritik an der Sowjetmacht „gerichtlich“ ahnden würden. Inzwischen sind alle seinerzeitigen Mitglieder der damaligen sowjetischen Helsinki-Gruppen entweder emigriert oder befinden sich in Haft. Am 10. Februar 1977 wurde Orlow verhaftet und nach über einjähriger Untersuchungshaft am 18. Mai 1978 verurteilt. Im Konzentrationslager, in das er eingeliefert wurde, behandelte man ihn besonders schlecht und ließ ihn durch Kriminelle terrorisieren und mißhandeln.

Trotz angegriffener Gesundheit aber hat sich Orlow nicht brechen lassen. Aus der Verbannung, die auf seine Lagerhaft folgte, gelang es ihm, ein Manuskript in den Westen zu schmuggeln, in welchem er die Frage stellt, ob ein „nicht-totalitärer Sozialismus“ möglich sei. Die Antwort des russischen Dissidenten: Ein klares Nein.

Der „Freikauf“ Orlows - so erfreulich er ist - darf allerdings zweierlei nicht vergessen lassen: Erstens geht es außer Andrej Sacharow noch zahlreiche andere russische Bürgerrechtler, die von der Sowjetmacht in Verbannung oder Haft gehalten werden - etwa Anatoli Korbjagin, um nur zwei Namen zu nennen. Zweitens versteht sich der Eindruck, daß die Sowjets ihre Dissidenten auf „Vorrat“ verurteilen, um sie später gegen Spione austauschen zu können.

# „Rache, Haß, Zynismus“

AP, Berlin

Als „Gipfel des Unverständes“ hat der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für die Seelsorge an deutschen Kriegsverurteilten, Theodor Schober, die Haftbedingungen für den ehemaligen Hitlerstellvertreter Rudolf Heß im Spandauer Kriegsverberechergelände kritisiert. Heß habe einen französischen Seelsorger, weil ein deutscher nicht zugelassen werde. Schober zitierte den französischen Geistlichen ohne Namensnennung mit der Bemerkung: „Mein Gewissen als Mensch und mein Glaube sträuben sich gegen dieses Beispiel des Geistes der Rache, des Hasses, des Zynismus, der Absurdität und der Geringschätzung des Menschen.“ Die weitere Haft von Heß entbehre „jeglicher Vernunft und jeglichen Edelmutens“.

# Saarbrücken für „DDR“-Vorschlag

dpa, Saarbrücken

Die Ständige Vertretung der „DDR“ in Bonn hat der saarländischen Landeshauptstadt Saarbrücken vorgeschlagen, eine Städtepartnerschaft mit der brandenburgischen Bezirkshauptstadt Cottbus einzugehen. Der Saarbrücker Oberbürgermeister Koebnick (SPD) begrüßte die Idee in einem Schreiben der „DDR“-Vertretung unterbreitet Vorschlag und unterrichtete die drei im Stadtrat vertretenen Fraktionen von dem Partnerschaftsangebot. Koebnick, der Anfang September in einem Schreiben an den „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker den Wunsch nach einer Städtepartnerschaft zwischen Saarbrücken und einer Stadt in der „DDR“ geäußert hatte, regte „baldige Gespräche über das weitere Verfahren“ an.

# „So lange gefeuert, bis die Person verschwand“

Aufgrund der Ermittlungen anlässlich des Todes des Bürger der Bundesrepublik Deutschland Johann Dick sind die zuständigen tschechoslowakischen Behörden zu folgenden Erkenntnissen gelangt:

Als am 18. 9. 1968 gegen 12.15 Uhr Erkenntnisse vorliegen, daß zwei unbekannte Personen die tschechoslowakische Staatsgrenze gesetzwidrig in Richtung BRD zu überschreiten versuchten, wurde im Raum südwestlich der Gemeinde Broumov in einem Waldabschnitt in Übereinstimmung mit den tschechoslowakischen Vorschriften eine Grenzfangaktion „zur Festnahme“ der Grenzverletzer eingeleitet.

Bei der Fangaktion wurden folgende Grenzverletzer eingesetzt: eine Alarmwache mit Fahndungshund, zwei Gruppen von Angehörigen der Grenzschutztruppe, insgesamt 99 Mann, die zum Abfangen der Grenzverletzer in einer Entfernung von 300-400 m zur Staatsgrenze im Terrain disloziert wurden.

Im Verlauf der Grenzfangaktion wurde um 12.36 Uhr von der Alarmwache ungefähr im Raum des Plauquadrats 726-80 einer der Grenzverletzer, ein Bürger der Volksrepublik Polen namens Andrzej Gwizdon, geb. am 19. 5. 1967, gefaßt, der zweite Grenzverletzer drang weiter in Richtung Staatsgrenze vor.

Im Hinblick darauf, daß es dem zweiten Grenzverletzer gelang, den durch die Angehörigen der Grenzschutztruppe blockierten Raum zu durchdringen, beschlossen die leitenden Organe der Grenzfangaktion, einen Teil der militärischen Kräfte zur Durchsuchung des Gebiets in Richtung zur Staatsgrenze einzusetzen.

Beim Vorrücken zur Staatsgrenze wurde in einer Entfernung von etwa 80-100 m von ihr von den Angehörigen der Grenzschutztruppe eine Person erblickt, die in Richtung zur Staatsgrenze floh. In Übereinstimmung mit den tschechoslowakischen Vorschriften über den Vollzug des Dienstes an der Staatsgrenze forderten Angehörige der Grenzschutztruppe die Per-

son auf, stehenzubleiben. Da die Aufforderung nicht befolgt wurde, wurden einige Wamschüsse in die Luft gefeuert. Da die Person auch nach dieser Aufforderung nicht stehenblieb, wurde zu ihrer Festnahme gezielt geschossen.

Gegen diese Person wurde so lange gefeuert, bis sie in einer Entfernung von ungefähr 150-200 m von den eingreifenden Angehörigen der Grenzschutztruppe in dichtem und unberührtem Baumbestand verschwand.

Der Leiter dieser Aktion nahm an, daß es dem Grenzverletzer wahrscheinlich gelungen sei, über die Staatsgrenze in die BRD einzudringen. Aus diesem Grund gab er den Befehl zum Rückzug der Angehörigen der Grenzschutztruppe, die im anliegenden Gebiet verstreut waren.

Aus der Aussage eines Angehörigen der Grenzschutztruppe geht hervor, daß er beim Vorrücken entlang der Staatsgrenze im Raum einer Schneise, die von der tschechoslowakischen Staatsgrenze auf das Gebiet der BRD führt, hörte, daß nach Hilfe gerufen wurde. Der Angehörige der Grenzschutztruppe war überzeugt, daß es

Den mit der Aufklärung des Zwischenfalles an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze befaßten deutschen Behörden - Außenamt, Innenministerium und bayerischen Dienststellen - liegt jetzt der Text der von Prag gegebenen Darstellung schriftlich vor. Durch Schüsse der CSSR-Grenztruppen war der pensionierte Bundeswehr-Oberstleutnant Johann Dick getötet worden. In ihrer Darstellung belien die CSSR-Behörden bei der Behauptung, man habe nicht gezielt auf Dick - der nahe der Grenze auf einer Wanderung war - geschossen. Er sei zufällig getroffen worden, als man die Flucht zweier Polen aus der CSSR nach Deutschland habe vereiteln wollen. Der Grenzbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland hatte schon im Gespräch mit seinem tschechoslowakischen Kollegen vergangene Woche (WELT v. 24.9.88) die Zweifel an der tschechoslowakischen Darstellung hervorgehoben und bedauert, daß die Kommando offen geblieben ist, wieso überhaupt von der CSSR aus auf deutsches Gebiet geschossen wurde und wie der tatsächliche Tathergang bei dem Zwischenfall am 18. September gewesen ist.

Sicherheitskreise verwiesen darauf, daß „sich das gesamte Erklärungsgeschehen“ der CSSR aufbaut, immer nur darauf stützt, was bei uns schon bekannt ist. „Neue Einzelheiten“ werden nicht bekanntgegeben. Am 24. September hätte der CSSR-Grenzbevollmächtigte die Übersendung des endgültigen Obduktionsberichtes aus Pilsen innerhalb von zehn Tagen angekündigt. Der Bericht des CSSR-Grenzbevollmächtigten hat in der von der deutschen Botschaft in Prag erstellten Übersetzung folgenden Wortlaut:

„... sich um den verwundeten verfolgten Grenzverletzer handelte. Deshalb begab er sich unverzüglich zu der Stelle, von wo gerufen wurde, wo er ca. 50 m von der Staatsgrenze einen liegenden Mann fand.“

Nach Feststellung, daß die Person eine Schußverletzung hatte und daß er selbst dem Verletzten keine wirkliche Hilfe leisten konnte, beschloß er entsprechend den geltenden Vorschriften, diese mit einer in die Luft abgegebenen Salve aus seiner Maschinenpistole herbeizuholen.

Kurz darauf traf im angegebenen Raum eine Gruppe von vier Angehörigen der Grenzschutztruppe ein, die dem Verletzten erste Hilfe durch Verbinden der Wunde leistete. Sie brachte ihn auf das Gebiet der CSSR und stellte seinen sofortigen Transport ins Krankenhaus Tachov sicher.

Erst im Verlauf weiterer Ermittlungen wurde festgestellt, daß der Verwundete nicht der Grenzverletzer war, sondern dem man gefolgt hatte, nachdem der Bürger der BRD Johann Dick, der sich zu dieser Zeit offensichtlich in der Nähe der Staatsgrenze bewegt hatte.

Der zur Ermittlung herbeigerufene

ne gerichtliche Sachverständige aus dem Bereich der Ballistik, Antonin Kluc, drückte in einem Experten-Gutachten die Möglichkeit aus, daß beim Schießen gegen den Grenzverletzer auf tschechoslowakischem Gebiet, das aus dem Laufen, ungezielt und mit erheblicher Streuung erfolgte, ein Teil der Projektil auf das Gebiet der BRD gelangt sein und die gefundene Person verletzt haben könnte.

Zu dem angegebenen bedauerlichen Vorfall, für den sich die tschechoslowakische Seite entschuldigt hat und für den sie die Verantwortung übernimmt, könnte es auch deshalb gekommen sein, weil dieser sich in einem völlig unübersichtlichen welligen Terrain, in dem der Verlauf der Staatsgrenze nicht deutlich gekennzeichnet ist, ereignete. Aus diesem Grund schließt die tschechoslowakische Seite auch nicht aus, daß irgendeiner der eingreifenden Angehörigen der Grenzschutztruppe entgegen den Dienstvorschriften, die eindeutig die Tätigkeit der Grenzbehörden an der Staatsgrenze regeln, während der Aktion in geringer Tiefe die Staatsgrenze der BRD verletzt haben könnte, ohne sich dessen bewußt gewesen zu sein.

Zu den angegebenen Ergebnissen ist die tschechoslowakische Seite aufgrund der konsequenten Ermittlungen am Tatort, der Rekonstruktion des gesamten Verlaufs der Ereignisse, aufgrund der Vernehmung von Zeugen wie auch aufgrund des Gutachtens des Ballistik-Sachverständigen gelangt.

Das Ausmaß des Verschuldens der tschechoslowakischen Grenzorgane und die genannten Ereignisse sind Gegenstand weiterer Ermittlungen, die durch die militärische Prokuratur durchgeführt werden. Gegen die verantwortlichen Personen werden Konsequenzen in Übereinstimmung mit der tschechoslowakischen Rechtsordnung gezogen werden.“

## Geld muß arbeiten - für gute Erträge: Mit Bundesobligationen.

**Nominalzins 5,25%  
Ausgabekurs 98,50%  
Rendite 5,60%  
Laufzeit 5 Jahre**

Stand: 1. 10. 1988



Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landes-

zentralbanken. Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Tel. (069) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Tel. (0 69) 5 97 01 41 angesagt.

Ausführliche Informationen über Bundesobligationen erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 10 04 61, 6000 Frankfurt 1.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_



### Bundesobligationen

# In Belgien flammt der Sprachenstreit wieder auf

### Ein Gerichtsurteil bringt Premier Martens in Bedrängnis

HELMUT HETZEL, Brüssel  
 Mit einem letztinstanzlichen Richterspruch des Staatsrates, des höchsten belgischen Gerichtes, ist schlagartig der schwelende Sprachenstreit zwischen Flamen und Wallonen in Belgien neu entfacht worden. Eine seit vier Jahren andauernde Affäre um den französischsprachigen Bürgermeister der verwaltungstechnisch zu Flandern gehörenden Gemeinde Voerden, Jose Happort, ist der Anlaß. Die Richter haben entschieden: Jose Happort kann sein Amt als Bürgermeister der zwischen Maastricht und Lüttich gelegenen und aus sechs Dörfern bestehenden „Gemeinde Voerden“ nicht ausüben, denn Happort spricht kein Niederländisch. Die Richter folgten in ihrem Urteil weitgehend der klageführenden Partei, der flämischen Minderheit aus der Gemeinde Voerden.

Zwar entspricht dieser Richterspruch ganz und gar dem Geist der belgischen Verfassung, die vorschreibt, daß in einem zweisprachigen Gebiet und um ein solches handelt es sich bei der Gemeinde Voerden, ein Bürgermeister auch beide in der Verfassung als gleichrangig geltenden Landessprachen beherrschen müsse. Doch gleichzeitig legt dieses formaljuristische kaum angreifbare Urteil erneut die Lunte an das urbelgische Problem, mit dem das Land seit seiner Gründung 1831 zu kämpfen hat: die Rivalität zwischen Französisch und Niederländisch, zwischen Wallonen und Flamen.

Im Königreich Belgien, einst als französischsprachiger Einheitsstaat gegründet, wurden die Flamen sprachlich lange diskriminiert und mußten sich ihre Gleichberechtigung mühsam erkämpfen. Deshalb legen die Flamen, die in Belgien die größte Bevölkerungsgruppe stellen, auf die in der Verfassung verankerte Gleichberechtigung und sprachliche Gleichwertigkeit großen Wert.

**Koalition gefährdet**  
 Der Sprachenstreit hat politische Sprengkraft. Er könnte sogar zu einer neuen Regierungskrise im flämisch-wallonischen Koalitionsbündnis in Brüssel führen. „Die Sache ist noch lange nicht ausgestanden“, tönte der Vorsitzende der wallonischen Christdemokraten (PSC), die Teil des flämisch-wallonischen Vierpartei-

hündnisses im Kabinett „Martens VI“ sind, sofort nach Bekanntwerden dieses bei Wallonen als „Provokation“ empfundenen Richterspruches. Damit aber war die Angelegenheit hochpolitisch und das Kabinett „Martens VI“ insgesamt angesprochen. Das lahle Gleichgewicht innerhalb der Regierungskoalition aus flämischen (CVP) und wallonischen (PSC) Christdemokraten sowie flämischen (PVV) und wallonischen (PRL) Liberalen steht vor einer neuen Zerreißprobe.

### Rücktritt in Brüssel?

Regierungschef Wilfried Martens (Flame, CVP) versuchte aus diesem Grund sofort zu schlichten und erklärte: „Das ist noch lange keine Regierungsangelegenheit.“ Doch die wird es früher oder später unweigerlich werden. Denn der „Schwarze Peter“ liegt jetzt erneut bei Innenminister Charles Nothomb (Wallone, PSC). Nothomb war es, der 1984 entschied, daß Jose Happort als Bürgermeister seine Pflichten im zweisprachigen Voerden durchaus ausführen könne. Der Innenminister bescheinigte dem frankophonen Bürgermeister seinerzeit sogar ausreichende Niederländisch-Kenntnisse. Über ein „Ja“ oder „Nein“, so behaupten die Flamen jedoch, gehen diese Sprachkenntnisse nicht hinaus. Außerdem, will ich kein Niederländisch sprechen oder lernen.“ Denn Happort und seine Partei, die „Action Fournaise“, kämpfen für die Wiederangliederung der Gemeinde Voerden an die wallonische Provinz Lüttich.

Der wallonische Innenminister Nothomb steht nun vor einem schwierigen Problem, muß er doch, will er dem höchstrichterlichen Urteil nachkommen, einen neuen Bürgermeister für Voerden ernennen. Eine Handlung, die nicht nur seine wallonischen Wähler und seine Partei kaum ohne Gesichtverlust hinnehmen könnte. Sollte der Innenminister aber die Konsequenzen ziehen und mit Rücktritt drohen, wäre die Brüsseler Regierungskrise da. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Premier Martens, der auch in der Wallonie hohes Ansehen genießt, jetzt bereits öffentlich ankündigte: „Ich werde dieses Problem persönlich lösen“ – nur wie, darauf ist jetzt ganz Belgien gespannt.

# Für Botha ist das Risiko von Neuwahlen zu groß. Zulauf für die Konservativen

### Chris Heunis als Kronprinz des Premiers / Washington entsendet schwarzen Botschafter

M. GERMANI, Johannesburg  
 Präsident Botha hatte noch zur Eröffnung des nationalen Parteikongresses Anfang August in Durban überraschend auf die mögliche Abhaltung von Wahlen, „früher als manche denken“, hingewiesen. Jetzt hat er dieses Vorhaben auf dem letzten der vier Provinzparteikongresse in East London endgültig fallengelassen. Beobachter in Südafrika fühlen sich bestätigt. Die Lage in den einzelnen Provinzen war zu komplex, das Risiko für Wahlen zu groß.

Einer der offiziellen Gründe, warum sich Botha mit seinem Reformprogramm nicht der Wählerkraft stellt, ist die Schwierigkeit, die Wähler überhaupt zu erfassen, da es in Südafrika keine Meldepflicht gibt. Ein wichtiger Grund waren auch die trotz Ausnahmezustand zu erwartenden neuen Unruhen und Fragen in bezug auf die indischen und Kapfarbigen Parlamente. Bei deren ersten Wahlen im August 1984 war die Welle der bis heute anhaltenden Unruhen ausgelöst worden. Auch die Frage, wie das weiße Parlament gewählt werden sollte, war weitgehend unbeantwortet. Die neue Verfassung vom September 1984 sieht frühestens für 1989 Wahlen vor.

Sicher jedoch ist, daß Präsident Botha sich ein Mandat seiner Wählerkraft holen muß, wenn er mit der geplanten Einbeziehung der Schwarzen, in welcher Form auch immer, in den parlamentarischen Prozeß Ernst machen will. Inzwischen wird ein weißes Referendum als wahrscheinlich angesehen. Doch auch gerade dort steckt der Teufel wieder im Detail. Die Nationale Partei und das Ministerium für Verfassungsfragen unter Chris Heunis haben sich deshalb noch über kein endgültiges Konzept für diese Pläne einigen können. Außerdem ist immer noch die Frage offen, mit welchen schwarzen Führern die Regierung eine solche erneuerte Verfassungsänderung aushandeln will und soll.

Sowohl die Konservative Partei als auch die Progressive Partei, mit 28 Sitzen heute die offizielle Opposition, hatten sich eine Stärkung ihrer Position durch eine Wahl erhofft. Beobachter sind sich einig, daß aufgrund des nicht zu übersehenden Rechtsrucks unter den Weißen die Konservativen, die derzeit über 17 Sitze verfügen, den Sprung zur offiziellen Op-

position erreichen würden. Das hätte automatisch eine Verzögerung der Reformpolitik Bothas zur Folge. Bisher hatten die Progressiven diesen Prozeß beschleunigen wollen.

Die Verschiebung des gesamten Wählerbildes ergreift alle Parteien. Viele ehemalige progressive Wähler, denen die Partei zu intensiv eine künftige Machtbeteiligung der Schwarzen verweigert, würden heute wahrscheinlich ihre Stimme der neuen Nationalen Partei geben; sie ist seit dem Amtsantritt Bothas vor acht Jahren für sie attraktiv geworden. Die Nationalen haben in diesen Jahren den Pfad der von Verwoerd und Vorster vorgezeichneten Parteipolitik verlassen und können heute als Nachfolger der ehemaligen United Party von Jan Smuts bezeichnet werden. Wähler, die mit dieser Entwicklung nicht einverstanden sind, und das betrifft einen Großteil der Weißen im Norden



Reagans Mann für Pretoria: Edward J. Perkins. FOTO: AFP

der reichsten Provinz, Transvaal, gelten heute als Anhänger der Konservativen, wenn nicht gar der ultrarechten „Herzigen Nationalen Partei“. Eine bisher nicht erfolgte Einigung zwischen diesen beiden, noch mehr eine gemeinsame Wählerliste, würde die Regierungspartei aufgrund des herrschenden Mehrheitswahlrechts sicherlich in Verlegenheit bringen, eine anhaltende Spaltung zwischen beiden dagegen für die Botha-Partei Stimmvorteile bringen.

Botha hat in East London auch seine Bereitschaft zur Reform dokumentiert, indem er, von dem Posten als Führer seiner Partei am Kap zurücktretend, den äußerst liberalen Minister für Entwicklungsfragen, Chris Heunis, zum Nachfolger und damit gleichzeitig zum Kronprinzen küren ließ. Doch wie so oft in Südafrika ist auch hier das letzte Wort noch längst nicht gesprochen.

D. SCHULZ, Washington  
 Ein farbiger Berufsdiplomat, der 58jährige Edward J. Perkins, wird künftig die Vereinigten Staaten als Botschafter in Südafrika vertreten. Präsident Reagan gab die Ernennung, die vom US-Senat noch bestätigt werden muß, jetzt bekannt. Perkins löst den bisherigen Botschafter Herman Nickel ab, der aus privaten Gründen um seinen Abschied gebeten hat. Die Botha-Regierung hat Washington zwar wissen lassen, daß es grundsätzlich gegen die Entsendung eines schwarzen Diplomaten nichts einzuwenden habe. Sie hat auch das Agrément für Perkins bereitwillig erteilt, als sie darum gebeten wurde.

Die Reagan-Administration möchte Pretoria auf die Probe stellen und wissen, wie „farbblind“ eine Regierung, die ihr Gesellschaftssystem auf rassistischen Prinzipien aufgebaut hat, dem farbigen Botschafter eines großen Landes gegenüber sein kann. Schließlich benutzt die US-Regierung die Ernennung des Diplomaten auch als Waffe in der inneramerikanischen Auseinandersetzung über die Verhängung neuer Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika.

Edward Perkins ist ein weithin geachteter Berufsdiplomat. Im Amt vertritt er sein Land als Botschafter im westafrikanischen Land Liberia. Ursprünglich hatte das Weiße Haus andere Kandidaten für den Botschafterposten in Pretoria im Auge. Ein schwarzer Geschäftsmann aus dem Bundesstaat North Carolina, Robert J. Brown, wurde als erster in die engere Wahl gezogen. Er verzichtete jedoch. Als nächster sah sich Terrence Todman unvorhergesehen als Botschafter in Dänemark, er gehört zur Spitzenklasse der amerikanischen Berufsdiplomaten. Todman gab dem Weißen Haus im Sommer öffentlich einen Korb, indem er dem Sinne nach erklärte, er wolle nicht in Südafrika Botschafter werden, weil er die Politik seiner Regierung gegenüber Südafrika in wesentlichen Punkten für falsch halte. (SAD)

# Moskaus Ziel in Genf: Von Europa aus unangreifbar

### Die Problematik der Zwischenlösung / Option Alaska

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel  
 Die jüngste Diskussion in Bonn über die Frage eines Zwischenabkommens bei Mittelstreckenwaffen ohne Einbeziehung der Sowjetunion ist bei der NATO in Brüssel zwar aufmerksam registriert worden, zu einer Reaktion sieht sich jedoch niemand veranlaßt. Mit Grund: Als die NATO-Staaten 1979 den Doppelbeschluß faßten, 572 US-Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren, gleichzeitig aber über eine ausgewogene beiderseitige Verringerung dieser Waffenkategorie mit der Sowjetunion zu verhandeln, verpflichteten sie sich, im Falle von Verhandlungen ihr Mittelstreckenarsenal zu reduzieren. Mit anderen Worten: Die Zahl ihrer Waffen konnte irgendwo zwischen Null und 572 liegen. So sehr war die NATO von der Bedrohung durch sowjetische SS-20-Raketen (5000 Kilometer Reichweite) beeindruckt, daß im Doppelbeschluß die Existenz sowjetischer Kurzstreckenraketen nur indirekt angesprochen wurde.

Inzwischen hat Moskau seine Kurzstreckensysteme als Antwort auf den Nachrüstungsbeschluß nach vorne verlegt. Das Verhältnis zwischen sowjetischen Kurzstreckenraketen und NATO-Waffen dieser Art beträgt 10:1 zugunsten der Sowjetunion. An dieser Stelle kommt die Geographie ins Spiel: Bei einem völligen Abbau der sowjetischen SS-20 und der NATO-Mittelstreckenwaffen könnte die Sowjetunion noch immer mit Raketen zwischen 500 und 1000 Kilometern Reichweite hunderte von Zielen in Westeuropa bedrohen. Auf dem europäischen Kontinent aber wäre keine einzige US-Rakete mehr, mit der die Sowjetunion selbst unter Risiko gehalten werden könnte. Die einzig verbleibenden Kurzstreckenwaffen, 72 Pershing IA der Bundeswehr, könnten mit 750 Kilometern Reichweite sowjetisches Gebiet nicht erreichen. Die Sowjetunion besäße das, was die NATO mit dem Nachrüstungsbeschluß zu vermeiden suchte: Ein Sanktuarium, in dem sie unangreifbar wäre, ihrerseits aber Westeuropa mit Atomwaffen bedrohen könnte. Nicht sie, nur ihre Satellitenstaaten wären noch von NATO-Atomwaffen bedroht.

Das widerspricht nicht sowjetischer strategischer Philosophie, die davon ausgeht, daß das Kernland des

Sozialismus besondere Sicherheitsprivilegien genießen müsse. Nach sowjetischer Ansicht sind nämlich Atomwaffen, die sowjetisches Territorium bedrohen, strategischer Natur. Auf Westeuropa gerichtete Atomwaffen haben aus sowjetischer Sicht dagegen nur taktischen Charakter. Ein Abkommen zur Reduzierung der Mittelstreckenwaffen wäre nach den Erklärungen der NATO-Staaten auf Waffen dieser Kategorie beschränkt und zwingt nicht zur Einbeziehung von Raketen unter 1000 Kilometer Reichweite. Zwar hat die NATO sich in Artikel neun des Kommuniqués über den Nachrüstungsbeschluß eine Hintertür aufhalten, um alle US-Systeme eines möglichen Kriegsschauplatzes, worunter die

## Die Analyse

Kurzstreckenwaffen fallen, dem sowjetischen Rüstungsstand anzupassen. Jedoch hält das dem Westen aus den geographischen Gründen nicht aus seinem Dilemma. Die von ihm angestrebte sowjetische Absichtserklärung in Zukunft auch über Kurzstreckenwaffen zu verhandeln, enthält für Moskau keine Verpflichtung, sein Arsenal zu reduzieren. Nur die Festlegung von Kurzstreckenobergrenzen wird – mit einer gehörigen Portion Optimismus – angestrebt.

Ein Zwischenabkommen, das der NATO 100 Gefechtsköpfe belassen würde, gäbe ihr die begrenzte Möglichkeit, die Sowjetunion von Westeuropa aus zu bedrohen und die strategische Anknüpfung an die US-Interkontinentalraketen zu sichern. Das war die eigentliche Absicht der Nachrüstung. Eine weitere Reduzierung ohne Einbeziehung der sowjetischen Kurzstreckensysteme aber würde Westeuropa sicherheitspolitisch von Amerika akkoppeln. Moskau hätte ein lang angestrebtes Ziel erreicht. Die Sowjetunion hat in Genf durchblicken lassen, daß es die USA daran hindern will, in Alaska US-Mittelstreckenwaffen zu stationieren – als Gegengewicht zu den 100 (nach dem amerikanischen Vorschlag) oder 171 (nach sowjetischer Vorstellung) in Asien östlich des 80. Längengrades verbleibenden SS-20. Ob Washington sich diese Hand binden läßt, ist noch offen. (SAD)

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Würdiger Preisträger

„Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde sind nicht teilbar.“ Geistliche WELT vom 27. September

Mit großem Respekt habe ich das WELT-Gespräch mit dem Frankfurter Friedenspreisträger Wladyslaw Bartoszewski gelesen. Die darin von ihm geäußerten Grundsätze finden nicht nur auf Grund seines unbedingten und unerschütterlichen Engagements, sondern auch auf Grund seiner unbedingten Haltung gegenüber jeder Diktatur meine uneingeschränkte Zustimmung. Bartoszewski ist in meinen Augen ein herausragender Vertreter jenes zutiefst europäischen, demokratischen und christlichen Polens, mit dem ein echter Friedensschluß zwischen unseren beiden Völkern möglich und nötig sein wird. Auch Bartoszewski ist – wie die meisten Polen – für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Ich sehe darüber nicht hinweg. Wir werden darüber mit diesem Polen in europäischem Geist zu verhandeln haben, um zu einer wirklichen Ordnung des Friedens in Europa zu kommen.

Aber: „Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde sind nicht teilbar“, sagt Bartoszewski. Er ist gegen Diktaturen in jeder Ausfertigung, gegen Alleinherrschaft einer politischen Partei. Dieser Partei durch zweifelhaftes juristisches oder politisches Entgegenkommen Erfolge zuzusprechen, stärkt nicht die Mehrheit der Polen, mit denen wirklicher Frieden anzustreben ist.

Deutschland und Polen haben ihre gemeinsame Bewährungsprobe noch

vor sich. Bartoszewski stärkt die Gemeinsamkeit, auch indem er die menschlichen Lage nicht nur in seinem eigenen Land, sondern auch im



Dr. Ottfried Henning, MdB, CDU

Vergleich der beiden Staaten in Deutschland deutlich anspricht. So weist er in das Europa der Zukunft, von dem er mit so viel Mut schreibt und spricht. Viele Deutsche, auch viele Politiker, können sich ein Beispiel an ihm nehmen. Er ist ein würdiger Träger des Friedenspreises. Man sollte auf diese Stimme hören!

Dr. Ottfried Henning, MdB, CDU  
 Parlamentarischer Staatssekretär  
 beim Bundesministerium für  
 innerschweizerische Beziehungen

### Abtreibung

„Abtreibung auf Krankenschein ist nicht rechtswidrig.“ WELT vom 25. September

Die Begründung zur Klageabhandlung um die Krankenkassenfinanzierung der Abtreibung ist unserer Auffassung nach ein Skandal und eine Verhöhnung des Rechts auf Leben! Glauben die Richter, der Glaube und das Gewissen einer einzelnen Bürgerin sei der Grund zur Klage gewesen? Frau Zöllner ist sicher Stellvertreterin für eine schweigende Mehrheit, und sie verteidigt hier die Rechte von zigtausend ermordeten Kindern im Mutterleib, die sich selbst nicht wehren konnten und können.

Der Ausspruch, eine solche Unterlassungsklage könne nur jemand erheben, der in seinen Rechten beeinträchtigt sei, zeugt von einer niederträchtigen Mißachtung des werdenden Lebens!

Haben Tausende gemordeter Kinder mit ihrem stummen Schrei keine Rechte?  
 Dieter und Elisabeth Rosenthal, Christdemokraten für das Leben (CDL), Meschede-Wenemense

„Abtreibung“; WELT vom 25. September und „Überlegungen für andere Krankenkassen“; WELT vom 27. September  
 Der Paragraph 217 besagt, daß eine legale Abortion dann vorliegt, wenn:  
 1. die Frau durch eine Vergewaltigung schwanger wurde,  
 2. eine gesundheitliche Gefährdung der Mutter zu befürchten ist,  
 3. das Kind an schweren Behinderungen leidet,  
 4. wenn eine soziale Not vorliegt.  
 Es gibt keine Frau, die die Entscheidung leichtfertig trifft und die sich nicht bewußt ist, was sie tut.  
 Daher dürfen Abtreibungsgegner nicht so weit gehen, einer Frau, die durch eine Vergewaltigung schon so viel leiden muß, noch ein Kind zuzumuten oder dem Leben des ungeborenen Kindes Vorrang vor dem der Mutter zu geben.

Mit freundlichem Gruß  
 Regina Schäfer,  
 Velbert

### Wort des Tages

„Von einem Mann erfährt man die Wahrheit, wenn man ihm widerspricht; von einer Frau, wenn man ihr zustimmt.“  
 George Bernard Shaw,  
 Irischer Autor (1856-1950)

## Sachverstand

„Schuldiger gibt es überall.“ WELT vom 26. September

Alle Jahre wieder muß der Bund der Steuerzahler die öffentliche Verschwendung anprangern. Immer neue Beispiele für mangelnden Sachverstand und verantwortungsloses Handeln bezeugen, daß endlich ein Haftungsprinzip durchgesetzt werden muß, das es den Verschwendern nicht mehr erlaubt, sich unbeschadet nach abgeschlossener Legislaturperiode aus der politischen Verantwortung zurückzuziehen. Die Parteien werden bei ihrer Kandidatenauswahl viel mehr Wert auf Sachverstand und moralische Integrität legen müssen, wenn sie den zunehmenden Unmut der Bürger über Parteienmacht und Bürgerohnmacht nicht weiter verstärken wollen.

Dieter Pfeiffer,  
 Berlin 33

### Nicht prude

„Die Kühne Wacht“ mit Paaren, Damen und Herren.“ WELT vom 25. September

Offenbar aus Übermut habe das psychologische Bataillon 800 während des NATO-Manövers „Kühne Wacht“ Plakate mit nackten Männern drucken lassen, schrieb die WELT. Die Plakate seien nicht verboten worden, doch würden sie in der Truppe nicht gerne gesehen. So entspricht es den Tatsachen, fast jedenfalls. Tatsächlich habe ich als Kompagnieführer die Herstellung dieser Plakate befohlen und ihre Verteilung unter der Hand – in Gang gesetzt, ohne vorher das Einverständnis höchster Stellen einzuholen. Das war wohl übermäßig. Die in kleiner Auflage verteilten Pin-up-Girls waren in der Truppe sehr begehrt. Lediglich einige höhere Dienstgrade waren verärgert und betroffen, aus durchaus nachvollziehbaren Gründen. Um so bemerkenswerter ist es, mit welcher Gelassenheit die Generalität auf das kleine Störmanöver reagierte. Die Sache wurde keineswegs überbewertet. Länger als einen Moment des Schmunzeln ließen sich weder Führer noch Mannschaften durch die tägliche Neuausgabe der barhustigen Mädchen von den ungleichen wichtigeren Dingen des Manövers ablenken. Wenn das kein gutes Zeichen für das gefestigte innere Gefüge dieser Armee ist! Überdies: Oh der spontane Einfall mit den nackten Mädchen und den flotten Sprüchen allerdings gut oder schlecht war, in dieser Frage bin ich mir selbst noch gar nicht so sicher. Möglicherweise ging es anderen genauso. Wer weiß, vielleicht hätte auch mancher General erst dann zu einem abschließenden Urteil kommen können, hätte er noch mehr von den entblößten Schönen gesehen.

Hauptmann Dr. Manfred Maus,  
 PSV-Druckereikompanie  
 Clausbal-Zellerfeld

## Personen

### MILITÄR

Herrmann Fraidel, gerade zum Brigadegeneral befördert, wird neuer Verteidigungsattaché an der deutschen Botschaft in Paris. Er löst Brigadegeneral Siegwart von Wietersheim, einen Heeresoffizier, ab, der zum 30. September in den Ruhestand gegangen ist. Erstmals seit zehn Jahren wird damit der für die Weiterentwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses in der Militärpolitik wichtige Posten wieder mit einem General der Luftwaffe besetzt.

### UNIVERSITÄT

Dr. Alfred Kusß, Professor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fach Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing, an der Fernuniversität Hagen erhalten.

### KIRCHE

Franz Kamphaus, Oberhirte von Limburg, ist von den deutschen Bischöfen zum neuen Jugendbischof bestimmt worden. Kamphaus ist in dieser Funktion Nachfolger des Mainzer Weihbischofs Wolfgang Rolly. Rolly habe zugunsten diözesaner Aufgaben nicht mehr für das Amt des Jugendbischofs kandidiert, teilte das Bischöfliche Ordinariat in Mainz mit. Weihbischof Rolly hat am 1. Oktober sein neues Amt als Domdekan angetreten.

### EHRUNG

Der Schriftsteller Ludwig Harig ist mit dem „Leszeichen“-Preis für Poesie & Politik 1988 geehrt worden. Die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung der Frankfurter Literaturzeitschrift „Leszeichen“ wurde dem saarländischen Autor für sein Gesamtwerk und seinen gerade erschienenen Roman „Ordnung ist das ganze Leben“ zuerkannt. Der 1927 geborene Harig ist durch Werke wie das Rousseau-Buch „Der Roman vom Ursprung der Natur im Gehirn“ und die „Saarländische Freude“ bekannt geworden.

### MEDIEN

Der Chefredakteur der vatikanischen Tageszeitung „Osservatore Romano“, Elmar Bordfeld, verläßt Anfang Februar 1987 nach 15jähriger Tätigkeit die Redaktion der deutschsprachigen Ausgabe, die er 13 Jahre lang geleitet hatte. Zum 1. März 1987 übernimmt er die Chefredaktion der Wochenzeitung für das Bistum Essen, „Ruhrwort“. Deren bisheriger Chefredakteur, Dr.

### OTTO KASPAR

Otto Kaspar, der das Blatt seit Gründung des Bistums geleitet hatte, tritt in den Ruhestand.

### GEBURTSTAG

„Eine meiner Haupt Sorgen ist, ich könnte eine Maschine für Platiniden werden“, erklärte Robert Runcie, als er vor sieben Jahren zum 102. Erzbischof von Canterbury ernannt wurde. Der höchste britische Geistliche, der heute seinen 65. Geburtstag begeht, ist in der Geschichte der anglikanischen Kirche, die nach wie vor den Rang der britischen Staatskirche einnimmt, eine ungewöhnliche Erscheinung. Der Erzbischof, der 64 Millionen Gläubigen in aller Welt vorsteht, unternimmt den Versuch, die Kirche der



Robert Runcie

höheren Stände und des mittelständischen Bürgertums wieder zu einer Kirche des Volkes zu machen. Er gehört zum katholischen Flügel des Anglikanismus, wendet sich gegen die Priesterweihe für Frauen, befürwortet aber die kirchliche Trauung für Geschiedene. Verheiratet ist Runcie mit der angesehenen Pianistin Angela Rosalind, die eine Menge von dem religiösen Pomp schier unerträglich findet. Im Kriege war Runcie ein hochdekoriertes Panzeroffizier. Zu seinen Hobbies gehören moderne Romane und das Züchten von Berkshire-Schweinen, eine beinahe ausgestorbene Rasse.

### VERANSTALTUNG

Anlaß, über Staat und Kirche nachzudenken, gibt immer wieder der St.-Michael-Jahresempfang, zu dem erneut der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höfner, in Bonn einlud. Daß zwischen Staat und Kirche zur Zeit „ein gutes Zusammenwirken“ besteht, bescheinigte der Gastgeber im Kommissariat der deutschen Bischöfe den beiden prominentesten Staatsrepräsentanten, Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Hel-

### BUCHPREMIERE

„Gegen den Ozean anzupfeifen“ ist in der Bundesrepublik Deutschland heute schwer: Heinz Klaus Mertes, stellvertretender Leiter des ARD-Magazins „Report“ in München, hat es gewagt: Seinem Anti-Wallraff-Buch, in Bonn vorgestellt, gab er den Titel „Ali, Phänomene um einen Besteller“. Was der Journalist heute über Wallraffs Buch „Ganz unten“ zu sagen weiß, machte ihn betroffen: Nach akribischen Recherchen fand er heraus, wie sich Wallraff des „Plagiats“ und der „Manipulation“ schuldig gemacht hat. In „Ganz unten“ verwandte er beispielsweise Zitate, die aus dem ZDF-Feature „Nebenwirkungen unbedenklich“ vom August 1985 stammen. Verlag und Autor geben das Plagiat inzwischen zu. Über die „Kunstfigur Ali“ hinaus geht es Mertes darum, aufzuzeigen, wie „Wirtschaftsferne und Wirtschaftsfremdlichkeit in Deutschland heute offenbar allzeit bereite Herzen finden“.

### GESTORBEN

Der Mitbegründer der Arbeiterpriesterbewegung in Frankreich, Yvan Daniel, ist im Alter von 77 Jahren in Paris gestorben. Zusammen mit Henri Godin hatte er im September 1943 das Buch „Frankreich, ein Missionsland“ veröffentlicht, das Generationen von Arbeiterpriestern und in der Arbeiterbewegung tätige Katholiken beeinflusst hat. Papst Johannes XXIII. hatte erklärt, dieses Buch habe ihn von der Notwendigkeit überzeugt, das Zweite Vatikanische Konzil einzuberufen.



Die Niederländer preisen es als Weltwunder, und Ingenieure sprechen vom Prunkstück der Wasserbautechnik. Gemeint ist das „Delta-Werk“, das nach einer Bauzeit von 28 Jahren und Investitionen von über 10 Milliarden Mark am 4. Oktober 1986 seinen Betrieb aufnimmt. Mit diesem monumentalen Bauwerk soll die niederländische Nordseeküste für alle Zeiten vor Flutkatastrophen geschützt werden. Gleichzeitig wurde der Natur Respekt gezollt: Es entstand ein weiträumiger Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen.

## Ein Bollwerk gegen Stürme und Fluten

Von HELMUT HETZEL

Wenn Königin Beatrix der Niederlande am 4. Oktober um 12.00 Uhr an der Oosterschelde per Knopfdruck das Schleusentor „S1“ schließt, dann ist nach einer Bauzeit von 28 Jahren und Investitionen in Höhe von rund 10 Milliarden Mark ein neues Wunderwerk der Wasserbautechnik vollendet. Die Holländer feiern die Delta-Werke jetzt bereits als das „8. Weltwunder“.

Das Ziel wurde erreicht: Mitten im Mündungsdelta der Oosterschelde können jetzt die zwischen den 45 Meter hohen und bis zu 18 000 Tonnen schweren Betonpfeiler hängenden Stahlrohre bei einer drohenden Springflut jederzeit geschlossen werden. Sie schützen nach Angaben ihrer

Konstrukteure das dahinter um einige Meter unter dem Meeresspiegel liegende fruchtbare Ackerland optimal. „Dieses Sturmflutwehr“, so seine Erbauer selbstbewußt, „steht mindestens 200 Jahre.“ Die Chance, daß es einer erneuten Springflut nicht standhalten könnte, beträgt nach den Berechnungen der Fachleute 1:4000 und ist damit marginal.

Das holländische „Mega-Projekt“ ist aber nicht nur aus bautechnischer Sicht bemerkenswert. Nie zuvor mußten sich die Ingenieure bei der Küstenschutzmaßnahmen den Einsprüchen der Umweltschützer und Naturfreunde beugen. Sie waren gefordert, den Milieuaspekt gleichrangig mit den Ansprüchen an die Sicherheit in ihre Planungen einbeziehen. Denn die jetzt für die Oosterschelde gefundene

und realisierte Lösung eines beweglichen Sturmflutwehres mit Stahlrohren gewährleistet neben dem Schutz vor Flutkatastrophen gleichzeitig, daß der Gezeitenwechsel ungestört ablaufen kann. Damit ist die Erhaltung einer einzigartigen Flora und Fauna in diesem Meeresarm garantiert.

Aber wie kam dieses „8. Weltwunder“, das selbst amerikanische und japanische Wasserbauingenieure immer wieder in sprachloses Staunen versetzt, eigentlich zustande?

Stürme sind an der Nordseeküste nichts Außergewöhnliches. So dachten wohl die meisten Niederländer, als sie am 31. Januar 1953 den Wetterbericht hörten. Doch es kam anders als erwartet. Das Zusammenwirken einer Springflut mit orkanartigen

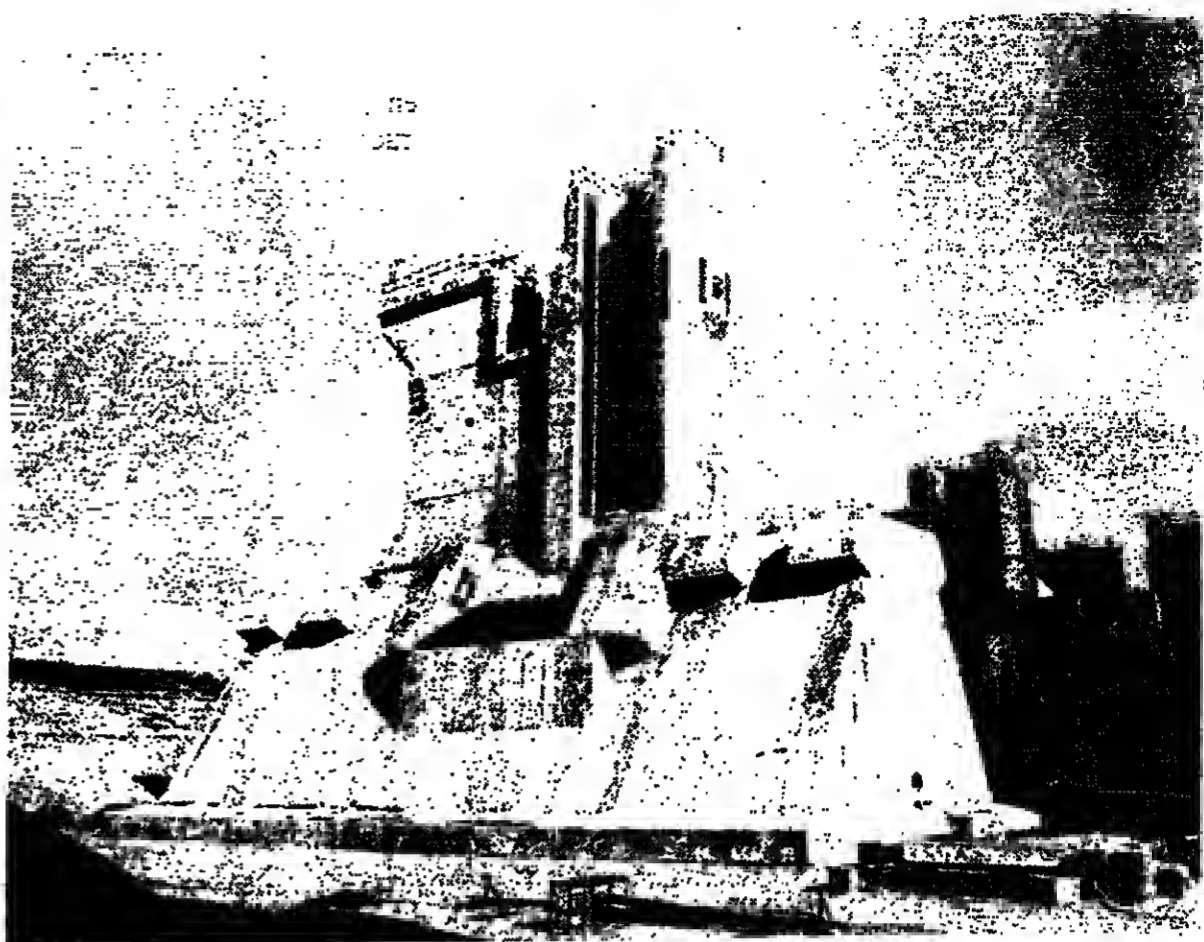
Westwinden entfachte in den Wassermassen der Nordsee solche Kräfte, daß die meterhohen Wellen die seeländischen Deiche gleich an 589 Stellen durchbrachen und sie hinwegspülten, als seien es Streichholzschnitzeln. Fast das gesamte Deichbausicherungssystem wurde mit einem Mal zerstört. Die Flutmassen überspülten große Teile der niederländischen Provinzen Seeland und Südholland. Mehr als 200 000 Hektar Land wurden vernichtet.

Als das Ausmaß dieser todbringenden Flutkatastrophe nach einigen Tagen bilanziert wurde, zählte man 1835 Tote und 10 000 Obdachlose. Tausende von Bauern hatten ihr Hab und Gut sowie ihren gesamten Viehbestand verloren. Mehr als 4000 Häuser hatte die Nordsee einfach weggespült.

Die Niederländer faßten diese Naturkatastrophe als technische und finanzielle Herausforderung auf. Die Frage, wie ein Küstenschutz für alle Zeiten absolute Sicherheit gegen Naturgewalten bieten kann, beschäftigte die Millionen Niederländer im ganzen Land.

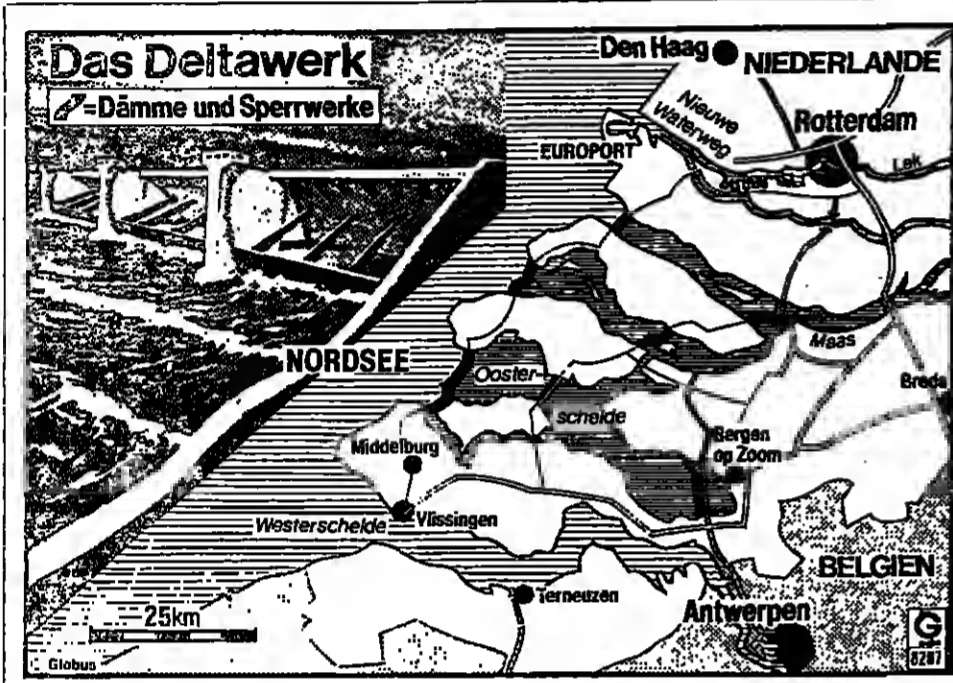
Fachleute einer von der Haager Regierung eingesetzten „Delta-Kommission“ zerbrachen sich darüber jahrelang den Kopf und glaubten dann 1958 endlich das „Ei des Kolumbus“ zur Sicherung der südniederländischen Küste gefunden zu haben. Dieser Plan sah vor, alle Meeresarme des Mündungsdelts mit festen Dämmen abzuschließen. Nur für den Schiffsverkehr sollte ein für den Rotterdam und den Antwerpener Hafen lebenswichtiger schmaler Wasserweg offenbleiben.

Im Jahre 1967 begannen die ersten Arbeiten an diesem gigantischen Deichbauprojekt aller Zeiten, den Delta-Werken. Acht verschiedene Dämme mußten demnach gebaut



Wie Kolosse ragen die 18 000 Tonnen schweren Betonpfeiler aus dem Trockendock hervor

FOTO: DIE WELT



### Das große Werk ist vollendet

Das neue Deiltower sichert rund 15 000 Quadratkilometer Land. Es schließt sämtliche Mündungsarme des Deltas mit Ausnahme des Nieuwe Waterweg im Norden und der Westerschelde im Süden. Dadurch wird die Linie der Seedeiche um 700 Kilometer auf nur noch 33 Kilometer verkürzt. Dämme und Brücken verbessern die Verkehrswege zu den Inseln.

werden. Drei Milliarden Gulden standen dem Haager Ministerium für Verkehr und Wasserbau anfangs zur Verfügung. Nach und nach wurde das ausgefranste Mündungsdelta hermetisch abgeschlossen; wurden die einstigen seeländischen Inseln Schouwen-Duiveland, Goeree und Beveland durch feste Dammverbindungen sozusagen aneinandergelötet. Die Küstenlinie wurde damit um 700 Kilometer verkürzt.

Alles verlief nach Plan. Mitte der siebziger Jahre - die Delta-Werke sollten ursprünglich bereits 1978 abgeschlossen sein - machte man sich dann daran, den letzten und größten noch offenen Meeresarm, die Oosterschelde, mit einem festen Damm abzuziegeln. Doch plötzlich hagelte es von allen Seiten Proteste. Nicht nur die Muschel- und Austernfischer gingen auf die Barrikaden, weil sie fürch-

teten, ihre wertvollen Fanggründe im Salzwasserreservoir der Oosterschelde zu verlieren. Auch namhafte Wissenschaftler, Biologen und Meeresforscher warnten öffentlich und eindringlich davor, dieses einzigartige Naturgebiet mit seinem Vogel-, Fisch- und Schalentier-Reichtum durch das Anlegen eines festen Abschlußdeiches zu zerstören. Begründete Proteste, wie sich dann später zeigen sollte.

Die Oosterschelde gilt als eines der reichsten Gebiete der Niederlande. Jährlich fangen die Muschelfischer hier 60 000 bis 80 000 Tonnen der bei allen Feinschmeckern so beliebten Nordseemuscheln vom Meeressgrund. Und auch die Seeland-Auster wird von den internationalen Gourmets geschätzt.

Eine heftige öffentliche Kontroverse um die Oosterschelde entbrannte. Das Parlament mußte sich daraufhin erneut mit dem Delta-Plan befassen. Das Planungsteam erhielt von den Politikern eineinhalb Jahre Zeit, um eine neue Lösung, die Sicherheit und Umweltschutz vereinbaren sollte, anzuarbeiten.

Die holländischen Ingenieure nahmen diesen politischen Auftrag, der gleichzeitig für sie eine technologische Herausforderung darstellte, an. Sie entwarfen das kühnste Wasserbauprojekt aller Zeiten. Ein mitten im Delta stehendes Sturmflutwehr, das durch bewegliche Stahlrohre bei Bedarf oder bei Flutgefahr jederzeit geschlossen werden konnte. Bei ruhiger See aber bleiben diese offen, um den Gezeitenwechsel nach wie vor zu ermöglichen. Im wasserbautechnischen Labor zu Delft wurde das, was heute als „8. Weltwunder“ gilt, in allen Einzelheiten im Modell durchgespielt, bevor die Baumaßnahmen eingeleitet wurden.

So entstand in der Nordsee die künstlich angelegte Insel namens „Neeltje Jans“. Auf ihr arbeiteten mehr als 7000 Fachleute rund um die Uhr, um das Wunder im Delta zu vollbringen. 65 gigantische Tragepfeiler wuchsen wie „Kathedralen aus Beton“ auf der Insel empor: 45 Meter hoch und 18 000 Tonnen schwer war jedes einzelne Stück. Sie bilden heute das Rückgrat des Sturmflutwehres.

Wie aber konnte man diese Betongiganten transportieren? Und wie konnte man sie auf dem ständig von Strömungen aufgewühlten Meeressboden plazieren, so daß sie auf dem sandigen Untergrund nicht ver-

rutschten, sondern unbeweglich wie Felsen in der Brandung stehen blieben?

Niederländische Werften schmiedeten und schweißten spezielle Schiffe, die „Mytilus“ und die „Ostrea“, die ausschließlich für den Transport und das Plazieren der Betonriesen konstruiert worden waren. Die „Mytilus“ rüstete man, einer Meereskrake auf Stelzen gleich, mit riesigen Saugbaggerköpfen und bis zu 25 Meter tief in den Meeressgrund reichenden Super-Vibratoren aus. Die Meerestabsauger holten zunächst den Treibsand vom Boden der Nordsee.

Dann wurde mit Hilfe der Vibratoren der Meeressgrund so lange durchgerüttelt, bis sich die Sandmassen verdichtet hatten und damit ein fester Untergrund entstand. Jetzt erst konnten auf diesen planierten Meeressboden die 60 Meter langen, 29 Meter breiten und 36 Zentimeter dicken Gründungsmatten, die das eigentliche Fundament für die Betonpfeiler bilden, verlegt werden.

Matte für Matte senkte sich auf den Meeressgrund und bescherte der Oosterschelde damit einen stabilen Teppichboden. Dann trat die „Ostrea“ mit ihren 9000 PS starken Motoren in Aktion. Dieses Spezialschiff hievte die 65 je 18 000 Tonnen schweren Betonpfeiler Stück für Stück empor und schleppte sie exakt an ihren Bestimmungsort im Mündungsdelta.

Die Pfeiler wurden mit Betonschwellenbalken (39 Meter lang, acht Meter hoch) miteinander verbunden und verankert. Die Stabilität dieser befestigten Konstruktion wurde zusätzlich dadurch erhöht, daß man Hochofenschlacke und tonnenweise zentnerschwere Granitblöcke und andere Natursteine als Doppelfundament zwischen den Pfeilern zu einem neuen Verbindungsdamm unter Wasser aufschüttete. Dieses zweite Steinfundament soll die Strömungsgeschwindigkeiten reduzieren und es muß außerdem dafür sorgen, daß keiner der Pfeiler je seine Position auch nur um einige Zentimeter verändern kann.

Nach rund achtjähriger Bauzeit ist das erste bewegliche Sturmflutwehr der Welt einsatzbereit. Es hat - so sagen seine Erbauer - „die nötige Stabilität, den Fluten der Nordsee in jeder denkbaren Situation standzuhalten, und ist gleichzeitig ein Umweltschutzprojekt erster Ordnung“.

### von der blend-a-med Forschung:



blend-a-med Formel Z.  
Mediziert die Neubildung  
von Zahnstein.

blend-a-med Formel Z.

### AUS LABORS UND INSTITUTEN

**Pille und Krebs**  
Berlin (DW) - Den Verdacht auf einen möglichen Zusammenhang zwischen einer mindestens 10jährigen Einnahme der Pille und der Entstehung von Brustkrebs verstärkt eine neue Studie, auf die das Bundesgesundheitsamt (BGA) jetzt hingewiesen hat. Die Untersuchung, die in den Jahren 1984 und 1985 in Norwegen und Schweden durchgeführt wurde, erfasste 422 an Brustkrebs erkrankte Frauen. Wie das BGA mitteilte, ist nach den vorläufigen Ergebnissen keine Änderung der Verordnungs- oder Einnahmehäufigkeiten notwendig.

**Gefahrstoffverordnung**  
Bonn (Reuter) - Eine neue Gefahrstoffverordnung mit Vorschriften zum Umgang mit Benzol, Asbest, Blei, Formaldehyd und Dioxin ist gestern auf Veranlassung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung in Kraft getreten. Danach werden Hersteller und Einführer von gefährlichen Stoffen verpflichtet, diese ordnungsgemäß zu verpacken und zu kennzeichnen. Hierzu gehören neben dem Aufdruck eines Gefahrensymbols auch Hinweise auf das mögliche Risiko und empfohlene Schutzmaßnahmen. Für die Abgabe sehr giftiger Stoffe wird eine Erlaubnispflicht eingeführt.

**Krebskranke Kinder**  
Münster (dpa) - Die Bundesrepublik ist bei der Behandlung von Krebs bei Kindern führend in der Welt, wie auf dem Kongress für Kinderheilkunde in Münster bekannt wurde. Von 1129 Kindern

**Samstag auf der Wissenschafts-Seite**  
„Wie Chips die Sonne einfangen“ - Arno Nöidechen beschreibt neuartige Hochleistungs-Solarzellen.  
\*  
„Falschspieler im Krabben-salat“ - Über die Entwicklung von Fischfleisch-Kopien berichtet Harald Steinert.  
\*  
Weshalb so viele einheimische Käferarten vom Aussterben bedroht sind, schildert Matthias Glaubrecht.

mit bösartigen Tumoren litten 30 Prozent an Blutkrebs und 20 Prozent an Hirntumoren. Die Mediziner stellten fest, daß krebskranke Kinder eine deutlich größere Überlebenschance haben als Erwachsene. Die besten Ergebnisse wurden bei der Behandlung von Lymphdrüsenkrebs (90 Prozent) und Blutkrebs (70 Prozent) erzielt.



Durch einen tragischen Unfall verloren wir meinen geliebten Mann, herzenguten Papi, meinen einzigen Sohn und unseren lieben Bruder

C. Jörg Ruhnke

geb. 25. 8. 1938 gest. 28. 9. 1986

- Monika Ruhnke
Julia C. Ruhnke
Emma Ruhnke
Doris Umé
Karen Marzola

Up de Worth 12
2000 Hamburg 65

Bitte keine Beileidsbesuche.

Trauerfeier am Mittwoch, dem 8. Oktober 1986, um 12.00 Uhr Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.
Start zugedachter Blumen bitten wir die SOS-Kinderdörfer des Hermann Gmeiner Fonds Deutschland e. V. zu bedenken. Deutsche Bank München, Konto-Nr. 1111 111 (BLZ 700 700 10), Vermerk: Ruhnke.

In tiefer Trauer teilen wir den unerwarteten Tod unseres Firmeninhabers

C. Jörg Ruhnke

geb. 25. 8. 1938 gest. 28. 9. 1986

mit

Mit seinen großen Erfahrungen, seinem fachlichen Wissen und Ideenreichtum beeinflusste der Verstorbene seit über 25 Jahren maßgeblich die Entwicklung unseres Unternehmens. Bei allem erfolgreichen beruflichen Einsatz prägen Menschlichkeit und Verantwortungsbewusstsein sein vorbildliches Schaffen.

Seine Leistung und seine Persönlichkeit bleiben uns Vorbild.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der Firma
Carl Ruhnke

Trauerfeier am Mittwoch, dem 8. Oktober 1986, um 12.00 Uhr Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.
Start zugedachter Blumen bitten wir die SOS-Kinderdörfer des Hermann Gmeiner Fonds Deutschland e. V. zu bedenken. Deutsche Bank München, Konto-Nr. 1111 111 (BLZ 700 700 10), Vermerk: Ruhnke.

Wir trauern um

Jörg Ruhnke

den Gründer unserer Dienstags-Runde; wir haben einen treuen Freund verloren.

- Axel Bertling
Heinrich Heitzig
Eckart Priesemuth
Cord Tretau

- Hartmut Buns
Michael Merker
Peter Schweser

An einem schönen Spätsommertag haben wir zusammen mit Freunden, Kollegen und Bekannten meinen lieben Mann und guten Vater

Walter Vonarb

auf seinem letzten Weg begleitet.
Dank sei allen, die seiner gedachten und uns trösteten.

- Inge Vonarb geb. Wohlfel
Franz-Stephan Vonarb

Hamburg, im Oktober 1986

Familienanzeigen
und Nachrufe

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80
Berlin (0 30) 25 91-29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Platte - was tun?
bevor es zu spät ist?
Dipl.-Kaufm.-Ing.
12 Jahre Sanierungserfahrung
hilft Ihnen
Telefon 0 43 71 / 62 69

Deutscher Geschäftsmann
mit Kapital, sucht Vertretung für die
Kanarischen Inseln.
Lernausgangspunkt, Postfach 16 56
10125 Luxemburg 1, Tel. 0 63 52 / 49 10 08

Ihre Gesellschaft
in Luxemburg
Gründungs-, Verwaltungs-, Domizil-,
Holding- oder Handelsgesellschaft,
Post-, Tel., Telex-Service
Lernausgangspunkt, Postfach 16 56
10125 Luxemburg 1, Tel. 0 63 52 / 49 10 08

Tätiger Teilhaber (Kfz.)
für Vertretung eines lukrativen
Projekts auf dem Schlankheits-
sektor in der kosm. Branche ges.
Zuschriften unter X 5618 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Verkaufsdirektor
pensibler, Wehrführung, Vertrieb
Investitionsgüter, Wappensachen, berufl.
Aufbau, Ausbau, Verkauf,
Zuschr. erf. u. G 5357 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmer
mit 1317-Marketing, "Psychology"-Ver-
sucht im In- od. Ausland Geschäftsver-
bindungen od. Aufträge
Tel. 07 11 / 79 95 80 od. 0 71 27 / 6 26 90

TOSCANA
Gesucht werden Immobilienagenten in allen deutschen Bundesländern.
Die Firma Pidi GmbH aus Milano sucht im Namen der "Gruppo Finanziario Castelfalfi" aus Firenze
einen Alleinvertreter
für jedes Bundesland
für die Entwicklung der Immobiliengeschäfte in „Castelfalfi“ (20 km von S. Gimignano entfernt und 45 km vom Flughafen Pisa/Florenz).

Wahrsagerin Virchow
Tel. 0 62 02 / 1 04 54
Achtung, KLEIN-Händler! 1 Posten Luft-
filter u. Halbleitenden in bloc od. karton-
weise zu verkaufen, 10-20% unter BK.
Tel. 0 49 / 5 59 89 88

Schweizer Gesellschaft
mit besten Referenzen empfiehlt sich
für Beratung und Abwicklung Ihrer
internationalen Handelstransaktionen.
Büro mit voller Infrastruktur (Compo-
ser, Telex, Telefax usw.) vorhanden.
Anfragen bitte an Chiffre 44-131 450,
Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich.

Kapitalgeber
gegen
Beteiligung
gesucht um ein neues
Projekt auf den Spielwer-
kmarkt zu bringen. Das
Spiel ist durch Deutsches
Patentamt geschützt.
Zuschriften unter Y 5597
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Herausgeber: Axel Springer AG, Herbert Kröner
Chefredakteur: Peter Göttsche und Manfred Scheil
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehn
Mehrsprachig: Enzo von Loewenstein
Chefs von Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche,
Friedrich W. Henning, Jens-Martin Löffelke,
Eisener v. Wobrowsky, Hans-Joachim
Lindner, Hamburg

Chancen in einem
Technik-Verlag
Ein angesehener, technisch orientierter Ver-
lag mit mehreren Fachzeitschriften und
eigenem Buchsortiment braucht noch
einen Kopf für neue Ideen. Bücher und Zeit-
schriften zu konzipieren, zu entwickeln und
in den Markt zu bringen, fordert das Kön-
nen eines kreativen Produkt-Managers mit
Marketing- und/oder Verlagspraxis.
Dies ist eines von vielen interessanten Stel-
lenangeboten am Samstag, 4. Oktober, in
der BERUFS-WELT, dem großen Stellenteil
der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen.
Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten
Samstag. Jeden Samstag.

KURATORIUM
FÜR UNFALLVERLETZTE
ZNS
MIT SCHADEN DES
ZENTRALEN
NERVENSYSTEMS EV
ZNS-Schäden können jeden treffen
- deshalb sollte auch jeder helfen.
Unfälle verursachen jährlich bei etwa
200.000 Menschen Kopfverletzungen. Be-
troffen ist dabei vor allem das zentrale
Nervensystem (ZNS). Die seelischen,
geistigen und körperlichen Schadensfolgen
können oft genau gemildert oder sogar
beseitigt werden. Tragen Sie mit Ihrer
Spende dazu bei.

FECHTEN / WELT-Interview mit dem neuen Cheftrainer Emil Beck: Alle Macht in seinen Händen

● Angeflogen, das erzählt er immer wieder gerne, hat es im Wortsinn im Keller. Tief unten in einem Heizungskeller brachte er Schülern die ersten Schritte eines Sports bei, für den er selbst sich in einem Abenteuer-Film begeistert hatte. Fechten - dafür gab Emil Beck (Foto) aus Tauberbischofsheim seinen Friseur-Beruf auf, legte sich mit Funktionären und Verfechtern klassischer Schulen an und arbeitete unermüdet, schiltzähig und schließlich erfolgreich. Er ist umstritten wie kaum ein anderer, aber im deutschen Leistungssport geht kein Weg mehr an Emil Beck vorbei.



„Tauberbischofsheim und ich behindern doch keinen - andere profitieren von unseren Siegen“

WELT: Herr Beck, der Cheftrainer des Deutschen Fechterbundes und drei der vier Bundestrainer der einzelnen Disziplinen kommen nun aus Tauberbischofsheim, dem neuen Olympiastützpunkt. Spielt sich die Sportart Fechten in der Bundesrepublik Deutschland demnächst nur noch hier ab?  
Beck: Sie hat sich doch auch schon vorher nur noch hier abgespielt. 14 von 15 Fechtern, die jetzt Weltmeisterschafts-Medaillen gewonnen haben, kamen aus Tauberbischofsheim.  
WELT: Nur meine viele, im Schatten dieses Klubs könnten andere kaum noch existieren.  
Beck: Aber wir behindern doch niemanden. Im Gegenteil, andere Stützpunkte und Vereine profitieren von unseren Erfolgen. Allen im Verband geht es besser, weil die erfolgreiche Sportart Fechten bei uns zum Förderkonzept 1 gehört. Dies wird übernommen vom Bundesausschuss für Leistungssport und den Landesverbänden. So werden alle Landes-Fechterverbände gefördert. Wenn die anderen nichts daraus machen, soll ich sagen: Wir machen auch nichts draus, weil wir früher auch ohne Medaillen gelebt haben?  
WELT: Wäre es also besser, tatsächlich nur noch einen großen Stützpunkt zu haben?  
Beck: Nein. Wir brauchen mindestens 400 Vereine, in denen Fecht-sport betrieben wird. Und ich hoffe

immer, daß irgendwo ein Pflänzchen dazukommt. Der Deutsche Fechterbund braucht die Vereine, auch Tauberbischofsheim braucht sie.  
WELT: Auch um die anderen Fechtzentren, die der Deutsche Fechterbund noch hat?  
Beck: Aber ja. Es ist doch vernünftig, wenn sich welche, wie jetzt in Koblentz, zusammenfinden, die sagen: So, wir nehmen uns der Sache richtig an. Der Druck ist gut. Ich habe diesen Druck selbst im Verein. Als Bundestrainer muß ich in meinem eigenen Verein meinen Fechtern und den anderen Trainern gegenüber beweisen, daß ich der Beste bin, daß beispielsweise fünf meiner Schüler in der Nationalmannschaft stehen. Ich habe das erreicht.  
WELT: Und wie werden Sie jetzt als Cheftrainer arbeiten?  
Beck: Jetzt will ich aus diesem Konkurrenzdenken heraustreten. Vor drei oder vier Jahren sollte ich schon einmal Cheftrainer werden, damals aber als Bundestrainer in allen vier Waffen. Das habe ich abgelehnt. Ich wollte die große Lösung: den verantwortlichen Cheftrainer und für jede Waffe einen besonderen Bundestrainer. Nur einen Titel ohne Mittel will ich auch nicht. Ich habe mir ein Veto-Recht bei Mannschaftsaufstellungen ausbedungen. Und ich habe einen Leistungsausschuss gegründet, wo ich mit allen Heimtrainern von Kaderfechtern sprechen werde. Und denen werde ich einbeziehen - auch außerhalb Tauberbischofsheims. Je mehr Druck die Trainer bekommen, desto besser werden wir in der Spitze sein. Vielleicht mache ich das ja noch ein paar Jahre - so lange möchte ich auch Erfolg haben.  
WELT: Weshalb ist denn Horst-Christian Tell aus Offenbach als Bundestrainer im Damenflorett abgelöst worden?  
Beck: Dies war nicht Sache des Fechtclubs Tauberbischofsheim oder des Emil Beck, sondern die des DFB-Präsidiums. Daß Tell nicht Bundestrainer bleiben würde, war aus verschiedenen Gründen schon lange klar. Die Entscheidung war unabhängig von den Ergebnissen der Weltmeisterschaften dieses Sommers in Sofia. Nur wollte das Präsidium mit der Bekanntheit bis nach der WM warten. Auch Offenbach wollte Tell nicht als Stützpunkttrainer behalten. Ich habe ihm angeboten, nach Tauberbischofsheim zu kommen und hier Weltmeisterin Anja Fichtel und die WM-Zweite Sabine Bau zu trainieren. Erst war er einverstanden. Aber jetzt soll er gesagt haben, er wolle doch nicht. Na gut.  
WELT: Welches Ziel haben Sie sich noch gesetzt?  
Beck: Eigentlich habe ich alles erreicht. Der deutsche Sport wird zwar seinen vierten Platz in der Welt nicht halten können. Wenn aber andere Sportverbände nicht wissen, was sie 1988 machen werden, müssen wir Fechter nicht überlegen, was wir

FUSSBALL / Bayern-Präsident Fritz Scherer:

Mehr Professionalität und mit dem Verband keine Konfrontation

sid, München  
Seine Vision von einer erfolgreichen Zukunft sowohl des Deutschen Fußball-Verbandes (DFB) als auch der Bundesliga-Vereine stellte Prof. Fritz Scherer, Präsident des Bundesligaklubs FC Bayern München, in einem Gespräch mit dem Sport-Informations-Dienst (sid) dar.  
„Es ist meine Lieblingsidee seit Jahren, daß der DFB als größter Fachverband der Welt einen Präsidenten für die Bundesliga hat und einen zweiten für die Amateure“, sagte Scherer. „DFB-Präsident Hermann Neubauer ist für mich ein echter Profi, aber er muß bei Bundestagen Rücksicht auf die überwältigende Mehrheit der Amateure nehmen. Deshalb dauert es eine Umstrukturierung auch noch einige Jahre. Das Grundgesetz ist leichter zu ändern als das DFB-Statut.“  
Doch nicht nur beim Dachverband plädiert der 48 Jahre alte Betriebswissenschaftler an der Fachhochschule Augsburg für mehr Professionalität, sondern auch in den Vorstandsetzungen der Bundesliga. „Es ist ganz entscheidend, daß die Vereine eine hauptamtliche Führung erhalten“, erklärte Scherer. Dabei ging seine Wunschvorstellung sogar bis zur Forderung eines bestellten Vorstandsvorsitzenden, dessen Tätigkeit und Einkommen wie bei einer Aktiengesellschaft am Erfolg gemessen wird.  
„Heute ist es doch so, daß einer als Präsident sagt: Was interessieren mich die Schulden, in zwei Jahren bin ich doch wieder abgewählt“, meinte Scherer. Allerdings räumte der Bayern-Chef ein, daß die Mehrheit der Vereine inzwischen einsteigt, daß eine kaufmännische Führung nötig ist.“  
Trotz verschiedener Diskrepanzen zwischen den Bundesliga-Vereinen auf der einen und dem DFB auf der anderen Seite sprach sich der seit dem 9. Oktober 1986 als Bayern-Präsident amtierende Scherer für ein gedehliches Miteinander in der Zukunft aus. „Eine Abnabelung vom Verband würde die Bundesliga nicht durchstehen. Es hat überhaupt keinen Zweck, auf Konfrontationskurs zu steuern“, sagte Scherer, der Mitglied des neuen DFB-Liga-Ausschusses ist.  
Als seine „größte Sorge“ bezeichnete der gebürtige Augsburger, „daß die ausländischen Vereine unsere besten Spieler, die uns die Stadien füllen, wegkaufen“. Aktuelles Beispiel sei das Interesse der reichen italienischen Klubs an den beiden Nationalspielern Thomas Berthold (Eintracht Frankfurt) und Lothar Matthäus (Bayern München). Scherer: „Wenn die attraktiven Spieler ins Ausland fliehen, leidet die ganze Liga darunter.“  
Dieses Ausbluten an attraktiven Spielern ist laut Scherer nur mit Hilfe

NACHRICHTEN

Tilly Fleischer wird 75  
Düsseldorf (sid) - Tilly Fleischer, erste deutsche Leichtathletik-Olympiasiegerin von 1936, feiert heute ihren 75. Geburtstag. Mit der Siegesweite von 45,18 m gewann die damals 25jährige den Speerwurf-Wettbewerb bei den Spielen in Berlin.

England: Nur Geldstrafe

London (dpa) - Harte Kritik üben die britischen Medien an der Disziplinarkommission des Fußballverbandes, die erneut durch milde Straftatellen aufgefallen sind: Southampton Verteidiger Mark Dennis, bisher sah er schon acht Mal die rote Karte, kam dieses Mal mit einer Buße von 250 Pfund davon. Sein Faustschlag wurde lediglich als „ungehörliches Benehmen“ gewertet.

Jeannie Longo fuhr Rekord

Mailand (sid) - Die französische Radrennfahrerin Jeannie Longo verbesserte in Mailand den Stunden-Weltrekord für Bahnen in Meereshöhe um 505 m auf 43,587 km. Sie besitzt nun, genau wie der Italiener Francesco Moser, die Bestmarke für Bahnen auf Meereshöhe und für Hochbahnen (über 600 m).

Holt Blau-Weiß Schüler?

Berlin (sid) - Fußball-Bundesligaklub Blau-Weiß 90 Berlin zeigt Interesse an Borussia Dortmunds Mittelfeldspieler Wolfgang Schüler. Der 23jährige Schüler hat bereits ein Testspiel mit der Berliner Mannschaft absolviert.

Favoriten kamen weiter

Paris (dpa) - Bei der Volleyball-Weltmeisterschaft in Frankreich haben bereits Weltmeister Sowjetunion, Olympiasieger USA und der Olympiazweite Brasilien das Halbfinale erreicht. Der Geheimfavorit Frankreich kann nur noch das Halbfinale im Falle eines Sieges über Brasilien erreichen.

Mats Wilander heiratet

Düsseldorf (sid) - Am 3. Januar 1987 wird der schwedische Tennis-Star Mats Wilander, der derzeit eine mehmonatige Pause einlegt, seine langjährige Freundin Sonja Mulholland heiraten. Die Hochzeit findet in Durban (Südafrika) statt.

Winterspiele werden?

Bern (sid) - Die Vorstellung, künftige Olympischen Winterspiele um zwei Jahre zu verschieben, wird immer realistischer. Marc Hodler, das Schweizer Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) meinte in Bern, schon ein Turnuswechsel auf die Jahre 1994, 1998, 2002 sei nicht mehr ausgeschlossen. Eine entsprechende Entscheidung könnte schon bei der 91. IOC-Session in Lausanne am 17. Oktober getroffen werden.

Radprofi feiert Comeback

Brüssel (sid) - Der 39jährige Belgier Roger de Vlaeminck hat wieder eine Profi-Lizenz erhalten. Er möchte an der gesamten Querfeldsaison, die im Herbst beginnt, teilnehmen. Eddy Merckx, sein früherer ständiger Widersacher, betätigt sich als sein Sponsor.

ZAHLEN

- FUSSBALL  
Europapokal der Landesmeister, 1. Runde, Rückspiel: Viktoria - St. Pauli 1:0 (Hinspiel: 2:1)  
- UEFA-Pokal: Valerenga Oslo - Barcelona 0:0 (0:1), Szedex Sofia - FC Tirol 2:0 (0:3) - Pokal der Pokalsieger: Girondins Bordeaux - Waterford 4:0 (2:1)  
- Die letztgedruckten Vereine haben die zweite Runde erreicht. - Länder-spiel „U 18“ in Krefeld: Deutschland - Bulgarien 4:2 (4:0) - Freundschaftsspiel: Odense - FC Köln 4:1.  
TENNIS  
Damenturnier in Loosdrecht/Holland, 1. Runde: Hanika (Bundesrepublik Deutschland) - Vanier (Frankreich) 7:5, 4:6, 6:1.  
BASKETBALL  
Europapokal der Pokalsieger: Bayern - Panathinaikos Athen 84:71.  
VOLLEYBALL  
Weltmeisterschaften in Frankreich, Zwischenrunde, Gruppe F in Toulouse: Brasilien - Italien 3:0, Bulgarien - Frankreich 3:1, CSSR - Volksrepublik China 3:0. - Zwischenrunde, Gruppe F in Nantes: UdSSR - Argentinien 3:0, USA - Kuba 3:1, Polen - Japan 3:0.

OLYMPIA

Samaranch traf Castro in Kuba

sid, Havanna  
Als „sehr befriedigend“ hat Juan Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), seine Gespräche mit dem kubanischen Staatschef Fidel Castro in Havanna bezeichnet. Obwohl keine näheren Einzelheiten bekannt wurden, betonte Samaranch nach zwei Zusammentreffen mit Castro die Nützlichkeit des Meinungsaustausches im Hinblick auf eine Reduzierung der aktuellen Probleme. Gemeint war damit Kubas Boykott-Drohung für die Olympischen Sommerspiele 1988 in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul, falls das kommunistische Nordkorea nicht angemessen an der Ausrichtung der Spiele beteiligt werde.  
Zwischen den koreanischen Staaten und dem IOC ist eine vierte und letzte Gesprächsrunde im nächsten Jahr geplant. Samaranch begibt sich jetzt nach Lausanne zur Vorbereitung der 91. IOC-Session. Am 17. Oktober werden die Olympia-Stätte für 1992 gewählt.

SPORTPOLITIK

Sanktionen gegen Südafrikas Sport?

sid, Dublin  
Schweden hat vor der V. Europäischen Sportministerkonferenz in Dublin Boykottmaßnahmen gegen den Sport in Südafrika gefordert. Die Regierungen sollen nach dieser Resolution Maßnahmen ergreifen, um alle Kontakte zu Sportorganisationen in Südafrika zu unterbinden. Sportorganisationen sollen außerdem Athleten, die an Veranstaltungen in Südafrika teilgenommen haben, nicht mehr zu Wettbewerben einladen.  
Dieser harten Position widersprach Bundesinnenminister Zimmermann als Leiter der Konferenzteilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung respektiere die Autonomie der nationalen und internationalen Sportorganisationen. Sie werde daher in dieser Frage weder Druck noch Sanktionen ausüben. Zimmermann forderte dazu auf, neue Ansätze zur Überwindung von Diskriminierung und Boykott im Sport zu suchen, damit die Probleme dort gelöst werden könnten, wo sie hingehören - „auf der Ebene des Sports“.

STANDPUNKT / Schalke 04 auf neuen Wegen

Neuwahlen standen zwar nicht auf der Tagesordnung, aber dennoch: Eine Jahreshauptversammlung beim Bundesligaklub Schalke 04, die nicht länger dauert als ein Fußballspiel, nämlich 90 Minuten, das hat es am Dienstagabend zum erstenmal gegeben. Und auch das war neuer Rekord: Nur vier Mitglieder meldeten sich zu Wort, und die haben den Vereinsvorsitzenden Hans-Joachim Fenne und seine Vorstandsmannschaft ausschließlich gelobt.  
Sogar Manager Rudi Assauer, letzthin immer Buhmann „auf Schalke“, bekam artigen Beifall. Womit denn hinreichend demonstriert wurde, daß sich die einstige Skandalmoder der Bundesliga, deren Mitgliederversammlungen häufig zu wahren Saalschlachten ausufern, tatsächlich gewandelt hat. Fenne meinte fast prosaisch: „Wir stehen dennoch erst am Anfang einer neuen Entwicklung. Wir haben ein zartes Pflänzchen der Solidarität gesetzt und hoffen, daß daraus ein starker Baum wird.“  
Für den Präsidenten ist das bisher Erreichte aber schon jetzt ein persönlicher Triumph. Schließlich ist es noch nicht allzulange her, da haben die Schalke-Mitglieder gerade ihn ins Kreuzfeuer ihrer Kritik genommen. Und zwar so sehr, daß er sich von der Polizei schützen lassen mußte, weil - nach dem zweiten Bundesligabstieg und den damit verbundenen Spielernotverkäufen

- telefonische Morddrohungen bei ihm zu Hause eingegangen waren.  
Frellich, wirtschaftlich gesund ist der Traditionsklub immer noch nicht. Das abgelaufene Geschäftsjahr wurde mit einem Minus von 577 000 Mark abgeschlossen, der derzeitige Schuldenstand liegt bei rund 3,5 Millionen Mark. Aber die Perspektiven sind, sportlich und finanziell, deutlich verbessert worden. Daß am letzten Samstag 12 000 Fans den Tabellensechsten nach Düsseldorf begleitet haben, daß der Verein am Wochenende im Heimspiel gegen den 1. FC Köln mindestens 40 000 Zuschauer hochrechnen kann, symbolisiert die Trendwende nachdrücklich.  
BERND WEBER

Die Weltboots-industrie spricht von Genua

Genua  
11.- 20. OKTOBER 1986  
Öffnungszeiten von 9.30 bis 18.30 Uhr  
Montag 20. schluß um 15 Uhr

Hubschrauberdienst vom Flughafen zum Messegelände.



INTERNATIONALE BOOTS-AUSSTELLUNG

Schirmherrschaft: U.C.I.N.A. - Veranstalter FIERA DI GENOVA - CONSORNAUTICA  
Telex 271248 Conaut I



### Keine Bedenken gegen Stade

dpa, Bonn  
Das Bundesumweltministerium hat keine Bedenken gegen den Betrieb des vielfach als „Schrottreaktor“ bezeichneten Atomkraftwerks Stade. Wie der Staatssekretär des Ministeriums, Christian Wagner (CDU), gestern in der Fragestunde des Bundestages mitteilte, hat sich die Reaktorsicherheitskommission mehrfach mit Stade befaßt und festgestellt, daß die erforderliche sicherheitstechnische Vorsorge getroffen sei. Wagner stimmte dem Fragesteller, dem CDU-Abgeordneten Horst Eymann zu, daß der Begriff „Schrottreaktor“ völlig aus der Luft gegriffen und „verantwortungslos“ sei.  
Wagner bekräftigte die grundsätzliche Einstellung von Bundesumweltminister Wallmann zur friedlichen Nutzung der Kernkraft. Die Bundesregierung werde nicht zögern, ältere Atomkraftwerke abzuschalten, falls sie nicht sicher seien, sagte Wagner. Derzeit bestehe dazu aber kein Anlaß. Wallmann hatte erklärt: „Wir sind keine Kernkraftfetischisten.“

### In der Fraktion Kritik an Bangemann

Lebhafte Aussprache über Energiebericht / Lambsdorff nimmt den Minister in Schutz

DIETHART GOOS, Bonn  
In der FDP-Bundestagsfraktion herrscht Unzufriedenheit über den vom Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vorgelegten Energiebericht der Bundesregierung. In der Fraktionssitzung am Dienstag wurde dieser vom Kabinett verabschiedete Bericht scharf kritisiert. So bemängelten die Abgeordneten Gerhart Baum, Hildegard Hamm-Brücher und Burkhard Hirsch, die Aussagen des Energieberichtes deckten sich nicht mit den FDP-Parteitagsschlüssen zur Kernenergie.  
Während der Aussprache wurde von den drei zum sozialliberalen Flügel gehörenden Parlamentariern der Einwand erhoben, in dem vom Parteivorsitzenden zu verantwortenden Energiebericht sei die liberale Position nicht erkennbar. Vor allem die Aussagen über die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und über den Schnellen Brüter seien mit der FDP-Position nicht identisch, merkte Bangemanns Kritiker an. Der

Energiebericht sei zu forsch formuliert und lasse mit seiner kategorischen Ablehnung des kurz-, mittel- und langfristigen Ausstiegs aus der Atomenergie die notwendige Sensibilität gegenüber diesem stark emotionalisierten Thema vermissen.  
Wirtschaftsminister Bangemann hatte bei der Erläuterung des Energieberichtes am 24. September vor der Presse erklärt, die Aussagen des Energieberichtes zur Kernenergie und die Beschlüsse des FDP-Parteitages Ende Mai in Hannover seien deckungsgleich. Damals beschloß die FDP, auf die kommerzielle Nutzung des Schnellen Brütters zu verzichten. Im Bericht heißt es dazu: „Über die Nutzung dieser Technik muß die Wirtschaft entscheiden.“ Kritisiert wurde Bangemann auch für seine Äußerung vor der Presse, Bauanträge der Energiewirtschaft für neue Kernkraftwerke seien nicht auszuschließen.  
Der FDP-Chef rechtfertigte sich gegenüber seinen Kritikern in der Frak-

tionsitzung mit dem Hinweis, der Energiebericht sei kein FDP-Papier, sondern ein Dokument der ganzen Bundesregierung. An der Abfassung waren auch die Ressorts für Wissenschaft und Forschung sowie für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beteiligt. Leider sei eine Tatsache, daß die FDP nicht über eine Mehrheit von 51 Prozent verfüge. Daher habe man bei den Aussagen im Energiebericht zur Kernkraft in der Koalition einen Kompromiß schließen müssen.  
Der frühere Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nahm seinen Amtsnachfolger und Parteivorsitzenden gegen seine Kritiker in Schutz. Aus eigener Erfahrung kenne er gerade bei der Abfassung früherer Energieberichte die Notwendigkeit, auf die Koalitionslage Rücksicht nehmen zu müssen. Die notwendigen Kompromisse dürften daher Martin Bangemann nicht persönlich angelastet werden.

### Deutsche Firmen sollen nach Iran

dpa, Bonn

Iran will seine wirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland ausbauen und mehr deutsche Firmen ins Land holen. Dies teilte der iranische Minister für Schwerindustrie, Behzad Nabavi, gestern zum Abschluß seines einwöchigen Besuches in Bonn mit. Bei seinen Gesprächen mit der Bundesregierung sei vereinbart worden, die seit langem ruhende deutsch-iranische Wirtschaftskommission Anfang 1987 wieder zu aktivieren. Nabavi begrüßte, daß etwa ein Dutzend deutscher Unternehmen Bereitschaft gezeigt hätten, trotz des anhaltenden Krieges mit Iran in Iran zu investieren.  
Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums sagte, Bonn sei an einer verstärkten Kooperation interessiert, soweit dies mit einem Land im Kriegszustand möglich sei. Nabavi räumte ein, gegenwärtig verfüge Irak im Golfkrieg über die besseren Waffen. Er erklärte aber zugleich, längerfristig werde Iran siegen.

### Belgrader Experte: Druck auf Gorbatschow wächst

Parallelen zu Chruschtschow? / „Apparat ist die stärkste Kraft“

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien  
Die jugoslawischen Kommunisten befürchten, daß der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow in seiner Innenpolitik scheitern und rasch von der politischen Bühne verschwinden könnte. Einer der bekanntesten und kompetentesten Belgrader Ost-Experten, der erfahrene Moskau-Korrespondent der „Politika“, Risto Bajalski, deutet sogar an, daß Gorbatschow das Schicksal des vor 22 Jahren gestürzten Nikita Chruschtschow teilen könnte.  
Im Partei- und Staatsapparat der UdSSR, so erklärt Bajalski im Zagreber Magazin „Start“, gebe es „viele einflußreiche Leute“, welche den von Gorbatschow in Angriff genommenen Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen System sowie in der Kaderpolitik starken Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Apparat sei aber in der Sowjetunion seit Jahrzehnten die stärkste und einflußreichste gesellschaftliche Kraft. „Einige Leute“ seien der Auffassung, „daß Gorbatschow Änderungen fordert, die zu weit gehen, daß er zu schnell vorgeht und daß die von ihm inspirierten Personalveränderungen zu riskant sind“.

Stalins Fundamente  
Auch die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug berichtet aus Moskau über zunehmende innerparteiliche Widerstände gegen die politische Linie Gorbatschows. „Noch gibt es die Auffassung, daß der gegenwärtige Charakter der (von Gorbatschow ausgelösten) gesellschaftlichen Veränderungen in Wirklichkeit eine Untergrabung des Sozialismus und ein Aufgeben der marxistisch-leninistischen Idee bedeutet“, schreibt der Tanjug-Korrespondent aus der sowjetischen Hauptstadt. Die Ursachen für diese Widerstände sieht Tanjug im „jahrzehntealten dogmatischen Erbe“, des Fundamente noch von Stalin gelegt worden seien. Gorbatschows Bestreben, das „persönliche Interesse“ als grundlegendes Motiv der gesellschaftlichen Veränderungen einzuführen, bedeute einen kühnen Versuch, „das Dogma von der Allmacht des Staates oder der Partei“ zu verlassen. Das gegenwärtige sowjetische System mit seiner vielen administrativen und zentralistischen Direktiven sei „vielen Schichten der sowjetischen Gesellschaft“ sehr zugute gekommen – und zwar in der Verwaltung, der Partei, der Wirtschaft und „anderen Organen“. Der jugoslawische Bericht aus Moskau kommt zum Fazit: „Viele wollen die Perestrojka (d.h. die von Gorbatschow geforderte „Umgestaltung“) nicht.“

### Kampf um neue Linie

„Im Oktober 1964 wurde Nikita Chruschtschow gestürzt, weil der Veränderungen durchsetzen wollte, die bei einer großen Mehrheit des ZK der KPdSU auf Widerstand stießen.“ Als diese ZK-Mehrheit ihre Unzufriedenheit mit Chruschtschows Führungsstil äußerte, mußte dieser die politische Szene sofort verlassen. Auch im Fall Gorbatschow könne man noch nicht sagen, ob dieser auf die Dauer erfolgreich sein werde.  
Der jugoslawische Experte spricht von einer „starken Opposition“, die sich in der Sowjetunion gegen Gorbatschow formiere. Der entscheidende Kampf für eine neue politische Linie habe für Gorbatschow gerade erst be-

### Schwarz-Schilling setzt sich zur Wehr

dpa, Bonn

Die Bundespost hat nach den Worten von Postminister Christian Schwarz-Schilling keine Privatisierungspläne. Vor Journalisten verurteilte Schwarz-Schilling gestern die bevorstehende Kampagne der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“. Obwohl die Postgewerkschaft genau wisse, daß die Post als Einheitsunternehmen erhalten werden soll und daß eine Privatisierung des Post-, Postbank- und Fernmeldewesens nicht beabsichtigt sei, würden Ängste beim Personal geschürt und die Postkunden verunsichert, erklärte der Minister.  
Schwarz-Schilling kündigte an, daß ein Brief des Ministeriums an alle Mitarbeiter der Post verschickt werde, in dem sein Standpunkt dargestellt werde. Damit wolle er der „Verunsicherungskampagne“ der Postgewerkschaft ein Gegengewicht setzen. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien habe einen Antrag auf Privatisierung der Post gestellt. Es sei nicht beabsichtigt, das Netzmonopol der Bundespost aufzugeben.

### „Mehr Rechte für Gläubiger“

rrt, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat sich dafür ausgesprochen, bei Firmensolvenzen die Mitspracherechte der Gläubiger gegenüber Gericht und Konkurs-Verwalter wesentlich zu stärken. Beim Sparkassen-Prüferstag in Hannover erklärte Engelhard in einem Insolvenzverfahren dürften Gericht und Konkursverwalter nicht als Sachwalter gesamt-wirtschaftlicher Interessen gelten, die gegen die Interessen der am Verfahren Beteiligten durchgesetzt würden. Engelhard verlangte zudem eine Erleichterung der Restschuldbefreiung für persönlich haftende Schuldner. Der Minister kritisierte, daß das derzeit in der Wirtschaft diskutierte Gutachten einer Expertenkommission zur geplanten Insolvenzrechtsreform in der nächsten Legislaturperiode an einigen Punkten eine eindeutig marktwirtschaftliche Orientierung vermissen lasse.  
Engelhard wandte sich gegen den Vorschlag, die Quote der ungesicherten Gläubiger durch einen „Aufbesserungsbeitrag“ der Sicherungsgläubiger zu verbessern.

# An die Dritte Welt.



**Produkte und Anlagen für den Export werden genauso verantwortungsbewußt hergestellt wie Erzeugnisse für Deutschland. Das schreiben unsere Umwelt-Leitlinien\* vor.**

Ganz klar gesagt: Verantwortungsbewußtsein darf keine geographischen Grenzen haben. Im Sinne dieser Verantwortung hat die chemische Industrie einen Verhaltenskodex für die Ausfuhr von gefährlichen Chemikalien beschlossen. In diesem verpflichtet sie sich u. a. dazu, im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit und

der Umwelt durch ihre Produkte bei sachgemäßem Umgang zu verhindern. Dies gilt insbesondere auch für den Export in Länder der Dritten Welt. Außerdem bekennt sie sich zu dem Grundsatz, daß für den Export bestimmte Produkte nach gleichen Kriterien hergestellt und vermarktet werden wie die für das Inland bestimmten Produkte. Und auch für die Anlagensicherheit gelten für die deutschen Unternehmen und ihre

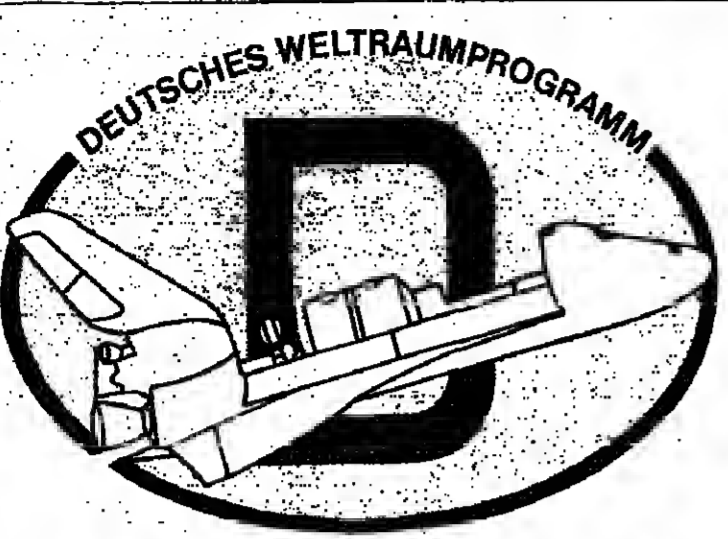
Tochtergesellschaften im In- und Ausland gleiche Grundsätze. Sicherheit darf aus unserer Sicht nicht von politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Faktoren abhängig gemacht werden. Wir zeigen also in der Dritten Welt das gleiche Verantwortungsbewußtsein wie hier in der Bundesrepublik. Eine Selbstverpflichtung, die wir in unseren Leitlinien festgeschrieben haben.

\*Verantwortung hat Leitlinien. Ihr Exemplar liegt bereit. Die Initiative 'Gesplätzer leben', Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/Main, informiert Sie über DIE CHEMISCHE INDUSTRIE.  
Natur ist Chemie. Chemie ist Leben. Leben ist Verantwortung.



Fordern Sie die Umwelt-Leitlinien der Chemie an. Zum Ortstarif. ☎ 0130-5599

WERKKA



Die Ausschreibung des Bundesministers für Forschung und Technologie zur Verstärkung des deutschen Astronauten-Teams ist abgelaufen. Vorläufigen Berichten zufolge hoben sich rund 800 Personen beworben, davon ein Viertel Frauen. Auf die erste Ausschreibung hatten sich - vor dem Unglück des Space Shuttle - 900 Aspiranten für die Spacelab-Mission D-2 gemeldet. Eine erste Durchsicht der Unterlagen signalisiert einen hohen Stand der Qualifikation der Bewerber.

### FÜR DEN ANLEGER

**IVG:** Die Aktien der bisher voll dem Bund gehörenden - jetzt teilverprivatisierten - Industrieverwaltungsgesellschaft AG kommen zu einem Kurs von 165 DM je 50-DM-Aktie am 14. Oktober 1986 an die Börse (S. 15)

**Hypotheken:** Die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank hat die Zinsen bei zehnjähriger Festschreibung von 7,35 auf 7,5 Prozent erhöht. Bei fünfjähriger Festschreibung wurden sie von 6,5 auf 6,65 Prozent angehoben.

**Gold:** Japan wird 1986 nach Schätzungen von Experten fast 600 Tonnen Gold importieren, etwa dreimal soviel wie 1985.

**Commerzbank:** Die Aktie wurde gestern erstmals an der Tokioter Börse notiert. Ihr Kurs betrug 2400 Yen (317 DM) und entspricht dem am 30.9. in Frankfurt festgestellten Kassakurs.

**WELT-Aktien-Indizes:** Gesamt: 273,97 (269,85); Chemie: 181,91 (159,78); Elektro: 332,33 (324,60); Auto: 731,26 (718,79); Maschinenbau: 149,52 (146,49); Versorgung: 160,36 (159,17); Banken: 400,23 (397,49); Warenhäuser: 171,82 (169,50); Bauwirtschaft: 548,29 (547,17); Konsumgüter: 179,45 (177,50); Versicherung: 1419,32 (1399,50); Stahl: 145,89 (141,22).

**Kursgewinner:** DM + %  
Klöckner-Werke 79,00 6,76  
Gelsenwasser 197,00 6,49  
Dyckerhoff 206,00 5,64  
Pachhof Hldg. N. 56,70 5,00  
Hochtief 1050,0 5,00

**Kursverlierer:** DM - %  
Kawasaki Kisen 2,50 7,41  
Bawater 8,90 7,29  
Magdeburger Feuer 530,00 7,02  
Elf Aquitaine 99,60 6,04  
Banco de Bilbao 88,00 5,78  
Nachbörsen: Aufwärts

### MÄRKTE & POLITIK

**Insolvenzen:** Die Reform des Konkurs- und Vergleichsrechts soll in der kommenden Legislaturperiode in Angriff genommen werden. (S. 14)

**Agar:** In der EG werden Maßnahmen zur Verringerung der Überschussproduktion von Milch erwo-

gen. Dazu soll auch eine neue Senkung der Milchquoten gehören.

**Preise:** Im August sanken die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte um 0,2 Prozent und lagen um 3,6 Prozent niedriger als vor einem Jahr.

**Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)**

Produkt	30.9.86	29.9.86	1.7.86	1.8.86	1973
Superbenzin					
0,15 g Bleigehalt	181,50	161,00	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	118,50	116,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl					
3,5 % S	69,50	69,50	51,00	139,00	29,00

### UNTERNEHMEN & BRANCHEN



teil am Grundkapital niemals zur Privatisierung freigeben, erklärte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht.

**Airbus:** Das europäische Flugzeugbaukonsortium verhandelt gegenwärtig mit der US-Fluggesellschaft Northwest Airlines über den Kauf von etwa 100 Exemplaren des neuen Kurz- und Mittelstreckenjets A 320 im Wert von rund einer Mrd. DM.

**Deutsche Philips:** Die ersten vier Monate des laufenden Geschäftsjahres brachten im Vergleich zu Mai bis August 1985 einen Umsatzanstieg von elf Prozent. (S. 15)

**Harmstorf:** Mehrere Betriebe können trotz des angemeldeten Konkurses weiterarbeiten. (S. 15)

### NAMEN

**PHB-Weserhütte:** Im Vorstand gibt es drei neue technische Ressorts. Die „Zentrale Markt- und Projekt-Koordination“ untersteht Vorstandschef Peter Jungen.

**WER SAGT'S DENN?**  
Energiesparen ist keine Energiequelle!  
Dr. Bernhard Pletznar

**Daimler Benz:** Vorstandsvorsitzender Breitschwerdt hat den Vorwurf zurückgewiesen, sein Unternehmen würde sich beim

## Stoltenberg warnt Washington vor einer Stop- and Go-Politik

### Ein künstliche Belebung der Nachfrage sei der erste Schritt in Richtung einer Krise

C. DERTINGER, Washington  
Nach den harten Attacken des amerikanischen Finanzministers auf die seiner Meinung nach zu wenig expansive deutsche Wirtschaftspolitik hat Bundesfinanzminister Stoltenberg gestern seine Ansprache vor der gemeinsamen Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank zu einer offensiven Darstellung der deutschen Politik und ihrer bisherigen Erfolge genutzt. Die deutsche Wirtschaft wachse mit einer Jahresrate von drei Prozent; die reale Inlandsnachfrage werde in diesem Jahr um 4,5 Prozent zunehmen und die Einfuhren werden real etwa dreimal so schnell wachsen wie die Ausfuhren.

Die Bundesrepublik stehe weiter zu ihrer internationalen Verantwortung, versicherte Stoltenberg. Zentrales Ziel ihrer Wirtschaftspolitik sei es, die Möglichkeiten für dauerhaftes Wachstum voll auszuschöpfen, ohne die Stabilität aufs Spiel zu setzen. Glaubwürdigkeit, Berechenbarkeit und eine klar umrissene mittelfristige Ausrichtung stellte der Minister als die zentralen Elemente einer erfolg-

reichen Wachstumsstrategie heraus. Mit einem unüberhörbaren Seitenhieb auf seinen amerikanischen Kollegen warnte Stoltenberg vor einer Stop- and Go-Politik. Eine künstliche Nachfragestimulierung wäre der erste Schritt in Richtung einer neuen Stabilisierungskrise, die letztlich die Entwicklungsländer am härtesten treffen würde.

Nach Einschätzung Stoltenbergs, der die anti-protektionistischen Bemühungen der US-Regierung lobte, werden die bisher eingetretenen Wechselkursanpassungen unter den Hauptwährungen eine ausgewogene außenwirtschaftliche Entwicklung zwischen den Industrieländern begünstigen. Der erreichte Fortschritt müsse jetzt konsolidiert werden. Als Leitlinien der internationalen Schuldenstrategie nannte Stoltenberg eine Politik der Zusammenarbeit von IWF und Weltbank mit den verschuldeten Ländern, die darauf hinwirkt, das Wachstum von der Auslandsverschuldung unabhängiger zu machen und die Inlandsparnis sowie die Rückführung von Fluchtkapital zu begünstigen. Im Rahmen dieser Stra-

## „Kohle darf im Wahlkampf nicht vergessen werden“

### IG Bergbau für fortgesetzte Export-Subventionen

HEINZ HECK, Bonn  
Die IG Bergbau und Energie (IGBE) appelliert an die Bundesregierung, den Absatz deutscher Steinkohle durch Aufrechterhaltung des subventionierten Exports in die EG und durch eine Importsperr für südafrikanische Kohle vor einer weiteren Talfahrt zu bewahren. Ihr Vorsitzender Heinz-Werner Meyer erklärte gegenüber der WELT, der deutsche Export in die Gemeinschaft dürfe nicht so schnell heruntergefahren werden, wie in der Kohlerunde 1983 zwischen den Regierungen von Bund und Kohleländern, dem Steinkohlenbergbau und der IGBE vereinbart.

Vor allem durch den Kursverfall des Dollar und den Rückgang des Kohlepreises auf dem Weltmarkt habe sich die Geschäftsgrundlage geändert. Mit 200 Millionen Mark Subventionen ließen sich zusätzlich zwei Millionen Tonnen zu heutigen Marktbedingungen exportieren. Zwei Millionen Jahrestonnen sichern die Beschäftigung von 4000 Mann. Meyer räumte ein, daß in der Kohlerunde 1983 vereinbart worden sei, die Förderkapazität von 90 auf 80 Millionen Jahrestonnen herunterzuführen. Angesichts der veränderten Lage gehe diese Entwicklung jedoch zu schnell. Allerdings wird für 1986 mit 82 bis 83 Millionen Tonnen eine höhere Förderung erwartet als 1984 mit 80,4.

### AUF EIN WORT



„Energiewirtschaft und Industrie setzen darauf, daß sie ihre Mehrkosten durch den Einsatz deutscher Kohle ersetzt bekommen. Das erfordert unter Umständen unpopuläre politische Maßnahmen, zum Beispiel die Erhöhung des Kohlepreises - auch über 4,5 Prozent hinaus.“

Max Dietrich Klep, Vorstandsvorsitzender der Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl. FOTO: DIE WELT

## VW-Stiftung benötigt Kapitalzufuhr

### Dringender Appell an Bund und Land - Minderung der Leistungskraft hält an

DOMINIK SCHMIDT, Hannover  
Eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer Arbeit befürchtet die Stiftung Volkswagenwerk Hannover, wenn die Stiftungsgründer, der Bund und das Land Niedersachsen, nicht bald für eine Kapitalstärkung sorgen. Werner Remmers, Vorsitzender des Kuratoriums, appelliert dabei vor allem an die Bundesregierung. Die beschlossene Privatisierung der Bundesbeteiligung an der Volkswagen AG mache eine Neuorientierung notwendig. Wenigstens Teile der Verkaufserlöse, so Remmers, sollten der Erhöhung des Stiftungskapitals dienen.

Die bisher bereits stattgefundenen Gespräche ließen in Bonn jedoch nur geringe Neigung erkennen, diesem Wunsch nachzukommen. Der Bundesfinanzminister tendiere vielmehr zur „Als-ob-Dividende“. Nach der Satzung der Stiftung haben Bund und Land die Möglichkeit, bei Veräußerung von VW-Anteilen die Dividenden so zu zahlen, als seien sie noch im Besitz der Aktie. Die entsprechende Grenze gilt allerdings nur für nominal 160 Mill. DM, während der Beteiligungswert jeweils bei 240 Mill. DM

dominieren inländische Hochschulen (68,9 Prozent); auf andere wissenschaftliche Einrichtungen im Inland entfielen 15,1 Prozent der Fördermittel und auf das Ausland 16 Prozent. Die Bruttoerträge der VW-Stiftung nahmen auf 156 (120) Mill. DM zu. Die Steigerung resultiert vornehmlich aus den VW-Dividenden des Bundes und des Landes (30,5 Mill. DM für 1984). Als besonders erfreulich bezeichnet Remmers und der Generalsekretär der Stiftung, Rolf Müller, die im Berichtsjahr möglich gewordene Erhöhung des Stiftungskapitals um 30 Mill. DM auf nunmehr 1,39 Mrd. DM. Müller rechnet nach der Erhöhung der VW-Dividende für 1986 mit Bruttoerträgen von 190 Mill. DM.

Zu den Projekten, die die Stiftung mit besonders hohen Mitteln fördert, zählt ein „Wettbewerb Biowissenschaften“ für den zehn Mill. DM vorgesehen sind. Dabei soll Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Fachgebieten Gelegenheit gegeben werden, Vorhaben aus Forschung und Lehre der Richtungen Biochemie/Molekularbiologie, Medizin und klassische Biologie vorzustellen.

## Heiße Kohlen

Bm. - Die IG Bergbau und Energie war seit jeher eine Gewerkschaft mit Augenaß. Das kam nicht von ungefähr. Als die Kohle noch Energieträger Nummer eins war und den Aufschwung antrieb, führten die Bergleute die Lohnskala mit Abstand an. Die Sozialleistungen für die Männer aus dem Berg wurden großgeschrieben. Es gab also Grund genug zur Zurückhaltung.

tritten zu hüten, weil ihr als stark subventionierte Branche sofort politische Antipathie entgegenzuschlagen wäre - zum Schaden der Kumpels.

Doch nun tritt ihr Vorsitzender Heinz-Werner Meyer vor die Öffentlichkeit und fordert Schutz der Braunkohle vor dem Atom und Antidumping-Maßnahmen gegen Südafrika-Kohle, weil sie die Lebensfähigkeit der heimischen Steinkohle bedrohe.

Trotz Kontingenten für Kohle ist diese Aussage richtig, denn Südafrika-Kohle schlägt die teure Ruhrkohle auf Auslandsmärkten um Längen. Meyers Kampf auf Bonner Bühnen ist auch eher eine präventive Attacke, die dem Zweck dient, wenigstens den Status quo zu verteidigen. Und der weiß mit Ben Akiba, daß alles schon einmal dagewesen ist: Förder-, Belegschafts- und Subventionskürzung; aber auch das Ja zur Kohle - quer durch die Fraktionen. Das wird dem Bergbau auch diesmal helfen, wenn Kohlepolitik in Bonn noch ihren Namen verdienen will.

## Aktien-Herbst

Von HANNO WIEDENHAUS

Es ist Herbst geworden. Auch an den deutschen Aktienmärkten? Für viele Anleger jedenfalls brachte der Börsenmonat September böse Überraschungen. Wie herbstliches Laub fielen die Kurse der meisten Aktien. Und dabei fing doch alles so gut an. Noch im August verzeichnete der WELT-Aktienindex einen Kursanstieg von 14 Prozent: Rekord, selbst für das Boom-Jahr 1985. Hausse auch Anfang September. Mit 289,55 Punkten am Ende der ersten Woche tendierte der Index in Richtung Frühjahrsrekord. Und dann kam der 12. September.

wachstumshemmend wirkt. Schließlich gibt die Erfahrung vergleichbarer Situationen der Vergangenheit auch den Chart-Technikern recht, wenn sie aus ihren Analysen Schlüsse ziehen, die, projiziert auf heute, eine Baisse ankündigen.

Nach Panikverkäufen an Wall Street wurden Erinnerungen an den „black thursday“ von 1929 wach. Der „Dow“ fiel um 88,61 Punkte (1929: 38,33 Punkte), relativ betrug der Rückgang 4,6 Prozent (1929: 12,8 Prozent).

Die momentane Lage am deutschen Aktienmarkt aber ist nicht unbedingt vergleichbar mit früheren Bässen, in denen auch die Wirtschaftsindikatoren abwärts zeigten und eine isolierte Betrachtungsweise nur begrenzt statthaft: Gehen nämlich die hiesigen Währungskriterien dem Ansinnen der Amerikaner nach und senkten die Zinsen, dann hätte dies - einmal abgesehen davon, daß eine solche Maßnahme wohl kaum die erwartete positive Auswirkung auf die US-Konjunktur haben dürfte - eher zu einer Überhitzung der Konjunktur zur Folge mit der bekannten Wirkung einer sich, auch vor dem Hintergrund des bereits jetzt über dem Zielkorridor liegenden Geldmengenwachstums, beschleunigenden Inflation.

Und davon blieben auch die Kurse der Aktien an den deutschen Börsen nicht verschont. Der WELT-Index gab von 285,53 um 7,59 auf 277,99 Punkte nach. Zwar setzte in der Folge keine Panik ein, die Wirkung jedoch war nachhaltig. WELT-Index gestern: 273,97 Punkte. Seit dem Kurseinbruch vom 12. September hat der Index nunmehr 11,61 Punkte oder gut vier Prozent verloren. Und alles nur wegen Wall Street?

Vermutlich, ja. Zwar werden mancherorts andere Erklärungen gegeben wie etwa die Enttäuschung der Anleger über die von den Amerikanern geforderte und seitens der Bundesbank nicht durchgeführte Leitzinssenkung oder die damit zusammenhängende Abwärtsentwicklung des Dollarkurses, was Exporteure schreckt, bei Baisiers das Interesse weckt. Oder aber die „Chart-Technik“, die durch sich abzeichnende „Kopf-Schulter-Formationen“ und das Durchbrechen von mittel- und langfristigen Index-Linien Verkaufssignale setzt.

Und sicherlich, isoliert betrachtet, sind diese Erklärungen stichhaltig. Wirken doch sinkende Zinsen tendenziell wachstumsfördernd, weil über verbilligtes Fremdkapitalangebot Investoren und Verbraucher zu verstärkten Käufen angeregt werden und weil darüber hinaus der Rentenmarkt an Attraktivität verliert, was wiederum den Aktien zugute kommen könnte. Auch ist die derzeitige D-Mark-Stärke nicht nur von Vorteil. Fällt nämlich der Dollar weiter, dann verschlechtert sich ceteris paribus die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure, was in einem so ausfuhrabhängigen Land wie der Bundesrepublik, bei sonst wiederum gleichen Bedingungen,



**INTERKAMA 86**  
Impulse für Innovation  
10. internationaler Kongreß mit Ausstellung für Meß- und Automatisierungstechnik  
Düsseldorf 6. - 11. 10. 86  
Montag - Samstag  
Kongreß: 8. und 9. 10. 86

### Wohin mit dem Libyen-Paket?

Die Plazierung der Fiat-Aktien schafft große Probleme

fu/ds. London/Mailand  
Wegen der schwachen Nachfrage sind bisher mehr als 50 Prozent des 2,09 Mrd. Dollar schweren Libyen-Pakets unverkauft geblieben. An der Mailänder Börse notierte die Fiat-Stammaktie am Mittwoch mit 14900 Lire, 100 Lire über dem Kurs vom Vortag. Damit hat die seit einer Woche andauernde Abwärtsbewegung erstmals eine Unterbrechung erfahren, während sich der Kursverlust gegenüber Dienstag vergangener Woche auf 1500 Lire reduzierte. Verantwortlich für die etwas ausgeglichene Börsensituation vom Mittwoch waren nicht nur die abgeflauten Realisierungsverkäufe aus dem In- und Ausland, sondern auch die anhaltende Kurspflege von Seiten des Banken...

konkordanz, das bis zum 7. Oktober das Libyen-Paket platziert haben muß. In diesem Zusammenhang wird in Mailänder Börsenkreisen darauf hingewiesen, daß die seit Mittwoch vergangener Woche anhaltenden Abgaben hauptsächlich mit den Gerüchten im Zusammenhang stehen, wonach auch in Italien die Börsengewinne einer Spekulationsteuer unterzogen werden sollen.

In der Londoner City sind angesichts der Schwierigkeiten bei der Plazierung der Fiat-Aktien Bedenken laut geworden, ob der globale Aktienmarkt überhaupt in der Lage ist, derart große Brocken problemlos zu verkraften. Dazu, so behaupten einige Finanzexperten, seien der internationale Aktienhandel und die Plazierung riesiger Emissionen am sogenannten Euroaktienmarkt noch zu jung.

Allerdings wird am Finanzplatz London betont, daß die Deutsche Bank als Syndikatsführer bei der Unterbringung des libyischen Fiat-Paketes keine andere Wahl hatte, als einen auf Dollar lautenden Euromarkt in Fiat-Aktien außerhalb Italiens zu schaffen, um den Rückfluß der Aktien an die Mailänder Börse und damit entstehende Liquiditätsprobleme weitgehend zu verhindern. Eine Plazierung am italienischen Aktienmarkt hätte aller Voraussicht nach zu noch schärferen Kurseinbrüchen geführt.

**Der Einstieg in Ihre berufliche Zukunft kostet Sie lediglich 23 Pfennig.**  
Anruf genügt. Dann erhalten Sie 4 Wochen kostenlos die BERUFS-WELT mit dem großen Überregionalen Stellenleitfaden für Fach- und Führungskräfte plus vielen Tipps für mehr Erfolg im Beruf.  
Telefon 030-60 00 (Ortsruf).  
**DIE WELT**  
Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

### Hilfsaktion für Mexiko ist jetzt perfekt

Das Land erhält neue Kredite über zwölf Milliarden Dollar - Rückzahlung erleichtert

cd/dpa/VWD, Washington  
Unter dem harten Druck von US-Finanzminister Baker, Notenbankpräsident Volcker und IWF-Chef de Larosiére ist am Dienstagabend das Kreditpaket für Mexiko geschnitten worden, das auf der Washingtoner Jahrestagung von Währungsfonds und Weltbank als erster Erfolg der vor einem Jahr von Finanzminister Baker konzipierten neuen Schuldenstrategie präsentiert werden sollte. Die Vereinbarungen mit Mexiko sollen bis Ende Oktober von den Banken unterschrieben werden.

den Geschäftsbanken ausgehandelt, die andere bringen die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und der sogenannte Pariser Klub der Gläubiger-Regierungen auf.

Außerdem wurden Erleichterungen auch bei den Rückzahlungen von Altschulden geschaffen. Für 4,7 Milliarden Dollar gilt jetzt eine Laufzeit von 20 Jahren, wobei die Tilgungen erst nach sieben Jahren beginnen sollen. Für die neuen sechs Milliarden gewähren die Banken eine Laufzeit von zwölf Jahren mit einer tilgungsfreien Zeit von fünf Jahren. Einschließlich 8,8 Milliarden Dollar Altschulden aus 1983 und 1984 ergibt sich ein Gesamtpaket von 58,3 Milliarden, für die ein variabler Zins vereinbart wurde, der um dreizehn Sechstel über dem günstigen Libor-Zins für Geschäfte unter den Banken liegen soll.

Das Abkommen soll Mexiko eine Überwindung der durch den Ölpreisverfall ausgelösten Krise ermöglichen. In deutschen Bankkreisen wird die Vereinbarung als akzeptabler Kompromiß bezeichnet, der vielleicht hätte günstiger ausfallen können.

### Ungünstige Konditionen

Bis dahin wird es wegen der von vielen Banken als ungünstig empfundenen Konditionen noch einiges Geringeres geben. Das lang erwartete Hilfspaket sieht für das mit insgesamt 88 Milliarden Dollar hochverschuldete Land insgesamt zwölf Milliarden Dollar an neuen Krediten vor. Von diesem Betrag wurde eine Hälfte mit

nen, wenn die Verhandlungen wegen der Währungsstärkung nicht unter so starkem Zeitdruck gestanden hätten. Erleichterung herrschte bei den Bankiers, daß die Höhe der Kredite nicht an den Ölpreis gekoppelt wurde.

### Warnungen der Bankiers

Auf zum Teil heftige Kritik trifft allerdings die Einräumung von Kreditlinien für den Fall einer Rezession in Mexiko. Deutsche Bankiers warnen davor, die Mexiko-Regelung als Präzedenzfall für Kredite an andere Schuldnerländer anzusehen. Zu einem so großen Entgegenkommen sei man nur wegen der besonders schwierigen Lage des Landes nach dem Ölpreisverfall bereit gewesen. Die Verhandlungen über das neue Paket waren von anderen hochverschuldeten Staaten Lateinamerikas scharf beobachtet worden, die sich einen Eindruck für eigene Verhandlungen mit ihren Gläubigerbanken verschaffen wollten.

### Wieder Lichtblicke im US-Außenhandel

Geringeres Defizit durch niedrigen Dollar - Sprinkel bleibt bei drei Prozent Wachstum

H.A. SIEBERT, Washington  
Lichtblicke im US-Außenhandel und ein weiterhin gebremstes Wirtschaftswachstum - so lassen sich auf den ersten Blick die neuesten vom Handelsministerium in Washington veröffentlichten Statistiken interpretieren. Aber das Zahlenmaterial bestätigt nur den Trend im internationalen Warenverkehr, während der Index der führenden Konjunkturindikatoren, der im August überraschend um 0,2 Prozent sank, mit einigen Fragezeichen zu versehen ist.

nach einer Periode steller Zunahmen. Das Abrutschen sensibler Materialpreise war wiederum nicht marktbedingt; vielmehr senkte die US-Regierung ihre Preisstützung für Baumwolle. Andererseits erhöhte sich wieder die preisbereinigte Geldversorgung, die natürlich die Konjunktur antreibt. Auch die insgesamt weiter gestiegenen Aktienkurse sorgen für ein besseres Klima.

Immerhin hat sich der Index in den letzten sechs Monaten auf Jahresbasis um 4,7 Prozent verbessert, so daß es verfrüht ist, die jüngsten Konjunkturprognosen in den Papierkorb zu werfen. Der wirtschaftspolitische Chefberater des Weißen Hauses, Beryl Sprinkel, hält denn auch für das zweite Quartal an einem Realwachstum von rund drei Prozent fest. Andere Nationalökomen gehen von etwa 2,5 Prozent aus. Von einer bevorstehenden Rezession kann mithin keine Rede sein. Richtig ist nur, daß die nichtfinanziellen Indikatoren ein nach wie vor mildes Plus im industriellen Sektor signalisieren.

Im US-Außenhandel ist möglicherweise im August die erhoffte Wechselkursbedingte Wende eingetreten: Gegenüber dem Vormonat sank

Amerikas Handelsdefizit von 18 auf 13,3 Mrd. Dollar. Die Einfuhren schrumpften um 1,4 Prozent auf 30,9, die Exporte um 0,6 Prozent auf 17,6 Mrd. Dollar. In den ersten acht Monaten dieses Jahres nahm der US- Passivsaldo gegenüber dem gleichen Zeitraum 1985 von 91,8 auf 115,3 Mrd. Dollar zu, wobei die Importe auf 258,7 (9,8 Prozent) stiegen und die Ausfuhren bei 143,4 Mrd. Dollar stagnierten.

### Überschuß im Agrarhandel

Daß der stark abgewertete Dollar zu fassen beginnt, zeigte im August die deutlichen Porteinbrüche im gewerblichen Bereich. Außerdem verbuchten die USA nach drei Monaten wieder einen Überschuß im Agrarhandel. Was die US-Handelsdefizite im ersten Halbjahr 1986 reflektierten, waren langsamer wachsende Einfuhrvolumen, während die Importpreise anzogen. Rückschläge auf Monatsbasis sind zwar auch weiterhin nicht auszuschließen. Aber nach einer Voraussage des Institute for International Economics in Washington sinken das US-Handels- und Leistungsbilanzdefizit 1986 und 1987 um jeweils 30 bis 40 Mrd. Dollar.

### Besser durch Verbundschulung

Ausbildungsinitiative Hamburg mit neuen Konzepten

lok. Bonn  
„Qualität statt Quantität“ ist das Motto der Ausbildungsinitiative Hamburg, die sich bei einem parlamentarischen Abend in Bonn vorstellte. Auf den voraussichtlichen Bewerbermangel im nächsten Jahr zehnt wies dabei deren Vorstandsvorsitzender Ingo Bünsch gegenüber der WELT hin.

So konnten unter anderen die Dresdner Bank, der Axel-Springer-Verlag, das Otto-Vesandhaus, die Bundeswehr und als Hauptträger die Hansa-Merkur-Versicherungen für das Verbundnetz gewonnen werden.

In den drei Jahren seit der Gründung seien 120 Ausbildungsverträge abgeschlossen worden, die mit überdurchschnittlich guten Abschlussprüfungen endeten. Als Grund nennen die Verantwortlichen des Projekts die verschiedene Umgebung, die die Lehrlinge jeweils kennenlernen würden. Dies erweitere ihren Horizont und die geistige Beweglichkeit, die sie dann im Berufsalltag erfolgreich umsetzen könnten.

Nicht zu unterschätzen seien dabei auch die Beziehungen, die die Auszubildenden zu den jeweiligen Unternehmen knüpfen könnten, so daß sie sich ein eigenes Bild von den Unternehmen machen können, ohne auf diese angewiesen zu sein.

Daher müsse mit der Zeit vom „Suchen nach Lehrstellen“ abgegangen, und die „qualitativ hochwertige Ausbildung“ in den Vordergrund gerückt werden. Die von seinem gemeinsamen Verein entwickelte „Verbundschulung“ sei dabei ein erfolgversprechender Weg. Der Lehrling lerne seinen Beruf in zwei, manchmal drei verschiedenen Betrieben, die dem Verbundnetz angehören.  
Zufrieden ist Bünsch mit dem Interesse, das große Unternehmen, Banken, Versicherungen und Institutionen für das Projekt gezeigt haben.

## „Unsere alten Büros dürfen uns nicht daran hindern, unsere Marktchancen wahrzunehmen. Wir brauchen bessere Büromöbel. Sofort.“



Der Konkurrenzdruck auf den Weltmärkten wird größer. Wer seine Position weiter ausbauen will, muß deshalb über eine effiziente und zukunftsfrüchtige Verwaltung verfügen. Auch ohne Umbau, Ausbau oder Neubau kann man heute leistungsfähige Büros schaffen. Entscheiden Sie sich daher für die wirtschaftlichste Lösung: für bessere, elektronisch ausrüstbare Büromöbel und ergonomische Sitzeinheiten. Die deutschen Büromöbel-Hersteller haben eine neue Generation von Bürosystemen geschaffen. Die dynamischen Büromöbel der Zukunft sind nach dem Baukastenprinzip konstruiert und darum besonders anpassungsfähig an die vorgegebenen Räume. Unter optimaler Ausnutzung des vorhandenen Raumes bieten sie einen wirtschaftlichen, leistungsfähigen und motivierenden Arbeitsplatz. Informieren Sie sich über den Fortschritt in der Büromöbel-Technik.

**16. bis 21. Oktober**  
**ORGATECHNIK KÖLN '86**  
6. INTERNATIONALE BÜROMESSE

**Bessere Büromöbel: die Entscheidung für die Zukunft**

Bitte schicken Sie mir Ihre Broschüre mit Herstellerangaben: Büromöbel-Forum Adelsheimstraße 23, 6200 Wiesbaden  
Name: \_\_\_\_\_  
Firma: \_\_\_\_\_  
Anschrift: \_\_\_\_\_



### Arbeitsmarkt: Mehr Flexibilität

Durch Marktwirtschaft Beschäftigungsprobleme lösen

Geo. Kiel  
Eine Stärkung des marktwirtschaftlichen Aspektes und mehr Flexibilität bei den Tarifpartnern, dem Gesetzgeber und auch den Gerichten eröffnen nach Ansicht von Gerhard Fels, Direktor des Instituts für Deutschen Wirtschaft, Chancen zur Lösung des Phänomens Dauerarbeitslosigkeit. Auf einer Veranstaltung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel zum Thema „Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt“ meinte Fels, der Arbeitsmarkt sei fest in das Geflecht der Marktwirtschaft eingebunden. Es müsse daher gefragt werden, ob die Standardisierung, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen ist, zur Lösung der Arbeitslosigkeit nützlich sei.

Beschäftigten auszurichten, die Interessen der Arbeitslosen hingegen zu vernachlässigen. Konkret sprach Fels die sogenannten Einstiegsstarre an, deren Diskussion von der Gewerkschaft verhindert werde. Fels: „Die größte Gefahr bei uns ist, daß die Lohnrelation nicht zur Situation am Arbeitsmarkt paßt.“

Fels plädierte ferner für eine Öffnungsklausel zur Dezentralisierung von Tarifverhandlungen. Den Einwänden von Kritikern, die bei einer Verlagerung der Abschlüsse auf Betriebsebene eine Verschlechterung des Klimas zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung befürchten, bezeugte Fels mit dem Hinweis auf eine „Gewitterklausel“ im Rahmen des Paragraph vier Tarifvertragesetz.

Kritisch setzte er sich auch mit der Arbeitsrechtlern auseinandersetzen. Sie streben nach Gerechtigkeit im Einzelfall, wobei die Auswirkungen der Entscheidungen auf Dritte nicht berücksichtigt werden würden. Fels: „Es gibt eine Reihe von Paragraphen, die sich als beschäftigungsfeindlich erweisen.“

Der Wirtschaftswissenschaftler ging in diesem Zusammenhang auch auf das Verhalten der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen, die Rechtsprechung etwa bei Konkursen und die Rechtsprechung bei den Arbeitsgerichten ein. Den Gewerkschaften hielt er vor, ihre Politik der Bestandssicherung von hohen Löhnen und Rechten an den Interessen der

### „Kein Ersatz für Atomstrom“

Experten-Anhörung zu den erneuerbaren Energiequellen

Das Abkommen soll Mexiko eine Überwindung der durch den Ölpreisverfall ausgelösten Krise ermöglichen. In deutschen Bankkreisen wird die Vereinbarung als akzeptabler Kompromiß bezeichnet, der vielleicht hätte günstiger ausfallen können.

Die größten Beiträge stammten dabei aus der Biomasse und Müllverwertung, gefolgt von der Stromerzeugung aus Wasserkraft und Erdwärme. Der Sonnenenergie, der Erdwärme sowie Windkraft und Meeresenergie.

Bei den erneuerbaren Energien handele es sich um Energieträger, deren Nutzung mit enormen Kosten und auch mit Umweltkosten verbunden sei, heißt es in der Stellungnahme. Die Rückkehr zu einer vorsichtigeren Einschätzung sei schon deshalb notwendig, um der Gefahr der Schaffung neuer langfristiger Subventionen entgegen zu wirken.

SPD und Grüne äußerten demgegenüber an der Pressekonferenz heftige Kritik an der ihrer Meinung nach unzureichenden staatlichen Förderung der erneuerbaren Energien. Diese beziehe sich nicht nur auf die Forschungsförderung, sondern auch auf den Bereich der Markteinführungshilfen. Während von Seiten der SPD eingeräumt wurde, daß erneuerbare Energien bis zum Jahr 2000 nur zum Teil zum Ersatz des Kernenergiestroms beitragen könnten, wurden von den Grünen betont, daß ein Ausstieg aus der Kernenergie kurzfristig möglich und technisch geboten sei.

Die CDU/CSU-Fraktion, die auf der Pressekonferenz nicht vertreten war, weist in einem gesonderten Pressepapier ebenfalls darauf hin, daß der mögliche Beitrag der erneuerbaren Energien zur Energieerzeugung nichternstlich betrachtet werden müsse. Sie stützt sich dabei auf die von der EG-Kommission vorgelegte Orientierungslinie, die unter günstigsten Bedingungen ein Energieäquivalent von 42 bis 52 Mill. Tonnen Rohöl bis 2000 erwartet.

### Internationale Finanzen

NHK Spring: Eine Optionsanleihe mit Fälligkeit 16. Oktober 1991 und 3,75prozentigen Kupon beibt NHK Spring Co.  
Consat: Auf rund 2,4 Mrd. Dollar beläuft sich die Übernahme der privaten US-Telefongesellschaft Contel Corp durch die Communications Satellite Corp (Consat).  
Denver: Gates Corp wird 64,8 Prozent ihrer Beteiligung an der Gates Learjet Corp an die New Yorker Investmentgesellschaft M.J. Rosenthal & Associates Inc verkaufen.  
New York: Für rund 1,2 Mrd. Dollar haben Jefferson Smurfit und Morgan Stanley Leveraged die Container Ciro of America von Mobil Corp übernommen.  
Montreal: Die Regierung des kanadischen Bundesstaates Quebec will ihre 30prozentige Beteiligung an Dantec Inc und die 55prozentige an Donabue Inc verkaufen.  
Cable & Wireless: Neben der Notierung an der Hongkonger Aktienbörse plant das Unternehmen noch vor Jahresende auch die Einführung von Aktien in Zürich, Basel, Genf und Frankfurt.

### Keine Umverteilung im Konkurs

Engelhard skizziert Grundzüge der Insolvenzrechtsreform

HEINZ STÜWE, Bonn  
Bundesjustizminister Hans A. Engelhard hat sich erstmals deutlich von den Vorschlägen der Sachverständigenkommission für Insolvenzrecht distanziert. In einer Rede vor dem Sparkassen-Präsidium in Hannover skizzierte der FDP-Politiker die Grundzüge einer umfassenden Rechtsreform, die in der nächsten Wahlperiode des Bundestages verwirklicht werden soll.

sicht nach auf 25 Prozent des Verwertungserlöses ihrer Sicherheit zugunsten der Konkursmassen verzichten.

„In das gegenwärtige Insolvenzrecht ist eine Zerschlagungsautomatik gleichsam eingebaut“, sagte Engelhard. Die gesicherten Gläubiger könnten ohne weiteres auf ihr Sicherungsgut zugreifen oder seine Verwertung betreiben und so dem insolventen die lebenswichtigen Betriebsmittel entziehen. Deshalb sei unstrittig, daß die Konkursvorrechte abgebaut werden müßten. Die Inhaber von Mobiliarsicherheiten wie Eigentumsvorbehalt, Sicherungsübereignung und Sicherungskauf müßten zumindest zeitweilig am Zugriff auf das Sicherungsgut gehindert werden.

Gegen eine angemessene Kostenpauschale der Sicherungsgläubiger hat Engelhard dagegen nichts einzuwenden. Dagegen sollten die Gläubiger ihr Sicherungsgut nicht - wie die Sachverständigen anregen - kostenlos überlassen müssen.  
In dem neuen Reorganisationsverfahren, das die Weiterführung sanierungsfähiger Firmen gewährleisten soll, will Engelhard die Mitspracherechte der Gläubiger gegenüber Gericht und Verwalter stärken. Auf keinen Fall dürfe die Sanierung eines Unternehmens gegenüber einer Rettung durch Übertragung bevorzugt werden. Außerdem schlug der Politiker vor, einem in Not geratenen Schuldner durch Konkurs eine Restschuldbefreiung zu verschaffen, um dem wirtschaftlich Gescheiterten die Chance eines Neuanfangs zu geben.

### England bald „Nation der Aktionäre“?

Trustee Savings achtfach überzeichnet - Großes Interesse an British-Gas-Neuemission

WILHELM FURLER, London  
Der überwältigende Erfolg der Börseneinführung der Sparkassenorganisation Trustee Savings Bank (TSB) bestätigt die Bemühungen der Regierung Thatcher, aus Großbritannien eine „Nation der Aktionäre“ zu machen. Die achtfache Überzeichnung des TSB-Angebots läßt bereits jetzt als sicher gelten, daß die Privatisierung und Börseneinführung des staatlichen Gaskonzerns British Gas Ende November zu einem zumindest ebenso großen Erfolg wird.

Zeichnungsanträge liegt bei kaum glaublichen 5,5 Mrd. Pfund.  
Für die British-Gas-Privatisierung haben bis heute bereits 1,4 Mill. Anleger ihr Zeichnungsinteresse angemeldet. Das Interesse an der British-Gas-Emission ist schon heute weit größer als das für die Privatisierung von British Telecom oder das für TSB zu einem ähnlichen Zeitpunkt während derer Öffentlichkeitskampagnen. Der British-Gas-Verkauf wird die bislang größte Privatisierungsaktion der Regierung Thatcher und zugleich die größte Verkaufaktion in der Geschichte der Weltbörsen.

weitere 40 Prozent für institutionelle Anleger und 20 Prozent für ausländische Interessenten vorgesehen. Doch sieht inzwischen alles danach aus, als werde den privaten Anlegern ein deutlich höherer Anteil zu Lasten der institutionellen Anleger eingeräumt werden müssen. Möglicherweise wird es auch wie jetzt bei TSB zu einer Auslosung kommen, wenn Aktien zugeteilt werden, wobei die Zahl der Aktien, die den Ausgelosten zugeteilt wird, deutlich unter der von den Antragstellern genannter liegt.

### TSB für 50 Pence

Die Neuemission der British-Gas-Aktien in der Größenordnung von sechs Mrd. Pfund (17,5 Mrd. DM) dürfte nach heutigen Erkenntnissen mindestens fünf Mill. Investoren anziehen. Genau so viele Anträge sind für die nur 1,36 Mill. Aktien von TSB zum halben Preis von 50 Pence je Aktie für die erste Tranche eingegangen. Weitere 50 Pence für die zweite Tranche werden in einem Jahr fällig. Der Gesamtwert der fünf Mill. TSB-

Bereits jetzt steht fest, daß den 16 Mill. Kunden von British-Gas-Vorzugsbedingungen in Form von Preisnachlässen beim Aktienbezug sowie Loyalitätsprämien für einen langfristigen Aktienbesitz angeboten werden. Darüber hinaus wird ihnen der Bezug von mindestens 200 bis 300 British-Gas-Aktien zugesichert. Noch günstigere Konditionen erhalten die Mitarbeiter und Pensionäre der zu privatisierenden Gesellschaft.  
40 Prozent der British-Gas-Aktien sind für die britische Öffentlichkeit,

### Der Rest wird ausgelost

Im Fall TSB sieht dies so aus: Aufgrund der übergroßen Nachfrage werden Zeichnungsanträge im Wert von deutlich mehr als einer Mill. Pfund von vornherein ausgeschlossen. Von den fünf Mill. Antragstellern werden den 1,25 Mill. TSB-Kunden und Mitarbeitern 50 Prozent der Aktienemission zugeteilt. Ausgelost werden nur etwa 1,75 Mill. gewöhnliche Antragsteller. Damit gehen rund zwei Mill. Antragsteller bei der Auslosung leer aus.

### Fortschritte bei Harmstorf

**Nur der Büsser Werft droht das endgültige Aus**

**J.B. Hasenburg**

Von den operativen Tochtergesellschaften der Harmstorf AG, Hamburg, die nach einem Vergleichsantrag in Anschlusskonkurs gegangen sind, droht bislang nur der Büsser Werft das endgültige Aus. Während für diesen Betrieb mit noch 250 Beschäftigten die kurzfristige Einstellung der Geschäftstätigkeit unvermeidbar sei, habe man für die meisten anderen Unternehmenseinheiten Lösungen gefunden oder in Arbeit, erklärt der Vorstandsvorsitzende Bernd Kosegarten.

Im einzelnen gab Kosegarten bekannt, daß für die Schlichting-Werft eine Auffanggesellschaft gegründet wird und gute Aussichten bestehen, den Betrieb weiterzuführen. Voraussetzung sei allerdings eine weitere Personalreduzierung um 100 Mitarbeiter. Mit der „FSG neu“ ist ferner eine Auffanggesellschaft für die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft GmbH gegründet worden. Die Belegschaft wird um 400 Mitarbeiter abgebaut.

Lösungen sind außerdem für die anderen nicht zum Werftbetrieb gehörenden Harmstorf-Betriebsstätten in Flensburg gefunden worden. Die Unternehmensgruppe Diehl, Nürnberg, übernimmt die Flensburger Fahrzeugbau GmbH sowie die Maschinenfabrik Gubisch GmbH und erwirbt für den 40-Prozent-Anteil von Harmstorf an der Fahrzeugwerke Nord FSG eine Option. Die anderen 60 Prozent hält MAN.

Zu den sonstigen zur Gruppe gehörenden Unternehmen erklärt Kosegarten, daß die Linien- und Reedereiaktivität an eine nicht genannte Gruppe verkauft worden sei. Gerüchte, nach denen der Harmstorf Großaktionär Alwinck F. Harmstorf, den Schiffahrtsbereich selbst zurückgekauft habe, dementiert Kosegarten. Die Sauerstoffwerke Nord wird an den Mitgesellschafter Linde veräußert, über die gesunde Hakoib GmbH Anlagenbau, Lübeck, werden Verhandlungen geführt. Die Gruppe Duncker/Dittmers soll mit reduziertem Personalbestand weiterarbeiten. Von den ursprünglichen 3275 Arbeitsplätzen bei Harmstorf werden nach Angaben von Kosegarten Ende dieses Jahres noch knapp 2000 übrig sein.

### IVG-Aktien für 165 Mark

**Teilprivatisierung bringt 163 Millionen in die Bundeskasse**

**J. GEHLHOFF, Düsseldorf**

Mit der Ankündigung einer Dividendenaufstockung auf 7 (6) DM für 1986 bietet die Bundesregierung über ein von der Dresdner Bank geführtes Konsortium von 33 deutschen Banken 45 Prozent von 110 Mill. DM Aktienkapital der Bundesholding IVG-Industrieverwaltungsgesellschaft AG, Bonn, vom 6. bis zum 8. Oktober privaten Anlegern zum Stückpreis von 166 DM zur Zeichnung an. Aufsichtsratsvorsitzender Wolfram Langer priert auf öffentlicher Präsentation diese jüngste Privatisierungsaktion, die brutto 163 Mill. DM in die Bundeskasse bringt, als würdige Fortsetzung der Beteiligungsaktivität („weniger Staat“) christlicher Regierungskonzeption.

Nur „zufällig“, betonte für die Konsortialbanken Alfons Titzsch (Dresdner Bank), sei der gleiche Zeichnungspreis wie bei der VIAG-Teilprivatisierung vor vier Monaten herausgekommen. Die Preisfindung habe sich auch an der Besonderheit des IVG-Geschäfts (gut die Hälfte von 599 Mill. DM 1985er Konzernumsatz mit 4261 Beschäftigten stellen öffentliche Aufträge vornehmlich auf Selbstkostenbasis, den Rest Immobilien/Waggon-Vermietgeschäft) orientiert, für die es keine Parallele bei anderen deutschen Börsengesellschaften gebe. Die Dividendenrendite liege mit 4,2 Prozent - nebst Steuergutschrift 6,6 Prozent - bei derzeitigen deutschen Aktien- und Renten-

### Allianz schafft „strategische Reserve“

**Dank und Anerkennung der Aktionäre auf der ersten Hauptversammlung der Holding**

**DANKWARD SEITZ, München**

Mit Dank und Anerkennung für die im Geschäftsjahr 1985 geleistete Arbeit, insbesondere die umfassende Neugliederung des Konzerns, bedachten die Aktionäre auf der gestrigen (ersten) Hauptversammlung der Allianz AG Holding in München die Verwaltung „bis hin zum letzten Stuhl“. Gefallen fand man da auch nicht nur an der auf 12 (11) DM aufgestockten Dividende, sondern ebenso auch an den Erläuterungen von Vorstandsvorsitzendem Wolfgang Schieren über das laufende Geschäftsjahr. Wenn nun für 1986 wieder ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht gestellt werde, so ein Aktionär, dann sei das sicherlich ein „sehr gutes“, für das man auch „gerne eine Ausschüttung von 13 DM nehmen würde“.

Allgemeine Zustimmung fanden ebenso Schierens Erläuterungen, die Allianz nach dem Erwerb der britischen Cornhill und der italienischen RAS zu einem großen einheitlichen europäischen Versicherungskonzern auszubauen und in die USA auf der Suche nach einer geeigneten Gesellschaft zu bleiben. Um dafür gerüstet zu sein, wird die Allianz nach der jüngsten Kapitalerhöhung um 40 Mill. auf 641,5 Mill. DM noch in diesem Jahr ihre „strategische Reserve“ aus dem von der Hauptversammlung geschaffenen Genußschein-Kapital über 100 Mill. DM mit einer ersten Tranche von 32 Mill. DM weiter aufüllen.

Diese Genußscheine mit einem Nennbetrag von 10 DM sollen den Aktionären in einem Verhältnis von 4 Aktien zu 1 Genußschein zu einem Preis je nach Börsenlage von 200 bis 300 DM angeboten werden. Ihr Ausschüttungssatz wird um 20 Prozent über dem jeweiligen Dividendensatz liegen. An künftigen Kapitalaufstockungen sollen diese Papiere im gleichen Verhältnis und zu gleichen Bedingungen teilhaben. Vorerst sollen sie nur an den deutschen Börsen notiert werden.

Zuvor hatte Schieren den Aktionären recht ausführlich von einer „gedehnten Entwicklung“ des Geschäftsjahres 1986 berichten können. Angesichts des bislang guten Wachstums und eines befriedigenden Schichtverlaufs in allen Unternehmens-

### Dem Fortschritt auf der Spur

**Bei der deutschen Philips sind hohe Investitionen geplant**

**JAN BRECH, Hamburg**

Mit Investitionen von 500 bis 600 Mill. DM pro Jahr will die Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH, Hamburg, dem technischen Fortschritt auf der Spur bleiben und den Anschluß an die japanische und amerikanische Konkurrenz halten. Im Mittelpunkt der Investitionstätigkeit steht nach wie vor die Umstellung der Glas- und Bildröhrenfertigung auf das „flat-and-square“-System, die Weiterentwicklung von Halbleitern, die Medizintechnik sowie moderne Kommunikationstechnik.

Neuer Schwerpunkt wird im kommenden Jahr die Submikron-Fabrik in Hamburg, die bis Ende 1988 fertiggestellt sein soll und allein rund 500 Mill. DM kosten wird. Der niederländische Philips-Konzern wird für die Entwicklung dieser höchstintegrierten Schaltungen, deren Strukturen 150 mal dünner sind als die eines menschlichen Haars, insgesamt 2,5 Mrd. DM ausgeben.

An finanziellem Spielraum fehlt es der deutschen Philips Holding nicht, um den High-Tech-Anforderungen in den nächsten Jahren nachzukommen. Die Finanzstruktur ist kerngesund und durch die Trennung von der Felten & Guillaume Energie-technik GmbH sowie die Begehung von 250 Mill. DM Genußscheinen steht, über die Abschreibungen hinaus, ein Finanzierungspotential von mehr als eine Mrd. DM zur Verfügung.

Wegen der Vorstandsvorsitzende Cornelia Bossers und Finanzchef K.-H. Busacker anlässlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1985/86 (30.4.) einen Konzern präsentieren können, der für die Zukunft besser denn je gerüstet ist, so hat das vor allem zwei Gründe. Einmal schlagen bei Philips jetzt die Ergebnisse einer konsequenten Innovationspolitik durch, die sich sowohl auf Produktion als auch Organisation erstreckt. Die Schwachstellen sind weitgehend ausgemerzt und der inzwischen auf 5600 Mitarbeiter

**Beratungs-Coupon**  
Wir wünschen spezielle Beratung für unseren Paketversand

Thema:   
Vorherige Terminsprache mit:

Frau/Herr:

Telefon:

Unsere Anschrift:

Straße und Haus-Nr. oder Postfach:

Postleitzahl:  Bestimmungsort:

An die Deutsche Bundespost, PTZ Vw 23-2a, Postfach 11 80, 6100 Darmstadt, 6.661.052 B55

### Normen für die Elektrotechnik

**th. Berthlin**

In den rund 25 Millionen Haushalten in der Bundesrepublik ist die Verwendung von Elektrogeräten eine Selbstverständlichkeit. Der Strom erleichtert die Hausarbeit, erhöht den Freizeitwert - gefährlos allerdings nur durch die elektrotechnischen Sicherheitsnormen, die auch als VDE-Bestimmungen bekannt sind. Normen können lebensrettend im Umgang mit der Elektroenergie sein.

Normen für elektrische und elektronische Geräte stehen auch im Mittelpunkt der 50. Jahrestagung der Internationalen Elektrotechnischen Kommission (IEC), die gestern in Berlin begann. An der Veranstaltung nehmen mehr als 550 Fachleute - Ingenieure und Wissenschaftler - aus 36 Ländern, darunter auch aus dem Ostblock teil. Sie befassen sich u.a. mit Normen für Kommunikationstechnik, Antennen, Sende- und Empfangsanlagen, Elektrowerkzeuge, mit der Sicherheit von Büromaschinen und Geräten der Informationstechnik.

Zu den Zielen der IEC gehört es, Normen bereitzustellen, die eine Austauschbarkeit der von Herstellern in verschiedenen Ländern produzierten Geräte ermöglichen und internationale Normen aufstellen, die sich mit der Sicherheit von Menschen befassen. In der IEC sind 42 Länder vertreten, die 80 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren und 95 Prozent der elektrischen Energie verbrauchen.

### PERSONALIEN

**Dr. Karlheinz Sandhöfer** wurde zum 1. Oktober 1986 zum Vorstandsvorsitzenden der Thyssen Stahl AG, Duisburg, bestellt.

**Wilhelm Scheider**, Vorstandsvorsitzender der Fried. Krupp GmbH, Essen, wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Bremer Vulkan AG ernannt.

**Caspar Graf von Oeynhausen-Sierstorff**, der Besitzer des Privat-Heilbades Bad Driburg und des Bad Driburger Heil- und Mineralwasser-Versandbetriebes, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

**Dr. Konrad Lang** (57) ist per 1. Oktober 1986 zum Leiter des Geschäftsbereiches Anorganische Chemikalien, Polyurethane, Lackrohstoffe und Sondergebiete umfassenden Sektors 3 der Bayer AG, Leverkusen, ernannt worden. Er ist Nachfolger von Dr. Alexander Mitrowsky, der in den Ruhestand trat.

**Dr. Jens-Marten Lohse** (47) wurde Geschäftsführer der Ericsson Information Systems Vertriebspartner GmbH (EIVP), Stuttgart.

**Ingolf Neumann** (48) übernimmt am 1. Oktober 1986 die Leitung der Geschäftsstelle für Hamburg der Kienbaum Unternehmensgruppe.

**Joachim Hoppe** (51), bisher Degussa AG, Frankfurt, übernimmt am 1. Oktober 1986 die Leitung der Öffentlichkeitsarbeit beim Technischen Überwachungs-Verein (TÜV) Bayern in München.

### Für Änderung der Agrarpolitik

**Fleischerverband beklagt Folgen der „elenden Politik“**

**adh. Frankfurt**

Dringend erforderlich ist nach Ansicht des Deutschen Fleischerverbandes (dfv), Frankfurt, eine Korrektur der Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft. Nach Ansicht von Vizepräsident Rudolf Kunze wurde zulange auf Menge gesetzt, statt auf Qualität. Die Folgen dieser „elenden Politik“ seien heute nicht mehr zu bezahlen. Der Ärger der Fleischer, die den Landwirten etwa 70 Prozent der Produktion abnehmen, kommt nicht von ungefähr: Die Übersorgung sowohl mit Schweinen als auch mit Rindfleisch drückt die Preise, so daß bei steigendem Verbrauch (im ersten Halbjahr 1986 waren es immerhin plus 2,1 Prozent) die Umsätze im Fleischerhandwerk sinken.

An eine rasche Änderung dieser Situation glaubt Kunze, der auf dem bevorstehenden Verbandstag der Fleischer in Travemünde zum Präsidenten des Verbandes gewählt werden dürfte, freilich nicht. Er sieht aber bei der Preisentwicklung nach unten eine Grenze erreicht. Zur Zeit wird Rinderschmorfleisch im Durchschnitt für 15,51 DM je kg verkauft, vor Jahresfrist kostete es noch 16,16 DM; Schweinekoteletts waren mit 9,92 DM je kg im Durchschnitt 48 Pfennig billiger als vor Jahresfrist.

Nach einem Umsatzrückgang auf 32,16 (i.V. 32,68) Mrd. DM rechnet das Fleischerhandwerk in diesem Jahr mit einem weiteren realen Rückgang in der Größenordnung von gut zwei Prozent, im ersten Halbjahr hat das Minus 2,7 Prozent (auf 15,27 Mrd. DM) ausgemacht.

Im vergangenen Jahr haben nach Angaben des Verbandes 250 Betriebe aufgegeben. Derzeit arbeiten in den 27 150 Fleischerfachgeschäften mit rund 33 000 Verkaufsstellen 201 500 Beschäftigte, 2000 weniger als vor Jahresfrist. Am gesamten hundertdeutschen Fleischmarkt sind die Handwerksbetriebe mit 55 (56) Prozent beteiligt.

### Merrill Lynch gibt Immobiliensparte auf

**cd. Washington**

Aufsehen erregt hat in internationalen Bankkreisen, daß Merrill Lynch, der größte amerikanische Broker, seine Immobilienabteilung verkauft hat. Merrill Lynch ist gleichzeitig der größte Immobilienmakler der USA.

Der Rückzug aus dem desolaten Immobilienmarkt wird von Merrill Lynch offiziell mit der Konzentration auf das ertragsstärkere Investmentbanking begründet. Aus dem auf nur 500 Millionen Dollar geschätzten Verkaufserlös schließen Bankiers, daß das Immobiliengeschäft dem Brokerhaus bereits Verluste gebracht hat.

In diesem Zusammenhang wies Vorstandssprecher F. Wilhelm Christians von der Deutschen Bank auf die großen Probleme des amerikanischen Bankensystems und des Grundstückswesens hin. Seiner Meinung nach wird es eine zunehmende Zahl kleiner und größerer Insolvenzen geben.

### Rhone-Poulenc stärkt Europa-Position

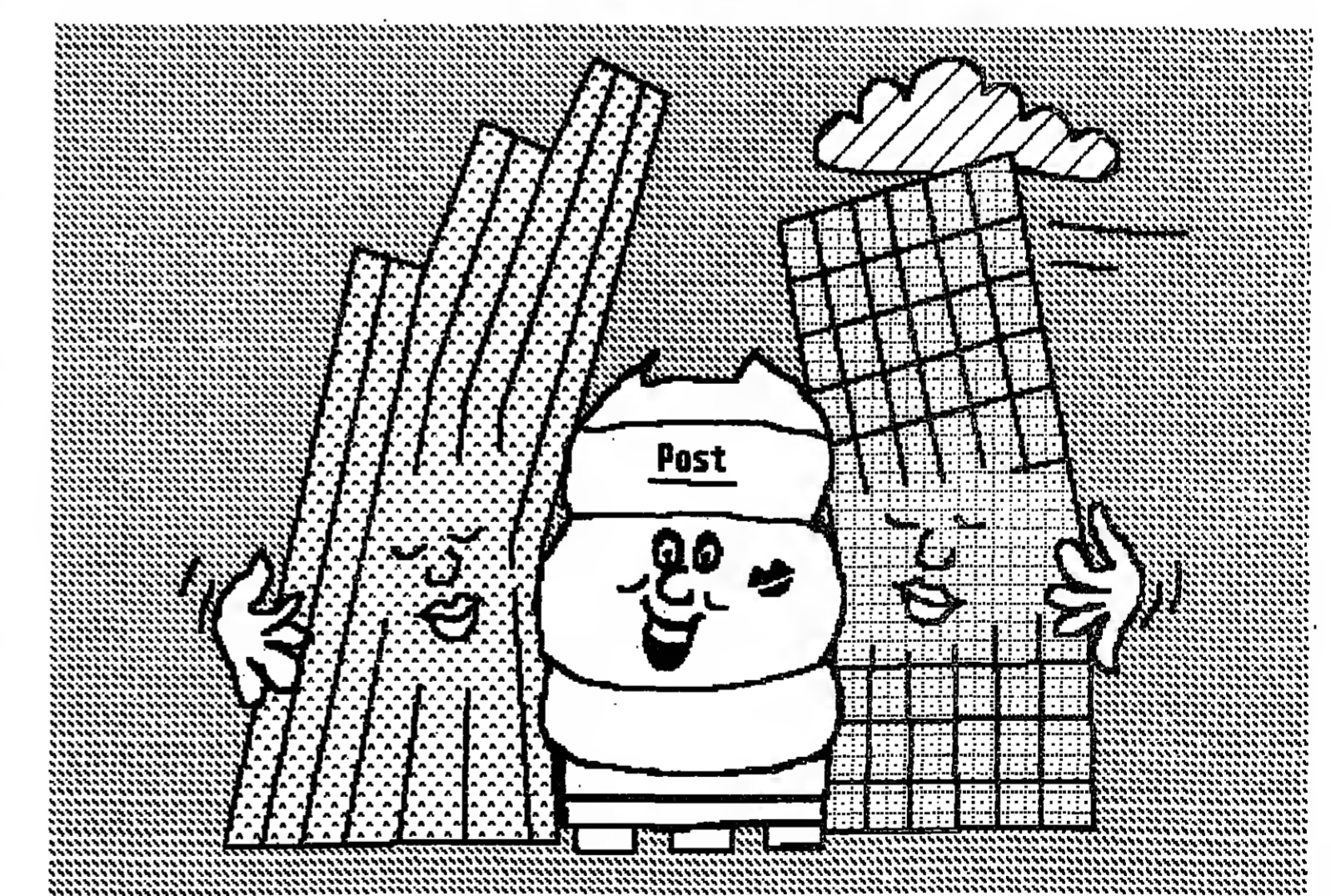
**Das Bundeskartellamt hat keine Bedenken gegen den Erwerb von Nattermann**

**HARALD POSNY, Köln**

Nachdem das Bundeskartellamt keinerlei Bedenken gegen die Mehrheitsübernahme am Kölner Pharma-Unternehmen A. Nattermann & Cie. GmbH durch den französischen Chemie- und Pharmakonzern Rhone-Poulenc S. A. (RP) angemeldet hat, konnte mit Wirkung vom 29. 9. der Deal endgültig vollzogen werden. Zwar hatte vor knapp zwei Monaten noch der Vorsitzende der Nattermann-Geschäftsführung, Detlef Fels, einen Verkauf von Anteilen dementieren müssen: in Wahrheit, so hörte man gestern von RP-Vorstandsmitglied Igor Landau, war über den Verkauf von mehr als 75 Prozent des 19 Mill. DM Stammkapitals und eine Option auf den Rest „bereits seit langen Monaten verhandelt worden“.

Solange diese Option noch nicht ausgeübt ist, wird Aufsichtsratsvorsitzender Rolf Lappe, einer der Repräsentanten der aus 25 Köpften bestehenden Gesellschafterrunde, seine Position beibehalten. Bleiben wird auch Fels, der fünfte Nattermann-Chef seit 1980. Mit der Bestellung des Franzosen Jean-Marcel Zagamé, dem

**Der Hausfreund. Haben Sie häufig größere Mengen Pakete an einen Empfänger zu transportieren? Hier ist unser Großbehälter ein wahrer Freund. Wenn er kommt, macht er sich ganz dünn, doch sein Innenleben ist enorm: zwei Kubikmeter. Ist er gefüttert, geht er unkompliziert auf die Reise von Haus zu Haus. Das Schöne daran: je mehr Sie ihm anvertrauen, um so kostensparender für Sie. Entscheiden können Sie außerdem, was sich besser rechnet: ihn selbst zur Post bringen oder abholen lassen. Mehr über dieses hausfreundliche Thema und andere Postleistungen sagt der Kundenberater. Und ab geht die Post.**



**Das Postpaket**  
Schnell und sicher

Btx \* 20000 #

FINANZANZEIGEN

Allianz 

Allianz Aktiengesellschaft

Bilanz zum 31.12.1985 (gekürzt)

Table with 3 columns: Aktiva, Mio. DM, and values. Rows include Kapitalanlagen ohne Depotforderungen, Grundstücke, Namensschuldverschreibungen, etc.

Gewinn- und Verlustrechnung 1985 (gekürzt)

Table with 3 columns: Aktiva, Mio. DM, and values. Rows include Beitragseinnahmen brutto, Rückversicherungsbeiträge, etc.

Der vollständige Jahresabschluss, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird, trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 1. Oktober 1986 beschlossen, den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 1985 in Höhe von DM 144 345 600 wie folgt zu verwenden:

- Ausschüttung einer Dividende von DM 12,- auf jede der 12 028 800 gewinnberechtigten Aktien à nom. DM 50,-

Die Dividende wird gegen Vorlage des Dividendenscheins Nr. 2 abzüglich der Kapitalertragssteuer von 25% ausgezahlt. Mit der Dividende ist eine Steuergutschrift in Höhe von 6,75 DM verbunden, die auf die inländische Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld der Aktionäre angerechnet wird.

Für Aktien, die bei einem inländischen Kreditinstitut verwahrt werden, zahlt die Depotbank die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragssteuer und zuzüglich der Körperschaftsteuergutschrift aus, wenn ihr von einem inländischen Aktionär eine Bescheinigung des Finanzamts gemäß § 36 b EStG (Nichtveranlagungsbescheinigung) vorgelegt wird.

Zahlstellen unserer Gesellschaft sind die Niederlassungen der folgenden Banken in Berlin, München, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln und Stuttgart:

- Dresdner Bank AG, Berliner Commerzbank AG, Sal. Oppenheim jr. & Cie, Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Deutsche Bank AG, Commerzbank AG, Deutsche Bank Berlin AG, Bayerische Volksbanken AG, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank AG, Grunelius & Co., Bayerische Vereinsbank AG, Georg Hauck & Sohn Bankiers KG a.A., J. M. Stein, Joh. Berenberg, Gossler & Co., B. Metzler seel. Sohn & Co., Trinkaus & Burkhart

Zahlstellen in der Schweiz sind folgende Banken, jeweils mit allen schweizerischen Niederlassungen: Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerischer Bankverein, Schweizerische Kreditanstalt, Zürich, Basel, Zürich

München, im Oktober 1986 Der Vorstand

SANITÄTER FÜR AFGHANISTAN

Seit 5 Jahren führt die Sowjetunion Krieg gegen das afghanische Volk. Um die medizinische Versorgung zu unterbinden, hat die Rote Armee fast alle Hospitäler außerhalb Kabuls durch Luftangriffe zerstört. Hunderttausende Afghanen haben Verwundungen, leiden unter Seuchen und Krankheiten, ohne daß ihnen medizinisch geholfen werden kann.

Seit Frühjahr 1984 betreibt die Aktion „Sanitäter für Afghanistan“ drei kleine Hospitäler, die von einem deutschen Arzt betreut werden. Damit noch mehr Ärzte und Helfer zu diesen notleidenden Menschen geschickt, noch mehr Hospitäler errichtet werden können, brauchen wir Ihre Spende. Die Spenden sind steuerabzugsfähig.

Weitere Informationen: Bonner Afghanistan Komitee, Reuterstr. 187, 5300 Bonn 1

Konto 9019 Sparkasse Bonn Bankleitzahl: 380 500 00



EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

7 1/2 % Deutsche Mark-Anleihe von 1980/90 - WKN 465 828 - Kündigung

Gemäß § 4 der Anleihebedingungen kündigen wir hiermit alle ausstehenden Teilschuldverschreibungen obiger Anleihe im Gesamtbetrag von DM 150 000 000,- zur Rückzahlung zum 2. Januar 1987 zum Nennbetrag.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Januar 1987 an gegen Einreichung der Mängel und der Zinsscheine per 2. Januar 1989 uff. zum Nennbetrag bei den nachstehend genannten Banken sowie deren inländischen Niederlassungen eingelöst:

- Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft, Commerzbank Aktiengesellschaft, Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft, Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft, Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft, Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft, Berliner Bank Aktiengesellschaft, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft, Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalkbank - Merck, Finck & Co., Sal. Oppenheim jr. & Cie., Sironobank Aktiengesellschaft, J. H. Stein, Trinkaus & Burkhart Kommanditgesellschaft auf Aktien, M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der gekündigten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 1. Januar 1987. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die zum 2. Januar 1987 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Frankfurt am Main, im September 1986

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

Buchtipp des Tages

Das neue Buch von Paul C. Martin - aktueller und provozierender denn je!

DER KAPITALISMUS ist das einzige System, das funktioniert, das den Menschen Wohlstand und Frieden bringt. Das beweist Paul C. Martin unwiderlegbar in seinem neuen Bestseller Der Kapitalismus (458 Seiten, zahlr. Charts, Grafiken und Tabellen, Leinwand, DM 38,-)



Ein Buch der Sonderklasse gerade für jene, die überzeugte Anhänger des KAPITALISMUS sind, denn nie wurde überzeugender dargelegt, wie das System funktioniert und welchen Gefahren es ausgesetzt ist. Pflichtlektüre für alle, die an die Zukunft unserer Ordnung glauben! Jetzt in allen Buchhandlungen oder über Wirtschaftsverlag Langen Müller Herbig, München

Für Markenprogramm (eingetr. Warenzeichen), Massenprodukte der Konsumgüterbranche (Non food), gut 10 Jahre am Markt

ÜBERNAHME-/VERTIEBS-PARTNER

gesucht, Vertriebschwerpunkte: Kaufhäuser, Versandhandel, SB-Warenhäuser, V-Märkte, Fachhandel Elektro + Foto, Export, Umsatz: 20 Mio., 2stellige Zuwachsrate, solide Finanzlage, Umsatzrendite bei 5-6% Umsatzverdoppelung in 5 Jahren realistisch, Kapitalbedarf 5-6 Mio. DM.

Kontaktaufnahme erbeten unter X 5684 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Afrikanische Produkte

Wir suchen Händler/Verarbeiter für Robusta-Kaffee, Kakao- und -produkte, Palmkerne, Sheanuts und Sheanutbutter, Korbhörnchen und -hufe - evtl. auch weitere Produkte auf Anfrage.

Abwicklung über hanseatischen Außenhändler. Anfragen unter R 5634 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmen in der Krise?

Ungeachtet, ob Kosten, Fertigung, Vertrieb oder Personal Ihr Problem ist. Wir bieten Vorschläge (von der Diagnose zur Therapie) zur Konsolidierung. Bei größter Diskretion. GRL-Beratungs-Gesellschaft, Grünburgweg 51, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 0 69 / 72 77 48

Abonnieren Sie DIE WELT - Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Form with fields for Vorname/Name, Straße/Nr., PLZ/Ort, Beruf, Vorw./Tel., Datum

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Form with fields for Unterschrift, Lesenswerter denn je DIE WELT, Sie haben das Recht, eine Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen irrtümlich absendend genügt schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Werden Sie zum Gläubiger der amerikanischen Regierung.

Jeder Staat braucht für seine ehrgeizigen Programme Geld. STRIPS sind aus unserer Sicht Stars unter den Regierungsanleihen. Denn STRIPS, Separate Trading of Registered Principal and Interest Securities heißt für Sie, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Wir bieten Ihnen mit STRIPS die Sicherheit von Anleihen der US-Regierung und den Vorteil einer hohen, festgeschriebenen Rendite, wie sie nur Null-Coupon-Anleihen haben.

Das ist aber nicht alles. STRIPS kennen kein Wiederanlagerisiko. Denn die Zinsen werden nur einmal, am Ende der Laufzeit in voller Höhe gezahlt. Und das heißt mit Zins und Zinsseszitz. So wächst z. B. ein Betrag von US-\$ 50.000 in 29 Jahren auf US-\$ 462.000.

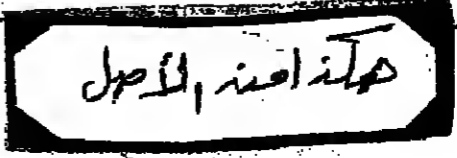
Wenn Sie von dem schwankenden US-Zins profitieren wollen, geben Ihnen STRIPS dazu noch die Möglichkeit, durch Laufzeiten von einem bis zu dreißig Jahren zwischen einer konservativen, sicheren Anlagestrategie und einer mehr aggressiven Gewinnstrategie zu wählen. Und mit STRIPS sind Sie liquide. Denn STRIPS sind jederzeit bequem zu verkaufen.

Und wenn Sie Zweifel an der Sicherheit von STRIPS haben, fragen Sie doch mal den Präsidenten, was er von der Bonität seines Landes hält.

Es lohnt sich mit uns über STRIPS zu sprechen. Und danach lohnt sich auch ein Gespräch mit Ihrem Steuerberater.

Form with fields for Name, Straße, Ort, Telefon, and a checkbox for 'Info-Scheck, Bitte senden Sie mir unverbindlich Ihren Prospekt über STRIPS.'

Minimum-Einlage DM 100.000,-. Wenn Sie lieber gleich mit uns sprechen möchten, erreichen Sie uns ganz in Ihrer Nähe. Repräsentant in Deutschland: Merrill Lynch AG, 2000 Hamburg 1, Paulstraße 3, Tel.: 040/321491, 4000 Düsseldorf, Karl-Arnold-Platz 2, Tel.: 0211/45810, 6000 Frankfurt, Ulmenstraße 30, Tel.: 069/71530, 7000 Stuttgart, Lange Straße 9/Ecke Kronprinz, Tel.: 0711/22200, 8000 München 2, Promenadeplatz 12, Tel.: 089/23 03 60





2. Oktober 1986  
 Massenprognose  
 Jahre am Markt  
**PARTNER**  
 Versandhandel für  
 Foto, Export, Um-  
 schlag, Umsatzsteu-  
 erlich, Kapital  
 5664 an  
 10 Essen  
**DUKTE**  
 für  
 Mikrowelle, Spezial-  
 evtl. auch andere  
 Geräte  
 Versandhandel  
 Postfach 100  
**ISE?**  
 oder Personal-  
 diagnose zur  
 Diagnostik  
 Weg 5  
 27745  
**REN**  
**ELT**  
 ISVORSPRUNG  
 57 Markt  
 1000  
 Burg 3

كلنا من الاقتصاد

## Rau nicht mehr wie geölt

Die Neusser AG wird vom Dollar gebremst

**WVD, Nennis**  
 Trotz mengenmäßiger Einbußen aufgrund der sich verschärfenden Wettbewerbssituation rechnet der Vorstand der Walter Rau Neusser Öl und Fett AG für 1986 mit einem gegenüber dem Vorjahr verbesserten Ergebnis. Das Unternehmen habe 1985 in einer schwierigen Marktsituation ständig sinkender Marktpreise glücklich operiert, heißt es. Das Neusser Werk gehört zur Walter-Rau-Gruppe, Elber, und ist spezialisiert auf die Veredelung von Speiseölen und Speisefetten für Industriekunden im In- und Ausland.  
 Der Umsatz lag 1985 bei unveränderter Absatzmenge mit 414,5 (402,3) Mill. DM deutlich unter dem des Vorjahres. Ursache hierfür ist nach Angaben des Unternehmens der starke Preisrückgang der eingekauften pflanzlichen Rohwaren und der Kursverfall des Dollar gegenüber der DM. Diese Entwicklung habe sich auch im ersten Halbjahr 1986 verstärkt fortgesetzt. Gegenwärtig beschäftigt das Unternehmen etwa 350 Mitarbeiter in den Betriebsstellen Saßpremserei, Raffinerie und Härtung und den Ab-

## Elektronik wird immer bedeutender

Breitschwerdt: Technische Überlegenheit sichert Zukunft der deutschen Autoindustrie

**WERNER NEITZEL, Stuttgart**  
 Wenn wir heute einem 25jährigen Automobilingenieur den Auftrag erteilen würden, ein Auto zu bauen, das alle in der Welt gültigen Zulassungsvorschriften erfüllt, dann hätte dieser bis zu seiner Pensionierung vielleicht gerade die Hälfte der zu beachtenden Vorschriften gelesen. Konstruiert hätte er es dahin noch gar nichts.  
 Mit diesem anschaulichen Beispiel verbindet Professor Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, die Forderung, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die Informationsfutur zu bewältigen und die Kommunikationswege in den Unternehmen zu verbessern. Auch auf diesem Gebiet der Anwendung neuer Technologien solle man sich seiner Auffassung nach in der Bundesrepublik bemühen, internationaler Spitzenreiter zu werden.  
 Wie Breitschwerdt auf einer Vortragsveranstaltung der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar in Stuttgart weiter ausführte, liege die Zukunftschance der deutschen Autoindustrie ganz eindeutig im Bau technisch überlegener und qualitativ hochwertiger Fahrzeuge. Die Elektronik werde eines Tages für das Auto so bestimmend sein wie heute Motor, Achse und Getriebe.  
 Während die Elektronik heute im Durchschnitt erst 0,4 Prozent des Fahrzeugwertes ausmache, dürften es seiner Schätzung nach bis zum Jahre 2000 über zehn Prozent sein. Aus dieser Überlegung und aus dem Bestreben, Forschungsanstrengungen auf ein möglichst breites Anwendungsspektrum umzulegen sowie Synergieeffekte zu erzielen, leite sich denn auch bei Daimler-Benz die Basisverbreiterung durch die Beteiligung an anderen Unternehmen ab.  
 Im politischen Teil seiner Ausführungen betonte Breitschwerdt, er sehe immer mehr die Gefahr, daß die Idee der Vereinigten Staaten von Europa letztlich auf dem Altar nationaler Egoismen geopfert wird. Ein freier Gütertausch zu gleichen Bedingungen würde nicht nur die Wettbewerbsintensität erhöhen, sondern auch die europäischen Unternehmen in die Lage versetzen, mit hohen

## Ertragseinbußen im Export

Feinmechanische und optische Industrie spürt starke Mark

**WVD, Frankfurt**  
 Nach dem Exportboom des vergangenen Jahres und dem Aufwärtstrend in den ersten sechs Monaten 1986 ist die deutsche feinmechanische und optische Industrie für das zweite Halbjahr nur noch bedingt optimistisch. Zu dieser Wertung gelangt die Commerzbank AG, Frankfurt, in einer Branchenanalyse. Die Ende 1985 einsetzende Aufwärtsentwicklung bescherte der Branche 1985 einen Gesamtumsatz von 13,9 Mrd. DM (nominal plus elf, real plus neun Prozent). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 4200 auf 127 000, Produktion und Bestellungen stiegen um jeweils zehn Prozent. Auch im ersten Halbjahr 1986 wuchs der Umsatz (plus 6,6 Prozent) und Export (plus fünf Prozent) weiter. Die Einfuhren stiegen um 4,3 Prozent.  
 Während 1985 die Zuwachsraten der Auslandsordern mit gut 13 Prozent noch fast doppelt so hoch war wie die der Inlandsbestellungen (plus 6,9 Prozent), lag im ersten Halbjahr 1986 der Zuwachs der Auslandsnachfrage mit plus 6,4 Prozent unter jenem der Binnennachfrage (plus 8,5 Prozent). Die USA sind der wichtigste Auslandsmarkt für die deutsche optische und feinmechanische Industrie. 1985 verkaufte die Branche Waren im Wert von 10 Mrd. DM im Ausland (plus 20 Prozent).  
 Der befristete Rückgang der Auslandsnachfrage aufgrund der nun wieder deutlich stärkeren Notierung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar hat bislang noch kaum auf die Exportzahlen durchgeschlagen, schreibt die Commerzbank. Das werde vielleicht schon im zweiten Halbjahr geschehen. Denn die Investitionsgüterkonjunktur in der Bundesrepublik und in den wichtigsten Abnehmermärkten halte zwar noch an und auch die Verbrauchsgüternachfrage komme vor allem im Inland in Schwung, doch im Auslandsgeschäft

## Direktversicherung spart Geld

Gehaltserhöhungen werden von Arbeitnehmern manchmal nur mit verhaltenen Freude registriert. Der Grund: Je mehr erreicht, Progressionsstufe wird ein erheblicher Teil der Steigerung durch die Steuer wieder aufgezehrt. Manchmal kann es sogar vorkommen, daß das Mehr an Einkommen unter dem Strich zu einem Minus auf dem Konto führt, da Einkommensgrenzen für Steuervergünstigungen überschritten werden.  
 Der besonders hohen Besteuerung der Gehaltserhöhungen können Arbeitnehmer allerdings entgegen, wenn sie auf einen Teil ihrer Bezüge „ verzichten“. Der Weg führt über den Arbeitgeber. Er kann für seine Beschäftigten einen Lebensversicherungsvertrag abschließen und bis zu 200 DM

## Voll ausgelastet im Jubiläumsjahr

Fy, Düsseldorf

Mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von 120 Mill. DM, in den nächsten Monaten voll ausgelasteten Kapazitäten und ehrgeizigen Investitionen von 9 Mill. DM während der letzten fünf Jahre sieht die F.A. Kumpers KG, Rheine/Westfalen, im 100. Gründungsjahr voller Zuversicht in die Zukunft. Die Spinnerei, Weberei und Färberei, deren Geschäftstätigkeit sich aus den vier Ecken des Unternehmensgrundstücks Franz-August Kumpers zusammensetzt, stellt heute mit rund 830 Beschäftigten in drei Werken eine breite Palette von Garnen und Geweben her.  
 Nach den Worten von Gustav Adolf Kumpers sind die Spinnereien des Unternehmens mit deutscher und schweizerischer Spinnentechnologie ausgestattet und liefern sowohl die traditionellen Ringgarne als auch hochwertige „Open end“-Garne mit voll-elektronischer Überwachung der Produktqualität. Gegenwärtig liegt die Tagesproduktion bei durchschnittlich 40 Tonnen. Das Fertigungsprogramm der Webereien erstreckt sich auf Rohgewebe für Heimtextilien, Bekleidungsstoffe sowie technische Textilien. Die Jahresproduktion von Garnen liegt bei jährlich 10 000 Tonnen, die Gewebeproduktion bei rund 67 000 Quadratmetern. Von der Produktionsmenge gehen etwa 55 Prozent in den Export. Hauptabnehmerländer sind Frankreich, Italien und Großbritannien. Das von jeher sozial eingestellte Familienunternehmen hat bereits im Gründungsjahr 1986 eine heute noch intakte Betriebskrankenkasse geschaffen. Viele Mitarbeiter wohnen in Werkswohnungen sowie in 500 vom Unternehmen mit zinsgünstigen oder zinslosen Darlehen finanzierten Eigenheimen.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### Stabile Verzinsung

**Gütersloh (dos)** - Die Bertelsmann AG, Gütersloh, die im März dieses Jahres 330 Mill. DM Genussrechtskapital an der Börse eingeführt hatte, wird nicht nur für das Geschäftsjahr 1985/86, sondern mindestens bis 1988/89 dieses Kapital mit 15 Prozent verzinsen. Nach Angaben des Medienkonzerns ist die Voraussetzung dafür, nämlich eine Gesamtkapitalrendite von 6 Prozent, gesichert. Für 1985/86 erreichte sich eine Rendite von knapp 15 Prozent. Der Jahresüberschuß habe in der Höhe des Vorjahresgewinns (337 Mill. DM) gelegen. Der Konzernumsatz, so heißt es, nahm gleichzeitig um 2,2 Prozent auf 7,6 Mrd. DM zu. Ohne die Währungskurseffekte hätte sich ein Umsatzplus von fast 8 Prozent ergeben.

### Position gestärkt

**Düsseldorf (Fy)** - Die britische Frachtorganisation MSAS Holding, plant eine strukturelle Neuordnung im deutschen Geschäftsbereich. Ab 1987 wird die kürzlich erworbene Jardine Cargo International GmbH mit der bisherigen deutschen Niederlassung der MSAS zu einer neuen Deutschland-Organisation zusammengeschlossen. Jardine und MSAS werden nach der Fusion weltweit rund 3500 Mitarbeiter beschäftigen.

### Gewinn verdoppelt

**Düsseldorf (Fy)** - Das schwedische Software- und Beratungsunternehmen AB Programator, Stockholm, das seit Ende 1984 auch in der Bundesrepublik vertreten ist, hat im Geschäftsjahr 1985/86 (30.4.) mit umgerechnet 35 Mill. DM seinen konsolidierten Gewinn nach Steuern mehr als verdoppelt. Auch der Umsatz zeigte mit rund 514 Mill. DM dieselbe Entwicklung. Gegenwärtig beschäftigt Programator rund 3400 Mitarbeiter. Die deutsche Tochter, Programatic Software PS GmbH, Düsseldorf, setzte 1985 etwa 3,5 Mill. DM um.

### Hansa forciert Export

**Stuttgart (nl)** - Der Ausbau der Exportaktivitäten auf dem Sektor der Sanitärarmaturen brachte der Hansa Metallwerke AG, Stuttgart, in der ersten Jahreshälfte 1986 einen Umsatzanstieg im Auslandsgeschäft von

### Position gestärkt

zehn Prozent. Demgegenüber stagnierte der Inlandsabsatz. In 1985 ist der konsolidierte Gruppenumsatz um 5,3 Prozent auf 237 Mill. DM angestiegen. Aus dem mit 3,2 (2,9) Mill. DM ausgewiesenen Jahresüberschuß wird eine Dividende von unverändert acht Prozent auf das auf 15,8 Mill. DM verdoppelte Aktienkapital ausgeschüttet. Die Hansa-Gruppe zählt über 1600 Beschäftigte.



### Steuersparen

von monatlichen Entgelt (maximal also 2400 DM im Jahr) darauf einzahlen. Entsprechend sinkt das steuerpflichtige Entgelt.  
 Für die Prämie an die Lebensversicherung braucht nur eine Steuerpauschale von zehn Prozent plus Kirchensteuer entrichtet zu werden - also lediglich ein Bruchteil dessen, was sonst fällig wäre. Zwar hat der Arbeitgeber nach den Steuervorschriften die pauschale Lohn- und Kirchensteuer zu übernehmen; er darf damit aber den Arbeitnehmer belasten.  
 Die durch eine solche „Direktversicherung“ (die Beiträge werden „direkt“ vom Arbeitgeber an die Lebensversicherung überwiesen), gesparten Steuern kommen der Vermögensbildung des Arbeitnehmers zugute. Allerdings sind einige Auflagen zu be-

### Wolfgang Buser

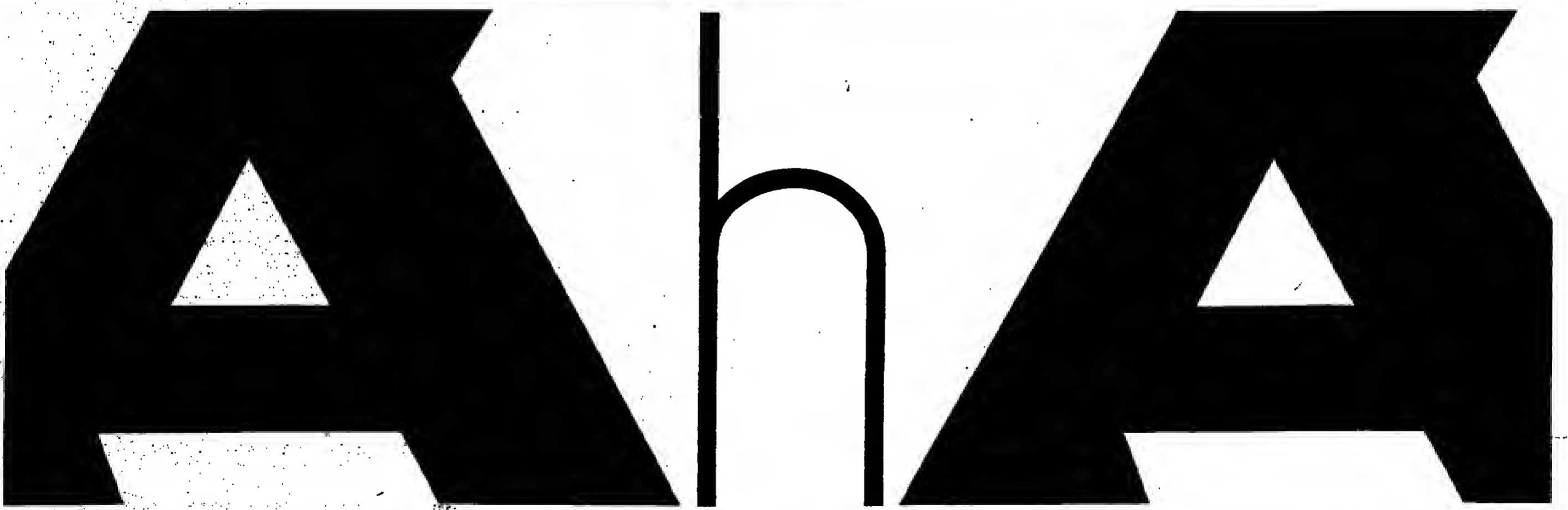
achten. Um später steuerfrei die Gewinnbeteiligung aus der Versicherung einstreichen zu können, muß der Vertrag eine Laufzeit von mindestens zwölf Jahren haben. Auch darf er nicht vor dem 60. Lebensjahr ablaufen und während der Laufzeit über beliehen noch gekündigt oder abgetreten werden.  
 In der Sozialversicherung gilt folgendes: Die vom Arbeitentgelt abgezweigten Beträge werden zur Beitragsberechnung so herangezogen, als wenn sie ausgezahlt würden. Desvermeidete Einbußen beim Krankengeld, beim Arbeitslosengeld und später bei der Rente. Wer allerdings nach Abzug der Direktversicherungsprämie im Jahre 1986 mindestens noch 4200 DM im Monat verdient, der zahlt ohnehin den Höchstbeitrag. Entsprechendes gilt für die Renten- und Arbeitslosenversicherung bei Gehältern oberhalb von 5600 DM monatlich.  
 Ausgenommen von der Beitragsberechnung zur Sozialversicherung sind Direktversicherungsbeiträge, aber, wenn der Arbeitgeber diese Beiträge zusätzlich zum normalen Arbeitsentgelt zahlt - woraus sich eine besonders interessante Variante ergibt: Erhöhung des Lohnes beziehungsweise Gehaltes ergibt. Die Beitragsfreiheit besteht auch dann, wenn Direktversicherungsprämien aus Späterzahlungen finanziert werden - etwa aus dem Weihnachtsgeld oder dem 13. Monatsgehalt. Die aus der Sonderzahlung finanzierte Direktversicherung hilft Sozialbeiträge sparen.  
 Insgesamt kann die Beitragsbefreiung für Direktversicherungsprämien aus Sonderzahlungen (je nach Krankenkassen-Beitragsatz) rund 425 DM ausmachen. Hinzu kommen die von 2400 DM eingesparten Steuern - insgesamt ein stolzer Betrag.  
**WOLFGANG BUSER**

**MEETING**  
**199 DM**  
 Die exklusive Tagung zum Inklusivpreis von 199,- DM pro Person und Tag (an bestimmten Tagen). Mit: Übernachtung/Frühstück/Lunch oder Dinner/Konferenzraum/Kaffeepause/Getränken. An Wochenenden noch günstiger. Fragen Sie uns. Tel.: 069/79 55 22 88.  
**Canadian Pacific Hotels**  
 Hannover Platz Bremen Platz Frankfurt Platz

## „Bonni“ - alles zum Spielen

Im Spielzeugfachhandel belebt sich die Konkurrenz

**hg, Bonn**  
 Am deutschen Spielwarenmarkt wird es immer lebendiger: Der Fachhandel bekommt Konkurrenz durch neue Betriebstypen. So hat die Richter Spiel-Hobby GmbH, Limburg, eine 75prozentige Tochter der coop AG, kürzlich in Köln-Weiden ein Geschäft mit 260 Quadratmetern Verkaufsfläche eröffnet; für Ende November nimmt ein 2000 Quadratmeter großer Fachmarkt in Essen den Betrieb auf, der mit preisaggressiven Angeboten einen Jahresumsatz von rund zehn Mill. DM erzielen soll.  
 Die Einkaufsgenossenschaft Vedes eG, Nürnberg, plant ebenfalls die Eröffnung von vier Fachmärkten unter dem Namen „Bonni“; einer davon ist bereits verwirklicht. Und schließlich will sich der amerikanische Spielwaren-Händler Toys „R“ Us (Jahresumsatz 1,98 Mrd. Dollar), der in den USA 270 Fachmärkte betreibt und noch einmal 25 im Ausland, demnächst am deutschen Spielwarenmarkt tummeln, dessen Volumen auf rund 3,3 Mrd. DM geschätzt wird.  
 Nach Ansicht des Präsidenten Joseph R. Baczo hietet dieser Markt Wachstumschancen, „die wir durch ein ganzjähriges Spielwarenangebot ausschöpfen werden“. Für den Beginn sind fünf bis sechs Fachmärkte mit einer Verkaufsfläche von jeweils rund 3500 Quadratmetern geplant. Die Suche nach Standorten mache keine Schwierigkeiten, heißt es; allerdings sollen sie räumlich nicht allzu weit voneinander entfernt sein.  
 Geschäftsleitung und Zentrallager sollen in Köln angesiedelt werden; dafür benötige man rund 30 bis 40 Mitarbeiter. Insgesamt soll die Zahl der Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland am Ende des ersten Jahres bei rund 1500 liegen. Zum Geschäftsführer wurde Arndt Klöser (früherer Kaufhof, Metro- und coop-Manager) bestellt.



# ... DAS IST EIN SCHWARZ, DAS IST QUALITÄT BEIM KOPIEREN

Eine schwarze Fläche, vom ZOOM-Kopierer SANYO SFT Z 122 kopiert oder vergrößert, ist ein A4-Erebnis. So randscharf, so flächendeckend schwarz und ganz ohne Ausbrüche, daß Sie ungläubig mit dem Finger darüberfahren werden.  
 Schicken Sie uns den Coupon und Sie hatten postwendend eine Originalkopie dieser Anzeige in Händen. Und auch einen ausführlichen Prospekt, der Ihnen alles Wissenswerte über den SFT Z 122 sagt.  
 Natürlich informieren wir Sie auch gerne über das SANYO Kopierer-Gesamtprogramm, vom flexiblen und tragbaren Überall-Kopierer bis zum professionellen Kopier-Center.

**ORGATECHNIK KÖLN '86**  
 Halle 10.2 H56

**SANYO**  
 ... für das effektive Büro

Automatischer Originaleinzug für bis zu 50 Exemplare  
 Einzelblatteinzug  
 Papiercassetten mit Formatwahl auf Knopfdruck  
 1500-Blatt-Cassette

SFT-Z 122. Der komfortable ZOOM-Kopierer.  
 20fach Sorter

TEST-KOPIER-COUPON für ausführliches Info-Material über:  
 den SFT Z 122  das SANYO Kopierer-Gesamtprogramm

Name, Firma \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_

SANYO Büro-Electronic Europa Vertrieb GmbH  
 Postfach 80 17 40 - 8000 München 80 - Tel. 0 89/41 60 40

Aktien sehr fest

Prognosen lockten Käufer an
DW - Angeregt durch positive Kursprognosen der Deutschen Bank und der Commerzbank, floßen den Banken eine Vielzahl von Kaufaufträgen aus ihrer Kundenchaft zu. An den Käufen waren auch Ausländer beteiligt. Dadurch setzten sich die Aktien auf breiter Front nach oben in Bewegung.

Die Aufwärtsbewegung erstreckte sich fast auf die gesamte Marktbreite ohne eigentliche Schwerpunkt. An der Spitze der VW-Aktie um rund 20 DM auf über 500. Gleichzeitig zeigte sich das Besondere für die VW-Vorzugsaktie auf 25 (plus 2,50). Danach kosteten die VW-Aktien 450 DM und lagen damit um 10 Prozent unter dem Schlusskurs vom Donnerstag. Bei den Großwertsparpapieren waren die Kurschancen vor allem bei den VW-Stämmen. Überrascht hat der Anstieg der Siemens-Aktie um rund 20 DM. Er zeigt, wie eng die Märkte selbst bei Papier mit großer Streuung geworden sind. Bei den Bankaktien gab es teilweise beachtliche Gewinne.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Table with columns for Aktien-Umsätze, Aktien-Notierungen, and Rentenoptionen. Includes various stock symbols and their corresponding prices and trading volumes.

Inland

Table listing various domestic stocks and their prices, including companies like BASF, Siemens, and Volkswagen.

Kopenhagen

Table listing stocks from the Copenhagen market.

Luxemburg

Table listing stocks from the Luxembourg market.

Paris

Table listing stocks from the Paris market.

Johannesburg

Table listing stocks from the Johannesburg market.

Toronto

Table listing stocks from the Toronto market.

Brüssel

Table listing stocks from the Brussels market.

London

Table listing stocks from the London market.

Madrid

Table listing stocks from the Madrid market.

Singapur

Table listing stocks from the Singapore market.

Tokio

Table listing stocks from the Tokyo market.

Zürich

Table listing stocks from the Zurich market.

Inlandszertifikate

Table listing domestic certificates and their prices.

Optionshandel

Table listing options trading data.

Auslandszertifikate

Table listing foreign certificates and their prices.

Optionshandel

Table listing options trading data.

Junge Aktien

Table listing young stocks and their prices.

Devisenmärkte

Table listing foreign exchange market data.

2. Oktober  
 1. Ausgabe  
 2. Ausgabe  
 3. Ausgabe  
 4. Ausgabe  
 5. Ausgabe  
 6. Ausgabe  
 7. Ausgabe  
 8. Ausgabe  
 9. Ausgabe  
 10. Ausgabe  
 11. Ausgabe  
 12. Ausgabe  
 13. Ausgabe  
 14. Ausgabe  
 15. Ausgabe  
 16. Ausgabe  
 17. Ausgabe  
 18. Ausgabe  
 19. Ausgabe  
 20. Ausgabe  
 21. Ausgabe  
 22. Ausgabe  
 23. Ausgabe  
 24. Ausgabe  
 25. Ausgabe  
 26. Ausgabe  
 27. Ausgabe  
 28. Ausgabe  
 29. Ausgabe  
 30. Ausgabe  
 31. Ausgabe  
 32. Ausgabe  
 33. Ausgabe  
 34. Ausgabe  
 35. Ausgabe  
 36. Ausgabe  
 37. Ausgabe  
 38. Ausgabe  
 39. Ausgabe  
 40. Ausgabe  
 41. Ausgabe  
 42. Ausgabe  
 43. Ausgabe  
 44. Ausgabe  
 45. Ausgabe  
 46. Ausgabe  
 47. Ausgabe  
 48. Ausgabe  
 49. Ausgabe  
 50. Ausgabe  
 51. Ausgabe  
 52. Ausgabe  
 53. Ausgabe  
 54. Ausgabe  
 55. Ausgabe  
 56. Ausgabe  
 57. Ausgabe  
 58. Ausgabe  
 59. Ausgabe  
 60. Ausgabe  
 61. Ausgabe  
 62. Ausgabe  
 63. Ausgabe  
 64. Ausgabe  
 65. Ausgabe  
 66. Ausgabe  
 67. Ausgabe  
 68. Ausgabe  
 69. Ausgabe  
 70. Ausgabe  
 71. Ausgabe  
 72. Ausgabe  
 73. Ausgabe  
 74. Ausgabe  
 75. Ausgabe  
 76. Ausgabe  
 77. Ausgabe  
 78. Ausgabe  
 79. Ausgabe  
 80. Ausgabe  
 81. Ausgabe  
 82. Ausgabe  
 83. Ausgabe  
 84. Ausgabe  
 85. Ausgabe  
 86. Ausgabe  
 87. Ausgabe  
 88. Ausgabe  
 89. Ausgabe  
 90. Ausgabe  
 91. Ausgabe  
 92. Ausgabe  
 93. Ausgabe  
 94. Ausgabe  
 95. Ausgabe  
 96. Ausgabe  
 97. Ausgabe  
 98. Ausgabe  
 99. Ausgabe  
 100. Ausgabe

مكتبة الجليل

# Wende am Rentenmarkt

Nach Tagen rückläufiger Kurse gab es am Mittwoch am Rentenmarkt eine Wende. Öffentliche Langläufer zogen bis zu knapp einem Punkt an. Die Nachfrage bei ihnen soll überwiegend aus dem Ausland gekommen sein, wo erneut Hoffnungen auf Zinssenkungen aufgetischt sind. Auf der Käufersseite überricht aber auch inländische Stellen gelegen haben, die Rückstellungen vorzunehmen hatten. Die freundliche Tendenz erstreckte sich auch auf die Bundesobligationen, die bis zu 0,35 Prozentpunkten anzogen.

Bundesanleihen		Bundespapier		Industrieobligationen		Optionscheine		Währungsanleihen		Wandelobligationen		Optionsanleihen		Frankfurt		DM-Auslandsanleihen		Sonderinstitute		Bundeseisenbahn	
10-jährig	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	

Düsseldorfer		DM-Auslandsanleihen	
10-jährig	100,00	100,00	100,00

## Wir haben eine Reihe neuer Kopierer entwickelt. Und eine Reihe neuer Maßstäbe.

Der Unterschied zwischen Kopieren und Kopieren hat mehr denn je einen Namen: Xerox. Denn die neuen Xerox Kopierer setzen Maßstäbe, an denen sich andere werden messen lassen müssen:

- Erstens durch die optimale Abstimmung von Technologie und Bedienfreundlichkeit.
- Zweitens durch die Schaffung von eindeutigen Leistungsklassen, die es Ihnen erlauben, den jeweils effektivsten Kopierer für Ihren effektiven Leistungsbedarf einzusetzen. Drittens durch Innovationen, die Ihnen noch mehr Arbeit als bisher abnehmen - und zwar mit jedem der neuen Xerox Kopierer.

Xerox gibt Ihnen gern weitere Informationen: Schreiben Sie einfach den nebenstehenden Coupon ein. Oder wählen Sie Box # 55477#.

**Team Xerox. Durch Qualität überzeugen.**







Vom 16. bis 21. 10. 1986 auf der  
**ORGATECHNIK '86**  
 KÖLN  
 Halle 13.3, Stand 9/10, Gang U/T

Warenpreise - Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbermärkte an der New Yorker Comex. Bruchteilige Aufschläge verzeichnete Kupfer. Gut behauptet schloß Kakao, niedriger ging Kaffee aus dem Markt.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table with columns for commodity names (e.g., BAUMWOLLE, KAUTSCHUK) and prices for various months.

NE-Metalle

Table listing prices for various non-ferrous metals like ALUMINIUM, ZINK, and KUPFER.

KUPFER (c/b)

Table showing copper prices in different grades and quantities.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates for various currencies against the DM.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices in different forms and quantities.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates for various types of bonds.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table showing yields and prices for mortgage-backed securities and other instruments.

Getreide/Getreideprodukte

Table of grain prices including wheat, corn, and soybeans.

Öle, Fette, Tierprodukte

Table of oil and animal product prices.

Wollpreise

Table of wool prices for different grades.

Londoner Metallbörsen

Table of metal prices from the London market.

Euro-Geldmarktzette

Table of Euro-denominated money market rates.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates for new bonds.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices for mortgage-backed securities.

Neue New Yorker Finanzmärkte

Table of new financial market data from New York.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits and liquors.

Edelmetalle

Table of precious metal prices like gold and silver.

Edelmetalle

Table of precious metal prices, including platinum.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices for oil and gas.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates for various currencies.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices in different forms.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates for new bonds.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices for mortgage-backed securities.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Neikupon-Anleihen (DM)

Table of interest rates.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices.

Genussmittel

Table of prices for various types of spirits.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Edelmetalle

Table of precious metal prices.

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures prices.

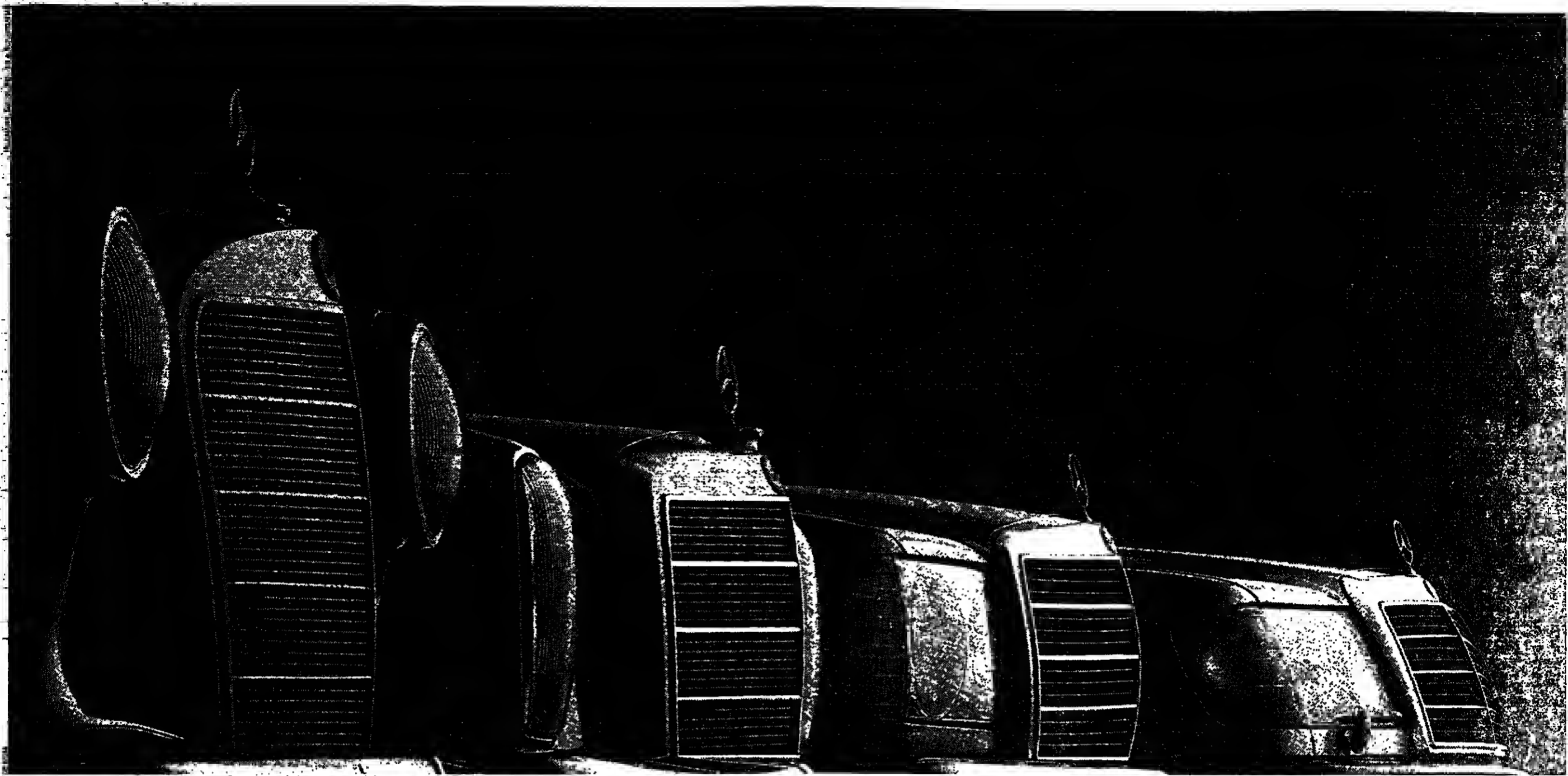
Devisenmarktwert

Table of exchange rates.

Geichtsmarktzette

Table of gold prices.

Preise von und KO  
 Finanzmärkte  
 ECU-Tagewort  
 SZR-Wert



# Treue ist eine Tugend von besonderem Wert.

Beim Automobil ist Treue zugleich ein guter Maßstab für die Zufriedenheit mit der Qualität, der Zuverlässigkeit, dem Komfort und der Lebensdauer.

Denn hier zeigt sich, was ein Automobil über schöne Äußerlichkeiten hinaus tatsächlich zu bieten hat. Welche inneren Werte es besitzt.

Ein Mercedes scheint damit besonders gut ausgestattet zu sein.

Denn je länger man ihn hat, desto vertrauter ist man mit ihm.

Und wenn man sich eines Tages trotzdem von ihm trennt – nach vielen gemeinsam verbrachten Jahren und zigtausenden von Kilometern – dann meist nur, um gleich wieder einen neuen Mercedes

zu wählen. Und danach wieder einen.

Treue hängt wohl auch mit Vernunft zusammen. Sich für einen Mercedes zu entscheiden, war schon immer ein vernünftiger Entschluß.

In ihm fühlt man sich sicher.

Unsere vielen Entwicklungen von Sicherheitselementen waren wegweisend für den gesamten Automobilbau – und haben Mercedes längst zu einem Synonym für Sicherheit werden lassen.

In ihm hat man seine Ruhe.

In der Hektik des Alltags gibt ein Mercedes mit seinem geräuschisolierten, großzügigen Innenraum und seinem entspannenden Komfort dem Fahrer die innere Ruhe und Kondition, die er zum sicheren Fahren braucht.

Und schließlich: Auf ihn kann man sich verlassen.

Denn gerade die kleinen Unannehmlichkeiten sind es, die oft den größten Ärger verursachen.

Ein Mercedes war schon immer für seine geringe Reparaturanfälligkeit bekannt, die auch Jahr für Jahr durch viele Untersuchungen immer wieder aufs Neue bestätigt wird.

Sie ist das Ergebnis einer besonderen Fertigungsqualität, der Liebe zum kleinsten Detail und unserem ständigen Bemühen, alles immer noch besser machen zu wollen.

Die Treue zu einem Mercedes hat also gute Gründe.

Fällt es da nicht leicht, treu zu bleiben?



EN PER KO  
 E R E

Moskaus alter Traum von einer Basis Nicaragua

Stalin liebte A. Sandino

Das Moskau auch nach mehr als fünfzig Jahren politische Träume nicht aufgibt, dafür ist Nicaragua ein Beispiel. Bereits Ende der zwanziger Jahre erkannte der im Auftrag des Kremls agierende deutsche Kommunist Willi Münzenberg, daß sich im fernen Nicaragua eine Entwicklung anbahnte, die der kommunistischen Agitation und Propaganda nützlich sein könnte.

Block verflochten ist, wird nicht mit westlichen Informationen belegt. Lindemann weist vielmehr anhand sowjetischer Quellen, mit Veröffentlichungen in kommunistischen Publikationen und am Beispiel von Erklärungen sandinistischer Politiker überzeugend nach, wie Moskaus Griff nach Nicaragua von Jahr zu Jahr fester geworden ist.

Praktisch alle von den Sandinisten und ihren Mittläufern vorgelegten Behauptungen über die Unabhängigkeit von sowjetkommunistischen Block kann der Autor mit Tatsachen widerlegen. So bleibt von der These, daß die USA Nicaragua in die Hände der Sowjets getrieben hätten, nichts übrig. Denn bereits vier Monate nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion sollte Verteidigungsminister Humberto Ortega nach Moskau, Sofia und Ost-Berlin, um Waffen anzufordern.

Heute, so Lindemann, gibt es keine Sphäre des öffentlichen Lebens, wo nicht der Einfluß der kommunistischen Staaten dominieren würde. Oh es die Armee (stärkste in Mittelamerika) und Milizen sind, der Geheimdienst, der mit Beratern aus der DDR und Bulgarien durchsetzt ist, oder die Wirtschaft und die Kultur.

Erschreckend sind Parallelen, die Lindemann beim Vorgehen der Sandinisten gegen ihre tatsächlichen und eingebildeten Gegner herausarbeitet, zur Sowjetisierung des östlichen Mittelamerika. Die Unterdrückung der Kirche im heutigen Nicaragua geschieht nicht anders als in der DDR und der Tschechoslowakei während der stalinistischen Ära. Genauso ist es mit der Liquidierung der freien Presse und der Einführung der Zensur, mit der Gleichschaltung der Gewerkschaften und der Parteien.

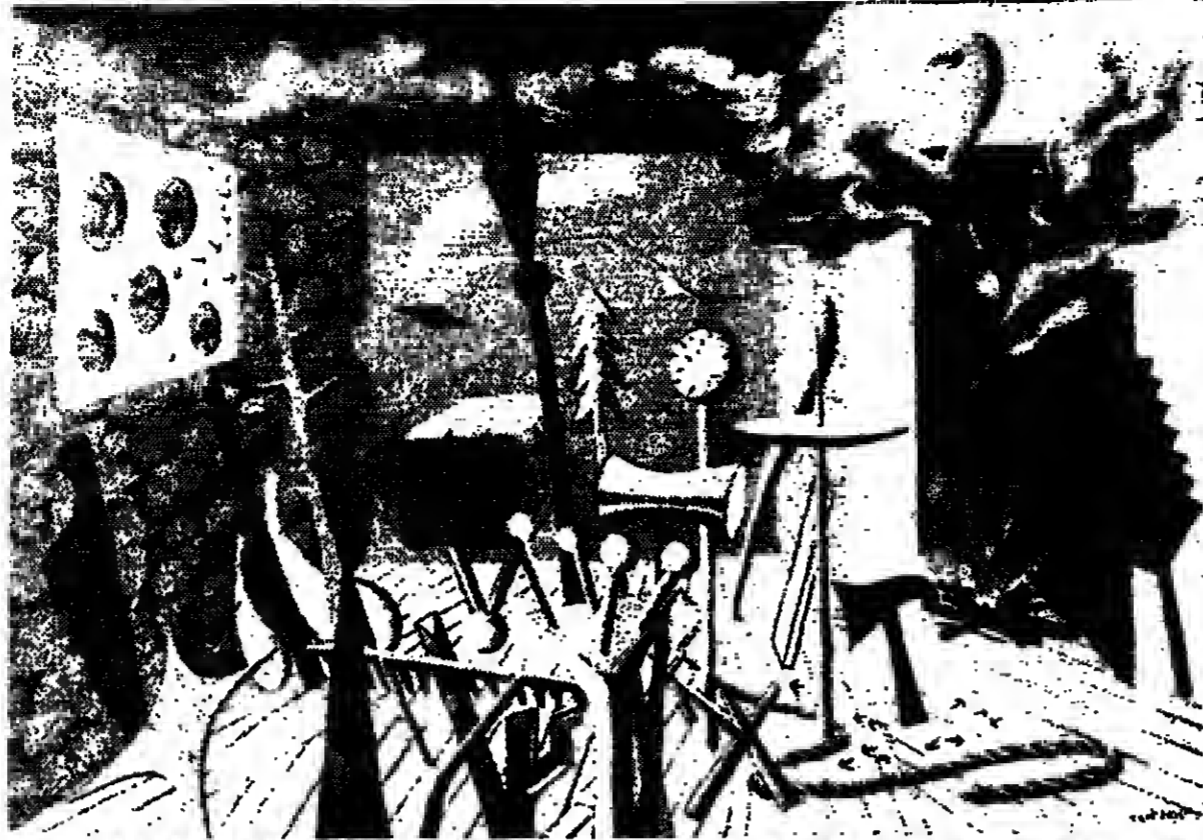
Lindemanns Buch über Nicaragua schließt eine Lücke, weil es die Sandinisten und ihre Schirmherren im Kreml als Kronzeugen der Realität zu Wort kommen und sich so selbst entlarven läßt. Wer trotzdem nicht begriffen hat, welchen Kurs Managua steuert, dem ist in der Tat nicht mehr zu helfen. RUDOLF STRÖBINGER



Mann" in Managua sowjetische Ziele in Mittel- und Lateinamerika verwirklichen helfen würde. Was Moskau mit Sandino nicht gelang, erreichte es nach dem Sturz des Somoza-Regimes im Sommer 1979 mit seinen angeblichen Erben, mit den Schlüsselfiguren der neuen Junta, den Brüdern Ortega und Tomás Borge.

Wenn man das Nicaragua-Buch von Hans Lindemann liest, wird man sich erst bewußt, wie zielstrebig der Kreml diesen Brückenkopf auf dem amerikanischen Kontinent ausbaute, aber auch, wie es den Kommunisten gelang, die freie Welt zu täuschen. Vieles, was heute über die angeblich demokratische Entwicklung des mittelamerikanischen Landes behauptet wird, ähnelt den Aussagen linker Intellektueller in den zwanziger Jahren über den jungen Sowjetstaat. Von negativen Entwicklungen war nicht die Rede, weil die Autoren sie nicht wahrhaben wollten. Sicher, es gibt auch jetzt schon manche, die ihre Bewunderung der Sandinisten zu revidieren beginnen, aber noch immer sind es zu viele, die die Tatsachen nicht sehen wollen.

Der Nachweis, daß Nicaragua seit Jahren eng mit dem sowjetischen



Kein Trennstrich zwischen angewandter und freier Kunst: Herbert Bayers „Archaische Kammer“ aus dem Jahre 1940. Aus der Berliner Ausstellung FOTO: KATALOG

Das Berliner Bauhaus-Archiv zeigt Herbert Bayers amerikanische Jahre

Ein Mann verwirklicht sein Ideal

Dankbarkeit mit zwei Händen: Schon 1982 hat das Bauhaus-Archiv zunächst das künstlerische Werk Herbert Bayers der Jahre 1918-1938 ausgestellt. Die jetzige Schau, die man zugleich als eine Gedächtnisausstellung lesen muß - Bayers ist 1985 gestorben - rundet das Unternehmen mit dem Werk der amerikanischen Jahre zur Gesamtretrospektive. Die Ausstellung war mit dem Künstler vertraglich vereinbart worden: Bayers, der für das Archiv bereits Emblem und Briefkopf entworfen hatte, überließ ihm zugleich vielerlei Schenkungen und Legate.

1938 war der gebürtige Österreicher mit seiner jüdischen Frau in die Vereinigten Staaten emigriert. Er sollte am New Bauhaus in Chicago wiederum als Lehrer für Werbegestaltung arbeiten, in einem Metier also, das er schon als Bauhaus-Meister erfolgreich 1935-1938 in Dessau betreut hatte, bevor er während eines überaus fruchtbaren Jahrzehnts am Berliner Dorland-Studio als Graphiker und Designer auch international Maßstäbe setzen konnte.

Emigranten noch am Pier erreichte, war die Hiobbotschaft von der Liquidation des New Bauhaus. Der Anfang in den USA war schwer. Es hieß zunächst, als einer unter vielen in einer Agentur zu arbeiten. Wenn sich später sein universales Talent in den USA in den diversen Bereichen voll entfalten konnte, so war dies der freundschaftlich-geschäftlichen Verbindung mit speziell amerikanischen Industriellen-Persönlichkeiten zu verdanken, die nicht nur den Produkten ein umsetzbares Layout verpassten, sondern ihrem gesamten Unternehmen ein einheitliches kulturelles Image geben wollten.

Bei dem Verpackungsgiganten CCA und später bei dem Ölkonzern Arco realisierte Bayers als Designer, Architekt, Landschaftsgestalter, Bildhauer sein Konzept: Kunst wurde zum Medium einer in verschiedene Lebensbereiche abstrahlenden Kommunikation.

Bayer, der mit seinen Montage-Techniken, Zeitschriftengestaltungen in vielerlei Hinsicht als Vorläufer späterer Kunstentwicklungen wie

Pop- und Op-Art gelten mag, zog keinen Trennstrich zwischen „angewandter“ und „freier“ Kunst.

Eckard Neumann, der auf Wunsch des Künstlers und seiner Witwe die jetzige Ausstellung aufgebaut hat, trägt dieser Tatsache dadurch Rechnung, daß sich die verschiedenen künstlerischen und entwerferischen Bereiche erhellend und erklärend durchdringen. Bayers Schaffen in den Vereinigten Staaten, das bislang nicht genügend bekannt war, wird sehenswert dokumentiert.

Bayers Faszination liegt weniger in der Souveränität des einzelnen Werkes als in der Universalität seines Schaffens. In ganz besonderem Maße konnte er das Bauhaus-Ideal von der lebendigen Durchdringung angewandter und freier Kunst verwirklichen. Ein Ästhetiker und ein Ästhet, dessen schöpferisches Lebens-Design so ohne weiteres nicht übertragbar scheint. PHG

Bis 2. November; Botropf 1. Febr. bis 22. März; Zug 10. Mai bis 14. Juni; Litz/Donau 3. Juli bis 24. Aug.; Katalog 25 Mark

Der preußische Stil: Kunsthistorikertag in Berlin

Neue Liebe zur Ruine

Ein „verbreitetes Unverständnis“ für über die Tätigkeit der von ihm vertretenen Berufsgruppe beobachtet der Verband „Deutscher Kunsthistoriker in der Bundesrepublik“. Aus diesem Grund wurde das Motto „bewahren, erklären, gebrauchen“ - Die Kunstwissenschaft und das künstlerische Erbe für den XX. Deutschen Kunsthistorikertag gewählt, zu dem sich bis 4. Oktober rund tausend Teilnehmer in der Technischen Universität Berlin versammeln.

Drei halbtägige Plenarsitzungen stehen Neben den verschiedenen Sektionen im Mittelpunkt. Man wird diskutieren, ob die öffentliche Kunstwissenschaft nach 1945 in der Auseinandersetzung mit moderner Kunst neue methodische Ansätze erarbeitet hat oder ob der Kunsthistoriker eher als „Kritiker oder Propagandist im Tagesgeschäft der Kunstproduktion“ fungiert.

Im 200. Todesjahr Friedrich des Großen wird außerdem die Friedrichianische Kultur besondere Beachtung finden. Wie groß die Zurückhaltung bei der Erörterung eines „Preußischen Stils“ noch ist, läßt sich daran erkennen, daß ein ausländischer Wissenschaftler, Gordon A. Craig, Stanford, das herausragende Referat halten wird. Und auch dies ein Beitrag zum Thema: Die „DDR“, die mit ihrer Friedrich-Ausstellung im Potsdamer Neuen Palais nicht den ganzen Preußenkönig, sondern nur sein Verhältnis zu den Künsten behandeln mochte, hatte die bereits genehmigten Exkursionen des Kunsthistorikertages nach Potsdam mit Hinweis auf „mangelnde Kapazität“ wieder abgesagt.

Dritter Schwerpunkt der Tagung wird die Denkmalpflege sein. Die letzten Jahrzehnte haben mit der

„Entdeckung“ der Industriebauwerke zu eine „Erweiterung des Denkmalbegriffes“ geführt. Der Vorsitzende des Verbandes, Professor Herwarth Röttgen, sieht jedoch eine Gefahr darin, wenn sich neben der eigentlichen „erhaltenden Bewahrung“ immer mehr eine „aktive Kultur im Sinne von nivellierender Gestaltungsentwicklung, die sich in zunehmender „Schönfärberei der Städte durch falsches Fachwerk und sonstige historische Attrappen“ (Frankfurter Römer) äußert. Die Kunsthistoriker sollten hier, wie es der Berliner Ordinarius für Kunstgeschichte an der TU, Professor Detlef Heikamp, pointiert, ein neues Verhältnis zur Ruine gewinnen.

Der Tagungsort Berlin geht in der Hinsicht gewiß nicht mit Anschauungsmaterial. Die „Rekonstruktion“ der eingestürzten Kongreßhalle geht ihrer Vollendung entgegen. Und der Senat von Berlin empfängt die Kunsthistoriker im Reichstagsgebäude - die Diskussion um die „Historische Wiederherstellung“ des Wallot-Baus, inklusive Kuppel, ist in vollem Gange.

Bei der Erörterung von Berufungen (überlange Studiendauer, Festsetzung von Einstellungsaltern für Assistenten und Professoren, Lage der Volontäre an den Museen) kann die grotesk überhöhte Zahl von Studenten des Faches Kunstgeschichte, die in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Beschäftigungsmöglichkeiten steht, nicht ausgeklammert werden. Davon abgesehen, muß schon die kunsthistorische Bildung von Schulabgängern in der Bundesrepublik als miserabel bezeichnet werden. Deutschland ist in dieser Hinsicht laut Röttgen, etwa gegenüber Italien nur „Entwicklungsland“.

PETER HANS GÖPFERT

KULTURNOTIZEN

Alfred Hrdlicka, seit 1971 Professor für figurales Gestalten an der Kunstakademie Stuttgart, hat einen Ruf an die Hochschule der Künste Berlin angenommen. Albert Camerlot, Intendant der Oper von Lille, ist von seinem Posten zurückgetreten. Ihn ersetzt seine bisherige Stellvertreterin Cécile Frankel. Die Jahrestagung der Deutschen Dante-Gesellschaft findet vom 17. bis 19. Oktober in Krefeld statt.

Honoré Danmiers Karikaturen über Europäer und „Wilde“ sind in der Ausstellung „Die Rückkehr der Barbaren“ zu sehen, die bis 31. Oktober im Freiburger Augustinermuseum zu sehen ist (s. WELT v. 9.1.88). Möbel von Abraham und David Roentgen zeigt das Kreislinn Museum Neuwied aus Anlaß des Roentgen-Kongresses der Internationalen Akademie für Kulturwissenschaften am 18. Oktober bis 2. November.

Scharfe Sowjet-Attacken gegen die Deutsche Welle

„Ziemlich unverfroren“

Wenn es darum geht, sowjetische Ideen in der Welt zu verbreiten, ist die Sowjetunion in ihren Methoden nicht wählerisch. Radio Moskau und andere Medien verkünden unabhängig den „Kampf gegen den Imperialismus“. Sie berichten über die „Unterdrückung der Werktätigen“ in den „Ländern des Kapitals“. Wenn über westliche Medien die Lage in der Sowjetunion unter die Lupe nehmen, so ist dies eine „anti-sowjetische Verleumdung“ oder gar ein Anschlag auf den Frieden.

Da die Einfuhr westlicher Zeitungen untersagt ist, gelten die Angriffe den westlichen Rundfunkanstalten, welche Programme in russischer Sprache senden. So soll sich Parteichef Gorbatschow bei Bundesaußenminister Genscher über die Deutschen Welle beklagen haben.

Nun hat die sowjetische „Literaturzeitung“ aus der Feder ihres Kommentators Fjodor Burlatzkij eine Attacke gegen die Deutsche Welle geritten - wobei das Ziel offenbar ist: Die Sowjets wollen die Bonner Regierung (aus deren Haushaltsmitteln der Sender finanziert wird) unter Druck setzen. Das Literaturblatt fordert die Deutsche Welle müsse die offizielle Bonner Ostpolitik widerspiegeln.

So stört es die Sowjets, daß das russische Programm der Welle sich zu viel mit der Sowjetunion und deren Westpolitik befaßt. Als Einmischung charakterisiert Burlatzkij

zum Beispiel ein Programm, dessen Autor „sich mit ungläublicher Keckheit und ziemlicher Unverfrorenheit ein Urteil über höchst wichtige und komplizierte Entwicklungsprozesse der sowjetischen Gesellschaft anmaßt“. Dieser Autor habe die Unverfrorenheit besessen, die Realisierbarkeit des von Gorbatschow verkündeten Wirtschaftsprogramms anzuzweifeln. Das sei „forsch, rücksichtslos und böswärtig“.

Der Sender sei eine der „übelsten Wellen“ und der Leiter ihrer russischen Sendungen, Botho Kirsch, sei einer der „borniertesten Sowjetfeinde“ im Westen. Die Deutsche Welle „hechle fremde Angelegenheiten durch“. Sie wage es, an der sowjetischen Abrüstungspolitik zu zweifeln. Sie behaupte, daß Wirtschaftsreformen in der UdSSR ohne politische Veränderungen denkbar seien (die „Literaturzeitung“ vergißt dabei, daß Gorbatschow das gleiche sagt).

Die sowjetische Führung will keine freie Information ihrer Bürger dulden. Trotz der von Gorbatschow verkündeten „Glasnost“ - also Offenheit und Öffentlichkeit - darf das Informationsmonopol der Kommunisten nicht angetastet werden - deswegen auch die massiven Störversuche gegen die Deutsche Welle, die BBC und die amerikanischen Sender.

CARL GUSTAF STRÖHM Morgen in der WELT: Gespräch mit Deutsche-Welle-Intendant Klaus Schütz



Der friesische Bauer Henning (Hardy Krüger) erfrachtet sich mit Kellnerin Liselotte (Karin Nennemann) beim Bodes FOTO: NDR

Hardy Krüger: Als Schreiber zurück vor der Kamera

Traum vom Doppeldecker

Er war einer der Stars des deutschen Kinos der Nachkriegszeit. Doch seit einigen Jahren hat Hardy Krüger sich rar gemacht. Er schreibt Bücher und will vor allem nach seinen Romanen, nicht mehr nach seinen Film- oder Fernsehrollen beurteilt werden.

Fast 30 Jahre lang hatte der 58jährige Krüger, der in einem wunderschönen Haus in San Bernardino bei Los Angeles lebt, auch Fernsehauftritte gemieden. Mal ein Durbribe hier oder ein kleines Interview dort, aber im übrigen wollte Hardy Krüger mit diesem Medium nichts mehr zu tun haben.

Daß er nun in der ARD-Reihe „Geschichten aus der Heimat“ in dem Film „Sonnenschaue“ sein Fernsehcomeback feiert, ist vor allem dem Umstand zu verdanken, daß Krüger

mit dem alten Vater, der mit ihm auf dem Hof lebt, den Ärger mit den Dorfbewohnern und die Probleme mit der Landwirtschaft. In dieser Geschichte, die in Hardy Krügers alter norddeutscher Heimat spielt, spiegeln sich auch eigene Erfahrungen des Autors wider.

Denn Krüger war selbst ein begeisterter Flieger. Nun aber hat er seinen Pilotenschein zurückgegeben. Mit 58 Jahren, so meint er (im Gegensatz zu Franz Josef Strauß), sei es an der Zeit, vom Selbst-Fliegen nur auf festem Boden zu träumen. Daß er aber dabei sei zu erblinden, war gottseidank eine Zeitungsente.

Offenbar hat Krüger das Wiedersehen mit seiner Heimat Spaß bereitet. Denn er wird wohl im kommenden Jahr noch einmal für die ARD-Serie „Geschichten aus der Heimat“ zur Feder greifen. Er wird gewiß dann auch wieder die Hauptrolle spielen und die Regie wird wieder zusammen mit Christian Gölitz übernehmen.

Und auch das Comeback im Fernsehen war für den „Fas-nur-noch-Autor“ wohl ein durchschlagendes Erlebnis: für das amerikanische Fernsehen steht der blinde Wahlkalfornier als Feldmarschall Rommel vor der Kamera und mit dem NDR hat er einen Vertrag abgeschlossen, eine Folge von 25-Minuten-Sendungen zu machen. Als „Weltenbummler“ wird Krüger unter anderem die Pitcairn-Inseln vorstellen, auf denen einst die Meuterei von der „Bounty“ landete.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF Zum Träumen aber reicht dieses Ungeheim noch allem, und in seinen Träumen vergißt Henning den Streit

Table with columns for ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM, SAT 1, and other channels, listing program titles and times.

KRITIK

Kunst zum Kopfschütteln

Grundmann mußte es ja passieren - ein Videokunst erobert das Fernsehen. Am Dienstag war es im ZDF soweit; Marcel Odenbach präsentierte Die Eisen den Anderen aus seiner Werkstatt. Erst gab es Nouveau Réalisme, und plötzlich war Farbe da (nur gelegentlich verschwand sie wieder). Barockmusik wechselte die Tonspur mit „Dibaduda“ Gilberto. Es waren nämlich auch Aufnahmen aus Südamerika dabei.

Da wurden die sattem bekannten Attacken auf die Selbstgewohnheiten der Zuschauer geritten, und sie, die Attacken, verpufften wirkungslos. Man schüttelte den Kopf - nicht nur, um wach zu bleiben. Die Bilder boten unzusammenhängende Folgen; kramphafte Bemühungen, Assoziations-Potential munter zu machen.

Und wer von diesen Betrachtern der Kunstbemühungen mal im richtigen Kino gewesen war, der konnte auch eine Kronleuchter-Hommage an

Fellini erkennen. Nur daß bei Fellini sich auch das Absurde, wie es sich für die Kunst gehört, folgerichtig entwickelt. Bei Odenbach gab es nur den Versuch einer bildlichen Klammer im Hin und Her des Bildes vom Leuchter und des Händedrückens, mal das Eine, dann das Andere. Ach ja, und da war noch das rote Kisschen, das hin- und hergeworfen wurde. Und am Anfang und am Schluß ein nacktes Mädchen. Mein Deutscherher, der hat uns zu Primärzeiten solcherlei formale Mätzchen einmal beigebracht. Vielleicht sind sie gar notwendig - aber so nackt, so platt? Dagegen ist ja „Dallas“ kinematographisch anspruchsvoll.

Der falsche Vergleich? Wohl kaum. Extreme berühren sich immer. Und wenn das Kunst-Video ins Fernsehen kommt, dann muß es sich mit diesem messen. Und dann lieber Fernsehen, Blöd, was? Aber immerhin auszuhalten. GERHARD CHARLES RUMP

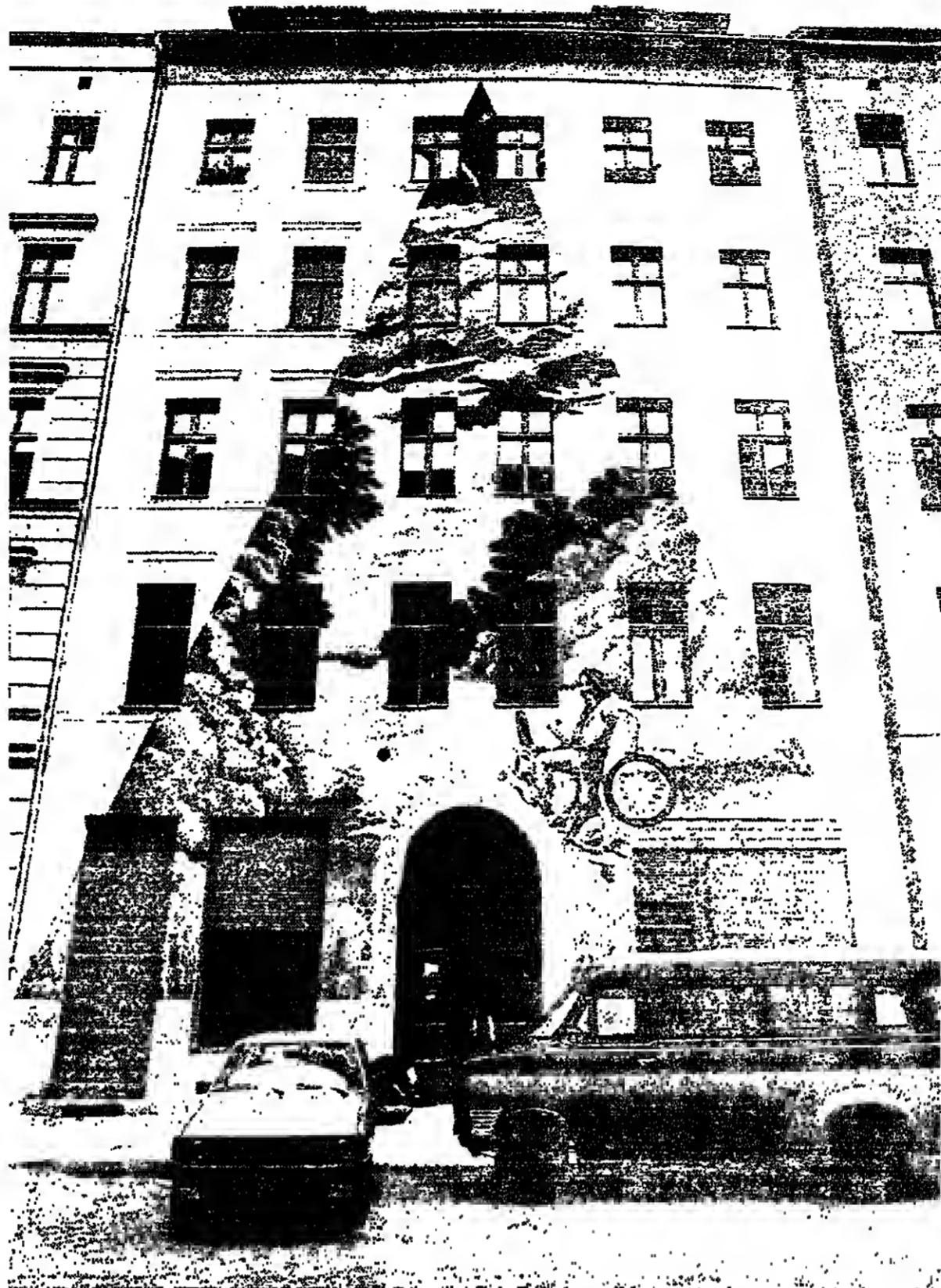






Wünsche wandeln sich schneller als die Märkte

Von PETER GILLIES
Der eigene Herd, der angeblich Goldes wert sein sollte, die eigenen vier Wände, das Häuschen mit Garten - die Metaphern über der Menschen Lust, sich eine Insel der Individualität zu erobern, sind weidlich abgegriffen.



Der Bund fördert Sanierungsmaßnahmen: Haus in Berlins Innenstadt FOTO: OPA

Flächensparendes Bauen setzt sich durch

Kosten- und flächensparendes Bauen hat sich hierzulande durchgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der Arbeitsgruppe Kooperation des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (GWV)...

Wo das Wohnen zu einem Erlebnis wird

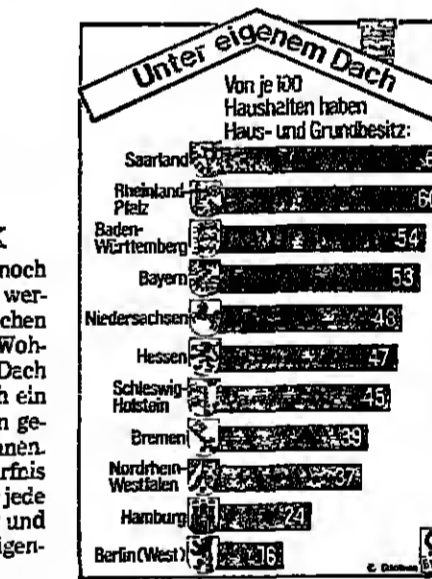
Aufgaben der Städtebaupolitik haben sich gewandelt - In vier Jahrzehnten wurden in der Bundesrepublik 18 Millionen Wohnungen gebaut

Von OSCAR SCHNEIDER
Wohnungs- und Städtebaupolitik stehen heute vor neuen Aufgaben. Die Jahrzehnte der Nachkriegszeit waren bestimmt von den Problemen der Wohnungsmangel, vom Wohnungsneubau stand im Vordergrund.

Der starke Wunsch nach Wohneigentum ist einer der Gründe, warum wir auf absehbare Zeit davon ausgehen können, daß der Neubau noch eine erhebliche Rolle spielen wird.

Familien brauchen mehr Hilfe

Von ALFONS GRAJEK
Weder Massenmietehäuser noch inhärente Betonburgen werden dem Anspruch einer wirklichen Wohnkultur gerecht.



men, zumindest Halbierung vom zweiten Kind an und völliger Verzicht bei drei Kindern.



Oscar Schneider, 59, ist Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Seit 1969 gehört der CSU-Politiker dem Bundestag an.

1983 wollte die Bundesregierung ein deutliches Zeichen für die Stärkung der Städtebaupolitik setzen.

recht mit Wohnraum versorgen können. Um sie muß sich die staatliche und kommunale Wohnungspolitik kümmern.

Alle Maßnahmen, die hier genannt wurden, müssen in ihrem Zusammenwirken dazu beitragen, in den Städten und Dörfern Wohn- und Lebensbedingungen zu schaffen und zu sichern.

Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung wie auch die Verbesserung der steuerlichen Abschreibemöglichkeiten ab 1987 haben dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

# Die Hypothekenbanken rechnen mit einer mäßigen Zinssenkung

Vom verfallenden Ölpreis profitierte auch der inländische Kapitalmarkt

Von HANS W. SCHMIDT  
Das Geschehen am Rentenmarkt, der sich in diesem Jahr mit insgesamt sinkendem Zinstrend von seiner freundlichen Seite zeigte, bestimmt maßgeblich die Kosten der Baufinanzierung mit. Die Hypothekenkonditionen der privaten und öffentlichen Pfandbriefbanken hängen unmittelbar von der Rentenmarktentwicklung ab, die der anderen Baufinanzierer zumindest mittelbar.

Deshalb gelten Prognosen für den Rentenmarkt weiterhin auch für den Hypothekenmarkt. So gesehen, besteht für Hypothekennnehmer kein Anlaß, die Kreditaufnahme weiter zurückzustellen und auf noch deutlich sinkende Zinsen zu hoffen.

Selbst wenn noch eine Zinsermäßigung kommen sollte, wird sie wohl nicht groß sein. Das sollte für Finanzierungsentscheidungen nicht ausschlaggebend sein; die Gefahr des verpassten Zeitpunkts dürfte mehr ins Gewicht fallen. Natürlich liegt es nahe, sich die gegenwärtig niedrigen Hypothekenzinsen fest auf möglichst lange Zeit zu sichern, das heißt auf in der Regel zehn Jahre. Letztlich richtet sich aber die Dauer der Zinsbindungsfrist nach den individuellen Bedürfnissen des Kreditnehmers.

Und nun zum Rentenmarkt: In den ersten Monaten des Jahres 1988 präsentierte sich der Kapitalmarkt, nach einem etwas zögernden Jahresauftakt, durchweg in einer aufgelockerten Vertassung. Das internationale Zinsumfeld wurde in dieser Zeit von einem rasch verfallenden Ölpreis geprägt.

## Sehr günstige Rahmenbedingungen

In den USA fielen die Renditen für 30jährige Staatsstapel innerhalb von wenigen Wochen um fast ein Prozent auf das langjährige Rekordtief von rund 8,6 Prozent am Ende des Monats Februar.

Von dieser Entwicklung profitierte auch der Kapitalmarkt in der Bundesrepublik. Als dann noch Spekulationen auf eine weitere Aufwertung der D-Mark hochkamen, entwickelte sich zeitweilig, vor allem aus dem Ausland, ein regelrechter Nachfragesog

nach deutschen festverzinslichen Wertpapieren. Eine deutlich rückläufige Inflationsrate und weitere Konsolidierungserfolge der Finanzpolitik schufen zusätzliche günstige Rahmenbedingungen für einen weiteren inländischen Zinsabbau. Nach der zweiten Diskontsenkung in den Vereinigten Staaten und in Japan war zunächst die Zinssenkungsphantasie erschöpft.

Jedoch zeigte der Markt Widerstandskraft. Über die Sommermonate hin bildeten sich die Kapitalmärkte zusehends wieder leicht zurück. Der Markt lebte in dieser Zeit nicht zuletzt in der Hoffnung auf eine Diskontsenkung durch die Deutsche Bundesbank, die damit das Signal für eine weitere internationale Zinssenkungsrunde gegeben haben würde. Der Tiefpunkt vom April wurde allerdings im Jahresverlauf nicht mehr erreicht.

Wieder hochkommende Inflationsängste in den USA und die Einsicht, daß die Deutsche Bundesbank die Leitzinsen in naher Zukunft nicht ändern wird, führten Anfang September wieder zu einem leichten Zinsanstieg. In den letzten Tagen hat sich dann das Marktgeschehen erfreulicherweise wieder beruhigt.

Für die Einschätzung der weiteren Zinsentwicklung muß man vom Ausland ausgehende Einflüsse und gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der Bundesrepublik in Rechnung stellen. Gegen weiter sinkende Zinsen im Inland spricht vor allem das starke Wachstum der Zentralbank-Geldmenge; der Zielkorridor ist deutlich überschritten, und das schon über das ganze Jahr 1988 hin.

Die hierin liegende potentielle Inflationsgefahr wird die Bundesbank sehr vorsichtig agieren lassen. Daran wird - nach den deutlichen Worten aus dem Hause der Notenbank - auch der zunehmende politische Druck aus den USA nichts ändern, zumindest vorerst nicht.

Jedenfalls hat die Deutsche Notenbank in dieser Streitfrage die besseren wirtschaftlichen Argumente. Sie kann darauf hinweisen, daß das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland mit zur Zeit 3,5 Prozent international in der Spitzengruppe und vor dem der USA und

Japan liegt. Vor allem kann sie ins Feld führen, daß mit der Verlagerung der wirtschaftlichen Antriebskräfte von der Auslandsnachfrage auf die Binnennachfrage die Konjunktur der Handelspartner über gesteigerte Importe gestützt wird. Sie kann auch fragen, was denn wohl eine Leitzinssenkung um ein halbes Prozent - mehr wäre wirklich nicht drin - schon zugunsten der US-Wirtschaft bewirken könnte. Die Antwort: Nicht mehr als eine Geste.

## Labile Situation in Japan und in den USA

Gegen einen steigenden Zinstrend sprechen zur Zeit ebenso gewichtige Gründe: die günstige internationale Preisentwicklung, die labile konjunkturelle Situation in den USA, wohl auch in Japan, aber auch das Wiedereinfließen der internationalen Schuldenproblematik und die damit einhergehenden Probleme für das amerikanische Bankensystem dürften sich zumindest zinsstabilisierend auswirken.

Diese internationale Perspektive wird durch die anhaltenden überwiegend positiven binnenwirtschaftlichen Gegebenheiten und Aussichten gestützt.

Vieles spricht daher dafür, daß die Zinsen in den nächsten Monaten um die heutige Marke herum schwanken werden. Allerdings sollte man sich auch auf kurzfristige und eventuell sogar recht heftige Ausschläge einstellen.

Solche überraschenden Stimmungsschwünge drohen vor allem durch die ausländischen Marktteilnehmer, die mittlerweile zu einer der wichtigsten Käufergruppen am heimischen Rentenmarkt geworden sind. Sie agieren am Rentenmarkt anders, als wir es bisher gewohnt waren: Weniger das Placement, sondern kaufen und verkaufen, ist ihre Devise.

Ab Spätherbst werden wohl auch die kommende Bundestagswahl und die Lohnrunde 1987 den Rentenmarkt tangieren - wie, das ist nicht vorhersehbar.

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Württembergischen Hypothekenbank AG, Stuttgart

# Experten-Kommission empfiehlt dem Bundestag die Abschaffung von Steuerprivilegien

Von HANS GATTERMANN

Grundsätzliche Skepsis ist geboten, wenn das Steuerrecht in der Bundesrepublik als Instrument zur Verwirklichung anderer politischer Ziele als dem der finanzwirtschaftlich und gesamtwirtschaftlich ausgewogenen Geldbeschaffung zur Finanzierung staatlicher Aufgaben gefragt ist.

Längst allerdings scheinen sich Steuer- und Finanzpolitiker damit abgefunden zu haben, die beste Therapie zur Lösung aller möglichen politischen Probleme seien spezielle Regelungen im Steuerrecht. Der Steuerwirrwarr unserer Tage spricht eine deutliche Sprache.

Die Diskussionen über eine große Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode mit den Schlagworten wie zum Beispiel „Abbau von Steuererleichterungen“, „Verbreiterung der Bemessungsgrundlage“, „so wenig Ausnahmen wie möglich“, „Vereinfachung und Transparenz“ gegen der Hoffnung Nahrung, die Einsicht in eine notwendige Trendumkehr wachse.

Dennoch erwartet wohl niemand, die Steuerpolitik könne gänzlich darauf verzichten, fördernd oder dämpfend in anderen Politikbereichen eingesetzt zu werden - warum nicht auch zur Erfüllung gesellschaftspolitischer Aufgaben im Wohnungs- und Städtebau?

Prinzipieller Steuererleichterung ist ein Instrument, das nicht einmal systemwidrig den Zielen der großen Steuerreform widerspricht. Der Gesetzgeber konnte deshalb folgerichtig mit Wirkung ab 1. Januar 1987 die Besteuerung des Nutzungswerts der vom Eigentümer selbst genutzten Wohnung abschaffen.

Das gesellschaftspolitische Ziel war:

Rückzug des Staates aus dem in der Wohnung manifestierten intimen Lebensbereich des einzelnen und seiner Familie. Erhöhung der Attraktivität der Vermögensbildung in Wohneigentum und Schaffung der Voraussetzungen für zusätzliche individuelle Alterssicherung durch miet- und steuerfreies Wohnen.

Anders ist es jedoch zu bewerten, wenn der Gesetzgeber die zugegeben schwierigen Finanzierungspro-

bleme bei der Stadtsanierung durch Verzicht auf Grunderwerbsteuern in besonderen Fällen erleichtern will. Dieser Plan sollte vereitelt werden, weil es ein erster Schritt wäre, durch Schaffung neuer Ausnahmetatbestände das gelungene Grunderwerbsteuerreformwerk zu durchlöchern. Eine nennenswerte Finanzierungshilfe wäre eine solche Maßnahme ohnehin nicht.

Sehr kritisch ist es auch zu beur-

tes Steuerprivilegs vorgeschlagen

hat. Abschreibungsregelungen scheinen im Wohnungs- und Städtebau noch am ehesten vertretbare Instrumente zur Erzielung gesellschaftspolitischer Zwecke zu sein.

Zwar gilt grundsätzlich, daß steuerliche Abschreibungsfristen dem betriebswirtschaftlichen Werteverzehr zu entsprechen haben. Ohne eine gewisse Typisierung und Pauschalierung wird es aber schon aus zahlreichen verwaltungstechnischen Gründen nicht abgehen.

Wenn man sich dann noch in einem Bereich wie den Wohnungsmärkten und Grundstücksmärkten bewegt, für die je nach Lage und Ausstattung Wertsteigerungen oder Wertverluste und allemal eine unzulängliche Rendite kennzeichnend sind, dann ist es legitim, durch höhere Anfangsabschreibungen

„Schnell-Abschreibungen“ (beispielsweise im Pragraphen 82a ff. DVStG) stimulierend in Marktbeläufel einzugreifen, um Neubauten zu fördern oder zur notwendigen Bestandspflege Modernisierungsinvestitionen zu begünstigen.

Wenn bei dieser Gelegenheit gleichzeitig das allseits bejahte Ziel des Energieeinsparens besonders gefördert wird, ist das aber nur Konsequenz.

Interessanterweise haben wir in den letzten Jahren in der Bundesrepublik erlebt, wie mit steuerlichen Maßnahmen betriebene gesellschaftliche Zielsetzungen plötzlich nicht mehr gelten sollen, wenn die eingetretenen Wirkungen aus einer anderen Zielsetzung heraus nicht mehr erwünscht sind.

Erhöhte Abschreibungen, sofortiger Werbungskosten-Abzug in Verbindung mit sehr hohen Finanzierungskosten bewirken zwar eine beachtliche Neubauproduktion und einen erheblichen Modernisierungsschub, das war aber plötzlich in den Erscheinungsformen des Baubertramodells oder des Erhaltungsmodells verteilungspolitisch unerwünscht.

Deshalb wurden dagegen andere steuerpolitische Instrumente, nämlich die Verschiebung des Ansatzes von Verlusten im Rahmen der Einkommensteuer-Voraussetzung (Paragraf 37 Abs. 3 EStG) und die Abschaffung der Mehrwertsteuer-Option eingesetzt, und wieder zeigte sich: Wer sich auf den Pfad sektoraler und gruppenspezifischer steuerlicher Regelungen begibt, landet im Lahyrinth.

Vergleichsweise übersichtlich ist die steuerpolitische Einflußnahme auf den Wohnungs- und Städtebau, wenn einheitlich für bestimmte Aufwendungen der privaten Lebensführung Sonderausgaben oder vergleichbare Abzüge anerkannt werden. Für den Bereich des selbstgenutzten Wohneigentums ist dies durch die Grundförderung und das Baukindergeld geschehen.

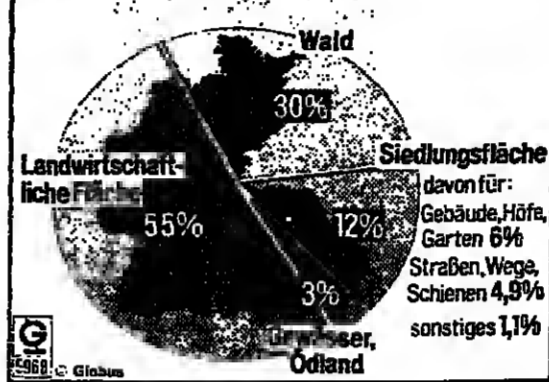
In der Wohnungs- und Städtebaupolitik sind auch in der Zukunft vielfältige gesellschaftspolitische Aufgaben zu erfüllen. Das steuerpolitische Instrumentarium ist aber zu deren Erfüllung weitgehend untauglich. Geeignete Mittel wie prinzipieller Steuererleichterung, klare Sonderausgaben-Vorschriften für alle oder großzügige Abschreibungsbestimmungen ebenfalls für alle sind jedoch teuer und haben gelegentlich auch nicht gewollte unerwünschte Nebenwirkungen.

Feinststeuerung führt aber unweigerlich zu dem Chaos komplizierter Regelungen und bleibt in ihren Wirkungen auch noch fragwürdig. Diese Gratwanderung bleibt dem Steuerpolitiker nicht erspart, wenn er sich auf den gefährlichen Weg begibt, gesellschaftspolitische Ziele anzustreben. Das gilt auch für den Wohnungs- und Städtebau.

Der Autor ist Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

## Der Umgang mit unserem Boden

Von der Fläche der Bundesrepublik = 248 694 qkm sind:



teilen, wenn - wie bei der weitgehenden Steuerbefreiung gemeinnütziger Wohnungsunternehmen - steuerbefreite und steuerpflichtige Unternehmen in vergleichbaren Marktsegmenten konkurrieren müssen. Die gesellschaftspolitische Zielsetzung, mit Hilfe des Steuerprivilegs für gemeinnützige Unternehmen die Versorgung leistungsschwacher Bevölkerungsgruppen mit „gesunden Kleinwohnungen“ sicherzustellen, setzt eine saubere Trennung der Marktsegmente voraus.

Die aber wollen wir heute aus vielerlei gesellschaftspolitischen Überlegungen heraus nicht mehr!

Es ist deshalb folgerichtig, wenn die Sachverständigen-Kommission beim Bundesminister der Finanzen eine weitgehende Abschaffung die-



„Aus alt mach neu“ - ein Programm der WestLB.

Sie haben die Idee, wie man aus der alten Fabrik in der Stadt etwas Neues machen kann: Ingenieurbüros, Atelierwohnungen, eine moderne Produktionsstätte zum Beispiel. Denn die Stadt-lage hat handfeste Vorteile: kurze Wege,

enge Kontakte, Nähe zum Markt. Der Nutzen gegenüber einem Start auf der grünen Wiese ist offensichtlich. Für solche Fälle haben wir ein Programm. Wir beraten Sie über alle Finanzierungsmöglichkeiten im Zusammenhang

mit Ihrem Bauvorhaben. Und wir prüfen, welche öffentlichen Fördermittel Ihre Investition erleichtern. Außerdem bieten wir Ihnen die Möglichkeit der Eigenkapitalfinanzierung: über unsere Tochter, die Westdeutsche

Kapitalbeteiligungsgesellschaft, kurz WestKB. Sprechen Sie mit unserem Bau-Kundenbetreuer. Er koordiniert alles für Sie und erarbeitet Ihnen ein passendes Konzept. Damit Ihre Idee einen guten Start erwischt.

**WestLB**  
Die Bank Ihrer Initiativen.  
Westdeutsche Landesbank Girozentrale  
Düsseldorf, Münster, Bielefeld,  
Dortmund, Essen, Köln, Frankfurt.

# Wenn Mieter mit Eigenmitteln ihren Wohnkomfort erhöhen

37 Prozent der 14 Millionen Mietwohnungen haben weder Bad/WC noch Sammelheizung

Von FRIEDRICH MALZ

Die Erneuerung, Erhaltung und Pflege unserer Städte, Siedlungen und insbesondere ihres Wohnungsbestandes bleiben eine Daueraufgabe. Dieses Tätigkeitsfeld hat sich zwar in den letzten zehn Jahren immer mehr von großflächigen Sanierungen hin zur Gebäude- und Wohnungsmodernisierung sowie zur unmittelbaren Wohnumfeldverbesserung verlagert. Doch haben nach wie vor bundesweit 37 Prozent der insgesamt 14 Millionen Mietwohnungen weder Bad/WC noch Sammelheizung.

Bei rund sieben Millionen Wohnungen entsprechen Grundriß, sonstige Ausstattung, Haustechnik oder Bausubstanz nicht mehr heutigen Bedürfnissen und Standards. Dieser große Nachholbedarf in der Wohnungsmodernisierung wächst zudem ständig durch den Altersungsprozess der Wohngebäude. Aus städtebaulicher Sicht wird beklagt, daß insbesondere ältere und lebenswerte Wohnquartiere sich qualitativ verschlechtern, weil unzureichende Investitionen in der Wohnungsmodernisierung getätigt werden.

Soweit die Eigentümer die Modernisierung nicht durchführen können und wollen, sind aber häufig die Mieter daran interessiert, die von ihnen genutzte Wohnung auf den gewöhnlichen und zeitgemäßen Ausstattungsstandard zu bringen. Das ist seit 1983 rechtlich problemlos möglich, soweit sich Vermieter und Mieter einvernehmlich zu entsprechenden baulichen Maßnahmen entschließen. Die bis dahin herrschende Rechtsunsicherheit bei mietersseitigen Modernisierungen ist durch eine vom Bundesjustizministerium herausgegebene Mustervereinbarung, die als Zusatz zum Mietvertrag tritt, behoben. Sie ist

kostenlos beim Bundesjustizministerium erhältlich.

In verschiedenen Großstädten wird diese „Mieter-Modernisierung“ auch durch kommunale Mittelbereitstellung unterstützt. Ein Anruf beim Amt für Wohnungswesen kann hier Klarheit schaffen. Einen weiteren Anreiz für den Mieter bietet die Möglichkeit der steuer- und prämienschädlichen Verwendung von Bausparmitteln bei einer einvernehmlich zwischen Hauseigentümer und Mieter zustande gekommenen Modernisierung.

Immerhin fließen nach Auskunft der Bausparkassen rund drei Prozent der für Modernisierung bereitgestellten und ausbezahlten Darlehen und Mittel an von Mieter veranlaßte bauliche Maßnahmen. Nach offiziellen Schätzungen werden jährlich rund 250 000 Wohnungen auf diesem Wege modernisiert. Angesichts des unverändert hohen Nachholbedarfs bleibt es wünschenswert, daß die Hauseigentümer auch auf diese Möglichkeit der Verbesserung und Erhaltung ihrer Vermögenswerte zurückgreifen.

Beim partnerschaftlichen Zusammenwirken von Hauseigentümer und Mieter, von Vermieter- und Mietergemeinschaft stehen vornehmlich bauliche Maßnahmen an zur Verbesserung

- des Zuschnitts der Wohnung und der Funktionsabläufe innerhalb derselben,
- der Belichtung und Belüftung,
- des Schallschutzes und der Wärmedämmung,
- der Energie- und Wasserversorgung sowie
- der sanitären Einrichtungen.

Die Maßnahmen können sich auch auf die Verbesserung des Wohnumfeldes und, soweit sich mehrere Eigentümer daran beteiligen, auf einen

ganzen Wohnblock und dessen Wohnumfeld erstrecken.

Bei der Modernisierung durch den Mieter ist nicht nur an Maßnahmen zu denken, die der einzelne Mieter oder alle Mieter gemeinsam in baulicher Selbsthilfe oder durch Vergabe von Bauleistungen erbringen, sondern vor allem auch an die finanzielle Beteiligung des Mieters an den Maßnahmen des Vermieters.

Richtig gestaltet sind solche baulichen Maßnahmen und Finanzierungsbeträge ein Mittel, die nachhaltigen Wohnkosten-Belastungen des Mieters bei steigendem Wohnwert niedrig zu halten, dem Vermieter seinen Hausbesitz und seine Vermögenswerte langfristig zu sichern.

Diese wirkungsvolle Ergänzung zur Erhaltung und Pflege des Wohnungsbestandes sowie des Stadtbildes ist mithin eine flankierende Maßnahme zur gesamten Stadterneuerung. Das Städtebauministerium in Bonn hat diese Form der Bestandserhaltung seinerzeit mit auf den Weg gebracht, das gilt für die Lösung der Rechtsfragen und die Fördermodalitäten gleichermaßen.

Ein vom Institut herausgegebener Ratgeber „Wohnungsmodernisierung durch den Mieter“ bringt Licht in das Gewirr möglicherweise auftretender Fragen. Die Broschüre unterrichtet umfassend über die rechtlichen Instrumente und die finanziellen Anreize, und zwar sowohl über die einzelnen baulichen Modernisierungsmaßnahmen, die der Mieter selbst durchführt, als auch über Maßnahmen, in denen er sich durch Zahlung eines Beitrages an den Hauseigentümer beteiligt.

Der Autor ist wissenschaftlicher Referent am Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparen, Bonn.

# Leichtes Aufatmen bei den Bausparkassen

In den Chefetagen der 31 deutschen Bausparkassen haben sich die Mienen wieder etwas aufgehellt. Seit gut einem Jahr ist es mit der geschäftlichen Flaute vorbei. Zumindest im Neugeschäft, also dem Abschluß neuer Bausparverträge, gab es einen spürbaren Ruck. Die Zeichen stehen wieder auf Wachstum. So signalisierte die 18 privaten Bausparinstitute für die erste Jahreshälfte 1986 gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres 8,7 Prozent mehr Neuverträge über 25,3 Milliarden Mark Bausparsummen (plus 9,4 Prozent).

Ähnliche Zuwachsraten vermelden die 13 Landesbausparkassen, die als öffentlich-rechtliche Institute zum Sparkassen-Lager gehören: Sie verbuchten in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres neun Prozent mehr Neuverträge mit um sieben Prozent gestiegenen Bausparsummen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dieses Schönwetter-Klima weiter anhält, wogleich die Qualität eines Bausparjahrgangs entscheidend erst durch das Jahresrückgeheft, also in den letzten Wochen vom Jahresrückgeheft, geprägt wird. So, wie die Dinge liegen, haben die verbesserten konjunkturellen Rahmenbedingungen, nämlich Preisstabilität, überwiegend rückläufige Baulandpreise sowie die Zunahme bei den Realeinkommen, nunmehr positiv auch auf das Bauspargeschäft durchgeschlagen.

Erkennbar wurde der Wandel bereits in der Güte des Bausparjahrgangs 1985: Alle deutschen Bausparkassen zusammen kamen im vergangenen Jahr, das noch durch eine schwache erste Hälfte gekennzeichnet war, sozusagen im Schlußspurt dann doch noch mit rund 2,6 Millionen Neuverträgen über Bausparsummen von 78,7 Milliarden Mark auf Zuwächse von 3,3 beziehungsweise 5,1 Prozent. Die Bausparbranche hält sich dabei zugute, den Klimaumschwung zu einem beträchtlichen Teil durch ihre Innovationen und Kreationen auf dem Sektor der Tarifgestaltung und der Verbundfinanzierung wesentlich mitgefördert zu haben. Mit viel Werbegetrommel wurden und werden neue Tarife oder Finanzierungsangebote wie zum Beispiel Dispo 2000, Bonus-Tarif, Rendite-Sparprogramm und vieles andere mehr auf die Bundesbürger losgelassen, eine Flut, die selbst manchen Bausparfachleuten die Übersicht verschwimmen läßt.

Letzten Endes bewies sich freilich erneut die alte These, daß dem jeweiligen Vorreiter alle anderen Bausparinstitute früher oder später mit gleichen oder leicht modifizierten Tarifangeboten folgen. Der scharfe Wettbewerb unter den Kassen sorgt schon dafür.

Und nicht nur unter den Bausparkassen tobt ein heftiger Konkurrenzkampf. Längst hat der gesamte Bankensektor das Feld der Baufinanzierung entdeckt und fährt - wie auch die Versicherungen - den Spezialinstituten, also neben den Hypothekenbanken immer stärker auch den Bausparkassen, mit attraktiven Programmen in die Parade. So mußten die Bausparkassen zusehen, wie insbesondere im Schnellspar- und finanzierungsbereich im Zuge der allgemeinen Zinsenanstiegstendenz an den Märkten die Banken ihnen potentielle Kundenschaft ausspannten.

Beschwichtigend wird von den Bausparkassen darauf verwiesen, daß sich damit die Struktur des Geschäftes verbessere. In der Tat bekommt dem Bausparen als kollektivem Sparform die längerfristige Note auch besser. Wie auch die „Blutaufrischung“ im Bestand durch den steigenden Anteil junger Bausparer nur von Vorteil sein kann. Dies kann jedoch nicht überdecken, daß sich

die Branche nach wie vor mit einem schwerwiegenden Problem konfrontiert sieht: Dies ist die praktisch seit Beginn der achtziger Jahre anhaltende Schrumpfungstendenz bei Spargeldzugang, wogleich sie sich zuletzt etwas abgeflacht hat.

Nicht von ungefähr bekommt denn auch der Gesetzgeber von den Bausparinstituten permanent die Forderung zu hören, die staatlichen Vergünstigungen für das Bausparen zu verbessern, um auf diese Weise dem Bausparleiß vielleicht zusätzliche Impulse zu geben.

Zwar konnten in den vergangenen Jahren die gewachsene Tilgungsleistungen die abgesackten Spargeldzuflüsse in etwa ausgleichen. Dies reichte allerdings nicht aus, die Wartezeiten bis zur Zuteilung zu halten. Die Wartezeiten insbesondere für den eiligen Bausparer, der auf einen Schlag beispielsweise 50 Prozent der Bausparsumme als Sparleistung einbezahlt und auf alsbaldige Zuteilung hofft, haben sich in den zurückliegenden Jahren beträchtlich verlängert. Aber auch für den sogenannten Regelsparer, der durch sporadische Sonderzahlungen das Zuteilungstempo zu beschleunigen versucht, ergaben sich vielfach von ihm nicht einkalkulierte und deshalb ärgerliche, da verlängerte, Wartezeiten.

Inzwischen haben es die meisten Bausparinstitute geschafft, bei den sogenannten Standardtarifen - die neuen Tarifangebote verweisen die weiterhin vorhandene Problematik etwas - zu einer Stabilisierung der Zuteilungsfristen zu kommen. Zu diesem Zweck mußten auch außerkollektive Mittel mobilisiert werden, die natürlich die Ertragsrechnung stärker beanspruchten.

Dies wiederum ist ein Handicap bei der Bildung einer angemessenen Eigenkapitaldecke. So wird man denn sicherlich auch weiterhin da-

mit rechnen können, daß die Bausparkassen, um nicht eine unheilvolle Schraube in Gang zu setzen, zu weiterer Phantasie in Sachen Finanzdienstleistungen angespornt bleiben.

Wenn sie es wohl auch ungern einräumen, so sitzen den Bausparkassen-Managern doch zwei Seelen in der Brust: Zum einen kommt es letztlich auch ihrem Geschäft zugute, daß das derzeit verhältnismäßig niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt die Klimaverbesserung am Wohnung- und Baumarkt fördert. In Anbetracht der relativ stabilen Konjunktur- und Arbeitsmarktlage und erstmals wieder spürbar werdende realen Einkommensverbesserungen fällt der da und dort zu nächst zurückgehaltene Entschluß nun vielleicht doch leichter, an die Realisierung des Bau- oder Kaufwunsches zu gehen.

Sollte sich jedoch der Zinstrend irgendwann einmal wieder umkehren und in die andere Richtung zeigen, dann würden die Vorteile des zinsgünstigen Bauspardarlehens wieder stärker zu Buche schlagen, auch wenn Zinssteigerungen insgesamt nicht gerade positiv auf die Baukonjunktur ausstrahlen und von den Bausparkassen deshalb eigentlich nicht herbeigewünscht werden sollten.

Das Vertrauen, das der Bundesbürger in die Funktionstüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Bausparkassen setzt, ist enorm: Rund 17 Millionen Bausparer sind es, die Ende letzten Jahres 24,5 Millionen Bausparverträge über eine Bausparsumme von insgesamt fast 850 Milliarden Mark unterhielten. Dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen und immer neue Sparer für diese Zwecksparkform zu gewinnen ist eine große Aufgabe, der sich die Branche immer wieder stellen muß. WERNER NETZEL

# Ohne kommunalen Einsatz ist keine bessere Infrastruktur möglich

Gemeinden wird eine ausreichende Grundstücksverratspolitik empfohlen

Von ROLF SCHOECK

Bei der Verbesserung der städtebaulichen Infrastruktur müssen private Initiative, kommunales Engagement und staatliche Förderung zusammenwirken. Kommunale Investitionen sollen die Rahmenbedingungen schaffen, insbesondere für den Wohnungsbau, die Wohnungsmodernisierung und für die Erhaltung und Neuanmietung von Gewerbebetrieben.

Zur Finanzierung dieser Vorhaben ist es notwendig, Mittel aus den einzelnen staatlichen Förderprogrammen einzusetzen und unter Berücksichtigung der außerdem benötigten Fremdmittel Gesamtfinanzierungen mit einer tragbaren Belastung sicherzustellen. Dabei müssen die an der Förderung mitwirkenden staatlichen Stellen, die Kommunen als Planungsträger und als Investoren sowie private Bauherren und Investoren zusammengeführt werden.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LKB), die im Jahr 1972 zur Unterstützung des Landes Baden-Württemberg bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben errichtet wurde, mißt aufgrund ihrer Erfahrungen dem koordinierten Einsatz von Fördermitteln besondere Bedeutung zu.

Neben Förderaufgaben für den Wohnungsbau und die gewerbliche mittelständische Wirtschaft führt die Bank seit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes die bankmäßige Abwicklung der Einzelprogramme zur Stadterneuerung durch.

Im Rahmen dieser bankmäßigen Abwicklung legt sie aufgrund der Bewilligungsbescheide die entsprechenden Konten an, nimmt Auszahlungsanträge entgegen, ruft die für die Auszahlung erforderlichen Bundes- beziehungsweise Landesmittel ab und vollzieht die Auszahlung. Insgesamt betreut die LKB in diesem Zusammen-

hang einen Kapitalbestand von über 3,2 Milliarden Mark.

Ihre Übersicht über die verschiedenen für die Stadterneuerung relevanten Förderprogramme ebenso wie über die Entwicklungen der Finanzmärkte ermöglicht der Bank eine umfassende Beratung von Kommunen und privaten Investoren.

Eine der Hauptaufgaben der kommunalen Entwicklungspolitik und damit auch der Stadterneuerung liegt in der Bereitstellung baureifen Geländes für Bauwillige. Über den Rahmen der Bauleitplanung hinaus kann eine Kommune die städtebauliche Entwicklung um so mehr beeinflussen, als sie selbst Eigentümer baureifer Grundstücke ist. Sie benötigt diese Grundstücke insbesondere

- für den Bau eigener Infrastruktureinrichtungen,
- zur Abgabe an Investoren, deren Vorhaben sie unterstützen will,
- als Tauschgelände, zum Beispiel bei der Verlegung störender Betriebe.

Voraussetzung für eine solche Gestaltung der städtebaulichen Infrastruktur durch die Gemeinde ist eine aktive kommunale Grundstücksverratspolitik. Die Gemeinde muß dazu in der Lage sein, sich bietende Gelegenheiten zum Ankauf von Grundstücken zu nutzen und diese Grundstücke dann bis zu dem für die Verwendung vorgesehenen Zeitpunkt vorzuhalten.

Eine solche Grundstücksverratspolitik wird eine Gemeinde nur betreiben, wenn nach einiger Zeit angemessene Einnahmen zu erwarten sind, zum Beispiel durch den Weiterverkauf der erworbenen und erschlossenen Baugrundstücke oder durch die Auszahlung von Fördermitteln. Gleichwohl muß die Gemeinde während der Dauer des Vorhaltens der Grundstücke Fremdmittel aufnehmen und finanziell verkaufen, was letztlich häufig zu einer Ein-

schränkung oder Verschiebung anderer kommunaler Investitionen führt.

In dieser Situation hat sich die im Jahr 1981 von der LKB als rechtlich unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtete LKB-Kommunal-Finanz bewährt. Aufgrund eines zwischen Gemeinde und dem Institut abgeschlossenen Vertrags übernimmt die Kommunal-Finanz auftragsgemäß Finanzierungen von Grundstückskäufen, Erschließungen und kommunalen Baumaßnahmen. Die Gemeinde bleibt dabei uneingeschränkt Herr des Verfahrens.

Das Institut wird nur im Auftrag der Kommune tätig und übernimmt die Zahlung der Kosten für die entstandenen Aufwendungen. Eingehende Beträge, wie Verkaufserlöse, Erschließungsbeiträge oder staatliche Zuschüsse, überläßt die Gemeinde der Kommunal-Finanz zum Ausgleich für die vom Institut geleisteten Zahlungen.

Die Gemeinde belastet damit ihren Haushalt nach Abrechnung der Maßnahme lediglich noch mit etwa verbleibenden Nettobeträgen. Werden bei einer Maßnahme Überschüsse erzielt, führt das Institut diese an die Gemeinde ab. Die Gemeinde kann somit unter Nutzung aller Förder- und Finanzierungsinstrumente Grundstücksverratspolitik betreiben, ohne ihre finanziellen Spielräume einzuzengen und ohne andere Maßnahmen zugunsten der Bodenpolitik einschränken zu müssen.

Seit seinem Bestehen hat das Institut im Auftrag baden-württembergischer Städte und Gemeinden in über 350 Fällen Maßnahmen der städtebaulichen Infrastruktur mit einem Volumen von über 550 Millionen Mark übernommen.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Landesbank Baden-Württemberg, Karlsruhe.

# Neue Leitbilder der Wohnungspolitik

Versorgung und Eigentum im Widerstreit? - Trend zum Eigenheimbau erwartet

Auf dem diesjährigen Königsteiner Gespräch des Städtebauministeriums (Bonn) vertrat der Direktor des Instituts, Martin Oschmann, folgende Thesen:

• Die Wohnversorgung in der Bundesrepublik sei gegenwärtig durch einen Widerspruch gekennzeichnet: Einerseits sei der Wohnungsmangel global überwunden, andererseits gebe es lokale und schichtspezifische Mangellagen, welche die Träger der staatlichen Wohnungspolitik zum Eingreifen zwängen. Zweifelhaft sei nun, ob dafür eine besondere Förderung des Neubaus notwendig sei, zumindest mittelfristig nach Meinung Oschmanns auch weitere Möglichkeiten der Wohnungsbestandspolitik ausgeschöpft werden.

• Der Mietwohnungsbau, einschließlich des Baues von Eigentumswohnungen zur Kapitalanlage, werde wahrscheinlich noch weiter zurückgehen. Dafür werde der Eigenheimbau, besonders als Bau von Einfamilienhäusern, jedenfalls anteilig am ge-

samtan Wohnungsbau, noch zunehmen.

• Im wesentlichen entscheide die Wohnkaufkraft des Investors über die Investition, auch im Wohneigentum, das heißt seine Fähigkeit, das nötige Eigenkapital aufzubringen und nachhaltig die Lasten aus dem Objekt zu tragen. Beides sei jedoch abhängig von der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Meinung des Investors darüber, beide bestimmten gerade nach Beseitigung des globalen Wohnungsmangels wesentlich das Ausmaß der Wohnungsnachfrage allgemein und der Nachfrage nach Wohneigentum im besonderen (damit auch den Wohnungsbau).

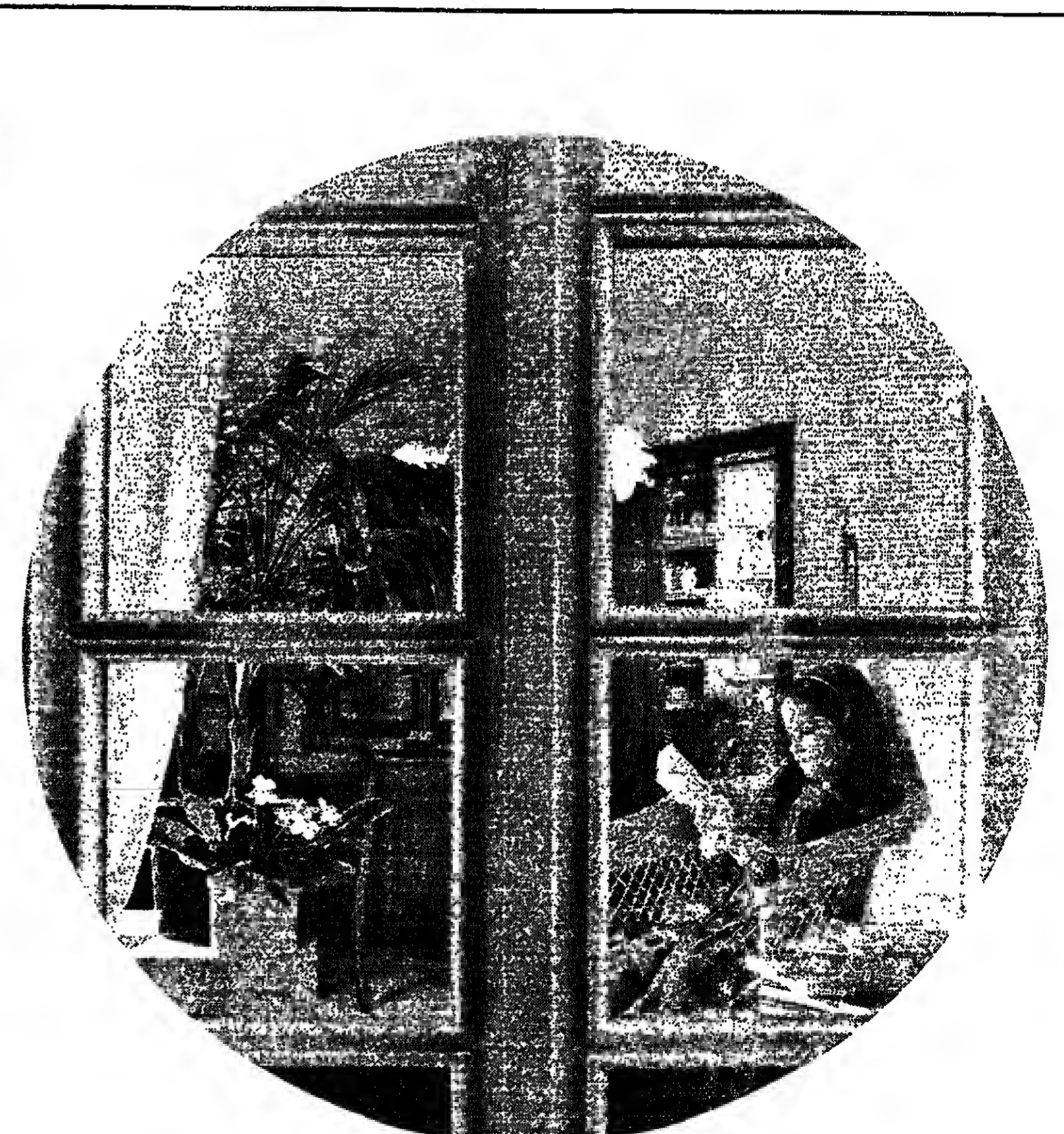
• Dabei stehe das neugeschaffene Wohneigentum jedoch im Wettbewerb einerseits mit anderen Vermögensanlagen, der um so schärfer sei, je besser der Haushalt des Investors mit Wohnraum versorgt ist, und mit dem Angebot an vorhandenem Wohneigentum. Bei diesem dürfe nicht nur an das Angebot an Eigentumswohnungen aus der Umwand-

lung von Mietwohnungen oder an ursprünglich zur Kapitalanlage bestimmten Wohnungen gedacht werden.

• Die Konkurrenz des Angebots an gebrauchtem Wohneigentum mit dem Neubau werde sich weiter verschärfen. Der Erwerb aus dem Bestand vergrößere das Wohnangebot jedoch nur begrenzt.

• Die verstärkte Konkurrenz des Angebots an gebrauchtem Wohneigentum habe auch wesentliche Konsequenzen für die Preisbildung im Neubau. Jedenfalls dürften die Kosten der Bauherren in Zukunft nicht mehr so leicht wie bisher an die Endverbraucher des Wohneigentums weitergegeben werden können.

• Auch wenn der Wohneigentümer, insbesondere der Eigenheimer, Fragen der dauernden Vermietbarkeit seines Objekts nicht zum ausschlaggebenden Kriterium seiner Entscheidungen mache, so werde er doch wesentlich darauf abstellen, daß seine Investition auf die Dauer nicht an Wert verliere. (WZ)



# Die schönste Form von Eigentum ist das eigene Heim.

Wohneigentum zählt sicher zu den schönsten Formen der Geldanlage, weil man diese Art der Investition im wahrsten Sinne des Wortes erlebt. Da sieht man, was man hat und später einmal haben wird: als sinnvolle Ergänzung der Altersversorgung zum Beispiel. Wichtig ist beim Finanzieren der erfahrene Partner. Und richtig der Grundsatz, erst mal mit der Sparkasse zu sprechen.

Sie können auf den Service Ihrer Sparkasse bauen. Auf die Empfehlung Ihres Geldberaters, der alle Varianten kennt und bei Bedarf kombiniert finanziert: Sparkasse und LBS. Beides zusammen führt zu einer zeit- und nicht selten auch kostensparenden Finanzierung aus einer Hand. Damit Ihre Rechnung wirklich aufgeht:

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über die Baufinanzierung.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse

## Instandsetzung ist auf dem Vormarsch

Privateigentum soll auch weiter gefördert werden

Von WALTER ENGLERT

Die „neue Wohnungsnot“, die Anfang der 80er Jahre konstatiert wurde, verschwand ebenso rasch, wie sie aufgetaucht war. Die Wohnungslage von 1985, publizistisch wirksam aufgebauscht, sind inzwischen wieder geschrumpft. Eine so rasche Abfolge von völlig konträren Lagebeurteilungen wäre ohne das Fehlen einer aktuellen und akzeptierten Datenbasis wohl kaum denkbar gewesen. Heute, noch immer ohne Daten, aber immerhin mit der Hoffnung auf die Volkszählung 1987, kann man davon ausgehen, daß die Wohnungssituation in der Bundesrepublik wohl ausgeglichen ist.

Unbestritten sind gleichzeitig die Disparitäten räumlicher und sachlicher Art – aber auch zielgruppenbezogen – die noch abzudecken sind. Mit der veränderten Wohnungsmarktsituation hat sich gleichzeitig ein Wandel im wohnungspolitischen Zielsystem ergeben. Im Vordergrund stehen heute nicht mehr Mengeneffekte, sondern strukturelle Zielsetzungen wie die Förderung des privaten Wohneigentums und die Einflußnahme auf räumliche Entwicklungen, also die Stadtentwicklung.

Förderung des privaten Wohneigentums, von der Bundesregierung in der Regierungserklärung als ausdrückliches Ziel genannt, bedeutet dabei unter den heutigen Bedingungen bereits zu einem erheblichen Teil Förderung des Wohnungsbestandes. Denn Wohneigentum wird – begünstigt durch die Ausdehnung des Paragraphen 7 b EStG und der Grunderwerbsteuerbefreiung auf den Gebrauchswohnungserwerb –, in immer stärkerem Maße aus dem Bestand erworben.

Die Umsätze im Gebrauchswohnungsmarkt dürften heute kaum noch unter denen des selbstversorgerrischen Neubaus liegen. Gleichzeitig – und das ist noch wichtiger – ist mit dem Erwerb eines gebrauchten Eigenheims oder einer Eigentumswohnung in aller Regel eine grundlegende Instandsetzung oder gar Modernisierung verbunden. Dies schlägt sich auch bereits in der Baustatistik nieder. Schon seit Jahren entwickeln sich die Investitionen im Wohnungsbestand wesentlich günstiger als der Neubau. Der Anteil der Bauleistungen an bestehenden Gebäuden hat in den letzten Jahren rasch zugenommen und liegt derzeit bei etwa einem Drittel der Bauleistungen. Im internationalen Vergleich ist dieser Wert allerdings immer noch bescheiden.

### Abschreibungsparagraf wurde erweitert

Städtebaupolitik, über Jahrzehnte hinweg im Schatten der sozial- und konjunkturpolitischen Ausrichtung des Wohnungsneubaus, gewinnt als eigenständiges wohnungspolitisches Instrument zunehmend an Bedeutung. Verdeutlicht wird dies durch die Verdreifachung des Verpflichtungsrahmens des Bundes für die Städtebauförderung in den Jahren 1986 und 1987.

Gleichzeitig hat sich aber auch das Verständnis der Stadtsanierung in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Während früher großflächige

Sanierung und Abriss im Mittelpunkt standen, liegt heute das Gewicht auf Instandsetzung und Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz. Die Erhöhung der Bundesmittel für die Städtebauförderung hatte insofern Signalwirkung, als bewußt auf eine zusätzliche Förderung des Wohnungsbaus in Form früherer Konjunkturprogramme zugunsten des Wohnungsbestandes verzichtet wurde.

An Stelle einer undifferenzierten Modernisierungsförderung – etwa das „Fensterprogramm“ mit seinen erheblichen Mitnahmeeffekten –, wurden außerdem mit der Erweiterung der Abschreibung nach Paragraph 82 a EStDV auf den Einbau von Heizungs- und Warmwasseranlagen in ältere Gebäude gezielt solche Bestandsverbesserungen honoriert, die auch aus umwelt- und energiepolitischen Gründen sinnvoll sind.

### Eigeninitiative ist unverzichtbar

Die Gründe, die für eine weitere nachdrückliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums sprechen, gerade auch im Rahmen der Überlegungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, haben in den letzten Jahren eher an Gewicht gewonnen.

Familie und eigenverantwortliche Altersvorsorge, beides Begriffe, die im unmittelbaren Umfeld des Eigenheims angesiedelt sind, werden wieder häufiger – und sorgenvoller – in der politischen Diskussion aufgegriffen. Die Städtebaupolitik besitzt die Instrumente, mit denen die Wohnungsbildung in Zukunft räumlich sinnvoller gesteuert werden kann. Ein attraktives innerstädtisches Umfeld fördert die Bereitschaft, dort zu investieren – und nicht nur dies, wer in den eigenen vier Wänden wohnt, hat auch ein starkes persönliches Interesse, diese zu erhalten und ansprechend zu gestalten.

Ohne diese Eigeninitiative als Triebfeder ist Stadterneuerung unter den heutigen Gegebenheiten undenkbar. Für den Staat bedeutet sie ein Stück Stadterneuerung zum Nulltarif.

Daß deswegen bei der Gewichtung der künftigen strukturellen Ziele der Städtebaupolitik die Förderung der Wohneigentumsbildung vorrangig sein muß, bedarf keiner Erläuterung. Nur wenn das Potential derer, die in der Lage sind, sich den Wunsch nach Wohneigentum zu erfüllen, ausreichend groß ist, kommt der Gesichtspunkt der räumlichen Steuerung voll zum Tragen. Hier ist noch viel zu tun.

Die Eigentumsquote in der Bundesrepublik hat sich zwar bis heute kontinuierlich auf über 40 Prozent erhöht. Träger des Wachstums waren jedoch in erster Linie die Haushalte der „oberen“ Einkommensgruppen, wo die „Zielquote“ der Bundesregierung von 50 Prozent schon erreicht sein dürfte. Ein weiteres Ansteigen der Quote ist deswegen nur dann zu erreichen, wenn zusätzliche Haushalte der unteren Einkommensschichten Hilfestellung zur Erlangung der Eigenheimreife bekommen.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender des Deutschen Volksheimstättenwerkes, Bonn



Verkehrsberuhigte Straßen sollen die City für Bürger wieder attraktiver machen

FOTO: DIE WELT

## Wie die Wohnqualität verbessert werden kann

Verkehrsberuhigung als Mittel der Stadterneuerung – Aus den Empfehlungen der Bundesregierung an die Kommunen

Von PETER ROHLAND

Wohnfeldverbesserung durch Beruhigung des Verkehrs ist eine der wichtigsten städtebaulichen Aufgaben. Wir müssen in den Wohngebieten die Straßen grundlegend verändern, um Wohnlichkeit und Stadtbild deutlich zu verbessern.

Ohne diese Eigeninitiative als Triebfeder ist Stadterneuerung unter den heutigen Gegebenheiten undenkbar. Für den Staat bedeutet sie ein Stück Stadterneuerung zum Nulltarif. Daß deswegen bei der Gewichtung der künftigen strukturellen Ziele der Städtebaupolitik die Förderung der Wohneigentumsbildung vorrangig sein muß, bedarf keiner Erläuterung. Nur wenn das Potential derer, die in der Lage sind, sich den Wunsch nach Wohneigentum zu erfüllen, ausreichend groß ist, kommt der Gesichtspunkt der räumlichen Steuerung voll zum Tragen. Hier ist noch viel zu tun.

Die Eigentumsquote in der Bundesrepublik hat sich zwar bis heute kontinuierlich auf über 40 Prozent erhöht. Träger des Wachstums waren jedoch in erster Linie die Haushalte der „oberen“ Einkommensgruppen, wo die „Zielquote“ der Bundesregierung von 50 Prozent schon erreicht sein dürfte. Ein weiteres Ansteigen der Quote ist deswegen nur dann zu erreichen, wenn zusätzliche Haushalte der unteren Einkommensschichten Hilfestellung zur Erlangung der Eigenheimreife bekommen.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender des Deutschen Volksheimstättenwerkes, Bonn

gen der flächenhaften Verkehrsberuhigungen sowie die Wirkungen auf Verkehrsverhalten, -sicherheit und -verteilung und auf die Umwelt werden in einem von der Bundesregierung Mitte 1981 initiierten Modellvorhaben „Flächenhafte Verkehrsberuhigung“ in sechs hinsichtlich ihres Gebietscharakters und ihrer Gebietsgröße unterschiedlichen Gemeinden untersucht. Ziel dieses Forschungsvorhabens ist es, aus den Modellen Planungsempfehlungen und -hilfen für die Gemeinden zur Durchführung flächenhafter Verkehrsberuhigung abzuleiten.

Neben der „flächenhaften“ und „kostengünstigen“ Komponente ist bei den Verkehrsberuhigungsmaßnahmen der „integrierte“ Ansatz herauszustellen, also die gleichrangige Berücksichtigung von städtebaulichen, verkehrlichen und umweltbezogenen Belangen.

Zusammengefaßt folgt hieraus für die Stadt- und Verkehrsplanung: Mit kostengünstigen Maßnahmen ist in schutzbedürftigen Gebieten der Durchgangsverkehr zu verdrängen, die Attraktivität des Fußgänger- und Radverkehrs sowie des öffentlichen Nahverkehrs zu verbessern, sind die Parkprobleme städtebaulich vertretbar zu lösen und ist vor allem der Kraftfahrzeugverkehr zur rücksichtsvollen Fahrweise mit angepaßter Fahrgeschwindigkeit anzuhalten.

Die bisherigen Erfahrungen mit Maßnahmen der Verkehrsberuhi-

gung haben gezeigt, daß erhebliche Minderungen der durch den Individualverkehr bedingten Lärmbelastung eingetreten sind, was wiederum eine wesentliche Verbesserung der Gesamtsituation des betroffenen Gebiets zur Folge hat. Bei der Abgasverminderung sind hingegen nach den ersten Auswertungen der Modellversuche die Möglichkeiten geringer anzusetzen, was schon allein daran liegt, wie im städtebaulichen Recht zutreffend festgehalten wird, daß die bei flächenhaften Maßnahmen einbezogenen Hauptverkehrsstraßen im allgemeinen von den entsprechenden Geschwindigkeitsbegrenzungen ausgenommen sind, auf ihnen jedoch etwa 70 Prozent der gesamten innerstädtischen Fahrleistung erbracht und damit der Großteil der Abgasbelastungen erzeugt wird.

Gleichwohl können Verkehrsberuhigungsmaßnahmen eine aogasame Fahrweise fördern, so daß auch ein wesentlicher Rückgang bei den Schadstoffemissionen erzielt werden kann.

Dagegen wurde die bei Verkehrsberuhigungsmaßnahmen beabsichtigte soziale und ökologische Funktionsverbesserung, also die Nutzung der Straße als Aufenthaltsraum und ihr Beitrag zur Klimaverbesserung, jedoch nicht immer erreicht. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß das Instrument der Verkehrsberuhigung zu sehr als verkehrsplaneri-

sches Instrument gehandhabt worden ist, also städtebauliche Gesichtspunkte vernachlässigt worden sind. Insbesondere wurde es versäumt, durch bauliche oder gestalterische Maßnahmen Frei- und Grünflächenmengen zu schaffen, also eine Begrünung der Straßenräume vorzunehmen oder hausnahe Verfügungsgebiete den anliegenden Wohnhäusern beziehungsweise Anwohnern zuzuordnen.

Bei den bisher durchgeführten Verkehrsberuhigungsmaßnahmen wurde deutlich, daß ihr Erfolg sowohl in verkehrlicher als auch in sozialer und ökologischer Hinsicht wesentlich von der Akzeptanz der durchgeführten Maßnahmen bei den Anwohnern abhängt. Dies bedeutet, daß eine Bürgermitwirkung bei derartigen Maßnahmen selbstverständlich geworden ist. Eine erfolgreiche Verkehrsberuhigungsmaßnahme bedingt oftmals eine frühzeitige Beteiligung der Bürger an Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, insbesondere, um die nicht selten vorhandene Diskrepanz zwischen der Planungsidee und der Bürgerakzeptanz zu beseitigen.

Die bisherigen Erfahrungen sprechen dafür, daß Verkehrsberuhigung ein geeignetes Instrumentarium ist, das Wohnumfeld und die Verkehrssicherheit gleichzeitig zu verbessern.

Der Autor ist Geschäftsführer des Deutschen Volksheimstättenwerkes, Bonn

## So bessert man aus

Unverputztes Ziegelmauerwerk wirkt zwar dekorativ, ist aber schadenanfällig. Wer es „gesund“ erhalten will, bessert kleine Schäden, die entstehen, so bald wie möglich aus, um größeren Mängeln rechtzeitig vorzubeugen.

Häßlich sehen Ausblühungen aus: graue oder weiße „Ausschläge“, hervorgerufen durch wasserlösliche Salze (Chloride, Nitrate, Sulfate). Sie gelangen durch verdunstetes Wasser an die Oberfläche und werden dort abgelagert. Man entfernt sie mit einer Drahtbürste.

Falsch wäre es, sie abzuwaschen: Dadurch kommen sie nur noch stärker. Nach dem Abbürsten streicht man die Ziegelwand mit einem im Fachhandel erhältlichen neutralisierenden Mittel; die Flüssigkeit durchdringt den Stein und unterbindet weitere Ausblühungen.

Risse im Mauerwerk können zwei Ursachen haben: Setzungen oder Schrumpfungen. Setzungen sind ein Zeichen für nachgebende Fundamente, sie entstehen auch an den Anschlußstellen von nachträglichen Anbauten. Um festzustellen, ob die Setzung noch nicht beendet ist, überbrückt man den Mauerriß mit einem Stücker-Stückgips; dieses kann aber brechen, falls der Riß sich verbreitert.

Setzungen müssen fachmännisch durch Unterfangen oder Untermauern behoben werden. Breitere Risse füllt man am besten mit flüssigem Mörtel. Dabei verschließt man den vorderen Teil des Risses mit einem weichen Plasterfüller oder deckt ihn mit einem Klebestreifen ab.

## Erhöhter Wohnkomfort

Im Winter geraten Heizkörper und Radiatoren aus zwei Gründen ins Blickfeld der Wohnungsbewohner: als Wärmespender und als „Möbel“. Dabei entdecken immer mehr Leute, daß sie „nackte“ Heizkörper nicht mögen – weil sie „technisch aussehen“ und unpersönlich wirken.

Dem kann unschwer abgeholfen werden: durch Verkleidung verschiedener Art und Ausführung, die Radiatoren ganz oder teilweise unsichtbar macht.

Bei Warmwasser-Heizkörpern ist die Wirkungsweise optimal, wenn die Luft ungehindert daran vorbeistreichen kann. Deshalb muß man bei der „Tarnung“ darauf achten, daß möglichst wenig Radiatoren-Oberfläche durch Verkleidung beeinträchtigt wird. Metallgitter erfüllen diese Forderung in hohem Maße, außerdem dienen sie durch ihr gutes Leitvermögen dem Wärmeaustausch in der Wohnung.

Ziergitter zur Verkleidung von Radiatoren aller Typen (sowohl Rippen- wie auch Flachradiatoren) bietet der Fachhandel in reicher Auswahl an.

Die Gitter sind nicht nur in Standardgrößen lieferbar, sondern werden auf Wunsch auch nach Maß angefertigt.

# Bauen in Baden-Württemberg mit der Staatsbank als Partner.

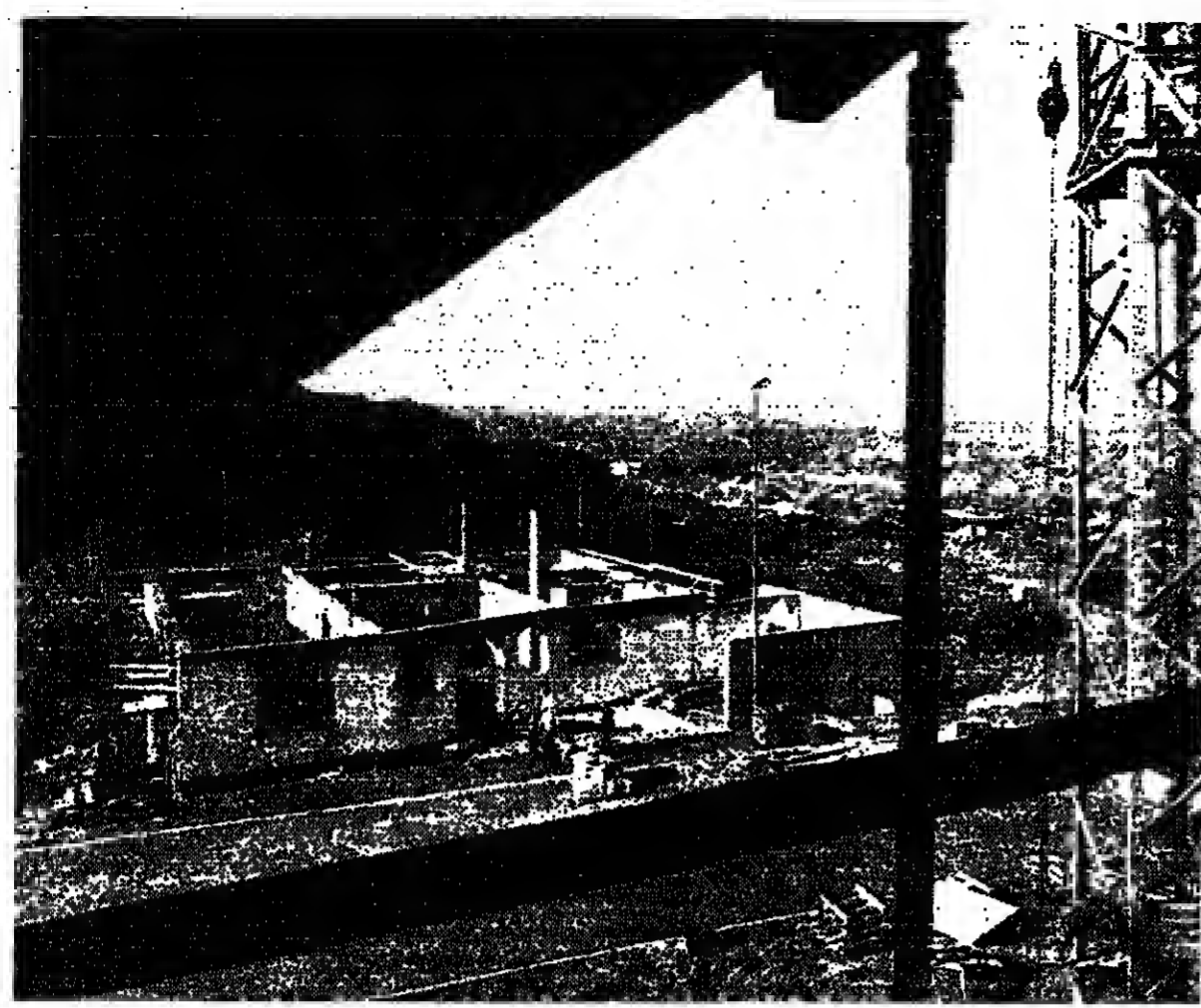
Wir geben zinsgünstige Darlehen für den Wohnungsbau. Nutzen Sie unsere Erfahrung - fragen Sie nach unseren zinsgünstigen Angeboten.

Ihr Partner: die Staatsbank.

Landeskreditbank Baden-Württemberg, Postfach 4049, Schloßplatz 10/12, D-7500 Karlsruhe 1, Telefon (0721) 11500.

Niederlassung Stuttgart: Postfach 439, Schellingstraße 15, D-7000 Stuttgart 1, Telefon (0711) 20570.





Betonburgen sind nicht mehr gefragt: Neubauten am Stadtrand FOTO: M. GROHE

# Die Trabantenstädte sind ins Kreuzfeuer der Kritik geraten

Sorgenkinder der Kommunalpolitiker: Leerstehende Wohnungen in Großsiedlungen

Großsiedlungen haben - meist un-differenziert - viele Namen bekommen: Trabantenstädte, Betonburgen, Schlafstädte, Wohnsüdos oder Mietskasernen. Welchen Zweck man auch immer mit solchen Titulierungen verfolgt haben mag, sie sind ins Gerate gekommen, Politiker, Verbände und nicht zuletzt die Medien fordern Abhilfe. Abhilfe - wo? Als die WELT kürzlich meldete, "Die Giganten liegen im Koma", da hatte sich schon eine Fülle von Problemen aufgetan und verdichtete sich das Problem bewußtsein, wenn auch noch geräuselt wurde, wie dies geschehen könnte. Nun sind aber diese Sorgenkinder des Wohnungsbestandes nicht erst in den letzten Jahren ins Kreuzfeuer der Kritik geraten.

und Hochhäuser zu Wohnzwecken so gut wie nicht mehr gebaut werden, wenn Leerstände, Bauschäden und eine verstärkte Fluktuation der Mieter zeigen, daß die sogenannten Trabantenstädte für Politiker, Städtebauer und die Wohnungswirtschaft zu einer Hypothek geworden sind.

Gerade um einer pauschalen Abqualifizierung von Großsiedlungen entgegen zu können, war die Vorlage quantitativer Eckdaten zur Einschätzung der Bedeutung dieser Wohnkomplexe für die Wohnungsver-sorgung der Bevölkerung und für zukünftige Aufgaben der Stadterneuerung von herausragender Bedeutung. Immerhin geht es um fast zwei Millionen Menschen, die in diesen Siedlungen wohnen.

wenn man zugleich eine Konzentration bestimmter sozialer Gruppen in Siedlungen abbauen will. Hier stellen sich auch vielmehr Fragen der wohnungsrechtlichen Bindungen, nach Möglichkeit städtebaulicher Nachbesserung und Erneuerung und nach den künftigen Aufgaben gemeinnütziger Wohnungsunternehmen.

Im städtebaulichen Bereich stehen bisher eine Reihe von Nachbesserungsmaßnahmen im Vordergrund: Verkehrsberuhigung, Wohnumfeldgestaltung, Mieterfragen, Verbesserung der Eingangsbereiche, Verbesserung der Flure und halböffentlichen Bereiche, Fassadenverbesserungen und farbliche Gestaltung.

Welchen baulichen Lösungsstrategien man den Vorzug gibt, hängt ganz entscheidend vom Einzelfall ab.

Nehmen wir beispielsweise das Märkische Viertel in Berlin: Hier gibt es einen Wohnblock von einem Kilometer Länge, der 54 Meter hoch ist und 18 Stockwerke hat. Die Mängel: Es gibt zwar zentrale Einkaufsmöglichkeiten, aber keine sogenannten "Tante-Emma-Läden" oder Handwerksbetriebe. Auch sind die Eingänge völlig unterdimensioniert. Realisiert oder in der Planung sind folgende Maßnahmen:

Die Hauseingänge werden vorgezogen, vergrößert und besser beleuchtet. Abstandsgrün wird nutzbar gemacht. Oder Rasen wird in eine parkartige Landschaft verwandelt, betonisierte Kanäle werden reaktiviert und insgesamt Spaziernöglichkeiten geschaffen. Das Einkaufszentrum wird nach außen geöffnet und soll wieder die Funktion eines "alten Marktplatzes" bekommen.

Interessant ist auch eine Lösung, die sich in einer Bremer Siedlung anbietet. Hohe bepflanzte Erdwälle sollen hier den optischen Eindruck der Hochhäuser verbessern, sie kleiner und damit menschlicher erscheinen lassen.

## Schwierigkeiten der Vermieter

Untersucht wurden 233 Großsiedlungen mit über 500 Wohneinheiten. Mindestens 400 000 bis 450 000 öffentlich geförderte Mietwohnungen liegen in den Großsiedlungen. Das sind über zehn Prozent des Gesamtbestandes öffentlich geförderter Mietwohnungen in der Bundesrepublik.

● Etwa 30 von 100 Wohnungen liegen in den 14 größten Siedlungen mit über 500 Wohneinheiten. Mehr als 50 Prozent der Großsiedlungen umfassen aber nicht mehr als 2000 Wohneinheiten. Ein großer Teil dieser Wohnungen gehört gemeinnützigen Wohnungsunternehmen.

● Vermietungsschwierigkeiten beziehungsweise Wohnungslieferungsprobleme sind in dem untersuchten Wohnungsbestand nur teilweise deutlich geworden. Bei zwei Dritteln der Siedlungen liegt die Leerstandsquote zwar unter vier Prozent, diese Durchschnittszahl darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß in einigen Siedlungen auch Leerstände bis zu 35 Prozent entstanden sind.

● Von jeder dritten Siedlung werden Bauschäden - also Schäden an Fassaden und an Dächern - sowie fehlende oder mangelhafte Wärmeisolierung gemeldet.

● Gebäude mit mehr als zwölf Geschossen sind mit einem nennenswerten Anteil nur in den 14 größten Siedlungen der Bundesrepublik zu finden. Die Mehrzahl der Gebäude in den Großsiedlungen hat bis zu sieben Geschosse. Mietwohnungen mit mehr als vier Geschossen in den Großsiedlungen sind selten. Der Anteil an Ein- und Zweizimmerwohnungen ist relativ hoch.

Von Notstand, Mieterfluktuation und Massenflucht ist in der Regel nichts zu erkennen. Tatsache ist aber auch, daß nicht mehr jede Wohnung so ohne weiteres vermietbar ist. Patentlösungen für eine längerfristig akzeptable Wiedereingliederung dieses Teilmarktes in den Wohnungsmarkt sind zur Zeit nicht gegeben, doch gibt es Ansätze, wie mit gestalterischen und organisatorischen Mitteln die Wohn- und Lebensbedingungen in Großsiedlungen verbessert werden können.

Bei den Verantwortlichen ist die Einsicht in die Notwendigkeit zum Handeln vorhanden, wenn auch die Handlungsmuster durchaus unterschiedlich aussehen können. Da gibt es etwa die wohnungswirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Einige Bundesländer sind bereits dazu übergegangen, Mietobergrenzen festzulegen oder durch zeitlich begrenzte Mietreduzierungen die Situation der Bewohner zu verbessern. Die Miethöhe kann allerdings nicht alleiniges Kriterium für eine Lösung sein. Bei den Großsiedlungen wirken wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Faktoren zusammen. Auch Mietsenkungen sind Grenzen gesetzt,

## Eine Herausforderung für die Zukunft

In den genannten Beispielen werden auch praktische Ergebnisse des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus sichtbar. Sie waren nicht zuletzt Grundlage für die Entscheidung, im Rahmen der Aufstockung der Städtebaufördermittel die Nachbesserung als Tatbestand städtebaulicher Mißstände anzuerkennen.

Viele Mieter fühlen sich in diesen Siedlungen wohl, und man sollte dies respektieren. Dennoch bleibt die Nachbesserung von Großsiedlungen ein administratives, ökonomische, soziale, bauliche und vor allem politische Herausforderung der Zukunft. Man kann von Fall zu Fall sicher auch den Abriss von Siedlungsteilen oder den Rückbau von Hochhauskomplexen in Erwägung ziehen. Beispiele in Frankreich, in den Niederlanden, in Schweden oder in den USA zeigen, daß dies machbar ist. Dennoch muß jeder Einzelfall sorgfältig auf seine rechtliche, ökonomische, wohnungspolitische und städtebauliche Auswirkung geprüft werden, bevor ein solcher Schritt getan werden kann.

Wohnungsleerstände treten häufig dort auf, wo die Wohnungen in den Großsiedlungen gleich teuer oder teurer vermietet werden als Wohnungen in anderen - städtebaulich häufig attraktiveren - Wohngebieten einer Stadt. Soziale Probleme sind vor allem dort zu beobachten, wo eine einseitige Belegung der Wohnungen mit einkommensschwachen Haushalten die soziale Segregation beschleunigt. Aber diese Probleme stellen sich nicht nur in Trabantenstädten, sondern auch in kleineren Siedlungen.

HORST URBAN

# Die meisten Hausbesitzer leben auf dem Land

Wohnungseigentum in der Stadt für viele unerschwinglich - Mehr öffentliche Hilfe ist erforderlich

Von WOLFGANG MÜLLER

Vier von zehn Familien besitzen ein eigenes Heim. Aber fast alle haben den Wunsch danach. Jeder kann es gewiß nicht erreichen, für viele jedoch gibt es gute Chancen. In den Städten ist die Unterstützung durch öffentliche Hilfen besonders wichtig.

Der Wunsch nach den "eigenen vier Wänden" hat vielschichtige Motive. Einige seien aufgezählt: sein eigener Herr sein, Entfaltung der Familie und Kreativität in der Ausgestaltung, der Garten - ein Stück Natur beim Eigenheim, sicheres und finanziell kalkulierbares Wohnen auch im Alter und nicht zuletzt schlichter Besitzstolz.

Das Statistische Bundesamt hat für 1982 die Anteile der Eigentümerhaushalte an der jeweiligen Gesamtzahl der Haushalte festgestellt. Die nachstehende Tabelle zeigt, daß in den ländlichen Regionen sehr viel mehr Familien ein Heim ihr eigen nennen können als in den städtischen Bereichen. Am geringsten ist die Eigentumsquote in den Großstädten (Tabelle 1).

läufig ein Ausdruck finanzieller Leistungsfähigkeit sein muß, zeigt sich in den Großstädten, wo die Miete eher gut gelegenen, großzügigen und entsprechend ausgestatteten Wohnungen samt laufendem Unterhalt - einschließlich Möblierung - sehr viel teurer sein kann als vergleichbares Wohnungseigentum. Auch aus der hohen Eigentumsquote in mehr landwirtschaftlich orientierten Ländern mit wesentlich niedrigerem Pro-Kopf-Einkommen und Lebensstandard als in der Bundesrepublik, ist zu schließen, daß einfach ausgestattetes, bescheidenes Wohnungseigentum billiger sein kann als die Kosten einer Mietwohnung, vorausgesetzt, es gibt überhaupt ein Angebot.

Dennoch ist es aus wohnungs- und sozialpolitischen Gründen, aber auch im Interesse der Lebensqualität sinnvoll, die Eigentumsbildung in den Städten im Rahmen des Möglichen besonders zu fördern. Das betrifft sowohl den Erwerb von Geschloßwohnungen - zum Teil durch Umwandlung von Mietwohnungen - als auch von Eigenheimen. Davon wird je nach vorhandenem Bestand und Angebotsituation ein mehr oder weniger großer Teil über den Gebrauchmarkt gedeckt werden können. Im Neubaubereich würden am freien Markt jüngere Familien mit durchschnittlichem Einkommen und "normaler" Kapitalausstattung kaum zum Zuge kommen (Tabelle 2).

Für solche Maßnahmen, insbesondere im kosten- und flächensparenden Wohnungsbau, gibt es eine Reihe guter Beispiele. Sie zeigen zugleich die Bedeutung und Leistungsfähigkeit der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als Partner der Kommunen bei der Schaffung preisgünstigen, erschwinglichen Wohnungseigentums.

Die Aufgaben der Städte und Gemeinden beginnen mit der Ausweisung und Erschließung von Bauflächen für Eigentumsmaßnahmen, vor allem für den kosten- und flächensparenden Wohnungsbau. Dies kann - den örtlichen Gegebenheiten entsprechend - durch neue Bauflächen oder in Neuordnungsbereichen, aber auch durch Aktivierung von Baulücken geschehen. Wichtig dabei ist, daß Bebauungspläne in ihren Einzelbestimmungen dem kostengünstigen Bauen nicht zuwiderlaufen. Weder die öffentliche Erschließung noch hei-

spielsweise die Parkierung dürfen etwa durch überzogene Dimensionen oder aufwendige Tiefgaragen zu einer mehr oder weniger "nutzlosen" Verteuerung führen. Eine auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Planung mag mehr Geist kosten, sie kann dem Bürger aber viel Geld sparen.

Soweit die Städte besondere Förderprogramme für den Erwerb von Wohnungseigentum auflegen und dabei Grundstücke oder Erbbaurechte unter dem Verkehrswert abgeben bzw. Finanzierungshilfen gewähren, kommt es entscheidend auf die soziale Treffsicherheit an. Um "Mitnahmeerfolge" möglichst auszuschließen, sollte der Kreis der Berechtigten klar eingeschränkt werden, etwa durch Einkommensgrenzen in Anlehnung an Paragraph 25 II. WoBauG. Beispielhaft ist das Sonderprogramm "Preisgünstiges Wohnungseigentum" der Stadt Stuttgart, wo auf städtischen Grundstücken durch eine erhebliche Senkung des Grundstückspreises auf 230 Mark/Quadratmeter oder wahlweise Einräumung verbilligter Erbbaurechte Familien der Erwerb von Wohnungseigentum ermöglicht wird, die sonst absolut keine Chance dazu hätten. Bewerber können sich kinderreichere Familien mit mehr als drei Kindern, junge Familien und Alleinerziehende.

Nicht zuletzt ist es die Pflicht aller zuständigen Ämter und Behörden, die Eigentumsbildung durch eine sinnvolle und bürgerfreundliche Handhabung des Planungs- und Baurechts, insbesondere im Genehmigungsverfahren, wirksam zu unterstützen.

Mehr Wohnungseigentum in der Stadt, mehr Eigenheime und Eigentumswohnungen sind also nötig und auch möglich. Vor allem solche Städte, denen ihre jungen Bürger mehr und mehr den Rücken geböhrt haben, um im Umland erschwingliches Wohnungseigentum zu erwerben, werden dies erkennen und entsprechend handeln müssen. Die Förderung der privaten Wohnungseigentumsbildung durch Bund und Länder erfolgt erst auf der kommunalen Ebene ihre sinnvolle Abrundung.

Der Autor ist Geschäftsführer der Hausbau-Wüstenrot GmbH, Ludwigshafen

Anteil der Wohnungseigentümerhaushalte an der Gesamtzahl der Haushalte (1982 in Prozent)	
<b>Bundesgebiet</b>	<b>58,8</b>
<b>Hochverdichtete Regionen</b>	
Großzentren	16,2
Oberzentren	24,0
Große Mittelzentren	28,8
Kleine Mittelzentren	45,6
Unterkentren	52,9
Gemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung	63,7
<b>Zusammen</b>	<b>51,5</b>
<b>Regionen mit Verdichtungsansätzen</b>	
Oberzentren	26,2
Große Mittelzentren	34,3
Mittlere Mittelzentren	43,4
Kleine Mittelzentren	50,9
Unterkentren	57,8
Gemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung	67,0
<b>Zusammen</b>	<b>47,6</b>
<b>Ländliche Regionen</b>	
Oberzentren	51,9
Große Mittelzentren	45,0
Kleine Mittelzentren	48,7
Unterkentren	62,5
Gemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung	69,7
<b>Zusammen</b>	<b>55,0</b>

## DIE FINANZIERUNG VON IMMOBILIEN BRAUCHT EINE MOBILE BANK WIE SIE SIND

Die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale ist der kompetente Partner.

wenn Sie Immobilienprojekte planen. Ob Sie bauen möchten, Häuser, Grundstücke oder andere Immobilien erwerben wollen, renovieren oder modernisieren möchten, wir helfen Ihnen.

Mit professioneller Beratung, mit Service, da-

mit Sie den Kopf für das Wesentliche frei haben und mit maßgeschneiderten Finanzierungsmodellen. All das schnell und unkompliziert.

Sprechen Sie mit uns. In München, Telefon (089) 21 71-21 03/21 29.

# Bayerische Landesbank Girozentrale

In München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Bonn, Frankfurt und Luxemburg. Außerdem in London, New York, Singapur (Niederlassungen), Johannesburg, Toronto, Wien (Repräsentanz). Sie erreichen uns auch über Btx: # 38000

## In den Großsiedlungen leben zwei Millionen

Um den erforderlichen Wissenshintergrund für politisch notwendiges Handeln zu erarbeiten und die Zweckmäßigkeit unterschiedlicher Strategien erproben zu können, hat sich das Bundesbauministerium im Rahmen seiner Ressortforschung verstärkt mit den Fragen der Bestandssicherung der Großsiedlungen befaßt. Im Rahmen des sogenannten experimentellen Wohnungs- und Städtebaus können Fragen an konkreten Bauvorhaben in der Praxis untersucht werden. Die Nachbesserung von Großsiedlungen ist ein Schwerpunkt dieses Programms.

Was nützt es, daß Großsiedlungen

Bausparkkredite für Gastarbeiter

Hierzulande arbeitende Türken können künftig deutsche Bausparkkredite zum Erwerb von Immobilien in ihrem Heimatland aufnehmen.

Nach türkischen Quellen haben etwa 130 000 Landsleute in der Bundesrepublik rund vier Milliarden Mark auf Bausparkkonten angesammelt.

Das Abkommen, das durch einen weiteren Vertrag zwischen der türkischen Regierung und dem Europäischen Wiedereingliederungsfonds ergänzt wurde, kam nach zweijährigen Verhandlungen zustande.

Was Mieter wissen müssen

Gegen die weitere Erhebung der Fehlbelegungsabgabe in Nordrhein-Westfalen macht der Verband rheinischer Wohnungsunternehmen schwere Bedenken geltend.

Der Verband weist ferner auf das - noch nicht rechtskräftige - Urteil des Oberverwaltungsgerichtes in Münster hin, wonach die Fehlbelegungsabgabe in Bonn nicht erhoben werden dürfe.

Der Verband empfiehlt deshalb allen Mietern, gegen ergehende Bescheide über die Heranziehung zur Fehlbelegungsabgabe fristgemäß Rechtsmittel einzulegen.

Die Stadt wird als Lebensraum neu entdeckt

Baden-Württemberg: Landesregierung stellt für ihr Zweites Mittelfristiges Programm bis zum Jahr 1990 drei Milliarden Mark bereit

Von DIETMAR SCHLIEE Stadterneuerung betreiben alle Bundesländer - in Baden-Württemberg ist die politische Schwerpunktsetzung, die Niederschlag in zahlreichen Festlegungen fand.

Ziel ist es, jährlich rund 80 Stadterneuerungsmaßnahmen zusätzlich in die Förderung aufzunehmen. Damit wird die Zahl der geförderten Erneuerungsgebiete bis 1990 auf über 1100 ansteigen.

Städte und Gemeinden entscheiden über Bauabläufe und -vorhaben selbst. Die Bewilligungen werden, mit Ausnahme der Bundesfinanzhilfen, pauschal über Jahre gewährt.

Grundsatz „Ausbau vor Neubau“ wieder beachtet

Anfang der 60er Jahre war die These verbreitet, die Funktionen einer Stadt zu trennen; so wurden den Kernbereichen Dienstleistung und Handel zugeordnet.

Mangels attraktiven Wohnraums in den Kernbereichen wanderten viele Städter in Randbezirke oder ins Umland ab. Ausgestorbene Innenstädte nach Geschäftsschluss waren keine Seitenhieb. Die „autogerechte“ Erschließung für den Individualverkehr wurde mangels Parkraum zum Alptraum, nicht nur an verkaufsoffenen

Samstagen. Die großzügige Erschließung neuer Gewerbe- und Industriegebiete, meist auf der „grünen Wiese“, ging nicht nur mit einer steigenden Flächeninanspruchnahme einher, sondern führte durch zahlreiche Verlagerungen von Firmen, die ihren alten Standort aufgaben, zu Gewerbe- und Industriebrache, für die mangels Nachfrage eine andere Nutzung nicht gefunden wurde.

Die Stadt, verstanden als Lebensraum, wo war sie geblieben? Erneuerung machte sich breit, vielerorts wurde man sich bewußt, daß die Attraktivität und Wohnlichkeit der Innenstadt verschwunden war. Just zu dieser Zeit in den 60er Jahren vollzog sich ein Bewußtseinswandel, der wenige Jahre später die „gezielte Stadterneuerung“ ins Leben rief.

Die Politik hat erkannt: Wir müssen vom Nutzungskonflikt zur Nutzungsvielfalt kommen. Dabei stehen folgende Ziele im Vordergrund:

- Bessere Lebensbedingungen in unserer bebauten Umwelt schaffen.
Es gilt, den Lebensraum der Menschen dort zu verbessern, wo er Mißstände und Mängel aufweist.
Unsere Städte und Gemeinden sind über Jahrhunderte gewachsen. Die geschichtliche Entwicklung hat ihnen ihre unverwechselbare Gestalt und Eigenart gegeben.

verkehr, Schaffung von Parkierungseinrichtungen und Maßnahmen der Verkehrsberuhigung wird Immisionsschutz betrieben.
Städtebauliche Erneuerung trägt dazu bei, in Stadt- und Ortskernen die Möglichkeiten der Eigentumsbildung zu erweitern.

Wie sich eine „Förder“-Mark verachtfachen kann

Die Politik des Landes reilt sich mit den Bemühungen um Substanzsicherung und Modernisierung der Wohngebäude sowie der Förderung des Familienheim- und Eigentumswohnungsbaus unter dem Gesichtspunkt breiter Eigentumsverteilung auch in die familienpolitische Konzeption der Regierung ein.

Städtebauliche Erneuerung bedeutet vor allem Siedlungsentwicklung nach innen. Sie lenkt Entwicklungspotentiale in die bereits überbauten Gebiete.

Unsere Städte und Gemeinden verbanden mit ihren Erneuerungsmaßnahmen bisher schon ökologische Zielsetzungen. Diese werden sich in Zukunft noch verstärken.

- Natürliche Lebensgrundlagen verbessern.
Städtebauliche Erneuerung verbessert die Lebensgrundlagen vor allem in den Kernbereichen.
Nachfrage nach Bauleistungen stabilisieren.
Die Stadterneuerung gibt der Bauwirtschaft in ihrer angespannten Situation wichtige Impulse.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen. Mittelständische Gewerbebetriebe erhalten ihre Entwicklungschance am angestammten Ort.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Handel und Wandel beleben. Städtebauliche Erneuerung bietet dem Einzelhandel neue Chancen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Siedlungsstruktur verbessern, den ländlichen Raum stärken. Mit ihrem Zweitem Mittelfristigen Programm spricht das Land von der Großstadt bis zum Dorf an und offeriert maßgeschneiderte Lösungen.

Schrumpfende Wohnungshalde

Die Wohnungshalde in Nordrhein-Westfalen schmelzen, nachdem sie zehn Jahre lang stark gestiegen sind. Zu diesem Ergebnis kommt der Verband Rheinischer Wohnungsunternehmen nach einer Schnellhebung bei seinen 255 Mitgliedsunternehmen.

Die generelle Verminderung der Wohnungshalde in Nordrhein-Westfalen führt der Verband auf die höhere Zahl von Privathaushalten, auf die günstige Einkommensentwicklung, das verbesserte Wohngeld und den vom Land gewährten Härteausgleich zurück.

Stagnierender Immobilienmarkt

Nach einer Branchenumfrage der auf Bau- und Wohnungswirtschaft spezialisierten Unternehmensberatung Bernd Heuer, Krefeld, haben sich die Erwartungen der Immobilienbranche im bisherigen Jahresverlauf nicht erfüllt.

Katholischer Siedlungsdienst e.V. Bundesverband für Wohnungswesen und Städtebau. Map of Germany showing regional offices. Text: familienfreundlich, vertrauenswürdig, solide. KSD-Unternehmen bauen familiengerechte Eigenheime und Wohnungen.

Hausbau Wüstenrot - der starke Partner in Sachen Wohneigentum. Die Hausbau Wüstenrot ist das gemeinnützige Wohnungsunternehmen der Wüstenrot-Gruppe. Seit 37 Jahren haben wir nahezu 17.000 Wohneinheiten als Eigenheime und Eigentumswohnungen geplant und fertiggestellt.

Das Evangelische Siedlungswerk als Bauträger der Evang.-Luth. Kirche in Bayern errichtet Eigenheime, Eigentumswohnungen, Mietwohnungen, Heime und Sozialbauten verschiedener Art. Seit Gründung im Jahre 1949 wurden rund 17.000 Wohnungen erstellt.

Wir beraten Sie in allen Fragen der Baufinanzierung. Deutsche Bau- und Bodenbank AG. 5000 Frankfurt am Main 1, Taunusanlage 8. Telefon 0 69 / 25 57-0.

Es ist die Idee des Bausparens, die es heutzutage so vielen Menschen ermöglicht, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen. Ein eigenes Haus ist nicht nur was für große Tiere. Leonberger Bausparkasse. Wir helfen Ihnen, sich etwas aufzubauen.

Mit uns heimisch werden. Seit über 50 Jahren gilt unser Wirken dem qualifizierten und kostengünstigen Bau von Eigenheimen zum Wohle breiter Bevölkerungsschichten. HEIMSTÄTTE RHEINLAND-PFALZ GMBH. Soziale Engagement. Denn wir wollen, daß Menschen durch unsere gemeinnützige Arbeit heimisch werden.

Handwritten signature or note at the bottom center of the page.

# Die Länder sollen die Lücke ausfüllen, wenn sich der Bund von der Förderung zurückzieht

Deutsches Volkshausstättenwerk in Bonn: Nach vier Jahrzehnten Tätigkeit eine stolze Bilanz

Von ARNULF GOSCH

Wie viele Organisationen im Nachkriegsdeutschland feierte es in diesem Jahr seinen 40. Geburtstag, seine Wurzeln jedoch sind älter. Sie reichen schon zurück zum Verband der Bodenreformer des Adolf Damaschke - also praktisch 100 Jahre. Das Deutsche Volkshausstättenwerk (vhw) kann auf eine stolze Bilanz verweisen. Seit 40 Jahren leistet es mehr im Verborgenen als im grellen Licht der Schlagzeilen von Presse, Funk und Fernsehen, aber in um so zäherer Kleinarbeit seinen Beitrag zu der Idee, eine gerechte Bau- und Bodenordnung herbeizuführen und möglichst viel Kleinrenten im Wohnungswesen zu fördern.

Seine Satzung mag in zeitgenössischen Ohren etwas schwülstig antworten klingen. So heißt es unter dem Stichwort Zielsetzungen und Aufgaben des Verbandes, daß ein Instrument geschaffen werden sollte, um die Erkenntnis, daß die künftige Entwicklung unseres Volkes entscheidend durch die Art und Gestaltung seiner Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse beeinflusst wird, zum Gemeingut aller verantwortungsbewußten Kreise zu machen.

durch den Beitrag, den es auch zu Fachfragen bringt. So arbeite es beispielsweise zur Zeit ganz stark an der Weiterentwicklung des Wohnungseigentumsrechtes.

Aber das vhw rechtfertigt sich heute auch dadurch, daß es schon vor Jahrzehnten einen Teil der Schulung übernahm, die die Verbände oder Kommunen zum Teil nicht leisten könnten oder wollten, nämlich die Schulung im Bau- und Wohnrecht und im kommunalen Abgaberecht.

Begonnen hatte alles am 15. August 1946 in Bielefeld. Gründungsleiter waren Politiker aller Parteien, so Eugen Gerstenmaier (CDU), Werner Jacobi (SPD), der Kölner Oberbürgermeister Robert Görlinger (SPD) und Hermann R. Dietrich (FDP). 1950 siedelte das vhw nach Köln über, wo es bis 1983 domizilierte.

Von da ab ging es nach Bonn. Dazwischen liegen - als herausragende Meilensteine - die Volksheimstättenkongresse von Wiesbaden (1947), von Köln (1949), von Hannover (1951) mit den wegweisenden Ansprüchen von Wilhelm Kaisen und Paul Lücke und wieder von Wiesbaden und Hannover (1967 und 1977).

Wohnungsnot - wichtige Weichenstellungen in Richtung auf eine differenziertere Wohnungs- und Städtebauförderung, vor allem stärkere Wohnungseigentumsförderung vorgenommen.

Heute gehören der Organisation rund 1200 Mitglieder an, davon 750 korporative (meistens Gemeinden und Wohnungsunternehmen). Das vhw finanziert sich durch Beiträge und Spenden, aber auch durch die Schulungsgebühren, die die Landesverbände einnehmen.

Beide hätten, wie es heißt, ein Interesse daran, daß das Baurecht in vernünftigen Sinne novelliert und weiterentwickelt und die Wohnungspolitik fortgeführt werde. Beide seien daran interessiert, daß sich alle aus dem Wohnungseigentum ergebenden rechtspolitischen Fragen rechtzeitig angepackt werden und daß auf lange Sicht das im Wohnungsbestand investierte Vermögen erhalten bleibe.

## Offenhalten für alle Parteirichtungen

In jedem Land - mit Ausnahme von Berlin - gibt es eine Geschäftsstelle. Insgesamt verfügt das vhw nur über rund 25 Mitarbeiter, davon zehn in der Bonner Zentrale.

So manches wichtige Gesetz, etwa das neue Gesetz über die steuerliche Förderung des Wohnungseigentums, verrät die Handschrift des vhw, seit 1981 speziell die von Martin Oschmann, der als Fachmann immer wieder zu den Vorbereitungen wichtiger Gesetzesvorhaben von Regierung und Opposition, von Exekutive und Legislative hinzugezogen wird. Daher auch Oschmanns sehr starke Bestrebung, sich für alle Parteirichtungen offenzuhalten.

Gewiß auch für diejenigen, die vielleicht etwas völlig Neues wollen im Wohnungswesen. Zeitweilig galt nämlich das vhw als zu unionslastig, dann wieder als zu SPD-nah.

Wie geht es weiter? Die Rationalisierung macht auch vor dem Verbandswesen nicht halt. Nicht zuletzt aus Kostengründen wurden die Geschäftsstellen des vhw und des den Bausparkassen nahestehenden Städtebauinstituts zusammengelegt und die Personalunion ihres vertretungsberechtigten Geschäftsführers hergestellt.

Resultieren hieraus irgendwelche Interessenkonflikte? Antwort: Nein! Denn die große Zielsetzung beim vhw und bei den Bausparkassen sei gleich.

Und es gibt noch viel zu tun im Bereich von Wohnungsrecht und Wohnungseigentum. So werde beispielsweise zu prüfen sein, ob als Alternative zur klassischen Eigentumswohnung etwa die Genossenschaft vor allem in Form der sogenannten Haus- oder Kleingenossenschaft wiederbelebt werden könnte. So möchte das vhw mit allen Mitteln dafür sorgen, daß die Bewegung im Wohnungsbestandsmarkt verstärkt wird.

Ganz spezielle Forderungen gegenüber Bundesregierung und Legislative hat Oschmann nicht, wohl aber den Wunsch, daß die Länder in die Lücke stoßen, die bei der direkten Wohnungseigentumsförderung gerissen worden sei, wenn sich der Bund von 1990 an praktisch dort ganz verabschiedet.

## Die Nachfrage bestimmt den Absatz

Auch müsse auf jeden Fall die nach 1987 beim Bund auslaufende Städtebauförderung im Gesamtvolumen erhalten bleiben. Auf eine Wunschzahl für die Wohnungsvorsorge beziehungsweise den jährlichen Wohnungsneubau möchte sich das vhw nicht festlegen. Es komme nicht darauf an, daß viele Wohnungen, sondern daß sie an der richtigen Stelle und in richtiger Größe und Form gebaut würden.

Die Förderung müsse berücksichtigen, wieviel der Konsument bereit sei, für seine Wohnung als Mieter oder als Eigenheim zu zahlen. Nicht mehr der Bedarf, sondern die (kaufkräftige) Nachfrage bestimme den Absatz, auch von Wohnungseigentum.



Wird auch vom Bund gefördert: Sanierung alter Fachwerkhäuser

# Bürger besitzen sechs Billionen Mark

Bei der Eigentumsquote sind die Deutschen das Schlußlicht in Westeuropa

Seit Gründung der Bundesrepublik haben die rund 25 Millionen Privathaushalte Vermögenswerte von annähernd sechs Billionen Mark gebildet; davon sind knapp 45 Prozent in Haus- und Grundbesitz angelegt, weitere knapp 35 Prozent sind reines Geldvermögen, und elf Prozent stecken in beweglichem Sachvermögen und knapp zehn Prozent in Betriebsvermögen.

Zu diesem beachtlichen Vermögenspolster hat nach Meinung des Bonner Städtebauinstituts auch die staatliche Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand mit ihren klassischen Systemsteinen, Spar-Prämien, Wohnungsbau-Prämien- und Vermögensbildungsgesetz, maßgeblich beigetragen.

Ob das „Klassenziel“ einer breiten Streuung privaten Vermögens in allen Teilen der Bevölkerung erreicht

wurde, ist jedoch zweifelhaft. Denn einerseits ist die Vermögenskonzentration weitergegangen; andererseits haben die Fördermaßnahmen bei einkommensschwachen Haushalten vielfach nicht gegriffen, und vor allem werde auch in Zukunft neugegründete Haushalte davon nicht mehr erreicht.

Darüber hinaus gibt es vermögenspolitisches „Entwicklungsland“, etwa bei der Bildung selbstgenutzten Wohnungseigentums; hier bildet die Bundesrepublik mit einer Wohnungseigentumsquote von knapp 42 Prozent das Schlußlicht im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern.

In welcher vielfältigen Weise die Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, die am Anfang der Wiederaufbauphase der Nachkriegszeit ins Leben gerufen worden war, immer wieder ergänzt, geändert,

aufgestockt und seit Mitte der 70er Jahre erheblich zurückgeschnitten wurde - erstmals durch das Haushaltsstrukturgesetz 1975 und drastisch durch das Subventionsabbaugesetz 1981 - wird vom Bonner Städtebauinstitut in zwei Halbbänden dokumentiert.

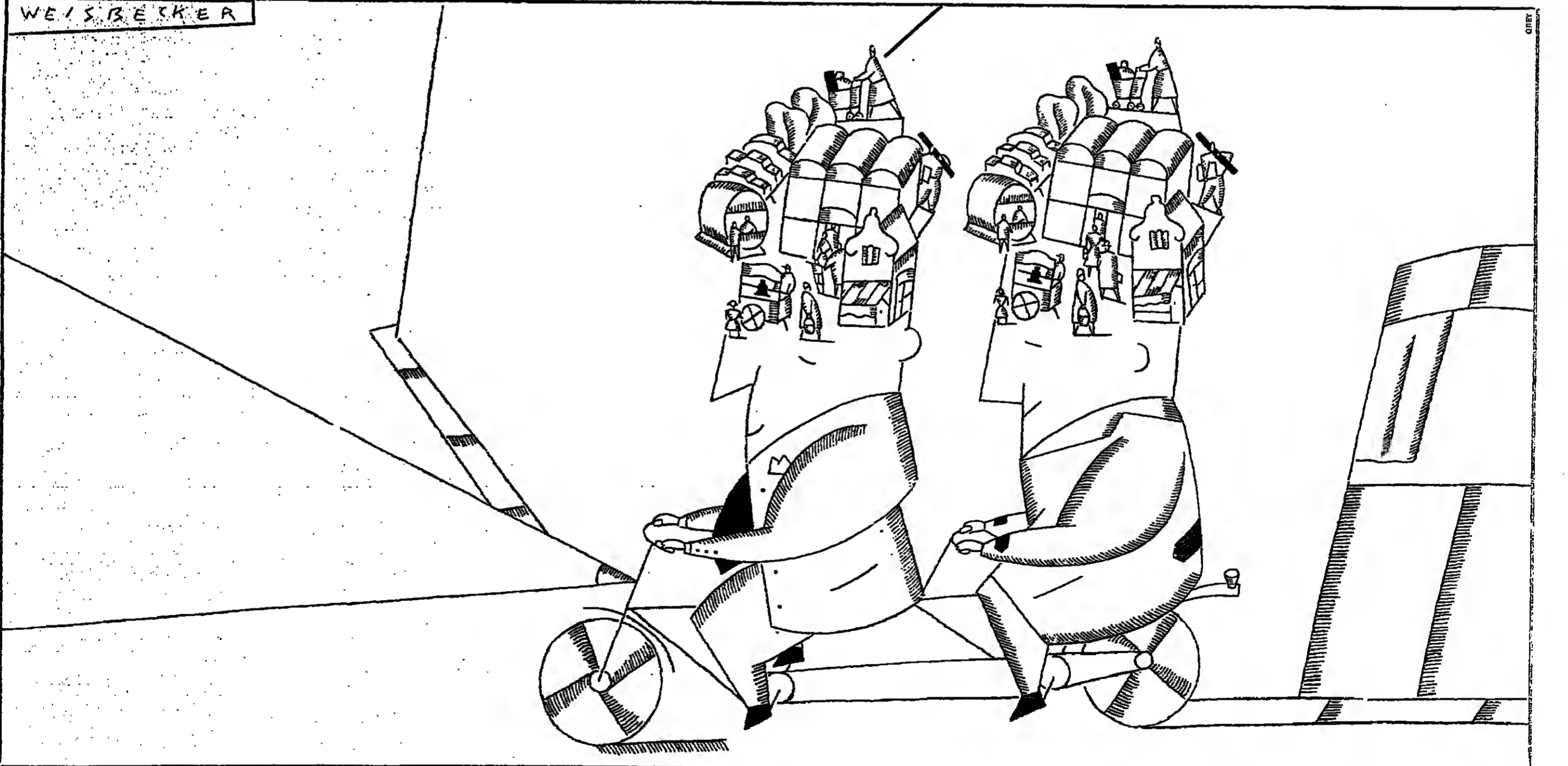
Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand - Thesen, Pläne und Gesetze. Fünfte Folge 1977 bis 1981. Sechste Folge 1981 bis 1985. Redaktion: Dr. Friedrich Malz. Bd. 42/1 und 42/II der Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen, Bonn 1985 (Gesamtpreis der etwa 550 Seiten 89,50 Mark - unverbindliche Preisempfehlung - einschließlich Mehrwertsteuer und Versandkosten; zu beziehen beim Domus-Verlag GmbH, Postfach 150 137, 5300 Bonn 1). (WR)

## Ist die Zielsetzung heute noch zeitgemäß?

Frage also, ist die aus der bitteren Wohnungsnot nach Kriegsende geborene Organisation vhw in Aufgabenstellung und Zielsetzung heute noch zeitgemäß? Ist nicht mit der Beseitigung von Schutt und Trümmern, mit dem Bau von vielen Millionen Häusern und mit der inzwischen erreichten weitestgehenden Sättigung des Wohnungsmarktes Sinn und Zweck der Organisation erfüllt?

Martin Oschmann, seit 1981 (in Personalunion mit dem Direktor des Bonner Städtebauinstituts) Hauptgeschäftsführer des vhw, antwortet so: Heute könne das Volkshausstättenwerk sich nicht allein aus einer Ideologie rechtfertigen und legitimieren, sondern

Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den Baufertigstellungswegen	1981	1985
	in %	in %
Große Kernstädte	81,5	69,8
Hochverdichtetes Umland	93,1	87,2
Ländliches Umland		
große Kernstädte	95,7	92,5
mittlere Kernstädte	87,3	81,2
Ländliches Umland		
mittlere Kernstädte	95,4	92,7
Ländlich geprägte Kreise	95,0	93,2



# DIE NORDDEUTSCHE ART, AUF GEMEINSAMKEIT ZU BAUEN.

Bei der Finanzierung von Bauvorhaben und Immobiliengeschäften kommt es darauf an, einen Partner zu finden, der den Weg zum Ziel nicht schwerfällig und bürokratisch verbaut, sondern mit Kompetenz, Leistungskraft und Erfahrung diesen Weg zu verkürzen sucht. Stärken, die die NORD/LB zu einem ver-

lässlichen und gefragten Partner machen. Sei es nun für den Bereich der Wohnbaufinanzierung oder den Bereich der gewerblichen Objektfinanzierung. Besonders im Bereich der Endfinanzierung mit sehr langfristigen festen Zinsbindungen bieten wir interessante und marktgerechte Angebote. Und wir

sind vor allem, wie es der norddeutschen Art entspricht, ein Partner, der schnell reagiert und entscheidet: mit klaren Zuständigkeiten, unbürokratischer Arbeitsweise und der maßgeschneiderten Finanzierungsplanung „aus einem Guß“. Darauf können Sie bauen.

NORD/LB  
Georgplatz 1  
5000 Hannover 1  
Tel. 0511/103-0  
Telex 9216-20  
Btx # 210 30 #

NORD/LB-Zentrum  
NORD/LB-Zentrum  
3300 Braunschweig  
Tel. 0531/457-0  
Telex 952540  
Btx # 953300 #

NORD/LB  
London  
20, Ironmonger Lane  
London EC 2V 8EY  
Tel. 00441/600 17 21  
Telex 0517864 682

NORD/LB  
Luxembourg S.A.  
26, Route d'Arion  
L-1140 Luxembourg  
Tel. 00352/472 39-11  
Telex 0487226

Zentralbank der niederrheinischen Sparkassen.

**NORD/LB**  
NORDDEUTSCHE LANDESBANK  
GIROZENTRALE

## Das Konjunkturtal konnte endlich überwunden werden

Bauwirtschaft meldet eine Erhöhung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahr

Von MICHAEL NIFFKA

Das Baugewerbe in der Bundesrepublik Deutschland findet - nach Jahren einer schweren Krise - offensichtlich wieder Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung. Im Herbst 1986 scheint nunmehr auch die Bauwirtschaft das jahrelange Konjunkturtal endlich durchschritten zu haben. So konnte der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), der als baugewerbliche Spitzenorganisation die Interessen von mehr als 50 000 Unternehmen vertritt, Anfang September 1986 in seinem monatlichen Lagebericht unter anderem feststellen: „Die Bauproduktion erreichte in den meisten Betrieben ein Niveau, das erstmals wieder höher lag als im Vorjahr.“

Vorausgegangen war dieser Entwicklung ein deutlicher Anstieg der Baunachfrage sowie eine spürbare Verbesserung der Auftragsbestände und der Auslastung der betrieblichen Kapazitäten. Damit hat die Bauwirtschaft allerdings nur die erste Etappe auf dem Weg zu einer Normalisierung beschritten. Zu groß waren die Verluste, die sie vor allem in den letzten Jahren immer wieder hinnehmen mußte. So wird die Bauproduktion im Jahresdurchschnitt 1986 wahrscheinlich nur das niedrige Niveau des Vorjahres, günstigstenfalls einen leichten Wiederanstieg erreichen.

Mit dieser Entwicklung, die im Wohnungsbau wesentlich ungünstiger verläuft als im Gewerbebau und im gesamten öffentlichen Bau, hat sich zudem nur die konjunkturelle Situation des Baugewerbes wieder leicht verbessert; die wirtschaftliche Lage vieler Bauunternehmen hat sich damit aber noch keineswegs konsolidiert. Zwar geht inzwischen auch die Zahl der Konkurse im Baugewerbe erstmals wieder geringfügig zurück, trotzdem muß auch für 1986 noch mit über 2000 Insolvenzfällen gerechnet werden.

In der Öffentlichkeit besteht vielfach die Meinung, daß eine wesentliche Ursache für die langjährige Krisenentwicklung in der hausführenden Wirtschaft im Mangel an Baubedarf gesehen werden müsse. Die sogenannte Wiederaufbauphase nach dem Kriege sei endgültig vorbei, so

daß sich die Volkswirtschaft auf einen geringeren Baubedarf eingestellt habe.

Diese These von der Marktsättigung als entscheidender Ursache für die jahrelange Schwäche in der Bauwirtschaft ist nach Meinung des Baugewerbes schlichtweg falsch. Bauen hat in jedem Fall eine Zukunft. Dies läßt sich nicht nur aus der geschichtlichen Entwicklung herleiten; diese Erkenntnis ist insbesondere auch das Ergebnis von Analysen gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge. Bauinvestitionen bilden nach wie vor den größten Teil aller volkswirtschaftlichen Anlage-Investitionen und diese sind ihrerseits die Grundlage jeden wirtschaftlichen Wachstums. Diese Erkenntnis wird nicht zuletzt auch in anderen entwickelten Volkswirtschaften immer wieder bestätigt.

### Gestiegene Nachfrage der Gemeinden

Eine genaue Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik offenbart, daß sich der jahrelange Rückgang der allgemeinen Investitionsquote - und damit verbunden der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit - fast ausschließlich auf dem Rücken der Bauwirtschaft abgespielt haben. Der Anteil der Bauinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt sank im gleichen Umfang wie der Anteil der gesamten Anlage-Investitionen. Er ging von 15,7 Prozent Anfang der 70er Jahre auf nur noch rund 11,2 Prozent im Jahre 1985 zurück.

Diese einseitige Strukturverschiebung zu Lasten der Bauwirtschaft ist mehr als bedenklich. Für die Ausweitung des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials - und nur dadurch würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen - werden in erster Linie Bauinvestitionen benötigt. Wenn also viel gebaut wird, ist die Arbeitslosigkeit - nicht nur in der Bauwirtschaft - gering; wird immer weniger gebaut, wächst die allgemeine Arbeitslosigkeit.

Das Baugewerbe fragt sich schon seit langem: Warum werden aus dieser Erkenntnis nur in so geringem

Umfang die notwendigen und nahelegenden Konsequenzen gezogen?

Die größten wirtschaftlichen Engpässe gibt es gegenwärtig ohne Zweifel bei den Infrastrukturbauten der öffentlichen Hand. Wenn hier von einer angeblichen Sättigung gesprochen wird, bedeutet dies keine wirkliche Deckung des Bedarfs, sondern den bewußten Verzicht auf Investitionen, die zum Nutzen der Bevölkerung dringend notwendig wären.

Dies wird gegenwärtig vor allem im Städtebau deutlich. Es ist inzwischen eine allgemeine Auffassung, daß die städtebaulichen Erneuerungsaufgaben den ersten Rang unter den künftigen öffentlichen Bauaufgaben einnehmen. Die Städtebauförderung, die nicht nur Großstädte, sondern gleichermaßen Dörfer, Kleinstädte und größere Ortsteile zum Ziel hat, ist dabei mehr als bei vielen anderen öffentlichen Investitionsaufgaben am Bedarf orientiert. Dies zeigt nicht zuletzt der Antragsstau bei der Zuteilung der entsprechenden öffentlichen Finanzmittel. Trotz Verdrängung der Bundesmittel in den Jahren 1986 und 1987 übersteigt hier die Nachfrage der Gemeinden das verfügbare Mittelvolumen um mehr als das Vierfache.

Die Städtebauförderung dient der Erhaltung historischer Altstadt und der Strukturverbesserung der Innenstädte ebenso wie den notwendigen Investitionen zur Revitalisierung nicht mehr genutzter städtischer Gewerbeflächen sowie der allgemeinen Wohnumfeldverbesserung.

Nach Ansicht des Baugewerbes handelt es sich bei den Aufgaben der Stadterneuerung um einen öffentlichen Investitionsbereich, von dem insbesondere für die Bauwirtschaft vielfältige direkte und indirekte Anstoßwirkungen ausgehen. Dabei ist wegen der breiten regionalen Streuung in erster Linie das mittelständische Bauhandwerk gefragt. Die betreffenden Bauaufgaben sind gleichzeitig überaus beschäftigungsintensiv und ziehen in der Regel ein Vielfaches an privaten Investitionen nach sich.

Weitere wichtige öffentliche Investitionsaufgaben liegen im Verkehrswegebau und im Umweltschutz. Die



Zukunftsaufgabe Stadterneuerung: Das mittelständische Handwerk hofft auf neue Impulse

Wirtschaftsbauten läßt sich das Produktionspotential in der Volkswirtschaft ebenfalls entscheidend vergrößern. Angesichts von über zwei Millionen Arbeitslosen kann also auch hier sicher nicht von einer Marktsättigung gesprochen werden.

Nach Ansicht des Baugewerbes ist schließlich auch im Wohnungsbau der größten Sparte innerhalb der gesamten Bauwirtschaft, der potentielle Bedarf noch keineswegs gedeckt. Bei einer anhaltend positiven Wirtschaftsentwicklung steigenden Einkommen und Vermögen sowie zu nächst auch noch steigenden Haushaltszahlen wird die Wohnungsnachfrage auch mittelfristig noch höher sein als gegenwärtig.

### Vertrauen in den Baubedarf der Zukunft

Die Zunahme dürfte sich allerdings weiter verlangsamen. Wenn es zudem zutrifft, daß 70 bis 80 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik in einem eigenen Haus oder zumindest in einer Eigentumswohnung leben wollen und erst gut 40 Prozent dieses Ziel erreicht haben, dann wird diese Einschätzung der möglichen Wohnungsbauentwicklung sehr schnell belegt.

Im übrigen darf insbesondere im Wohnungsbau nicht vergessen werden, daß es schon heute einen permanenten Ersatzbedarf und einen rasch steigenden Bedarf an Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen gibt. Nicht mehr die Ausweitung des Wohnungsbestandes wird daher im Vordergrund stehen, sondern die Bewältigung von erheblichen Strukturproblemen im Wohnungsbestand. Zuschnitt, Ausstattung, Lage und räumliche Verteilung des Wohnungsbestandes entsprechen schon heute vielfach nicht mehr der potentiellen Nachfrage.

Die marktwirtschaftliche Orientierung der Wohnungspolitik wird unter diesen Umständen immer wichtiger. Auf Dauer kann nur ein anpassungsfähiger Markt sicherstellen, daß sich das Wohnungsangebot auf die Änderungen der Nachfrage einstellt. Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß der Baubedarf in den nächsten Jahren wahrscheinlich größer sein wird, als die Bauleistungen, die in den vergangenen Jahren tatsächlich erbracht wurden.

Der Autor ist Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Bonn.

## Baulandreserve vorhanden

Der von Bundesbauminister Oscar Schneider Anfang September in Bonn vorgelegte Baulandbericht 1986, der detaillierte Aussagen zur Bauland-, Markt- und Siedlungsentwicklung umfaßt, kommt im wesentlichen zu folgenden Ergebnissen:

● Seit 1982 hat sich der Preisanstieg für baureifes Wohnbauland bei regionalen Abweichungen deutlich abgeschwächt. Im Jahr 1985 lag der durchschnittliche Kaufwert um 6,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

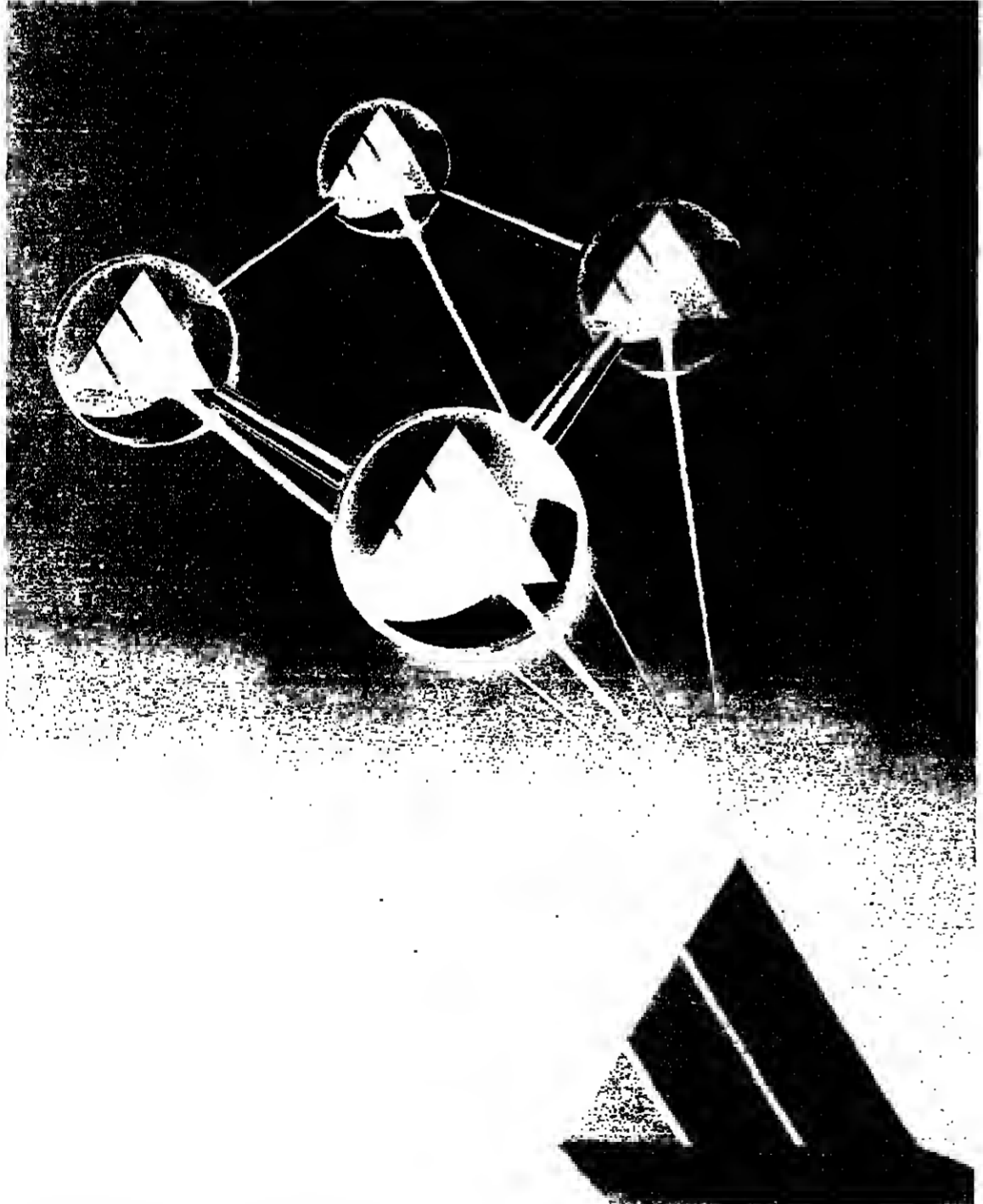
● Trotz zurückgehender Wohnbevölkerung wird die Siedlungsfläche weiter wachsen. Unterschiedliche Modellrechnungen weisen unter anderem für die Wohnbaulandnachfrage zum Jahr 2000 einen Anstieg von 180 000 bis 230 000 Hektar Bauland aus, für Gewerbeflächen 22 000 Hektar.

● Wie schon im Baulandbericht 1983 ermittelt, bestätigen die jetzt vorliegenden Untersuchungen, daß für die nächsten zehn Jahre ausreichende Baulandreserven vorhanden sind; das sagt allerdings nichts über ihre Verfügbarkeit aus.

● Die heute deutlich hervortretenden Folgen der Ausweisung neuer Bauflächen im Außenbereich haben eine Umorientierung städtebaulicher Zielsetzungen bewirkt, die neue Maßstäbe für die Innen/Außenentwicklung der Städte und Gemeinden setzt. Die neuen Aufgaben liegen in der verstärkten Innenentwicklung. Unter dem Gesichtspunkt, daß ökologische Erfordernisse des Baulandpotential im Außenbereich zunehmend einschränken werden, hat die Bauleitplanung ihre integrative Funktion in diesem Bereich verstärkt wahrzunehmen. Dabei sind den Erfordernissen des sparsamen und schonenden Umgangs mit Grund und Boden besonders Rechnung zu tragen.

● Die Untersuchungen über Praxis und Bedeutung der Bodenvorratspolitik der Gemeinden haben gezeigt, daß eine langfristig angelegte Grundstückspolitik der Gemeinden auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine erfolgreiche Strategie ist. (Hil)

## Finanzzentrum Hameln



Unserer Leistung verdanken seit 1948 über 1,6 Millionen Familien ihr eigenes Zuhause. In diesem Zeitraum haben unsere Bausparer und die deutsche Bauwirtschaft über 105 Milliarden DM aus Hameln erhalten. Unsere Kompetenz in der Baufinanzierung zeigt sich heute in mehr als vier Millionen Verträgen über eine Summe von rund 165 Milliarden DM. Ein starker Vertrauensbeweis.

**BHWA**  
Die Bausparkasse mit Ideen

Wir bieten mehr als nur ein Dach über dem Kopf

### Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen

#### Über 8 Millionen Bürger

erhielten durch uns ein Zuhause, das ihnen die Geborgenheit und die Sicherheit des guten und preiswerten Wohnens bietet.

#### Die 1800 gemeinnützigen Wohnungsunternehmen

haben seit 1950 über 4,6 Millionen Wohnungen gebaut:  
3,4 Millionen Miet- und Genossenschaftswohnungen  
1,2 Millionen Eigenheime und Eigentumswohnungen.

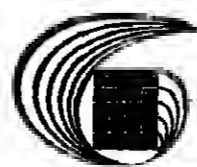
#### Seit über 100 Jahren

gibt es gemeinnützige Wohnungsunternehmen. Die Summe unserer Erfahrungen kommt allen zugute. Wir sind ein Partner von Bürger und Staat.

#### Die Aufgaben der Zukunft

sind nicht kleiner, sondern eher schwieriger, auf jeden Fall anders: Erhaltung und Verbesserung des Wohnungsbestandes, kosten- und flächensparender Neubau, Verbesserung des Wohnumfeldes, Stadterneuerung - das sind die wichtigsten zukünftigen Aufgaben. Diesen Aufgaben stellen wir uns.

### Wir bieten mehr als nur ein Dach über dem Kopf



Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (GGW)  
Bismarckstraße 7, 5000 Köln 1





# Kleines ABC für alle, die bauen wollen

**A**bschreibung 7b: Der Paragraph 7b Einkommensteuergesetz - wird ab 1. Januar 1987 durch Paragraph 10 e abgelöst - gibt die Möglichkeit, beim Einfamilienhaus, der Eigentumswohnung und beim Zweifamilienhaus eine erhöhte Abschreibung vorzunehmen. Die Abschreibung von jeweils bis zu fünf Prozent der Herstellungskosten oder Anschaffungskosten ist auf die ersten acht Jahre beschränkt.

Daneben ist beim Einfamilienhaus und der Eigentumswohnung die Sonderabschreibung ausgeschöpft, während beim Zweifamilienhaus weitere 40 Jahre je 2,5 Prozent Sonderabschreibungen möglich sind. Die Sonderabschreibung führt zu Verlusten aus Vermietung und Verpachtung und damit zu einer Minderung des steuerpflichtigen Einkommens.

Mit Stichtag 30. Juli 1981 wurden die Abschreibungsbeträge für das Einfamilienhaus und für die Eigentumswohnung auf 200 000 Mark und bei einem Zweifamilienhaus auf 350 000 Mark angehoben. Stichtag bedeutet, daß erst nach diesem Termin der Bauantrag gestellt, oder der Kaufvertrag abgeschlossen oder mit den Bauarbeiten begonnen werden durfte.

Neu ist ebenfalls die Berücksichtigung von Kindern. Danach darf für Bauvorhaben nach dem vorgenannten Stichtag bei Eigennutzung vom zweiten Kind an ein Betrag von 600 Mark je Kind und Jahr von der Steuer abgezogen werden.

**B**auantrag: Antrag auf Genehmigung einer Baumaßnahme (Neubau, Umbau oder Anbau). Dabei ist in jedem Fall vorher abzuklären, ob die beabsichtigte Baumaßnahme genehmigungspflichtig ist. In einigen Bundesländern sind für Ein- und Zweifamilienhäuser nur noch sogenannte Baunotizen im Genehmigungsverfahren erforderlich. In anderen werden entsprechende Verordnungen vorbereitet. Ist ein Ge-

nehmigungsantrag erforderlich, so sind Baubeschreibung, Lageplan, Bauzeichnungen, statische Berechnungen, Berechnungen der Be- und Entwässerungsanlage und Unterlagen über die Anordnung von Kleinstellplätzen einzureichen.

Mit dem Bau darf in der Regel erst nach Erteilen der Baugenehmigung (Bauschein) begonnen werden. Der Bauschein verliert nach einem Jahr seine Gültigkeit, wenn mit dem Bau nicht begonnen beziehungsweise Verlängerung nicht beantragt wurde.

Abweichungen von den genehmigten Plänen bedürfen der Zustimmung. Der Baubeginn und die ausführende Firma sind der Bauaufsicht zu melden.

Nach Fertigstellung des Gebäudes erfolgt die Gebrauchsabnahme und Erteilung eines Gebrauchsabnahme-scheins (Schlußabnahmeschein).

**D**arlehen, gemeint sind hier ausschließlich Baudarlehen: Verschiedenartige Kredite, die von Banken, Sparkassen, Bausparkassen, Versicherungen usw. zur Finanzierung eines Bauvorhabens gewährt werden. Das Baudarlehen ist durch den Grundstückswert und den geschätzten Wert des Bauvorhabens abgesichert. Seine Höhe hängt von den bestehenden Belastungen, der Belastbarkeit des Grundstücks und seinem Beleihungswert ab.

**E**igenkapital, Eigenmittel: Dies sind Mittel, die der Bauherr selbst besitzt. Dazu gehören der Wert eines eigenen Grundstücks (soweit bezahlt), Bausparguthaben, eigenes Geldkapital oder die Eigenleistung, in Form von persönlichen Arbeitsleistungen, sowie Sachleistungen.

**F**inanzierungskosten: Die Kosten für die Beschaffung der Finanzierung, insbesondere einmalige Geldbeschaffungskosten, zum Beispiel Disagio, Gebühren, Kapitalkosten.

Wichtig ist, daß bei der Planung und Finanzierung diese Kosten mit berücksichtigt werden.

**G**rundpfandrechte: Werden als Sicherheit für Baudarlehen zugunsten des Geldgebers in Abt. III des Grundbuchs eingetragen (Hypothek oder Grundschuld). Die Eintragung erfolgt auf Antrag des Eigentümers. Der Antrag muß vom Notar oder Gericht beurkundet werden.

**H**aftpflichtversicherung: Wird für verschiedene Zwecke abgeschlossen. Zur Abdeckung von Haftpflichtansprüchen, die sich aus dem Besitz eines Hauses oder Grundstücks ergeben, dient die „Haus- und Grundstücks-Haftpflichtversicherung“. Zwei der häufigsten Ursachen von Haftpflichtschäden, für die der Haus- und Grundbesitzer einzustehen hat, sind Vernachlässigung der Streupflicht bei Winterglätte und fehlende oder ungenügende Abdichtung von Gruben oder Vertiefungen. Bei Ölheizung empfiehlt sich die Öl-Haftpflichtversicherung, die die Risiken mit der Lagerung von Heizöl abdeckt. Während der Bauzeit kommt die „Bauherren-Haftpflichtversicherung“ hinzu, die vor den finanziellen Folgen von Haftpflichtansprüchen schützt, die gegen den Bauherrn im Zusammenhang mit seinem Bauvorhaben geltend gemacht werden können. Denn der Bauherr ist für Schäden verantwortlich, die Außenstehende durch seinen Bau erleiden.

**K**aufvertrag: Der Vertrag über den Erwerb eines Grundstücks bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. In diesem Vertrag werden der Kaufpreis, die Zahlungsweise und die übrigen Bestimmungen über den Übergang von Nutzen und Lasten festgelegt. Die zur Übertragung des Eigentums an einem Grundstück erforderliche Einigung des Veräußerers und des Erwerbers wird in der Regel als Auflassung in diesem Vertrag ebenfalls erklärt. Der Käufer eines Grundstücks wird erst dann Eigentümer, wenn der Eigentumsübergang im Grundbuch eingetragen ist.

**L**eibrente, Zeitzrente: Gebäude werden auch gegen Zahlungen einer laufenden Rente veräußert. Wenn der oder die Empfänger diese Rente lebenslang erhalten, nennt man dies „Leibrente“. Wird eine Rente auf eine bestimmte Zeit vereinbart, so spricht man von „Zeitzrente“. Hier wird eine Rentenzahlung mit Ablauf der vereinbarten Frist eingestellt.

**M**odernisierung - Verbesserung von Wohnraum: Altbauwohnungen, die modernisiert werden, können durch verschiedene staatliche Kreditprogramme gefördert werden. Durch die Gewährung von Darlehen, einmaligen Zuschüssen oder laufenden Aufwendungsbeiträgen oder Aufwendungsdarlehen. Daneben sind auch die Möglichkeiten der Sonderabschreibungen für Modernisierungen für einen Altbauwobner interessant. Hier geht es in erster Linie um Herstellungsaufwand, daneben aber auch um Erhaltungsaufwand. Beide Arten werden steuerlich verschieden behandelt. Informationen zum Thema Modernisierung erhalten Sie beim Amt für Wohnungsbauförderung Ihrer Gemeinde und bei Ihrem Finanzamt.

**N**utzungswert: Eigennutzung eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung wird steuerlich als Einkommen betrachtet. Die Besteuerung erfolgt nach einem vereinfachten Verfahren, und zwar in Höhe von jährlich 1,4 Prozent des Einheitswertes. Zinsen können in diesen Fällen nur bis zur Höhe des

Nutzungswertes steuerlich geltend gemacht werden.

**O**ffentliche Mittel: Werden im Rahmen einer Vielzahl von Programmen von Bund, Ländern und Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaus, der Instandsetzung und der Modernisierung bereitgestellt. An ihre Vergabe sind verschiedene Bedingungen geknüpft, insbesondere Einkommensbeschränkungen.

**R**isiko-Lebensversicherung: Vielfach zur zusätzlichen Absicherung von langfristigen Darlehen. Bei verschiedenen Bausparkassen ist der Abschluß einer Risiko-Lebensversicherung bei Auszahlung des Darlehens vorgeschrieben. Sie gilt nur für den Todesfall während der vereinbarten Laufzeit. Im Lebensfall hat der Versicherungsnehmer mit Ablauf keinen Anspruch auf Auszahlung eines Kapitals. Die Prämie für Risiko-Lebensversicherungen ist deshalb auch entsprechend günstig.

**S**chlüsselfertig: Vollständige Fertigstellung eines Hauses. Erst dann übernimmt der Bauherr das Gebäude. Schlüsselfertige Häuser werden durch Bauunternehmen beziehungsweise Bauunternehmern erstellt.

**T**ilgung: Der vereinbarte Rückzahlungsbetrag des Darlehens. Bei langfristigen Darlehen wird normalerweise vereinbart, daß die durch die Tilgung ersparten Zinsen zusätzlich zur Tilgung verwendet werden. Der Tilgungsbetrag erhöht sich also laufend.

**U**mgang: Er muß rechtzeitig in die „neue“ Wohnung oder in die „eigene“ Wohnung „geplant“ werden. Die Beförderungsbedingungen des deutschen Möbeltransportgewerbes regeln Rechte und Pflichten. Es empfiehlt sich, auf jeden Fall einen Kostenvoranschlag einzuholen, damit man weiß, mit welchen Kosten man

zu rechnen hat und nicht unangenehm überrascht wird.

**V**ariabler Zins: Der Zins für Darlehen kann mit der Bank auch als variabler Zins vereinbart werden. Er ist dann veränderlich, und die Bank ist berechtigt, den Zinssatz - unter Einhaltung der vertraglich vereinbarten Kündigungsfrist - zu erhöhen oder zu ermäßigen. Beim variablen Zins wird oftmals auch eine Kopplung an den Diskont- oder Lombardsatz der Deutschen Bundesbank vorgenommen. Verändert sich der Bezugssinnsatz durch Beschluß des Zentralbankrates, so verändert sich auch der Kreditsinnsatz entsprechend.

**W**ohngeld: Gibt es als Mietzuschuß; nicht nur für den Mieter, auch für Eigentümer eines Mehrfamilienhauses (für die darin von ihm bewohnte Wohnung) und - als Lastenzuschuß - für den eigengenutzten Wohnraum eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung. Wohngeld wird aber nur gewährt, wenn das maßgebende Einkommen (Familieneinkommen) eine nach der Familiengröße gestaffelte Grenze nicht übersteigt und kein Versagensgrund im Sinne des 2. Wohngeldgesetzes vorliegt. Antrag auf Wohngeld ist bei den zuständigen örtlichen Verwaltungsbehörden zu stellen. Dort erhält man auch Antragsformulare.

**Z**wischenfinanzierung von Bausparverträgen: Wenn ein Bausparer den Bausparvertrag für Hauskauf, Hausbau oder sonstigen vertragsgemäßen Zweck vor Zuteilung einsetzen will, muß die gesamte Vertragssumme, also auch das Bausparguthaben, zwischenfinanziert werden. Zwischenkredit gewährt die Bausparkasse zu marktüblichen Konditionen, die in der Regel deutlich über den Zinsen für das spätere Bauspardarlehen liegen.

Entnommen aus: Die KKB-Baufinanzierung; Stand: 1. August 1985

## Steuervorteile bei Abfindung von Miterben

Wer Miterben eines Hauses abfindet, wird jetzt steuerlich besser gestellt. Nach einem Grundsatzurteil des Bundesfinanzhofs (AZ: 99/49783) können jetzt die Abfindungszahlungen grundsätzlich wie Anschaffungskosten nach Paragraph 7b EStG oder Paragraph 7 Abs. 4 EStG abgeschrieben werden. Welche Besonderheiten dabei zu beachten sind, hat die Bausparkasse Schwäbisch Hall zusammengestellt. Die Erben müssen das Haus gemeinsam geerbt haben, und ein Erbe den Anteil eines anderen Erben erwerben. Die Abfindung darf außerdem weder direkt noch indirekt aus der Erbschaft gezahlt werden. Der Wert des sonstigen Erbanteils des neuen Eigentümers wird dabei von der Abfindung abgezogen.

Abgezogen wird von der Abfindung auch der Teil, der auf das Grundstück entfällt. Denn nach Paragraph 7b und Paragraph 7 Abs. 4 EStG können nur die Anschaffungskosten für den Gebäudeteil abgeschrieben werden. Anders wird es nach Angaben der Bausparkasse ab 1987 sein. Dann wird das Bundesfinanzhofurteil dem Sinne nach auf die neue Eigentümersförderung nach Paragraph 10e EStG angewendet werden müssen.

Nach Paragraph 10e EStG sind bei selbstgenutztem Eigentum neben den Anschaffungskosten für das Gebäude auch die Grundstückskosten zur Hälfte begünstigt. Schuldzinsen für einen Kredit, der zur Abfindung von Miterben aufgenommen wurde, sind nach der oben zitierten Bundesfinanzhof-Entscheidung Werbungskosten aus Vermietung und Verpachtung. Es spielt dabei keine Rolle, ob die Abfindung ganz oder teilweise aus der übrigen Erbschaft hätte bestritten werden können. (WR)

## Jeden Tag verschwinden hundert Hektar Grün

Stadterneuerung ohne ein kleines Stückchen Natur nicht denkbar - Eine Farbe ist wieder überall gefragt

Der nordrhein-westfälische Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr spricht von einer breiten Bewegung, die für eine umfassende Städtegrünung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit von Bürgern und Stadtverwaltungen entsteht. So gesehen stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung, die die Grünplanung als integrierten Bestandteil der Stadtplanung akzeptiert und die Stadt- und Quartiersbewohner über die institutionalisierten Beteiligungsverfahren in der Baugesetzgebung hinaus unmittelbar in die Ziele einer ökologischen Stadterneuerung mit einbinden will.

Mehr Wohnqualität in der Stadt, in den Wohnquartieren und Wohnblocks ist ein Anliegen, das Städte und Bewohner wieder zusammenbringt. Denn die Stadt kann nur Lebensraum sein, wenn sie ihren Bewohnern auch Lebensraum bietet. Eine Untersuchung im zentralen Verdichtungsraum Nordrhein-Westfalen zum wohnumfeldbezogenen Freizeitverhalten hat ergeben, daß mehr als die Hälfte der Bewohner des Verdichtungsraums an Rhein und Ruhr weder über Balkon noch Loggia noch Garten am Haus oder weiter entfernt davon verfügt. Fast die Hälfte der Bewohner in stark belasteten und hoch verdichteten Wohngebieten zeigt sich über das Angebot öffentlicher Grünflächen unzufrieden.

Das Fazit: Ein Großteil der Bevölkerung der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist mit Grün unterversorgt, eine Feststellung, die nicht nur für das größte Bundesland der Republik gelten dürfte. Und die Statistiken belegen: Jeder Flächenverlust in den Städten zu Lasten des Grüns geht weiter. Zur Zeit beträgt der tägliche Grünflächenverlust bundesweit etwa 100 Hektar.

Neuerdings erst wird die städtebauliche Aufgabe in ihrer Bedeutung hoch eingeschätzt, durch Schaffung und Erhaltung von Grün eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Wohngebieten

der Städte und Gemeinden herbeizuführen. Ein Blick auf die in den letzten Jahren bundesweit ins Leben gerufenen kommunalen Aktivitäten zur Wohnumfeldverbesserung zeigt, daß „Grün“ in der Stadtplanung endlich den „Weg durch die Instanzen“ geschafft zu haben scheint.

Im Zuge des Wiederaufbaus und der expansiven Entwicklung der Städte war Grün in der Stadt nicht das Leitbild, das sich in den letzten 40 Jahren in die konzeptionellen Anpassungswänge der Stadtplanung einordnen ließ. Im Gegenteil, in den Phasen, die unsere Stadtplanung in der Nachkriegszeit durchlaufen hat, wurde in vielen Quartiersbereichen, vor allem in den innerstädtischen Wohngebieten, das Grün zurückgedrängt oder, wie in neu erstellten Wohngebieten, das Grün unbenutzbar verplant.

So wichen Straßenbäume, Vorgärten, Plätze und Höfe den Anforderungen einer „autogerechten Stadt“, so entstanden im Zusammenspiel der Vorstellungen von „städttebaulicher Verdichtung“ und baurechtlichen Bestimmungen am Rande der Städte heute abfällig als Abstandsgrün bezeichnete Freiflächen - ungenutzte Möglichkeiten für ein sozial brauchbares Wohnumfeld im „halböffentlichen Raum“.

### Verschlechterung der Lebensverhältnisse

Die Verzahnung von Stadt- und Grünplanung, in ihrer Bedeutung und Notwendigkeit seit dem 19. Jahrhundert erkannt, konnte sich, wenn überhaupt, bis zur Gegenwart nur partiell gegen die Nutzungskonkurrenz in den Städten durchsetzen. Entsprechend verschlechterten sich die Lebensverhältnisse vor allem dort, wo auch keine wohnungsnahen öffentlichen Grünflächen beziehungsweise Haus-, Hof-, Kleingärten oder Balkone Ersatz boten. Das galt beson-

ders für Stadtkerne und innerstädtische Wohnquartiere, deren Wohnwert Anfang der 70er Jahre bedrohlich abgesunken war.

„Rettet unsere Städte jetzt“ hieß vor zehn Jahren der dramatische Aufruf, als es schien, daß der Zug der Stadtbewohner ins „grüne Umland“ kaum gestoppt werden konnte. Als Abwanderungsmotive wurden vor allem Lärm, Verkehrsbelastung, schlechtes Klima, Abgase und fehlendes Grün genannt. Die Umweltbelastung in den Städten hatte einen Grad erreicht, der ihre Attraktivität noch weit in die Zukunft hinein belasten wird.

Das gilt nicht nur für die Stadt als Wohnort, sondern auch für die Standortbedingungen von Industrie, Handel und Gewerbe. Nur durch die Verbesserung der städtischen Umweltqualität ist vielerorts eine Verbesserung für städtisches Investitionsklima zu erreichen.

Die damals zuerst eingeleiteten Maßnahmen zur Gegensteuerung würden die Grundlage für Stadterneuerungskonzepte in kleinen Schritten mit dem Ziel der Verbesserung von Stadtgestalt und Wohnumfeld; sie fließen heute in das Anliegen einer ökologisch orientierten Stadterneuerung ein.

Neben den umfassenden Aufgaben, die mit dem Landschaftsschutz, der Freiflächenabsicherung sowie der Erhaltung und Schaffung von Grünräumen in besiedelten Bereichen zu berücksichtigen sind, wird als eine ergänzende Voraussetzung für die Verbesserung der ökologischen Bedingungen in den Städten die Durchgrünung der Wohnquartiere angesehen. Parks und Grünanlagen ersetzen nicht das fehlende Grün vor der Haustür, wenn man bedenkt, daß zwei Drittel der Freizeit in der Wohnung oder dem Wohnumfeld verbracht werden.

Stadtgrün in das belastete Wohnumfeld zu bringen, kann aber auch unter finanziellen Gesichtspunkten

nicht allein Aufgabe öffentlicher Verwaltungsinstanzen sein. Und so zielt das Bemühen der Kommunen darauf, auch private Initiativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Wohnquartieren zu stärken.

### Ökologische Erneuerung für das Wohnumfeld

Heute gibt es kaum eine größere Stadt, die etwas auf sich hält, die hierzu nicht einen umfangreichen Katalog entwickelt hat: Patenschaften für Baumpflanzungen, Fassadenwettbewerbe, Dachbegrünung, Innenhofbegrünung, Begrünung von Straßen und Plätzen sowie brachliegenden Flächen und schließlich auch Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung in den typischen Siedlungen der 60er und 70er Jahre gehören zu den wohnumfeldbezogenen Maßnahmen, bei denen viele Kommunen nicht zuletzt über Anreizfinanzierungen die Zusammenarbeit mit den Bürgern suchen. Fast durchgängig gelten zum Beispiel im Rahmen von Programmen zur Innenhofbegrünung Förderrichtlinien für solche Gebäude, die mindestens zwei Vollgeschosse oder drei Wohnungen haben. Eine weitere Voraussetzung ist, daß die dem Innenhof zugeordneten nutzungsbezüglichen Wohnheiten überwiegend Mietwohnungen sein müssen. Gerade im Zusammenhang mit diesen Programmen zeigen sichtbare Erfolge, welche Bedeutung dem „kleinen Grün“ in der ökologischen Stadterneuerung für das Wohnumfeld zukommt.

Mehr Grün in der Stadt - diese Forderung des Städters für seine Naherholung ist kein romantisiertes Wunschdenken oder bloße Stadtverschönerung, sondern ein wichtiger Baustein, sich aktiv für lebensgerechte und umweltfreundliche Bedingungen in den Städten einzusetzen, die ohne ein Stück Natur nicht entstehen können. INGE HILDEBRAND

Die Norddeutsche Treuhand- und Kreditgesellschaft hat in den vergangenen 30 Jahren für fast 120.000 Wohnungen oder Eigenheime Grundstücke erschlossen und an Bauherren sowie private Bauherren verkauft. Für über 60.000 Wohnungen und Eigenheime hat sie die erforderlichen Finanzierungsmittel beschafft. Darüberhinaus hat die NTK für rund 36.000 Wohnungen oder Eigenheime die wirtschaftliche Baubetreuung im Namen anderer Wohnungsunternehmen oder privater Bauherren übernommen. Fragen Sie uns zuerst, wenn es um Grundstücke und Finanzierungen im Wohnungsbau geht.



Wir haben uns bisher immer erfolgreich bemüht, die Probleme unserer Kunden zu lösen. Dafür sind wir da. Unsere Devise lautet: „Alles aus einer Hand“. Wir erbringen sämtliche im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau anfallenden Dienstleistungen. Wir beraten Sie in allen Fragen des Wohnungsbaus und beschaffen Ihnen erschlossenes Baugelände zu günstigen Preisen. Auf Wunsch betreuen wir Sie bei der Durchführung Ihres Bauvorhabens und der Beschaffung der dafür notwendigen Finanzierungsmittel. Wir finanzieren Ihr Bauvorhaben individuell nach Ihren Erfordernissen.

Unsere Aufgaben in Stichworten + Verkauf von Baugrundstücken + Bau von Hauseigentümern + Vor- und Zwischenfinanzierungen + Gewährung von Bauland- und Erschließungskredit + Beschaffung von Darlehen zur Finanzierung von Bau- und Modernisierungsvorhaben + Erwerb und Erschließung von Baugelände + Durchführung von Sanierungsmaßnahmen + Wirtschaftliche Baubetreuung + Verwaltung von Miet- und Eigentumswohnungen + Entgegennahme von Spartenlagen und Festgeldern.

Norddeutsche Treuhand- und Kreditgesellschaft für den Wohnungsbau mbH  
Organ der staatlichen Wohnungspolitik  
Zentrale: Max-Bauer-Allee 64 2000 Hamburg 53 - Telefon: 040/33 10 41  
Zweigstelle: Wilhelmstraße 16 2300 Kiel 1 - Telefon 0431/5 14 91 92

NTK - Ihr erfahrener Partner

## Schwäbisch Hall

Die Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken

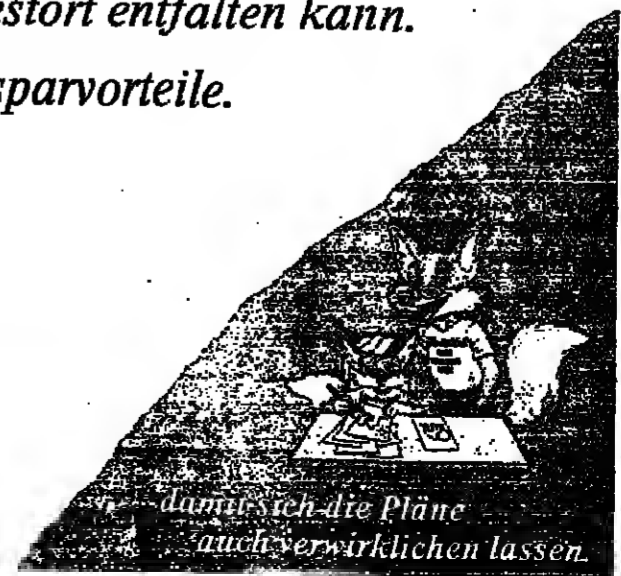


Auf diese Steine können Sie bauen



Geben Sie Ihren Kindern mehr Spielraum. Bei Schwäbisch Hall können Sie die besten Voraussetzungen dafür schaffen. Ihr Nachwuchs hat so die Chance, daß er sich ungestört entfalten kann. Und Sie nutzen alle Bausparvorteile.

Beratung bei allen Volksbanken, Raiffeisenbanken, Spar- und Darlehenskassen und bei unseren Bezirksleitern, die Sie im örtlichen Telefonbuch unter „B“ wie Bausparkasse Schwäbisch Hall finden. Informationen auch über Btx \*46464 #.



# Neue Impulse für die bayerischen Städte und Landgemeinden

### Sanierung im südlichsten Bundesland: Historische Substanz konnte erhalten werden

Von KARL HILLERMEIER

Die überkommenen Konturen in Bayern sind nicht verlorengegangen, aber sie haben an Prägnanz gewonnen, in ihnen ist heute mehr Leben - und nach außen strahlen sie mehr Glanz aus. Weder museale Erstarrung noch seelenlose Verfremdung - das ist die Leitlinie klug gestalteter bayerischer Städtebaupolitik. Lebensqualität erwächst in Städten und Dörfern aus der Wechselwirkung von Erhaltung und Gestaltung. Für Städtebau ergibt sich aus dieser Einsicht zugleich sehr konkret und manchmal recht beschwerlich, daß die Bürger immer wieder mit Baustellen konfrontiert werden - konfrontiert werden müssen. Sie sind ein Preis, ohne den es eben Lebensqualität durch Sanierung nicht geben kann.

Kein Zweifel: Der städtebauliche Handlungsbedarf ist gegenwärtig besonders ausgeprägt. Das hängt mit dem gewachsenen Bewußtsein für den Wert historischer Substanz, aber auch mit volkswirtschaftlichen Wirkungen zusammen. In besonderem Maße lautet darum heute die bayerische Antwort: „Packen wir's an!“

### Strauß setzte Erhöhung der Mittel durch

„Angepackt“ hat es - und zwar nicht auf Bayern beschränkt - mit der ihm eigenen Weitsicht unser Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Er überzeugte die Bundesregierung, daß die städtebauliche Erneuerung als kommunale und als gesamtwirtschaftliche Aufgabe heute noch weit bedeutsamer ist als vor 15 Jahren. Im Jahr 1971 begann die „Städtebauförderung“ des Bundes mit der Bereitstellung von 100 Millionen Mark. In der Folgezeit stiegen die Finanzhilfen des Bundes - und der Länder - zur Unterstützung kommunaler Erneuerungsmaßnahmen zwar an, sie erreichten jedoch dann im Jahr 1982 mit 220 Millionen Mark wieder einen bedauerlichen Tiefstand.

Nach dem Regierungswechsel in Bonn wurden die Bundesmittel im Jahr 1983 sofort um 60 Millionen Mark, in den Folgejahren 1984 und 1985, um weitere 30 Millionen Mark auf je 330 Millionen Mark erhöht. Dem bayerischen Ministerprä-

dentem gelang es dann, vor allem mit dem Hinweis auf die außerordentliche Beschäftigungswirkung städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen, die Bundesregierung zu einer Erhöhung der Bundesmittel in den Programmjahren 1986 und 1987 auf je eine Milliarde Mark - das entspricht einer Verdreifachung - zu veranlassen. Damit wurde eine völlig neue Dimensionierung erreicht. Zusammen mit den ungefähr verdoppelten Mitteln der Länder und Gemeinden werden 1986 und 1987 bundesweit fast fünf Milliarden Mark in städtebauliche Maßnahmen investiert.

Diese „öffentlichen Mittel“ entwickeln eine gewaltige Schubkraft für private Bauinvestitionen. Die Erfahrung lehrt, daß durch die öffentliche Förderung in fast allen älteren, auch historischen Quartieren ein neues „Investitionsklima“ erzeugt wird. Es strahlt auf viele andere Branchen aus. Für das Baugewerbe ist die Städtebauförderung wegen ihrer großen beschäftigungspolitischen Impulse zum Zauberwort geworden. Die städtebauliche Sanierung eines in traditioneller Weise bebauten Gebietes verlangt weit mehr Handarbeit als der Neubau „auf der grünen Wiese“. In Bayern stehen 1986 und 1987, die Eigenleistungen der Gemeinden eingerechnet, für Investitionen im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung jährlich 415 Millionen Mark zur Verfügung. Das sind jeweils 250 Millionen Mark mehr als im vergangenen Jahr. Von 1987 an werden wieder 36 Millionen Mark Landesmittel im bayerischen Städtebauförderungsprogramm hinzukommen. Im Rahmen des Programms 1986 konnten 306 Gemeinden mit 327 Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Denn die Bereitschaft der Gemeinden zur Mitwirkung an dem Bundes-Länder-Programm war überwältigend. 528 Gemeinden hatten sich um die Aufnahme in das Programm beworben und Maßnahmen mit einem Kostenumfang von insgesamt 1,215 Milliarden Mark angemeldet. Mögen auch nicht alle Wünsche unverzüglich erfüllt werden können, so ist das außerordentliche Interesse doch auf jeden Fall positiv zu bewerten: Denn es zeigt, wie hochentwickelt in den Gemeinden das Bewußtsein für den Wert alter Baubestände ist. Die Zahlen machen zugleich deutlich: Sowohl die städtebaulichen Aufgaben

als auch das Gebot kontinuierlicher Beschäftigung im Baugewerbe verlangen noch über die nächsten Jahrzehnte den Einsatz öffentlicher Mittel. Schon wegen der langen Zeiträume bei Planung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen wäre gerade hier eine „Stop-and-go“-Politik in besonderem Maße verfehlt. Die bayerische Staatsregierung strebt deshalb an, die Städtebauförderung in Bayern auf der Basis des 1986 und 1987 erreichten Niveaus fortzuführen.

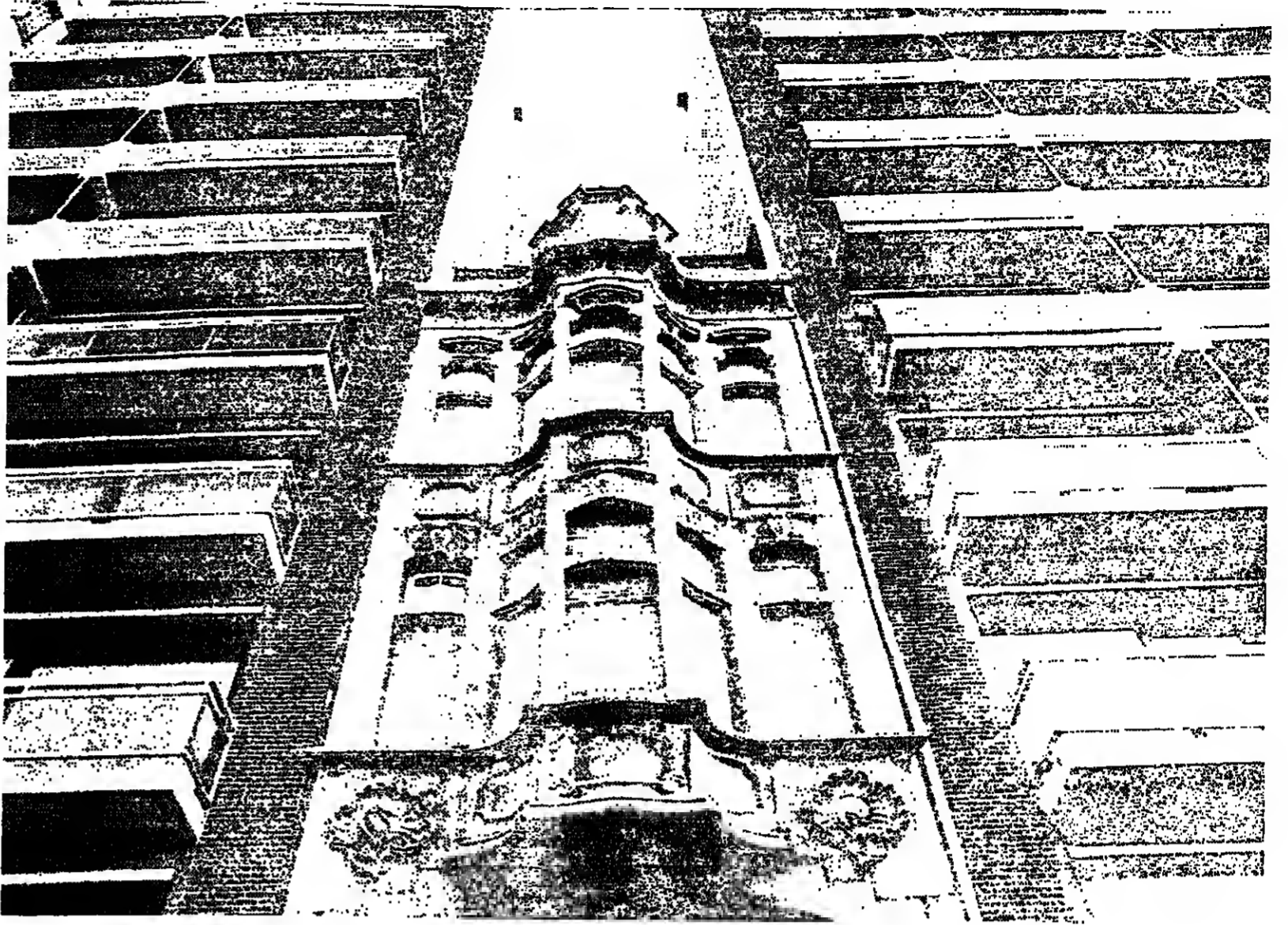
### Landschaftsverbrauch eingedämmt

Die bayerischen Gemeinden haben von Anfang an - im Gegensatz zu vielen Kommunen anderer Länder - kaum Flächen- oder Kahlschlag-Sanierung betrieben. Das gesunde Mißtrauen gegenüber einer bedenkenlosen Neuerungssucht hat entscheidend dazu beigetragen, zahlreiche wertvolle Ensembles und stadt- und ortstypische und schöne Ortsbilder zu erhalten. Bei der Sanierung historischer Stadtkerne geht es nach bayerischem Verständnis weder um Kahlschläge, die Kontinuitäten zerstören, noch um eine Art museale Gettobildung, in deren Rahmen sich kein städtisches Leben mehr vollzieht.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Städtebauförderung liegt nach bayerischem Verständnis darin, historische Altstädte dauerhaft wirtschaftlich zu beleben. Wirtschaftliche Aktivität ist der beste Motor für ein lebendiges kommunales Leben - andere Impulse, so wichtig sie sind, können ihn nicht ersetzen. Es gilt darum, Rahmenbedingungen zu gestalten, die dem Standort historische Altstadt förderlich sind.

Städtebauliche Erneuerung dient auch aktiv dem Umweltschutz. Durch die Aktivierung alter Baugebiete wird der „Verbrauch“ an freier Landschaft für neue bauliche Nutzungen eingedämmt. Die Verlagerung störender Betriebe im Rahmen der städtebaulichen Sanierung trägt zum Schutz der Wohnbevölkerung bei. Die bayerischen Gemeinden stehen hier noch vor großen Aufgaben.

Der Autor ist Bayerischer Staatsminister des Innern



An der Finanzierung der Bauprojekte waren die Kreditbanken zu rund elf Prozent beteiligt

FOTO: DIE WELT

# 150 Milliarden Mark Kredit für Bauherren

### Städtebauinstitut: Großbanken steigerten ihre Aktivitäten in den letzten 18 Jahren um das Siebzigfache

Zur Finanzierung des Wohnungsbaus, des sonstigen Baues sowie anderer wohnungswirtschaftlicher Maßnahmen wurden 1985 Kredite in Höhe von rund 159 Milliarden Mark gewährt, 1985 betragen sie 793 Milliarden Mark, also annähernd das Fünffache.

Nach Angaben Städtebauinstituts in Bonn waren an dem Zuwachs des Kreditvolumens in diesen 18 Jahren die einzelnen Instanzgruppen jedoch recht unterschiedlich und mit erheblichen Schwankungen bei den Zuwachsraten beteiligt. So konnten etwa Kreditbanken ihre wohnungs-

wirtschaftlichen Kredite verzweifelfachen: Von knapp 7,4 Milliarden Mark auf rund 89 Milliarden Mark dabei legten die Großbanken sogar das Siebzigfache zu, und zwar von 0,54 Milliarden Mark auf rund 38,4 Milliarden Mark.

Noch höher war der Zuwachs bei den genossenschaftlichen Zentralbanken und den Primärbanken der Genossenschaftsorganisation: Zusammen steigerten sie ihr Volumen von 7,3 Milliarden Mark auf knapp 93 Milliarden Mark, also fast auf das Dreizehnfache; bei den Zentralbanken gab es sogar einen Zuwachs von

0,23 Milliarden Mark auf 6,34 Milliarden Mark, also auf fast das Achnundzwanzigfache. Demgegenüber blieben die Zuwachsraten bei den klassischen Kreditgebern der Wohnungs- und Baufinanzierung zurück.

Am günstigsten hielten sich noch die Bausparkassen, deren Kreditvolumen auf knapp das Sechsfache anstieg; dabei kamen die privaten Bausparkassen von knapp 16 Milliarden Mark auf rund 98 Milliarden Mark, also auf mehr als das Sechsfache, während die Öffentlichen- und die Landes-Bausparkassen das Fünffache erzielten (von rund 8,5 Milliarden

Mark auf 46 Milliarden Mark). Die Sparkassen erreichten nur das Vier-einhalbfache von 40,5 Milliarden Mark (1967), nämlich 185 Milliarden Mark (1985). Auch die Anteile der Instanzgruppen an der Wohnungs- und Baufinanzierung haben sich in den achtzehn Jahren wesentlich verändert.

Die Kreditbanken hatten 1968 einen Anteil von 4,6 Prozent, 1985 dagegen von 11,2 Prozent; bei den Großbanken lauten die Verhältniszahlen 0,3 und 4,8 Prozent. Bei der Sparkassenorganisation fiel der Anteil von 34,3 auf 32,3 Prozent. (WR)

# Nordrhein-Westfalen: Probleme im dichtbesiedeltesten Industrieland

### Die Regierung in Düsseldorf setzt auf eine behutsame und erhaltende Stadterneuerung

Von CHRISTOPH ZÖPEL

Die Städte sind in den vergangenen zwanzig Jahren in einem erschreckenden Umfang in die Fläche gewachsen. In der mehrtausendjährigen Geschichte der Stadt gibt es dazu keinen Vergleich. Das südliche Kalifornien von Los Angeles bis nach San Diego an der mexikanischen Grenze ist das wohl bekannteste Beispiel einer ungeordneten, flächenverschwendenden Zersiedlung.

Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen einer derartigen Siedlungsentwicklung können die Zivilisationsform „Stadt“ ersticken. Man braucht allerdings nicht in die Vereinigten Staaten zu gehen, um Beispiele für die Folgen einer dichten Besiedlung zu finden, da Nordrhein-Westfalen selbst das dichtest besiedelte Industrieland der Welt ist.

Hier leben etwa 800 Menschen auf einem Quadratkilometer, während es in Holland, Japan und Belgien „nur“ 350 sind. Das Ruhrgebiet hat eine Bevölkerungsdichte von 1000 Personen pro Quadratkilometer erreicht. Der sparsame Umgang mit dem verbliebenen Freiraum ist daher in Nordrhein-Westfalen ein Thema von besonderer Dringlichkeit. Größere zusammenhängende Freiflächen sind die unabdingbare Voraussetzung für die hydrologische und klimatische Stabilisierung eines Raumes. Sie ermöglichen die von der Natur kostenlos geleistete Ausfiterung von Schadstoffen, bewahren Trinkwasserreserven und ermöglichen dem Menschen die unverzichtbare Begegnung mit der Natur als kontrastierendes Erlebnis zur geballten Stadt.

Problematisch ist auch die infrastrukturelle Versorgung von Ballungsräumen. Es entstehen lange Wege für den Transport von Menschen, Gütern, Wasser, Abwasser und Energie, wobei vor allem Dingen der Kraftfahrzeugverkehr über den Flächenverbrauch der Verkehrswege hinaus in erheblichem Umfang Schadstoffe und Lärm emittiert.

### Mobilität abhängig vom Einkommen

Wer in flächenverschwendenden Großagglomerationen die sozialen Möglichkeiten der Stadt noch nutzen will, muß in erheblichem Umfang mobil sein. Mobilität aber ist abhängig vom Einkommen, vom sozialen Status und vom Alter. Die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen sind daher kaum in der Lage, die langen Wege von der Wohnung zum Arbeitsplatz, zu den kulturellen An-

geboten und den weit abgelegenen Erholungsgebieten zu bewältigen. Sie sind von den Vorteilen der Zivilisationsform „Stadt“ daher weitgehend ausgeschlossen.

Kraftfahrzeugverkehr, Industrie, Kraftwerke und Heizungen emittieren Abgase und Lärm sowie schädliche Abwässer in einem Ausmaß, das zwischenzeitlich über die Ballungsräume hinausreichend zu möglicherweise irreversiblen Schäden in weit abgelegenen Regionen geführt hat. Einzelne Schadstoffkomponenten konnten reduziert werden, woanders hingegen haben sich Emissionsmengen und Gefährlichkeit erhöht.

Die „Politik der hohen Schornsteine“, noch vor wenigen Jahren als Ausweg in Ballungsgebieten angesehen, mit der die örtlichen Emissionen in erträglichen Grenzen gehalten werden sollten, ist wohl endgültig zu Ende, da nun die Schäden überall auftreten - selbst in von den Ballungszonen weit entfernten Gebieten wie in den Wäldern Kanadas. Es sterben nicht nur die Bäume, sondern auch die Steine und mit ihnen die Denkmäler der Stadtkunst und die Zeugen städtischer Kultur in den Großstädten, die mehr und mehr „um das Auto herum“ gebaut wurden. Der Mensch scheint dabei die größte Resistenz gegen Schadstoffe aufzuweisen, aber auch hier sind die Folgen einer dauerhaft hohen Umweltbelastung nicht mehr zu übersehen. Lärm und schlechte Atemluft machen krank. Sie sind mitverantwortlich für die starke Zunahme moderner Zivilisationskrankheiten.

Die Stadtpolitik der 70er Jahre wurde beherrscht von der Vision, man könnte Städte umfassend und in einem kurzen Zeitraum neu gestalten. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen. Objekt heutiger und künftiger Stadtpolitik muß vielmehr die bebauten Umwelt und das soziale Gefüge der existierenden Städte sein, deren strukturelle und bauliche Umgestaltbarkeit begrenzt ist.

Daß vor allem die bebauten Umwelt existiert und nur in engen Grenzen veränderbar ist, läßt sich sowohl an der Bevölkerungsentwicklung wie am Verhältnis von Wohnungsbestand zu Wohnungsneubau ablesen:

● Die Bevölkerungszahl in den Industriestaaten generell, speziell aber in den Ballungsräumen, nimmt seit Mitte der 70er Jahre ab oder stagniert.

● Anfang der 50er Jahre wurden in der Bundesrepublik Deutschland bei zwölf Millionen Wohnungsbestand 600 000 Wohnungen neu gebaut; dies entsprach einer Neubaurate von fünf Prozent. Ende der 60er Jahre betrug die Neubaurate bei einem Bestand

von 20 Millionen Wohnungen nur noch 2,5 Prozent. Heute werden bei 25 Millionen bestehenden Wohnungen nur noch 350 000 jährlich hinzugebaut, was einem Anteil von 1,5 Prozent entspricht.

Diese Zahlen sollten jedem eindringlich vor Augen führen, daß Stadtpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts endgültig von der Fixierung auf den Neubau von Wohnungen, Infrastruktur und Betriebsstätten Abschied nehmen muß.

### Soziales Zusammenleben muß verbessert werden

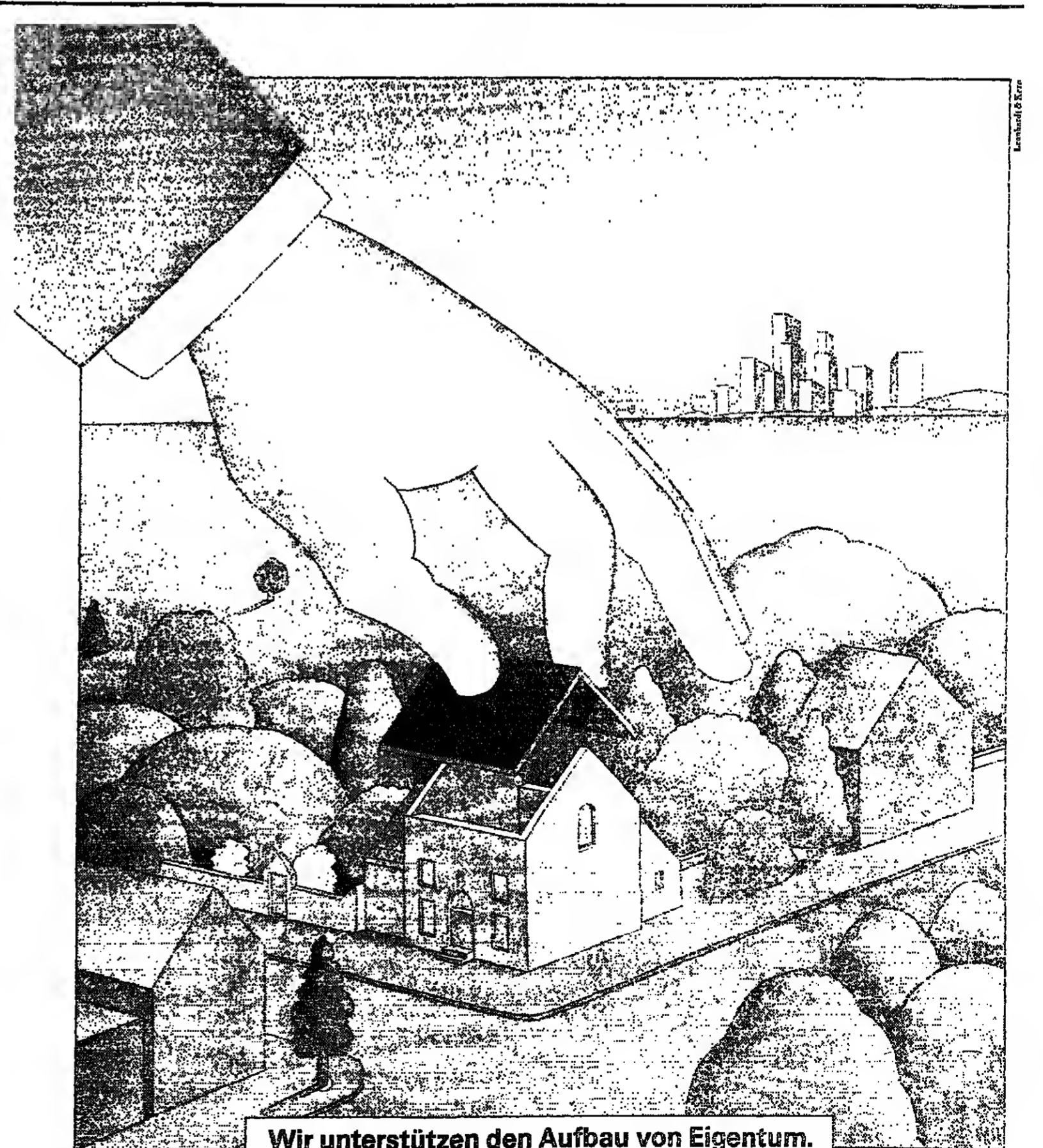
Es geht statt dessen darum, in existierenden und sich quantitativ nur noch gering verändernden Städten das soziale Zusammenleben der Menschen zu verbessern. Für Ballungsräume gilt dies in besonderem Maße. In den Ballungsgebieten Nordrhein-Westfalens sind in den dicht bebauten Wohngebieten beinahe die Hälfte der Haushalte starkem Verkehrslärm und Gefährdungen durch den Straßenverkehr ausgesetzt. Die Antwort darauf kann nur eine konsequente Verkehrsberuhigung sein.

Die Diskussion um den notwendigen Umbau der Industriegegend häufig von dem vermeintlichen Problem eines Gegensatzes zwischen Ökonomie und Ökologie dominiert. In der Praxis bedeutet dies, daß in den Städten trotz der verbreiteten Einsicht um ungewollte ökologische Notwendigkeiten ökologische Fortschritte zurückgestellt werden, um angebliche wirtschaftliche Nachteile zu vermeiden.

Gerade in einem alten und dicht besiedelten Industrieland wie den nordrhein-westfälischen Ballungszentren können solche kurzsichtigen Rücksichtnahmen fatale Konsequenzen haben. Wir müssen uns klarwerden, daß die ökonomische Kraft unserer Städte davon abhängt, ob sie tatsächlich auch in Zukunft Städte bleiben können.

Zu dieser Politik der behutsamen und erhaltenden Erneuerung gibt es aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen keine Alternative! Sie wird in Nordrhein-Westfalen seit 1980 konsequent umgesetzt. Beispiele für die behutsame Erneuerung in hochverdichteten Wohngebieten, für Industrieflächenrecycling und für neue Nutzungen in alten Industriebauten gibt es flächendeckend im ganzen Land.

Der Autor ist Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr in Nordrhein-Westfalen



### Wir unterstützen den Aufbau von Eigentum.

Was für ein solider Grund, jetzt endlich den Plan von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen:

mit langfristigen Krediten zu festen Zinsen helfen wir, die DSL Bank, Land und Leuten tatkräftig

beim Wohnungsbau. Daß wir als große, unabhängige Bank darüber hinaus noch eine ganze

Reihe weiterer erbaulicher Stärken haben, das steht demnächst hier auf einem anderen Blatt.



DSL Bank, Bonn, Tel. 02 28/8 89-0, Btx \* 67 889 #. Geschäftsstellen: Berlin, Frankfurt, Hamburg, München, Stuttgart.

Zusammen geht's.

# Warum das Wohneigentum dem Aktienbesitz überlegen ist

### Neues Gesetz soll Arbeitnehmern eine stärkere Kapitalbeteiligung ermöglichen

Von JOACHIM DEGNER

Die vermögenspolitische Diskussion hat mit dem Entwurf eines zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes, der dem Bundesrat gegenwärtig zur Stellungnahme vorliegt, neuen Auftrieb erhalten. Bereits jetzt sind jedoch Überlegungen für weitere Schritte im Gange, die in der nächsten Legislaturperiode unternommen werden sollen.

Dabei dürfte der Gewichtung des Wohneigentums im Verhältnis zu dem Produktivvermögen eine besondere Bedeutung zukommen. Maßgebende politische Kräfte tendieren zu einer bevorzugten Förderung des Produktivvermögens. Es stellt sich daher die Frage nach einem „Qualitätsvergleich“ beider Vermögensarten.

Für eine verstärkte Förderung von Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer werden im wesentlichen folgende vier Gründe genannt:

Die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftsordnung werde gestärkt, wenn eine breite Schicht von Eigentümern diese Ordnung trage und die soziale Marktwirtschaft im Sinne verbesserter sozialer Gerechtigkeit weiterentwickelt werde.

Sowen Arbeitsplätze besser gesichert

Die Selbständigkeit, Mitverantwortung und Motivation der Arbeitnehmer werde durch eine verstärkte Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer erhöht.

Eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital diene zugleich der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung, erleichtere die Finanzierungsmöglichkeiten und stärke damit die Investitionskraft der Wirtschaft. Sie verbessere damit die

Voraussetzung für die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze.

Die Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivkapital der Wirtschaft diene auch der Eigenvorsorge für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in wirtschaftlichen Notfällen und bei verminderter Leistungsfähigkeit. Sie trage mit dazu bei, eine Überforderung der gesellschaftlichen Sicherungssysteme zu verhindern.

Der Aktualität wegen sei der vierte Punkt vorwegbehandelt. In der letzten Zeit hat der Gesichtspunkt der Eigenvorsorge für die Sicherung des Alters eine besondere Bedeutung erhalten. Anlaß dafür war die Erkenntnis, daß die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherungen auf längere Sicht nicht ausreicht, um einen angemessenen Lebensstandard im Alter aufrecht zu erhalten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das Wohneigentum dem Produktivvermögen klar überlegen, weil die mit Kapitalbeteiligungen verbundenen Risiken es kaum zulassen, diese Form der Vermögensbildung zu einem Eckpfeiler der Alterssicherung zu machen. Das Wohneigentum ist hier ein geradezu optimales Instrument, wie nicht zuletzt anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes zur steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums deutlich geworden ist.

Nicht gelöst sind dagegen die Fragen der Vorbereitung der privaten Haushalte auf den Erwerb von Wohneigentum: Die Bildung von Eigenkapital. Diese Frage hat deshalb zentrale Bedeutung, weil jetzt zunehmend mittlere Einkommensgruppen an der Schwelle zum Wohneigentum stehen. Mit geringerem Einkommen steigt jedoch der Eigenkapitalbedarf, weil die Finanzierung bei zu hoher Verschuldung mit erheblichen Risiken belastet ist, wie die gestiegene Zahl der

Zwangsversteigerungen beweist. Daher verdient die Eigenkapitalbildung zum Zwecke des Erwerbs und der Erhaltung von Wohneigentum gerade unter dem Gesichtspunkt der Altersvorsorge eine besondere Priorität.

Und nun zu den genannten weiteren Punkten:

Breitgestreutes persönliches Kleingeld bildet unbestritten einen wichtigen Pfeiler einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Es ist kein Zufall, daß sowohl die Bundesregierung als auch die SPD-Opposition eine erhebliche Verbesserung der nach wie vor außerordentlich niedrigen Wohneigentumsquote von 40 Prozent anstreben.

Finanzierung muß verbessert werden

Es bedarf kaum eines Beweises dafür, daß durch den Erwerb von Wohneigentum eine Motivation entsteht, wie sie sonst nur selten zu beobachten ist. Wohneigentum schafft Voraussetzungen für die Entfaltung der Persönlichkeit wie der Familie, wie sie kaum eine andere Form der Vermögensbildung zu bieten vermag.

Die Eigenkapitalausstattung der Eigenheiminvestoren muß in gleicher Weise verbessert werden wie die Eigenkapitalausstattung der Wirtschaftsunternehmen. Der bereits erwähnte Anstieg der Zahl der Zwangsversteigerungen ist ein eindeutiges Indiz dafür, daß in vielen Fällen mit zu hohen Kreditanteilen finanziert wird.

Daß eine effizientere Förderung des Bausparens auch neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende sichern hilft, braucht kaum näher begründet zu werden.

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der privaten Bausparkassen, Bonn

# Bauherren vor schweren Entscheidungen

Das „Gesetz zur Neuordnung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums (Wohneigentumsförderungs-Gesetz - WohneigentFG)“ vom 15. Mai 1986 (Bundesgesetzblatt 1986 I S. 730) regelt die Behandlung der vom Eigentümer selbst zu Wohnzwecken genutzten eigenen Wohnung im Einkommensteuerrecht ab 1. Januar 1987 neu.

Grundsätzlich wird von diesem Tage an der Nutzungswert der vom Eigentümer selbstgenutzten eigenen Wohnung („Eigenmiete“) oder der einem Dritten unentgeltlich überlassenen Wohnung nicht mehr besteuert (Privatgut-Lösung). Im Prinzip bleiben jedoch dem Eigentümer die ihm bisher gewährten Vergünstigungen des Einkommensteuerrechts erhalten.

So fallen bei dem Eigentümer eines bisher („pauschal besteuerten“) selbstgenutzten Einfamilienhauses oder einer selbstgenutzten Eigentumswohnung, dem bereits 1986 dieses Objekt gehörte, der Grundbetrag und mit ihm der Schuldzinsen-Abzug bis zu dieser Höhe weg, wenn

das Gebäude oder die Wohnung vor dem 1. Januar 1987 fertiggestellt war. Aber

die erhöhten Absetzungen für Abnutzung nach Paragraph 7 h EStG oder anderen Vorschriften des Einkommensteuerrechts (zum Beispiel für Modernisierungsaufwendungen nach Paragraph 82 a EStDV, einschließlich der hier besonders begünstigten Werbungskosten), und

der 1982 eingeführte erweiterte Schuldzinsen-Abzug werden auch ab 1987, jedoch in Form eines Sonderabgaben-Abzuges, diesem Eigentümer weiter gewährt, solange und soweit er jeweils diese Vergünstigungen in dem bisherigen Umfang hätte in Anspruch nehmen können.

oder Eigentumswohnungen) für ihn günstiger ist. Er hat es dabei in der Hand, die Anwendung des alten oder neuen Rechts herbeizuführen. Denn dieses gilt unmittelbar für die vom Eigentümer selbstgenutzte Wohnung nur,

wenn die Wohnung nach dem 31. Dezember 1986 fertiggestellt worden ist (fertiggestellt ist die Wohnung, wenn den Bewohnern der Bezug nach objektiven Gesichtspunkten zugemutet werden kann, auch wenn sie die Wohnung noch nicht beziehen) oder

wenn der Eigentümer die Wohnung nach dem 31. Dezember 1986 angeschafft hat.

Maßgeblich ist der Tag des Überganges von Besitz, Nutzung, Lasten und Gefahren, wie er in dem notariell beurkundeten Vertrag festgelegt wird, nicht etwa das Datum der Beurkundung.

Wer also vor der Frage steht, noch 1986 fertigzustellen oder zu erwerben oder dies erst nach dem 31. Dezember 1986 zu tun, kann so darauf hinwirken, daß nachher für ihn günstigere Regelungen gelten. (WT)

# Den Reiz der alten Häuser wiederentdeckt

### Wenn das Umfeld attraktiv sein soll: Altbaumodernisierung und Stadtbildpflege müssen sich gegenseitig ergänzen

Von ALFRED RÖHER

Viele haben den Reiz von Altbauten mitten in der Stadt wiederentdeckt und finden es sogar „schick“, in alten Häusern zu wohnen. Im Gegensatz dazu werden viele Siedlungen am Rande der Städte heute zu Problemgebieten. Die meist vielgeschossige, monotone Fertigbauweise dieser Gebäude führt unter den Bewohnern zu großer Anonymität.

Um die Unwirtlichkeit unserer Städte zu beseitigen, bedarf es gezielter Maßnahmen zu Pflege, Erhaltung und Modernisierung der Altbausubstanz. In diesem Zusammenhang spielt die Behebung von Außenschäden an Gebäuden eine wichtige Rolle. Seit langem steht fest, daß diese

durch Luftverschmutzung entstehen können. Ebenso können nämlich normale Alterung sowie fehlerhafte Planung und Ausführung Bauschäden hervorrufen, deren Schadensbilder denen der umweltbedingten Bauschäden sehr ähnlich sind und deshalb schwer voneinander zu unterscheiden sind.

Um so wichtiger ist es aber auch, Einwirkungsart und Rolle der Luftverschmutzung für die Lebensdauer von Bauteilen gründlicher zu untersuchen. Diesem ökologisch wie bautechnisch gleichermaßen hochaktuellen Thema „Bauschäden im Altbau“ erkennen, beheben, verhindern“ widmet sich der diesjährige Kongreß des Bundesarbeitskreises Altbaurenewerung e.V. (BAKA), der unter der

Schirmherrschaft von Bundesbauminister Oscar Schneider vom 6. bis 8. November 1986 im Nürnberger Messegelände stattfindet.

Indem Altbaumodernisierung Umweltschäden beseitigt, verschönert sie gleichzeitig das Erscheinungsbild unserer Städte. Die Modernisierung des Äußeren muß jedoch durch Maßnahmen im Inneren der alten Häuser ergänzt werden, um diese den neuzeitlichen Vorstellungen von Wohnkomfort anzupassen. Dies betrifft insbesondere die Ausstattung mit sanitären Anlagen und mit modernen Heizungssystemen.

Menschen, die in derart modernisierte Wohnungen einziehen, werden sich aber darin nur wohlfühlen, wenn auch das Wohnumfeld verbessert

worden ist. Hierzu sind im Rahmen der Stadtbildpflege eine Reihe von Maßnahmen zur ökologischen Realisierung erforderlich.

Altbaumodernisierung und Stadtbildpflege müssen sich also gegenseitig ergänzen. Denn Eigentümer von Altbauten werden nur dann zu Modernisierungsinvestitionen bereit sein, wenn das Wohnumfeld attraktiver gestaltet wird und dadurch der Wohnwert der Altbauten steigt. Umgekehrt können die Gemeinden nur dann Investitionen für Stadterneuerungsmaßnahmen verantworten, wenn die Wohngebäude selbst von ihren Eigentümern angepaßt werden.

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer der Öffentlichen Landesbausparkassen in Bonn

**LEG** Leistung Erhaltung Gesamtheit

Organ der staatlichen Wohnungspolitik  
Staatlich anerkanntes gemeinnütziges Siedlungsunternehmen  
Allgemein bestätigter Sanierungsträger

**...Partner von Städten und Gemeinden**

bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung sowie Stadtentwicklung; Stadtentwicklungsplanungen und Rahmenplanungen mit ergänzenden Untersuchungen; städtebauliche Voruntersuchungen und vorbereitende Untersuchungen für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen; Vorbereitung und Realisierung von Erschließungsmaßnahmen; Freizeit- und Naherholungsanlagen.

**...Partner öffentlicher und privater Bauherren**

Technische und wirtschaftliche Betreuung; öffentlich geförderter Wohnungsbau; Eigentumsbildung durch den Bau von Trägerschaftsmaßnahmen auf der Grundlage des Wohnungsgemeinnützigkeitsprinzips; Bau- und Betreuungsmaßnahmen im Rahmen der gezielten Strukturprogramme; Rationalisierung der Bauplanung und Baudurchführung; Erschließung und Bau von Ferienhauseanlagen.

**...Partner bei öffentlichen und privaten Maßnahmen in der Agrarordnung**

Siedlungs- und Eingliederungsmaßnahmen unter dem Aspekt der agrarpolitischen Neuordnung; agrarstrukturelle Vorplanung; Verbesserung der Agrar- und Infrastruktur; überbetriebliche und einzelbetriebliche Förderung; Landschaftserhaltung und -gestaltung.

**LEG** Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen für Städtebau, Wohnungswesen u. Agrarordnung GmbH  
4000 Düsseldorf · Roßstraße 120 · Tel. (0211) 45680

Im Zeichen der Verbundenheit

Herzlichen Glückwunsch

**STADTSPARKASSE KÖLN**  
Ihr Partner - Ihre Bank

**Wir planen und bauen für Sie in Niedersachsen.**

Wenn Sie ein Haus mit familiengerechtem Grundriß und hoher Bauqualität zu günstigen Preisen bauen oder kaufen wollen, dann brauchen Sie einen erfahrenen Partner. Über 180.000 Eigenheimbesitzer haben uns in über 60 Jahren unseres Bestehens ihr Vertrauen geschenkt.

Unsere Erfahrung ist auch Ihr Vorteil.

Eine unserer Zweigstellen oder eines unserer Verkaufsbüros ist bestimmt in Ihrer Nähe:

3300 Braunschweig Magnitorwall 7 ☎ (05 31) 4 45 54	2850 Bremerhaven 1 Weißburger Str. 22 ☎ (04 71) 3 17 86	3400 Göttingen Neustadt 10 ☎ (05 51) 4 60 11
2120 Lüneburg Walkstraße 43 ☎ (0 41 31) 4 40 51	2900 Oldenburg Gartenstraße 19 ☎ (04 41) 50 10 57	4500 Osnabrück Osterberger Reihe 6 ☎ (05 41) 2 80 10
3320 Salzgitter 51 Schlopweg 15 A ☎ (0 53 41) 3 40 38		

Hauptverwaltung  
3000 Hannover 1  
Walter-Gieseck-Str. 6  
☎ (05 11) 8 116 - 0

**NILEG**  
Niederländische Landesentwicklungsgesellschaft mbH  
Früher: Niedersächsische Heimstätte

**WESTHYP ZUM THEMA PRIVATE BAUFINANZIERUNG.**

**Direkt zur eigenen Wohndiöle.**

Damit Ihr Traum von den eigenen vier Wänden konkrete Formen annimmt, benötigen Sie einen kompetenten Hypothekenpartner. Einen Finanzierungsexperten, der Ihnen von Anfang an konkrete Antworten gibt, schnell ein eigenes marktgerechtes Angebot mit langfristigen Krediten zu festen Zinsen unterbreitet und selbst für eine optimale Abwicklung sorgt. Wenn Sie das überzeugt, sollten Sie direkt zum Hörer greifen. Ihr Direktkontakt: 02 31/1 08 23 54.

**WESTHYP**  
IHR DIREKTER WEG ZUR HYPOTHEK  
Westfälische Hypothekbank AG, Finanzstraße 1, 4600 Dortmund 1, Telefon 02 31/1 08 20, Telex 02 31/1 08 22 57

**Eigener Herd ist Goldes wert.**

Eine gute Adresse für Bauleistungen in allen Sparten im In- und Ausland.

**HEILT+WÖERNER BAU-AG**  
Klosterburger Str. 8 · D-4000 München 80  
Tel. (089) 830 020 · Telex 5 233 300 mw-d  
Telex 93 00 52 16 Germany (West)

Fordern Sie bei Bedarf unsere Bildokumentationen an.

Industriezweige, Dienstleistungsbereiche, Regionen, Städte, Freizeit, Geldanlage und vieles andere mehr sind die Themen der **WELT-Reports, die laufend in der WELT erscheinen.** Für Firmen und Institutionen im Umfeld der jeweiligen Themen bieten diese Reports exzellente Werbemöglichkeiten. Interessieren Sie nähere Informationen? Bitte:

**DIE WELT** Anzeigenabteilung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3 47-41 11, -43 83, -1, Telex: 2 17 001 777 asd

01-429

# Eine Berufsgruppe fühlt sich nicht ausreichend anerkannt

## Der lange Weg vom ehemaligen „Baumeister“ zum heutigen „Baulöwen“

Von P. J. BERNATZEDER

Um zum Thema zu kommen; soll unter privat nicht nur „persönlich“, „familiär“, sondern „außeramtlich“, „nicht öffentlich“ verstanden werden. „Initiative“ heißt soviel wie „Anstoß“, „Anregung zu einer Handlung“, „Entschlußkraft“, „Unternehmergeist“.

Privatinitiativen waren zu allen Zeiten dominierend. Es muß aber in diesem Zusammenhang auch gesagt werden, daß diese Privatinitiativen durch die „Selbstdarstellung“ der Politiker, Behörden und Beamten in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängt werden.

Diejenigen, von denen die Baulösungen erbracht werden, wurden bei der Übergabe „amtlicher Bauten“ mit dem „Dank an alle Arbeiter und Ingenieure“ ohne Nennung der Baulösungsträger abgespeist.

Heute gelten die nicht öffentlichen Auftraggeber und Bauunternehmer, einst als „Baumeister“ tituliert, als die „Buhmänner der Nation“. Sind sie erfolgreich, dann werden sie „Baulöwen“ genannt. Damit wird die Meinung vertreten, der Betreffende habe sich nur bereichern wollen.

Oder es sind „Versager“, weil sich die „öffentliche Hand“ immer noch als Obrigkeit und weniger als Dienstleistungsbetrieb versteht und Opportunisten jede Möglichkeit nutzen, so lange Einsprüche zu erheben, bis die Gerichtsinstanzen diese bearbeiten können.

Minderheiten versuchen der Gemeinschaft ihren Willen aufzuzwingen, koste es die Mehrheit, was es wolle.

Daß in solchen Situationen wertvolle Privatinitiativen im Bauwesen einschließlich des Städtebaus unterbleiben oder erstickt werden, liegt auf der Hand. Dazu kommt, daß es bis heute nicht gelungen ist, die Verstärkung einer finanzierbaren Nachfrage zum mindesten im Bereich der öffentlichen Bauten mittel- und langfristig zu erfüllen und die Bauunternehmer je nach Couleur der Regierungsparteien in der konjunkturellen Achterbahn bleiben.

Eine Branche, die dadurch so viele Konjunkturschwankungen zu überleben hatte, hat keine Reserven mehr, um die wünschenswerten Privatinitiativen zu verwirklichen. Es sei denn, Architekten, Planungs- und Ingenieurbüros sowie Bauunternehmer und die Vielzahl von Ausbaufirmen konzentrieren sich auf die Gesundenschimpfung auf niedrigem Niveau als noch vertretbare Privatinitiative oder schließen die Betriebe.

Bei dieser Betrachtung sei aber daran erinnert, daß zum Beispiel die Stadt München als „Weltstadt mit Herz“ mit anerkannten Bauwerken – und das gilt stellvertretend für alle Städte –, während der Monarchie sogar Straßen nach bekannten, nicht mehr lebenden Architekten und Baumeistern benannt hat.

Heute wird offenbar die Leistung des einzelnen durch die Anonymität der Masse verdrängt. Die umfassenden behördlichen Bauordnungen in den Bundesländern bis zu je 700 Seiten beschränken Privatinitiativen außerordentlich. Einige Beispiele von Privatinitiativen in München:

● Jacob Heilmann, Baumeister mit 19 Jahren, der spätere Mitbegründer der angesehenen Baugesellschaft Heilmann & Lüttmann. Anfang 1880 führte die Idee von der Wasserkraftverwertung der Isar zur Planung und zum Ausbau des ersten Isar-Kraftwerks. Er kaufte das Gelände, projektierte, zog dazu Oskar von Miller und Ingenieur Brown von Brown, Boverie & Co. mit heran, gründete die Isarwerke GmbH mit einem Bankenkonzern und errichtete in Hölleiselskreuth in den Jahren 1893/94 das erste Isar-Kraftwerk für die Stadt. Sie lehnte das Angebot, die Isarwerke zu übernehmen, damals ab, und so waren um 1908 nur zahlreiche Gemeinden um die Stadt München herum, auch die Stadt Pasing, an die elektrische Versorgung angeschlossen.

### Lob von zahlreichen ausländischen Fachleuten

Ebenso das erste Industriegebiet Münchens, damals an der Peripherie am Bahnhof Mittersending. Jacob Heilmann kaufte hierzu die Ländereien, erschloß sie durch Straßen, Bahn-, Wasser- und Stromanschlüsse und ließ Fabriken bauen.

Die Gründung der Isarwerke und des ersten Industriegebiets Münchens, als Eigeninitiative und Pionierleistung vorangestellt, waren nur Teile seiner umfangreichen Initiativen im gesamten Bauwesen.

● Der Unternehmer Borst errichtete in einer Zeit größter Wirtschaftnot in den 30er Jahren am damaligen Stadtrand Münchens in der Nähe des ersten Flughafens eine Wohnsiedlung – nach seinerzeitigen Maßstäben „Sozialwohnungen“ –, die nach der heutigen Beurteilung gutbürgerliche Wohnheiten sind. Gemeint ist die „Borstel“ mit Geschäften und einem sehr ansprechenden Areal als Innenhof zur Verbesserung/Erhaltung der Lebensqualität.

● Ingenieur F. Todt trat 1921 in die Baunternehmung Sager & Woerner ein, die sich vornehmlich mit dem Verkehrswegebau befaßte und in München die meisten Isar-Brücken um die Jahrhundertwende errichtete.

Seine Doktor-Dissertation über „Fehlerquellen im modernen Straßenbau“ erfolgte 1924 nach Studium der italienischen „Autostradas“, anschließend die Verfassung der Denkschrift über die „Schaffung eines Netzes von Autobahnen in Deutschland“.

Das entscheidende an diesen Autobahnen als zweites Bein der Eisenbahnen war nicht nur die doppelspurige Straße mit Trennstreifen in den Fahrtrichtungen, sondern die kreuzungsfreie Straße, ein Konzept, das uns heute befähigt, von den sichersten Autostraßen der Welt zu sprechen.

● Josef Schörghuber, Bauingenieur. Er zählt in der Nachkriegszeit zu den größten privaten Bauherren, auch in München. Es war seine Privatinitiative, sein Erbteil, das Areal der durch König Ludwig I. für dessen Städtebaukonzept ausgebeuteten Lehmgruben im Nordosten Münchens, dazu zu benutzen, den international angesehenen Arabella-Park aufzubauen.

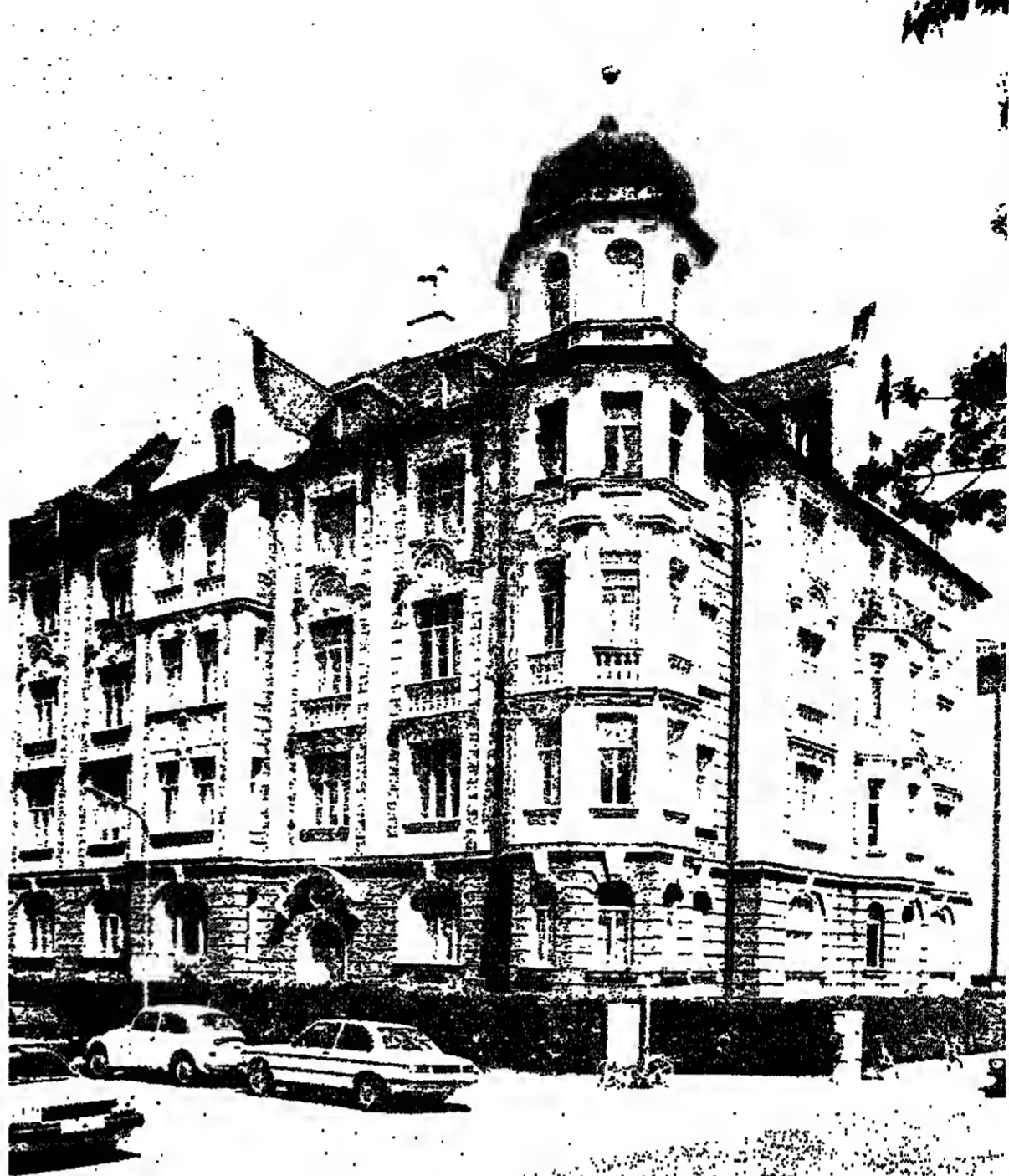
Durch diese Privatinitiative wurden dort Hotels, Banken, Verwaltungszentren, Kongresszentren, Wohnungen, Geschäfte, Restaurants und Versorgungseinrichtungen erstellt. Sein Konzept ist immer die Mischung von Wohnbereichen mit Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben. Dieser Arabella-Park im Stadtteil Bogenhausen mit seinen beachtlichen Baulösungen von international anerkannten Münchner Bauunternehmungen fand auch die Anerkennung amerikanischer Baufachleute.

Die Beispiele haben gezeigt, daß es am Anfang immer die Privatinitiativen gegeben hat, die das Werk begannen und/oder vollenden ließen. Die soziale Marktwirtschaft basiert auf dem Schwerpunkt Privatinitiative. Die Politiker sind sicherlich gut beraten, diese zu fördern und die staatlichen Initiativen dahingehend abzubauen, daß Bauträger und Bauunternehmungen auch im Städtebau nicht nur Funktionsgehilfen sind, sondern vollwertige Partner innerhalb einer verantwortungsbewußten Gemeinschaft.

Jede stabile Volkswirtschaft beruht auf Privatinitiativen und existiert von deren Gewinnen als der Topf für das soziale Netz.

Es ist Aufgabe der Politiker, den Akteuren solcher Privatinitiativen wieder zu dem erforderlichen Risikokapital zu verhelfen, um sich auch in den internationalen liberalisierten Großmärkten behaupten zu können und ein verlässlicher Wirtschaftspartner mit größtem Qualitätsstandard zu bleiben.

Die Bauwirtschaft hat mit der Landwirtschaft eines gemeinsam: Das Risiko durch die vier Elemente Luft, Erde, Wasser und Feuer.



Die Wohnqualität in älteren Häusern hat sich durch die Sanierung fühlbar verbessert

FOTO: DIE WELT

### Prämientermin beachten

Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß die Wohnungsbauprämie alle Jahre wieder neu beantragt werden, und zwar bis zum 30. September. Für die 1986er Bauparbeiträge bekommt eine Prämie von mindestens 14 Prozent, wer im Jahr 1984 bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten hat. Wer gut verdient, muß aber genau rechnen. Die gesetzliche Grenze von 24 000 Mark (Ledige) beziehungsweise 48 000 Mark (Verheiratete) plus 1800 Mark je Kind unter 18 betrifft das „zu versteuernde“ Einkommen. Das Brutto-Einkommen kann wegen verschiedener Freibeträge erheblich höher liegen. Was wegen persönlicher Besonderheiten über die Pauschalen und Freibeträge hinausgeht, kommt nochmal dazu. Wer zu hoch liegt, kann seine Beiträge bei der Einkommensteuer unter der Rubrik „Sonderausgaben“ absetzen. (WR)

### Wie Schäden verhindert werden

In der warmen Jahreszeit sollte man alles dransetzen, Mauer- und Dachschäden im Winter vermeiden. Außen sind gerade jetzt Installationsfirmen dankbar für Arbeitsaufträge. So vermeiden sie Termindschwierigkeiten. Eispropfen, die sich in Dachrinnen und Ablaufrohren unter bestimmten Temperaturverhältnissen bilden, können das klägliche Abfließen des Schmelzwassers verhindern. Das Wasser rinnt dann über, dringt ins Mauerwerk ein. Bei nachträglichem Gefrieren können schwere Gebäudeschäden entstehen. Die Enteisung von Dachrinnen erfolgt durch elektrische Beheizung der gefährdeten Leitungssysteme. (tjt)

# Die Wohnung, ein Schauplatz des Familienlebens

## Sechs Thesen zur Eigentumbildung – Weder starre Grundrisse noch festgelegte Quadratmeter

These 1: Der Druck der Bevölkerung auf die Ballungsräume und der so hoch angesiedelte Wohnungswunsch der Mieter-Haushalte – acht von zehn haben diesen Wunsch – zwingen zu Problemlösungen. Verdichtete Bauformen im Flach- und Geschosbau, die darüber hinaus Kosteneinsparungen ohne Qualitätseinbußen in Wohnung und Wohnumwelt ermöglichen, sind geeignet, einen Teil dieser Nachfrage zu befriedigen.

These 2: Wohnen ist soziales Verhalten, diese zu fördern und die staatlichen Initiativen dahingehend abzubauen, daß Bauträger und Bauunternehmungen auch im Städtebau nicht nur Funktionsgehilfen sind, sondern vollwertige Partner innerhalb einer verantwortungsbewußten Gemeinschaft.

These 3: Wohnen in verdichteter Bauweise. Wohnen in Ballungsräumen unterscheidet sich vom Wohnen in ländlichen Regionen, im freistehenden Einfamilienhaus. Wohnen in Ballungsräumen heißt gemeinschaftsorientiertes Wohnen allerdings unter Ermöglichung weitgehend selbstbestimmter Freiräume für das private Leben. Das erfordert in der baulichen Konzeption: nachbarliche Rücksichtnahme und Gemeinverträglichkeit, Vermeidung erzwungener Sozialkonflikte und Offenhaltung einer auf eigener Initiative beruhenden Wahl unter Kontaktpersonen.

These 4: Die Popularität kosten- und flächensparender Bauformen gründet sich auf das vorzeigbare Ergebnis: das Reihenhaus oder Familienheim zum Preis zwischen 300 000 und 250 000 Mark und Kostensenkungen im Geschosbau bis zu 20 Prozent bei Gewährleistung heutiger Wohnstandards und Wohnwertkriterien – trotz aller Sparmaßnahmen.

Es fehlt den Konzepten aber die breite Basis, um damit in absehbarer

Zeile eine größere Nachfrage nach Wohneigentum zu befriedigen. Denn alle bisher bekanntgewordenen Projekte sind unter Sonderkonditionen realisiert worden, die es nicht zulassen, die Häuser an jedem beliebigen Ort, zur selben Qualität und zum selben Preis zu errichten.

These 5: Die weite Verbreitung dieses Bauens steht und fällt mit der Entscheidung, die Sonderkonditionen, unter denen sie entstanden sind, in allgemein verbindliche Rahmenbedingungen zur erleichterten Bildung von Wohneigentum zu überführen. Das umfaßt:

- die Bereitstellung von besonders preisgünstigen Grundstücken durch Kommunen und Träger der staatlichen Wohnungspolitik;
- den Einsatz und die Lenkung zusätzlicher staatlicher Fördermittel auf derartige Maßnahmen;
- die Gewährung bauplanungs- und bauordnungsrechtlicher Dispense;
- die enge Kooperations- und Koordinationsbereitschaft von allen am Bau Beteiligten;
- den Verzicht auf die üblicherweise

realisierbare ganze Höhe von Honoraren, Gehühren und Kosten;

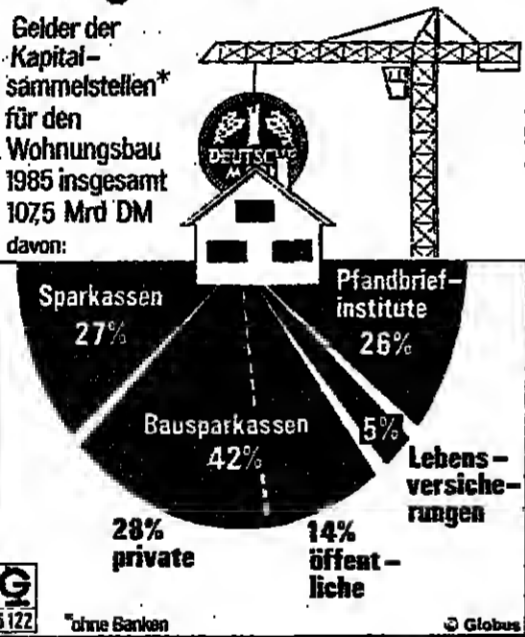
- „intelligente“ und „baulich-raffinierte“ Lösungen, die auch im Rahmen behutsamer Stadterneuerungsmaßnahmen genutzt werden können;
- die Ermöglichung und individuelle Abstufung eines hohen Anteils an baulicher Selbsthilfe.

These 6: Wohnen in der Verdichtung ist ein Lernprozeß. Der Widerspruch zwischen der einerseits angestrebten Individualisierung und der andererseits erwünschten Gemeinschaftsorientierung familiengerechten Wohnens ist nicht lösbar, er kann aber durch bauliche Maßnahmen gering gehalten und gemildert werden.

Kurt Tucholsky hat diesen Widerspruch in folgende Zeilen gefaßt: „Ja, das möchte! – Eine Villa im Grünen mit großer Terrasse – vom Ostsee, hinten die Friedrichstraße; mit schöner Aussicht, ländlich-mondän – vom Badezimmer ist die Zugspitze zu sehen – aber abends zum Kino hast Du's nicht weit.“

Zusammengestellt von Friedrich Meitz, Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen, Bonn

### Baugeld – woher?



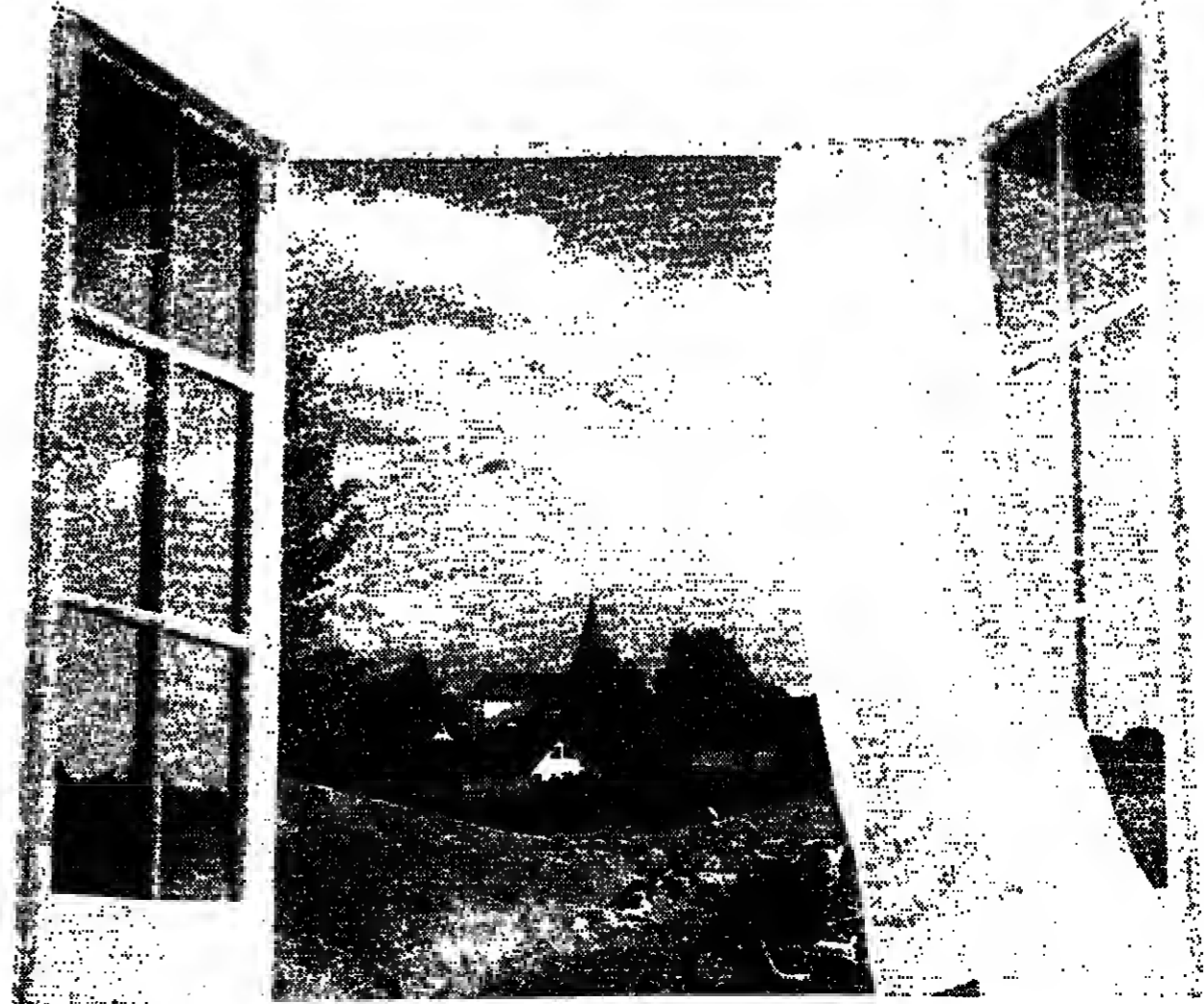
# Landauf, landab starke LBS-Vorteile.

**Hohe Rendite, günstiges Baugeld und vieles mehr: LBS-Maßprogramm.**

Ob mitten in der Stadt oder weit draußen auf dem Land: ganz gleich, wo Sie wohnen, wir sind in Ihrer Nähe. Und mit uns die Bauspar-Vorteile des LBS-Maßprogramms: gesunde Guthaben-Zinsen, saubere Prämie, erfrischende Arbeitnehmer-Sparzulage und das günstigste Baugeld zum Festzins. Damit wird Ihr Wunsch vom eigenen Zuhause schnell wahr. Kommen Sie jetzt zur LBS oder & Sparkasse. **Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.**

# LBS

Bausparkasse der Sparkassen



# Bürgeraktionen halfen tatkräftig bei der Sanierung in Bremen

Bausenator der Hansestadt: Immer mehr Freiwillige engagieren sich

Von BERND MEYER

Das bislang stark vom Bund bestimmte und geförderte System des Mitteltransfers zwischen den Gebietskörperschaften und in den privaten Sektor hinein droht auseinanderzubrechen. Das in großen Zügen bislang noch bundeseinheitliche städtebauliche Fördersystem soll regionalisiert und länderunterschiedlichem Schicksal überantwortet werden.

Oh diese Liberalisierung, Föderalisierung und behauptete Verwaltungsvereinfachung Früchte trägt, ist zu bezweifeln. Nach dem bereits vollzogenen Rückzug des Bundes aus der Modernisierungs- und Energiesparförderung, dem jüngst beschlossenen allmählichen Rückzug aus der Wohnungsbauförderung (mit bereits vollzogenem Ausstieg aus der Mietwohnungsbauförderung und nach neuesten Beschlüssen sukzessive reduzierter Eigentumsförderung), droht dies auch der gerade 1986 und 1987 auf Milliarden-Niveau gelifteten Städtebauförderung. Diese Entwicklungen ergeben gegenwärtig keine stabilen Rahmenbedingungen für zukunftsweisende Investitionen in den Städten und Gemeinden, engen bereits jetzt örtlich sinnvolle Handlungsspielräume ein.

Hinzu kommt, daß weitere tragende Säulen des Systems - die Wohngeldgewährung und das Gemeinnützigkeitsrecht noch ungelöste Probleme in sich bergen - Fragen offenlassen.

Das nicht ohne investitionspolitische Rückwirkungen bleibende Wohngeld ist zwar aufgestockt worden, es benachteiligt aber immer noch bestimmte Mieterhaushalte (Ein- bis Zwei-Personenhaushalte), und eine regelmäßige, rechtzeitige Anpassung an die Miet- und Einkommensverhältnisse ist nicht gewährleistet.

Die Verlängerung und Ergänzung der Abschreibungsvergünstigungen für bestimmte Energiesparinvestitionen und städtebaulich bedeutsame Erhaltungsinvestitionen in Sanierung und Denkmalschutz sind zwar positive Rahmenbedingungen für eine Förderpolitik im Wohnungs- und Städtebau - leider aber noch zu stark einkommensabhängig.

## Ein beachtlicher Nachholbedarf

Hier wünsche ich mir noch eine Verbesserung steuerlicher Anreize für Niedrigverdiener. Diese Breitenwirkung kommt auch bei der ab 1. Januar 1987 geltenden Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums zu kurz.

Die Fortsetzung der möglichst bundesgestützten Wohnungsbauförderung, Städtebauförderung, Modernisierungs- und Energiesparförderung,

eine regelmäßige Wohngeldfortschreibung, eine zügige Gemeinnützigkeitsreform, sozialere Steuerregelungen, das alles sind Voraussetzungen für mehr Investitionen im privaten Sektor.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Auslösung privater Erneuerungsaktivitäten sind kommunale Investitionen. Der Nachholbedarf und Nachbesserungsbedarf im öffentlichen Investitionsraum unter, auf und über der Erde ist vielfach beachtlich.

Oft genügt beispielsweise die Umgestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen, um als Folgeerscheinung erstaunliche, nicht weiter subventionenbedürftige Privatinvestitionen im neu gestalteten Umfeld auszulösen - ein immer wieder zu beobachtender faszinierender, visuell erlebbarer Multiplikatoreffekt.

Dieser Weg ist in manchen Bereichen sinnvoller als der Transfer öffentlicher Fördermittel in den privaten Sektor zur Erleichterung von Vorhabenfinanzierungen.

Der viel beschworene hohe Multiplikatoreffekt der Stadterneuerung ist sichtbarer Ausdruck eines sich aus privaten und öffentlichen Anstößen entwickelnden Investitionsprogramms mit privatwirtschaftlichen und staatlichen Investitionsanteilen, ist Ergebnis einer „konzertierten Aktion“, wobei im Durchführungsprozeß - wie viele Beispiele zeigen - der Chor der Mitspieler ansteigt.

Die Kommunen müssen daher vor allem finanziell in die Lage versetzt werden, verstärkt stadtökonomische und stadtökologische Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

Was kann die öffentliche Hand in ihrer Einflusssphäre noch investitionsfördernd tun? Voraussetzung für ein verstärktes privates Engagement ist die Entwicklung und Bekanntgabe von städtebaulichen Rahmenplänen, die auch Legislaturperioden überdauern und Flexibilität für Fortentwicklungen beinhalten.

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung ist die Verfügbarkeit von geeignetem Personal und geeigneten Organisationsstrukturen, um den Grundsatz der Stadterneuerung, nämlich die Bündelung privater und öffentlicher Aufgabenträger, wirksam zum Tragen zu bringen und „koordiniertes Handeln“ zu erzeugen.

Oft genug kommen Dinge erst richtig in Bewegung, wenn zweckgerichtet administrative Zuständigkeiten verändert werden und auch politische Strukturen umdefiniert werden, um besser auf Stadterneuerungsprozesse reagieren zu können. Hier liegt noch ein Entwicklungspotential zur Förderung privater Stadterneuerungsinitiativen, das den Staat nicht Geld kostet, sondern nur Mut zur rechtzeitigen, bedarfsorientierten Anpassung seines Dienstleistungsapparates bedeutet.

Günstigere Rahmenbedingungen

für private Investitionen können Städte und Gemeinden auch durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit leisten. Hier könnte noch mehr getan werden, zum Beispiel durch das Aufzeigen verbesserungswürdiger städtebaulicher Strukturen, die Aufarbeitung von innerstädtischen Bauflächen mit aktivem Zugehen auf Bürger, die städtebauliche Potenzen ungenutzt besetzt halten.

Gibt es Chancen für verstärktes privatwirtschaftliches Engagement im Städtebau? Privat ausgelöst und privat finanzierte Stadterneuerungsaktivitäten hat es in der Vergangenheit vielerorts gegeben.

## Optimistische Prognosen

Hier sind aus Bremen beispielhaft die Entstehung der Böttcherstraße, des Schnoor, der Wiederaufbau des Heimatstraßenviertels, die stadtteilprägenden Aktivitäten der gemeinnützigen Wohnungsbauvereine zum Beispiel in der Vahr zu nennen. Hinzu kommen viele einzelne, wertvolle Bürgeraktivitäten - auch jüngerer Datums.

Die Ergänzung der Bemühungen zur Wiederherstellung der Bremer Teerhofbebauung auf der Weserstrominsel zwischen Altstadt und Neustadt durch private Initiative ist ein herausragendes Beispiel dafür. Im übrigen stehen angesichts sich wandelnden Bewußtseins die Chancen nicht schlecht, Bürger wieder zu Spenden und Stiftungen für identifizierbare, sichtbare, anfaßbare stadterneuernde oder stadterweiternde Einzelmaßnahmen zu gewinnen.

Dieses private Engagement zu fördern ist eine reizvolle Aufgabe, der sich Politik, Verwaltung und Private gemeinsam und verstärkt stellen sollten.

Aus heilsamen Zwängen heraus wächst die Erkenntnis, daß die Städte im Verbund mit privaten Aktivitäten über erstaunliche Möglichkeiten verfügen, Sozialprodukt zu erzeugen und auch gewisse Selbstfinanzierungsprozesse in Gang zu setzen.

Diese Stadterneuerungstendenz ist vielleicht die entscheidende Rahmenbedingung für eine darauf aufbauende, noch stärker als bisher privat finanzierte Stadterneuerung.

Die Voraussetzungen für das Erkennen von richtigen und wichtigen Zukunftsinvestitionen und der Wille, sie mit Schwung und Optimismus umzusetzen, steigen vielleicht gerade jetzt, wo der bislang bevölkerungspolitisch erforderliche Versorgungsgrundbedarf in notwendigstem Umfang erstellt ist (Wohnungen, Schulen, Kindertagesstätten, Hallenbäder, Bürgerhäuser, Sportplätze).

Der Autor ist Senator für das Bauwesen in Bremen



Nach Ansicht der Architekten sind Eigenheime schon für 200 000 Mark zu haben

FOTO: DIE WELT

# Keller und Dach bevorzugt ausgebaut

Die durchschnittliche Nutzfläche erhöhte sich um mehr als 30 Prozent

Der Anteil der Baumaßnahmen an bereits vorhandenen Wohn- und Nichtwohngebäuden am gesamten Bauvolumen in Deutschland nimmt stetig zu. Gemessen an den veranschlagten Baukosten, sind die erfaßten und genehmigten Bauvorhaben im Gebäudebestand in den letzten 15 Jahren von 7,5 Prozent im Jahre 1970 auf zwölf Prozent im Jahre 1984 angestiegen.

Dazu verweist das Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bauparwesen (Arnold-Knollach-Institut) e. V., Bonn, auch auf die Ergebnisse der Baugenehmigungsstatistik von Bund und Ländern und die im Jahre 1983 erteilten 262 300 Baugenehmigungen; von ihnen waren fast ein Viertel für Baumaßnahmen im Gebäudebestand vorgesehen. Dieser Anteil dürfte nach Schätzungen des Bonner Instituts 1985 noch gestiegen sein.

Von den rund 59 800 im Jahre 1983 genehmigten Vorhaben an vorhandenen Gebäuden entfielen 14 400 (28 Prozent) auf Nichtwohngebäude; die anderen 45 400 (72 Prozent) auf Wohngebäude.

Davon betraf der weitaus überwiegende Teil, nämlich rund zwei Drittel, vor allem Umbauten und Erweiterungen an Ein- und Zweifamilienhäusern mit dem Schwerpunkt Keller- und Dachgeschosbaubau.

Diese Bauvorhaben erbrachten einen erheblichen Zuwachs an Wohn-

und Nutzfläche, führten in etwa einem Drittel der Fälle zur Änderung der Gebäudeart und verteilten sich einschließlic der dabei veranschlagten Baukosten wie folgt:

● mit rund 17 100 Baumaßnahmen auf bestehende Einfamilienhäuser, mit veranschlagten durchschnittlichen Baukosten von 86 000 Mark und mit einem Anstieg der Wohn- und Nutzfläche von rund 111 auf 156 Quadratmeter, mithin mit einem Zuwachs an nutzbarer Fläche von 41 Prozent;

● mit knapp 10 290 Baumaßnahmen ebenfalls auf bestehende Einfamilienhäuser, durch die diese in Zweifamilienhäuser umgebaut wurden, mit veranschlagten durchschnittlichen Baukosten von 120 500 Mark und mit einer Erweiterung der Wohn- und Nutzfläche im Durchschnitt von rund 127 auf 204 Quadratmeter, also mit einem Zuwachs an nutzbarer Fläche von 61 Prozent;

● mit 7650 Baumaßnahmen auf bestehende Zweifamilienhäuser, mit veranschlagten durchschnittlichen Baukosten von rund 96 000 Mark und mit einer vorgesehenen Erweiterung der Wohn- und Nutzfläche von 159 auf knapp 212 Quadratmeter, und demnach mit einem mittleren Flächenzuwachs von rund 33 Prozent;

● mit 4020 Bauvorhaben auf bestehende Mehrfamilienhäuser mit drei oder mehr Wohnungen und insge-

samt betroffenen rund 34 400 Wohnungen, die entweder erweitert, zusammengelegt oder geteilt werden sollten;

● dabei betrug die veranschlagten Baukosten je Wohnung im Durchschnitt 23 350 Mark bei Gebäuden, in denen keine Eigentumswohnungen, und 35 170 Mark bei Gebäuden, in denen nach der Maßnahme Eigentumswohnungen vorgesehen waren;

● schließlich erhöhte sich die durchschnittliche Wohn- und Nutzfläche bei zur Vermietung bestimmten Wohnungen von knapp 69 auf rund 72 Quadratmeter, demgegenüber war bei Eigentumsmaßnahmen ein Rückgang an Wohnfläche von rund 79 auf knapp 77 Quadratmeter zu verzeichnen.

Die Baumaßnahmen im Wohngebäudebestand und die dabei zu veranschlagenden Baukosten, die 1983 insgesamt rund 5,6 Milliarden Mark betragen, dürften jedoch ein Vielfaches höher liegen, als es die Statistik ausweist, denn: Von dieser Statistik werden weder die nichtgenehmigungspflichtigen Maßnahmen erfaßt - wie etwa einfache Modernisierung und Instandsetzung - noch die genehmigungspflichtigen Bauvorhaben, die ohne Genehmigung durchgeführt werden, unterstreicht das Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bauparwesen (Bonn) in seinem Bericht. (WR)

# Nicht mehr Sache des Bundes?

Von DIETMAR KANSY

Nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause geht der Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauparwesen und Städtebau in die Endrunde der Detailberatungen über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Baugesetzbuches. Dieses wichtige Gesetzesvorhaben von Wohnungsbauminister Schneider beinhaltet als einen wesentlichen Teil die Zusammenführung und Reform der Vorschriften des bisherigen Baugesetzbuches und des Städtebauförderungsgesetzes.

Die im jetzigen Städtebauförderungsgesetz noch enthaltenen Bestimmungen über die Städtebauförderung des Bundes werden im neuen Baugesetzbuch nicht mehr enthalten sein. Damit ist einer von allen elf Länderregierungschefs an den Bundeskanzler gerichteten Forderungen Rechnung getragen, nämlich die Städtebauförderung ab 1. Januar 1988 in die alleinige Kompetenz der Länder zu überführen, während es sich bisher um eine Gemeinschaftsaufgabe handelte, die von Bund, Ländern und Gemeinden gelöst wurde.

Es ist kein Geheimnis, daß es die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Bauwirtschaft vorgezogen hätte, wenn die Bundeskompetenz für die Städtebauförderung erhalten geblieben wäre. Angesichts der unterschiedlichen Finanzkraft einzelner Bundesländer wird es großer Anstrengungen bedürfen, um sicherzustellen, daß auch in den finanzschwächeren Ländern der gegenwärtige Rahmen erhalten bleibt.

In die Verhandlungen über die Entflechtung der Städtebauförderung geht der Bundesfinanzminister mit der Vorstellung, die 330 Millionen Mark Bundesmittel des Haushaltsansatzes von 1985 an die Länder zu übertragen. Einige Länder erwarten den Betrag von einer Milliarde Mark, der vom Bund für die Jahre 1986 und 1987 aufgewendet wird.

Sollte nicht umgehend eine Einigung über die Höhe der Städtebauförderung ab diesem Datum gelingen, so wird die dadurch insbesondere bei den Kommunen mit Sicherheit auftretende Unsicherheit über Finanzierungsmöglichkeiten zu unnötigem Alarms führen.

Der Autor ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Raumordnung-Bauparwesen-Städtebau des Deutschen Bundestages

STÄDTEBAUFÖRDERUNG UND VERMÖGENSBILDUNG  
Redaktion: Werner Neltzel, Stuttgart, Heinz Kluge-Lübke und Klaus Boden, Bonn  
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

# Wissen Sie, was Bauherren und Käufer vieler Eigenheime gemeinsam haben?



## Das solide Fundament ihrer Finanzierung durch eine Hypothek unserer Bank

Unsere Hypothekenkunden empfehlen wir, die derzeit günstigen Zinsen für einen längeren Zeitraum, z. B. zehn Jahre, fest zu vereinbaren. Das schützt vor höheren Belastungen während dieser Zeit. Niedrige Tilgungsraten von 1% jährlich halten die monatlichen Aufwendungen gering.

# DePfa-Hypotheken

Denn unsere Hypothekendarlehen laufen in der Regel bis zu ca. 30 Jahren. Durch unbürokratische Abwicklung versuchen wir stets, die Zusammenarbeit mit unserer Bank so leicht und angenehm wie möglich zu machen. Sie sollten das einmal ausprobieren, wenn Sie jetzt bauen, kaufen oder modernisieren wollen.

**Deutsche Pfandbriefanstalt**  
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Hauptverwaltung: Paulinenstr. 15  
6200 Wiesbaden, Tel. (0 61 21) 34 80  
Niederlassungen: Berlin, Essen, Hamburg, Hannover, Kiel, München, Stuttgart